

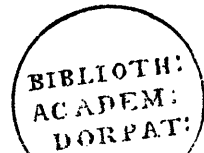
FORTSETZUNG
ZUM
PROVINZIALRECHTE
DER
OSTSEEGOUVERNEMENTS.

Bis zum 1 Juli 1880.

SUPPLEMENTE ZUM ZWEITEN THEIL.

STÄNDERECHT.

Ar 52, 327



Aus der Russischen Urschrift in der II Abtheilung S. K. M. Eigener Kanzlei übersetzt.

ST.-PETERSBURG.

STÄNDERECHT.

(Fortsetzung v. J. 1880 zum II Theil des Provinzialrechts
der Ostseegouvernements.)

1.—Anmerkung 1. Diesem (1) Artikel sind Concordanztabellen beigelegt, worin die unter den Artikeln des II Theils des Provinzialrechts und im Texte derselben allegirten Artikel der Ausgabe des Allgemeinen Reichsgesetzbuches vom Jahre 1842, sowie Hinweise auf die entsprechenden Artikel sowohl der Ausgabe des Allgemeinen Reichsgesetzbuches vom Jahre 1857, als auch der seit dem Jahre 1857 abgesondert herausgegebenen und in Geltung befindlichen Verfassungen und Reglements des letzteren sich angeben finden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 2—5, 9, 22—25, 31, 34, 35, 38, 43, 46—48, 540, 541 (Beil. III), 542—547, 549—551, 560, 568, 604—606, 731, 737, 761, 764, 788, 842—845, 850, 853, 857, 861, 868, 880, 882, 884, 885, 889, 890, 892, 896, 897, 899, 900—904, 906—909, 911 (P. 1, 2), 917—922, 926, 928, 935, 937, 941, 1052—1055, 1089, 1061, 1062, 1076—1079, 1296 (Beil. VI), 1380 (Beil. VI), 1422 (Beil. VI), 1483, 1486, 1489, 1490 und 1501.

1858 Mai 12 (33140); 1878 Febr. 14 (58195).

1.—Anmerkung 2. Seit dem Erlass des II Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements, im Jahre 1845, sind einige der in diesem (1) Artikel erwähnten Bauerverordnungen in neuen Ausgaben emanirt worden und zu allen Bauerverordnungen verschiedene ergänzende Bestimmungen ergangen (vgl. dies. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 3, Anmerk. 4, in d. Forts.).

1849 Jul. 9 (23385); 1856 Jul. 5 (30693); 1860 Nov. 13 (36312); 1865 Febr. 19 (41820).

2

bis } S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).

5.

Concordanz *bezüglicher*
6.—Anmerkung. Die Verfassungen und Reglements zur Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Confessionen, und darunter das Gesetz für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland vom 28 December 1832, sind in das Allgemeine Reichsgesetzbuch aufgenommen worden (vgl. d. Reichsgesetzb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 134 — 789). — Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 32 (P. 6), 424, 554, 556, 898, 902, 908 und 1057.

1858 Mai 12 (33140).

7.—Anmerkung. Ueber die Ordnung der Eintragung der in die örtlichen Matrikeln nicht eingetragenen Geschlechter der erblichen Edelleute in den Ostseegouvernements in eigene Adelsgeschlechtsbücher, sind besondere Vorschriften erlassen worden (s. Art. 31, Anmerk. in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 9.

1863 Jul. 8 (39845).

9.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 7 (Anmerk.).*

16.—Anmerkung. Im Jahre 1876 ist das Amt des Generalgouverneurs von Liv-, Est- und Kurland aufgehoben und das in diesem (16) Artikel erwähnte Recht desselben dem örtlichen Gouverneur übertragen worden (vgl. dies. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 4, Anmerk. 1, in d. Forts.).

1876 Jan. 25 (35501); Apr. 28 (55871) Art. 9.

22. }
23. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

23.—Anmerkung 1. Wenn eine zum Stammadel der Ostseegouvernements gehörende Person in der hierfür festgesetzten Ordnung eine zu demselben nicht gehörende Person adoptirt, so hängt die Eintragung der letzteren mit deren Nachkommenschaft in die örtliche Matrikel vom Ermessen derjenigen Adelscorporation ab, zu welcher das Geschlecht des Adoptivvaters gehört.

Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 150, 185, 187, 190.

23.—Anmerkung 2. Eine zum Stammadel der Ostseegouvernements gehörende Person theilt die Rechte ihres Standes, auf Grund der bezüglichen örtlichen Gesetze, sowohl ihren ehelichen, als auch ihren den ehelich geborenen gesetzlich gleichzuachtenden Kindern beiderlei Geschlechts mit.

Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 147—150, 173; 1862 Apr. 16, Comm. d. Min. d. Just., N^o 6216.

24. }
25. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

28.—In den Ostseegouvernements werden, in Beziehung auf den Barons-, Grafen- und Fürstentitel, die nachstehenden Vorschriften zur Richtschnur genommen: 1) Nur diejenigen alten adeligen Geschlechter sind berechtigt den Baronstitel zu führen, die zur Zeit der Vereinigung dieser Gouvernements mit Russland bereits in die örtlichen Matrikeln eingetragen waren und die in der Folge in Ukasen, Rescripten und anderen öffentlichen Urkunden mit dem Baronstitel bezeichnet worden sind. Zur Zahl solcher öffentlicher Urkunden müssen gerechnet werden: alle Schriften, die der Allerhöchsten Unterschrift gewürdigt worden, den Dienst betreffende Ukasen und Attestate, Rangpatente, Urkunden über Ordensverleihungen und Allerhöchste Tagesbefehle im Militärressort. Das Recht den Baronstitel zu führen gebührt nicht nur denjenigen Personen mit deren Nach

kommenschaft, welche in den oben bezeichneten Urkunden Barone genannt worden, sondern überhaupt ihrem ganzen Geschlechte, d. h. allen denjenigen Individuen, die, mit ihnen denselben Familiennamen führend, gesetzliche Beweise über ihre Abstammung von einem gemeinschaftlichen Ahnherrn beibringen, welcher schon vor der Vereinigung der Ostseegouvernements mit Russland in die örtlichen Matrikeln eingetragen war. 2) Allen Uebrigen aber, welche, nicht zum alten Adel dieser Gouvernements gehörend, sich den Baronstitel in späterer Zeit willkürlich angemasst haben, ist es, wenn sie speciell ihre Rechte nicht beweisen können, verboten, sich Barone zu nennen, bei Gefahr der gesetzlichen Strafe, wenn auch Jemand unter ihnen in Ukasen oder Rescripten Baron genannt worden. 3) Alle den Baronstitel führenden Personen müssen das Recht auf denselben, bei vorliegendem Erforderniss, erhärten, und zwar durch Zeugnisse: in Livland und auf der Insel Oesel von Seiten des örtlichen Landrathscollegiums, im Estländischen Gouvernement von Seiten des Ritterschaftshauptmannes, in Kurland von Seiten des Ritterschaftscomités, welche, bezüglich der Ausstellung solcher Zeugnisse, oder bei abschlägiger Bescheidung der Bittsteller, auf Grund der oben in den Punkten 1 und 2 dieses (28) Artikels angegebenen Vorschriften zu verfahren gehalten sind; diese Zeugnisse gelten in jedem Falle für Edelleute der Ostseegouvernements als hinlängliche Beweise des Baronstitels. 4) Was aber die Fürsten- und Grafentitel betrifft, so werden, da dieselben anderen Ursprungs sind und ohne schriftliche Urkunden oder andere klare und bestimmte Beweise Niemandem gesetzlich zustehen können, aus diesem Grunde, zur Verhütung willkürlicher Anmassung der erwähnten Titel, von allen in den Ostseegouvernements wohnhaften, sowohl dortigen, als ausländischen Edelleuten, die auf diese Titel ein Recht zu haben vermeinen, hierfür die gehörigen Beweise gefordert (a).

Anmerkung 1. Den in diesem (28) Artikel bezeichneten und als Beweise für die Führung des Baronstitels geltenden öffentlichen Urkunden werden auch andere öffentliche Urkunden jeder Art beigezählt, in denen die thatsächliche Führung dieses Titels veröffentlicht worden und deren Echtheit keinem Zweifel unterliegt, wobei zwischen Urkunden, die vor Erlass des Ministercomité-Beschlusses vom 7 März 1833 (6029) und nach demselben errichtet wurden, kein Unterschied gemacht wird (b).

Anmerkung 2. Die Einwohner der Ostseegouvernements müssen, im Falle des Abhandkommens von Originalurkunden über Fürsten- und Grafentitel, andere Beweise darüber beibringen, dass diese Titel ihnen oder ihren Vorfahren von Russischen Kaisern oder ausländischen Fürsten verliehen waren; wenn aber ausländische Titel ihnen nach der Vereinigung der Ostseegouvernements mit Russland verliehen sind, so liegt ihnen die Pflicht ob, die ihnen zur Führung dieser Titel ertheilte Allerhöchste Erlaubniss vorzuweisen. Hierbei können zur Unterstützung der Beweise auch in der festgesetzten Ordnung beglaubigte Auszüge aus den örtlichen Matrikeln darüber, dass das Geschlecht mit Angabe des ihm zustehenden Ehrentitels in jene Matrikeln eingetragen worden, entgegengenommen werden (c).

(a) RGb., Bd. IX, Stände-R., Aug. 1876, Art. 56, Anm. 2, Beil., Art. 3, Anm.; vgl. 1833 März 7 (6029); 1834 Apr. 20 (7007); 1832 Jul. 11 (26443).—(b) 1839 Jun. 8 (34392).—(c) RGb., Bd. IX Stände-R., Aug. 1876, Art. 56, Anm. 2, Beil., Art. 4, Anm.

31.—S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).

31.—Anmerkung. Um denjenigen Edelleuten der Ostseegouvernements, welche nicht in die örtlichen Matrikeln eingetragen sind, die Erlangung von Zeugnissen über ihre adelige Herkunft zu erleichtern, sind im Jahre 1863,

ohne übrigens die dem immatrikulirten Adel dieser Gouvernements Allerhöchst bestätigten Rechte und Vorzüge zu berühren, die nachfolgenden Regeln festgesetzt worden: 1) Die in die örtlichen Matrikeln nicht eingetragenen erblichen Edelleute, welche entweder in einem dieser Gouvernements unbewegliches Vermögen in einer Stadt oder im Kreise besitzen, oder daselbst ihren bleibenden Wohnsitz haben, können, wenn sie es wünschen, um Eintragung ihres Geschlechts in die besonders dazu eingerichteten örtlichen Adelsgeschlechtsbücher bitten. 2) Die örtlichen Adelsgeschlechtsbücher werden gesondert von den örtlichen Matrikeln geführt, und verleiht die Eintragung in dieselben allein Niemandem diejenigen besonderen Vorzüge und Rechte, welche die in die örtlichen Matrikeln eingetragenen Edelleute genießen. 3) Die Führung der Adelsgeschlechtsbücher wird in Livland und auf der Insel Oesel den Landrathscollegien, in Estland einer unter dem Vorsitze des Ritterschaftshauptmannes aus vier Kreisdeputirten oder anderen vom Adel gewählten Personen gebildeten Commission und in Kurland dem Ritterschaftscomité übertragen. 4) Die Personen, welche die Eintragung ihres Geschlechtes in das örtliche Adelsgeschlechtsbuch wünschen, haben ihrem diesbezüglichen Gesuche entweder ein Attestat der Deputirtenversammlung eines anderen Gouvernements des Reiches, woselbst dieses Geschlecht bereits in das dortige Geschlechtsbuch eingetragen ist, oder ein Zeugniß des Heroldie-Departements darüber, dass ihre Rechte auf den erblichen Adel anerkannt sind, beizufügen. 5) Die Eintragung Derjenigen, welche darum ansuchen, in das örtliche Adelsgeschlechtsbuch, geschieht in alphabetischer Ordnung, mit Erhebung einer bestimmten, von dem örtlichen Landtage ein für allemal festgesetzten Summe, die jedoch nicht mehr als sechzig Rubel für jedes Geschlecht betragen darf, zur Ritterschaftscasse. 6) Die Zuschreibung der nach der Eintragung des Vaters oder eines anderen Vorfahren in das örtliche Adelsgeschlechtsbuch geborenen Kinder geschieht auf Grund der gesetzlichen Taufzeugnisse. 7) Die Attestate, welche von den im Punkte 3 der Anmerkung zu diesem (31) Artikel angegebenen Autoritäten darüber, dass irgend ein Geschlecht, oder der Vater oder ein anderer Vorfahre des Bittstellers in das örtliche Adelsgeschlechtsbuch eingetragen ist, ausgestellt werden, haben dieselbe Form und auch dieselbe Kraft, wie die von diesen Autoritäten ausgestellten Matrikelattestate. 8) Beschwerden über unrechtfertiges Verfahren der erwähnten Autoritäten bei Führung der Adelsgeschlechtsbücher werden bei dem Heroldie-Departement angebracht.

1863 Jul. 8 (39845) Art. 1—8.

32, P. 1.—Anmerkung. Das Recht zur Theilnahme an den im Punkte 1 dieses (32) Artikels erwähnten Versammlungen des Stammadels der Ostseegouvernements steht auch solchen Personen nichtadeligen Standes zu, welche Rittergüter mit Eigenthumsrecht (in Livland und auf der Insel Oesel gleichfalls mit dem Pfandbesitzrechte, und auf Oesel mit dem Kronarrendebesitzrechte) innehaben, und zwar: in Livland in den in der Anmerkung zum Artikel 97 (in d. Forts.) angegebenen, auf der Insel Oesel in den in der Anmerkung zum Artikel 191 (in d. Forts.) bezeichneten, in Estland in den in der Anmerkung zum Artikel 210 (in d. Forts.) und in Kurland in den in der Anmerkung 4 zum Artikel 276 (in d. Forts.) genannten Sachen.—Diese Anmerkung bezieht sich

gleichfalls auf die Artikel 32 (P. 3 — 7, 9, 10), 55 — 57, 59, 60, 173 — 177, 180, 208, 297, 335—337, 341, 342, 359 und 360.

1866 Febr. 18 (43030); Nov. 5 (43817); Dec. 9 (43965); 1860 Mai 30 (47152); 1870 Mai 27 (48424); 1871 Febr. 26 (49291).

32, P. 3.—S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.).

32, P. 3.—Anmerkung. Das im Punkte 3 dieses (32) Artikels erwähnte Recht der Wahl zu Aemtern, deren Besetzung dem Stammadel gebührt, steht in Livland und Kurland (Art. 8, P. 1 u. 3) auch allen Personen zu, welche nicht zum Stammadel gehören, aber in dem betreffenden Gouvernement mit Eigenthumsrecht Rittergüter (Art. 276, Anmerk. 1, Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 599 u. 615 in d. Forts.) besitzen und auf dieser Grundlage in Livland an den Landtagen, in Kurland aber an den Oberhauptmannschafts-, Kreis- und Kirchspiels-Versammlungen und Allgemeinen Conferenzen theilnehmen. Diese Personen können jedoch in Livland (Art. 8, P. 1 an den Wahlen zu Aemtern der innern Verwaltung der Adelscorporation (Art. 359, I, P. 1—4, 7 u. 8) und in Kurland an denjenigen Angelegenheiten sich nicht betheiligen, welche ausschliesslich die Interessen der örtlichen Adelscorporation oder deren Vermögen betreffen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 397.

1870 Mai 27 (48424) Art. 1; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1—3.

32, P. 4.—S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.).

32, P. 4.—Anmerkung. Das im Punkte 4 dieses (32) Artikels erwähnte Recht, ohne besondere Bestätigung seitens der Regierung, zur Ritterschaftscasse, zu öffentlichen Obliegenheiten, sowie zu Lieferungen und zu anderen öffentlichen Zwecken Willigungen zu machen, steht in Livland, Estland und Kurland (Art. 8, P. 1—3) auch allen denjenigen Personen zu, welche nicht zum Adel gehören, aber mit Eigenthumsrecht Rittergüter (Art. 276, Anmerk. 1; Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 599 u. 615, in d. Forts.) besitzen und auf dieser Grundlage in Livland und Estland an den Landtagen, in Kurland aber an den Oberhauptmannschafts-, Kreis- und Kirchspiels-Versammlungen und den Allgemeinen Conferenzen theilnehmen. Dasselbe Recht geniessen in Livland und auf der Insel Oesel auch diejenigen Edelleute, welche zur örtlichen Adelsmatrikel nicht verzeichnet sind, aber auf Grund von Pfandbesitzcontracten Rittergüter besitzen (Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.; 191. Im Arensburgschen Kreise haben, bei Berathungen über Geldwilligungen, die auf alle Haken des Kreises überhaupt zu repartiren sind, diejenigen Personen, welche Kronarrenden daselbst besitzen, gleichfalls ein Stimmrecht (Art. 191, Anmerk., in d. Forts.).

1866 Febr. 18 (43030); 1870 Mai 27 (48424) Art. 1; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1—3.—Vgl. d. unt. Art. 100, Anm. 2 (in d. Forts.), 191 u. 630 cit. Ges.

32, P. 5.—S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.).

32, P. 5.—Anmerkung. Das im Punkte 5 dieses (32) Artikels erwähnte Recht der Vertheilung der Geld- und Natural-Landesprästande nach den vom Adel selbst zu bestimmenden Normen, steht in Estland den an den Landtagen

theilnehmenden, in jenem Gouvernement mit Rittergütern angesessenen, jedoch in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen Personen, auf der gleichen Grundlage, wie den immatrikulirten adeligen Grundbesitzern, zu.

1866 Dec. 9 (43965).

32, P. 6.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk.) und 52, P 1. (Anmerk.).*

32, P. 7.—*S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.).*

32, P. 9 und 10.—*S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.).*

34.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

34.—Anmerkung. Im Jahre 1876 ist das Amt des Generalgouverneurs von Liv-, Est- und Kurland aufgehoben worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 35.

1876 Jan. 25 (55301).

35.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 34 (Anmerk.).*

37.—Die Adelscorporationen der Ostseegouvernements werden bei Lieferungen zum Behufe der Landesprästande ihres Gouvernements in den im Reglement über diese Prästande (Reichsgesetz., Bd. IV, B. II, Regl. üb. d. Landespräst., Aug. 1857) bestimmten Fällen vorzugsweise vor anderen Mitbewerbern zur Betheiligung zugelassen.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Aug. 1876, Art. 153.

38.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

39.—Anmerkung. Die Ausreichung von Post-Reisepässen (Podoroshnen) ist im Livländischen und Estländischen Gouvernement aufgehoben unter Gestattung dessen, dass in den erwähnten Gouvernements den ohne Podoroshnen reisenden Personen Postpferde verabfolgt werden können.

1875 Nov. 15 (55258); 1880 Febr. 26, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 253.

43.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

46

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

48.

50.—Anmerkung 2. Im Estländischen Gouvernement werden Kirchenconvente auch behufs der Wahl der Candidaten zu den Aemtern der Kirchspielsrichter und der Beisitzer der Kirchspielspolizeigerichte abgehalten.

1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 694, 734.

54.—Die Entscheidung der Frage über die Nothwendigkeit in Livland einen extraordinären Landtag zu berufen, wird dem Ermessen des Gouverneurs und des Adelsconventes anheimgestellt und zur Einberufung desselben die Genehmigung des Ministers des Innern durch den Gouverneur erbeten.

Anmerkung. Die Rechte und Pflichten des ehemaligen Oberbefehlshabers der Ostseegouvernements in Beziehung auf Berufung, Eröffnung und Dauer der Landtage und Allgemeinen Conferenzen, auf Bestätigung und Ausführung der Landtagsschlüsse, auf Anzeige über Wahlen, auf Bestätigung einiger derselben u. s. w. stehen im Allgemeinen dem örtlichen Gouverneur, in den Artikeln 60, 173, 206, 294, 333, 419—421 und 446 angegebenen Fällen aber dem Minister des Innern zu.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 55—57, 59, 60, 72, 75, 76, 84 (Anmerk.), 122—127, 132, 161, 173—177, 186, 191, 195, 201, 206, 254, 294, 295, 304 u. Anmerk.: 322, 324, 327, 328, 333, 343, 349, 419—421, 423, 446, 552, 576 und 603.

Livl. Langt.-O. v. 1827, § 3; 1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55871) Art. 1, 9.

55

bis } *S. oben, Art. 52, (P. 1, Anmerk.) und 54 (Anmerk.).*

57.

59.

} *S. oben, Art. 52, (P. 1, Anmerk.) und 54 (Anmerk.).*

60.

62.—Das Rigasche Stadtverordnetencollegium hat das Recht, in die Versammlung des Livländischen Landtages zwei Delegirte zu wählen (vgl. dies. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 458, I, P. 9, Anmerk., in d. Forts.).

Livl. Landt.-O. v. 1827, § 18; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

63, P. 3.—Anmerkung. Zum Erscheinen auf dem Landtage sind auch alle anderen Personen befugt, die nicht zu dem Adel oder den Bürgern gehören (Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.), aber in Livland Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzen (vgl. Art. 32, P. 3, Anmerk., in d. Forts.; P. 4, Anmerk., in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 64.

1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 3.

64.—*S. oben, Art. 65, P. 5 (Anmerk.).*

72.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

75.

} *S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

76.

84, Anmerk.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

86.—Anmerkung. In Beziehung auf die Wahl des Landmarschalls in Livland auch auf das folgende Triennium kommen die im Artikel 597 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften zur Anwendung.

1862 Jun. 18 (38380); 1874 Febr. 12 (53148).

97.—Anmerkung. Die auf dem Landtage anwesenden, in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen, aber Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzenden Personen haben ein Stimmrecht bei allen Berathungen und Beschlüssen des Landtages in Angelegenheiten betreffend Geldwilligungen (Art. 32, P. 4, Anmerk., in d. Forts.) und Wahlen, mit Ausnahme derjenigen unter den letzteren, welche in der Anmerkung zum Punkte 3 des Artikels 32 (in d. Forts.) bezeichnet sind. Bei den Berathungen über Geldwilligungen haben auch die in die Matrikel nicht eingetragenen, aber auf Grund von Pfandcontracten Rittergüter besitzenden Personen ein Stimmrecht (vgl. Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.).

S. d. unt. d. Art. 32, P. 3, Anm. (in d. Forts.) u. 4 Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

100.—Anmerkung 2. Edelleute, die nicht in die örtliche Matrikel eingetragen sind, aber in Livland Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzen, ferner Bürger, die Rittergüter besitzen, sowie auch Personen anderer Stände christlichen Glaubens, die mit Eigenthumsrecht Güter der erwähnten Art innehaben, nehmen an den Wahlen Theil, mit Ausnahme jedoch der Wahlen zu Aemtern der innern Verwaltung der Adelscorporation, und haben ein Stimmrecht bei den Berathungen des Landtages über Geldwilligungen (Art. 32, P. 3, Anmerk., ind. Forts.; 4, Anmerk., in d. Forts.). Das letzterwähnte Recht geniessen auch die in die Matrikel nicht eingetragenen Edelleute, welche Güter auf Grundlage von Pfandbesitzcontracten innehaben. Dieselben nehmen indessen keinen Theil an den Wahlen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 359, 360, 361, 397, 406, und 424.

1866 Nov. 5 (43817); 1871 Febr. 26 (49291) I. Art. 1—3.

104.—Ist von einem Rittergute irgend ein Landstück abgetheilt worden, so hat der Besitzer desselben keine Stimme auf dem Landtage, es sei denn, dass aus solcher Abtheilung in der gesetzlich vorgeschriebenen Ordnung und unter Bestätigung der Obrigkeit ein neues Rittergut gebildet wird Prov.-R., Th. III Privat-R., Art. 612, in d. Forts.).

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1860 Nov. 13 (36312) Verordn., Art. VII; 1866 Nov. 5 (43817); 1871 Febr. 26 (49291).

122

bis } S. oben, Art. 54 (Anmerk.).

127.

132.—S. oben, Art. 54 (Anmerk.).

139, P. 3.—Anmerkung. Es ist vorgeschrieben, die Evangelisch-Lutherischen Consistorien, statt der Bezeichnung *Provinzialconsistorien*, nur nach dem Namen des Territoriums zu benennen, wo sie sich befinden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 189, 359 (II, P. 2—4), 381, 383, 398 (P. 4), 401 (I, P. 4) 425 (II, P. 2), 438 (P. 3), 447 (II, P. 2), 475 (P. 6), 492, 498 (II, P. 2), 515, 517, 541 (Beil. III), 565 (P. 2, 6), 690, 695 (P. 1) und 900.

1847 Jul. 29 (21450).

161.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

166.—Auf den Kreisversammlungen des Livländischen Gouvernements finden sich alle Personen ein, welche im Kreise Rittergüter besitzen. Diese Personen nehmen an allen Beschlüssen dieser Versammlungen mit Stimmrecht Theil.

1819 März 26 (27735 B.-Verordn.; 1875 Apr. 4 (54558) Art. 1.

173

bis } *S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.) und 54 (Anmerk.).*

177.

180.—*S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.).*

186.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

189.—*S. oben, Art. 139, (P. 3, Anmerk.).*

191.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

191.—Anmerkung. Die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen, im Arensburgschen Kreise Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzenden Edelleute, sowie Personen anderer Stände christlichen Glaubens, welche daselbst Rittergüter mit Eigenthums- oder Pfandbesitzrecht innehaben oder Kronarrenden besitzen, nehmen nur an den Landtagsberathungen über Willigungen nach Haken Theil (vgl. Art. 32, P. 4, Anmerk., in d. Forts.).

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., Art. X; 1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1; 1869 Mai 30 (47152).

195.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

201.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

206.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

208.—*S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.).*

210.—Anmerkung. Die in die örtliche Adelsmatrikel nicht eingetragenen Besitzer von Rittergütern in Estland nehmen mit Stimmrecht und mit allen Rechten und Pflichten der adeligen Besitzer überhaupt an sämmtlichen, die Landessteuern und Landeswilligungen betreffenden Berathungen der Landtage theil, wesshalb sie zu den erwähnten Berathungen jedesmal durch den Ritterschaftshauptmann eingeladen werden; ist jedoch eine besondere Einladung an sie nicht ergangen, so betheiligen sie sich an allen Berathungen des Landtages, sobald die Reihe an die Landessteuern und Willigungen betreffenden Sachen gelangt. *u haben*

1866 Febr. 18 (49090); Dec. 9 (49965).

254.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.)*

271.—Anmerkung. An den Beschlüssen der Landtage und Kreisversammlungen des Estländischen Gouvernements nehmen in Sachen betreffend die Willigungen Personen aller Stände theil, welche in dem betreffenden Kreise Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzen (vgl. Art. 32, P. 5, Anmerk., in d. Forts.; Art. 50).

1866 Dec. 9 (43965).

273.—Anmerkung. Die Kreisversammlungen des Estländischen Gouvernements haben zwei Kirchenvorsteher als Mitglieder in die Kreis-Schulcommission zu wählen.

1875 Apr. 25 (54623) Regl., Art. 14.

275.—Anmerkung. Im Estländischen Gouvernement bestehen, ausser den in den Artikeln 202, 261 und 271 erwähnten Versammlungen, noch besondere Kirchspielscommissionen, welchen unter anderm obliegt, die Entwürfe für die Repartition der Reichsgrundsteuer in dem erwähnten Gouvernement anzufertigen. Diese Entwürfe werden mit erläuternden Denkschriften von den Kirchspielscommissionen dem Ritterschaftsausschusse (Art. 261) zu weiterer ordnungsmässiger Behandlung eingesandt.

1880 Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., No 597, Art. 4, 5.

276.—Anmerkung 3. Ausser der in der Anmerkung 1 zu diesem (276) Artikel erwähnten Stimmtafel führt der Ritterschaftscomité in Kurland die sogenannte Landrolle, in welche nur die Rittergüter (ohne Angabe der bürgerlichen Lehen und der Landstellen) eingetragen werden, wobei die Hakenzahl jedes Ritterguts darin bezeichnet wird.

Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 615, (in d. Forts.).

276.—Anmerkung 4. Den zum Stammadel des Kurländischen Gouvernements nicht gehörenden, aber in diesem Gouvernement Rittergüter (Art. 276, Anmerk. 1, Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 615, in d. Forts.) besitzenden Personen ist das Recht ertheilt, an den Oberhauptmannschafts-, Kreis- und Kirchspiels-Versammlungen, sowie an den Allgemeinen Conferenzen unter Ausübung des ihren Gütern zugeeigneten Stimmrechtes theilzunehmen, in allen Angelegenheiten überhaupt, darunter auch in Sachen über Geldwilligungen (Art. 290) und über Wahlen, mit einziger Ausnahme indessen derjenigen Angelegenheiten, welche ausschliesslich die Interessen der örtlichen Adelscorporation oder deren Vermögen betreffen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 277—279, 300, 313, 318, 330, 335, 336, 338, 341, 342, 347, 351, 352, 354, 356—358, 498, 500, 508, 512, 526, 534—536 und 808.

1870 Mai 27 (48424) Art. 1.—Vgl. d. unt. d. Art. 32, P. 4, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

277. }
279. } *S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

279.—Anmerkung 1. Wenn im Kurländischen Gouvernement von einem örtlichen Indigenatsedelmanne, oder von einem in die örtliche Matrikel nicht

eingetragenen Edelmannen, oder auch von einer Person nichtadeliger Herkunft christlichen Glaubens eine abgetheilte Landstelle oder mehrere dergleichen zusammengenommen, welche das im Artikel 616 (in d. Forts.) des Privatrechts (Prov.-R., Th. III), festgesetzte geringste Maass eines Rittergutes erreichen, erworben werden, so können aus einer oder mehreren solchen Landstellen, mit Genehmigung des Landtages (vgl. Art. 280) und der Gouvernementsobrigkeit, neue Rittergüter gebildet werden (vgl. Art. 276, Anmerk. 3, in d. Forts.).

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.) § 42; 1866 Febr. 18 (43031); 1870 Mai 27 (48424) Art. 1; 1876 Jan. 25 (53501) Bef. an d. Sen.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 615—617 (in d. Forts.).

279.—Anmerkung 2. Im Kurländischen Gouvernement werden Personen aller Stände christlichen Glaubens, falls dieselben Rittergüter, bürgerliche Lehen oder von Gütern abgetheilte, zu Rittergütern erhobene (Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 617, in d. Forts.) Landstellen besitzen und die in den Punkten 2 und 3 dieses (279) Artikels angegebenen Verpflichtungen übernehmen, in die in der Anmerkung 1 zum Artikel 276 erwähnte Stimmtafel eingetragen.

1870 Mai 27 (48424) Art. 1.—Vgl. Art. 290 u. d. unt. Art. 32, P. 4, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

294. }
295. } *S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

296, Anmerk.—Der Landtag versammelt sich in der Regel im Winter, wo möglich im December.

Kurl. Landt.-O. v. 1838, §§ 70, 71; 1874 Jan. 1 (52983) Art. 1.

297.—*S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.).*

300.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

300.—Anmerkung. Die zum Stammadel des Kurländischen Gouvernements nicht gehörenden, jedoch in diesem Gouvernement Rittergüter (Art. 276, Anmerk. 1; Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 615, in d. Forts.) mit Eigenthumsrecht besitzenden Personen haben das Recht in den Kirchspielsversammlungen zu Deputirten für den Landtag gewählt zu werden. In solchen Fällen ernennen die zum örtlichen Indigenatsadel gehörenden Kirchspielsdeputirten der Oberhauptmannschaft, zu deren Bestande das Kirchspiel gehört, welches eine nicht in die Adelsmatrikel eingetragene Person zum Deputirten gewählt hat, auf dem Landtage aus ihrer Mitte einen immatrikulirten Edelmann als Deputirten, mit der Bestimmung, dass Letzterer während des Landtages, als Vertreter des betreffenden Kirchspiels, das Stimmrecht in den ausschliesslich die Interessen der Adelscorporation oder deren Vermögen betreffenden Angelegenheiten ausübe.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 341, 342, 347, 354, 512 und 827.

1866 Febr. 18 (43031); 1870 Mai 27 (48424) Art. 2.

304 und Anmerk.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

313.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 1).*

318.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

322.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

324.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

327. }
328. } *S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

330.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

333.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

335. }
336. } *S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.) und 276 (Anmerk. 4).*

337.—*S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.).*

338.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

341. }
342. } *S. oben, Art. 32 (P. 1, Anmerk.), 276 (Anmerk. 4) und 300 (Anmerk.).*

343.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

347.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4) und 300 (Anmerk.).*

349.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

351. }
352. } *S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

354.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4) und 300 (Anmerk.).*

356. }
357. } *S. oben, Art. 276 (Anmerk. 1).*

357.—Anmerkung. Die Kirchspielsversammlungen des Kurländischen Gouvernements wählen in die Kirchspiels-Schulcommission zwei Kirchenvorsteher in der Eigenschaft als Mitglieder.

1875 Apr. 25 (54623) Regl., Art. 14.

358.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

359.—*S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.) und Art. 100 (Anmerk. 2).*

359, II, P. 2—4.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

359, III, P. 3.—Zusatz. Auf dem Livländischen Landtage wird ebenfalls der Notär des Rigaschen Landgerichts gewählt (vgl. Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.).

Vgl. 1797 Febr. 26 (17846); Livl. Landt.-O. v. 1827, § 56, P. 3; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2, 3.

359, III, P. 5.—Die Livländische Ritterschaft wählt ferner die Kirchspielsrichter und deren Substituten, gemäss den im Artikel 363 (in der Forts.) angegebenen Vorschriften.

Vgl. d. unt. Art. 363 (in d. Forts.) cit. Ges.

359, IV.—Die Livländische Ritterschaft wählt zur allgemeinen Polizeiverwaltung: 1) die Ordnungsrichter und deren Substituten; 2) die Adjuncten der Ordnungsrichter und deren Substituten, und 3) die Notäre der Ordnungsgerichte.

Vgl. Prov.-R., Th. I., Behörd.-Verf., B. II.

360.—*S. oben, Art. 52 (P. 1, Anmerk.) und 100 (Anmerk. 2).*

360.—Zusatz 1. Die Livländische Ritterschaft (Art. 32, P. 1, Anmerk., in d. Forts.) wählt die Candidaten zu den Aemtern der Ehrencuratoren bei den in Livland bestehenden Gymnasien, auf derselben Grundlage, wie solches für die übrigen Gymnasien des Dorpater Lehrbezirks festgesetzt ist.

1820 Jun. 4 (28302); 1828 Dec. 8 (2502); 1837 Apr. 27 (10184); 1838 Oct. 10 (11613).—Vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 168.

360.—Zusatz 2. Für das auf Kosten der Livländischen Ritter- und Landschaft gegründete Livländische Landesgymnasium in Fellin wählt die Ritterschaft (Art. 32, P. 1, Anmerk., in d. Forts.) das Schulcollegium und ernennt aus der Zahl der Mitglieder desselben den Präsidenten und Vice-Präsidenten.

1874 Apr. 17, Stat., § 7.

360.—Zusatz 3. Auf dem Livländischen Landtage wird ferner der Rath der Oberbehörde für die Evangelisch-Lutherischen Landvolksschulen (Schulrath) (vgl. Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.) gewählt.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 593.

360.—Zusatz 4. Auf dem Livländischen Landtage werden für je zwei Ordnungsgerichtsbezirke in die Kreislandschulbehörden zwei Revidenten als Mitglieder gewählt (vgl. Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.).

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 595; 1866 Mai 2 (43255); 1871 Oct. 18 (50050).

360.—Zusatz 5. Die Livländische Ritterschaft (Art. 32, P. 1, Anmerk., in d. Forts.) wählt den Personalbestand der Verwaltung der Livländischen Bauernrentenbank, auf Grund des besonderen Reglements über diese Bank.

1860 Nov. 13 (16312) B.-Verordn., Art. 4, Beil. B, Art. 1, 92, 93.

360.—Zusatz 6. Die Livländische Ritterschaft (Art. 32, P. 1, Anmerk., in d. Forts.) wählt ferner die festgesetzte Zahl Vertreter in den Verwaltungsrath der Rigaschen Polytechnischen Schule.

1861 Mai 16 (37016) Regl., §§ 3, 16.

360.—Zusatz 7. Auf dem Livländischen Landtage werden in die Commission für Bauersachen zwei Deputirte und der Secretär dieser Commission gewählt.

1860 Nov. 3 (36312) B.-Verordn., Art. 1108, 1110, 1111.

360.—Zusatz 8. Auf dem Livländischen Landtage wird, beim Eintritt der hierfür festgesetzten Bedingungen, ein weltliches Mitglied in die Evangelisch-Lutherische Generalsynode gewählt.

RGB., Bd. IX, Th. I, Regl., üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 437 (in d. Forts. v. J. 1879), 591, 592 (in d. Forts. v. J. 1879).

361.—*S. oben, Art. 100 (Anmerk. 2).*

362.—An den Wahlen auf dem Livländischen Landtage nehmen auch die Delegirten Seitens des Rigaschen Stadtverordnetencollegiums Theil (s. Art. 62, in d. Forts.).

1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

363.—Von der im Artikel 361 angegebenen Regel werden die Wahlen zu Aemtern in den Kirchspielsgerichten ausgenommen. An diesen Wahlen betheiligen sich mit Stimmrecht alle Gutsbesitzer des Kirchspielsgerichtsbezirks, sowohl die zum örtlichen Stammadel gehörenden, als die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen, ferner die Nichtadeligen christlichen Bekenntnisses, welche im Bezirke Rittergüter besitzen, sowie die Prediger der vereinigten Kirchspiele, solange sie im Amte stehen und falls zu ihren Pastoraten auf Gehorchsland angesiedelte Bauern gehören, endlich Personen weiblichen Geschlechts, die auf eigenen Namen Güter besitzen und nicht schon in der Person ihrer Ehemänner an den Wahlen theilnehmen. Hierbei hat Derjenige, welcher mehrere Güter besitzt, immer nur eine Stimme; Abwesende können ihre Stimmen schriftlich einsenden.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 157; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 652; 1866 Nov. 5 (43817); 1871 Febr. 26 (49291) Art. 1—3.

364.—Zu den von den Wahlen der Livländischen Ritterschaft (vgl. Art. 100, Anmerk. 2, in d. Forts.; 359, III, P. 3, Zus., in d. Forts.; 5, in d. Forts.; IV, in d. Forts.) abhängenden Aemtern können im Allgemeinen Personen jeden Standes erwählt werden, wenn sie den übrigen, hierfür gesetzlich erforderlichen, Bedingungen entsprechen.

Anmerkung. Zu den in den Punkten 1—4, 7 und 8 des Artikels 359 (I) angegebenen Aemtern der innern Verwaltung der Livländischen Ritterschaft können jedoch nur Livländische immatrikulierte Edelleute gewählt werden, ebenso auch zu denjenigen Aemtern, welche gesetzlich von den in den Punkten 1—3 des Artikels 359 (I) erwähnten Beamten der Ritterschaft verwaltet oder zufolge Wahl aus deren Mitte besetzt werden.—

Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 375, 376, 383, 384, 386, 387, 390, 392, 398 (P. 2—4), 399, 638 und 643.

Priv. Sigism. Aug. 1561 Nov. 28, P. 5; Caut. Radz. 1562 März 1, P. 3, Dipl. üb. d. Un. Livl. mit Litthauen. 1566 Dec. 26, P. 9; Kön. Schwed. Resol. 1634 Aug. 6, § 6; 1648 Aug. 17, § 9; 1678 Mai 10, § 11; Accord.-P. d. Livl. Rittersch. 1710 Jul. 4 (2279) P. 6 u. 11; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1, 2.

371.—Der Livländische Landmarschall wird aus den in die örtliche Matrikel eingetragenen Edelleuten gewählt und muss mit einem Rittergute ansässig sein.

Livl. Landt.-O. v. 1827, § 23; 1862 Jun. 18 (38380); 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2.

375. }
376. } *S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

381.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

383.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.) und 364 (Anmerk.).*

384.—*S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

385.—Zum Secretär des Livländischen Hofgerichtsdepartements für Bauersachen können Personen jeden Standes, welche die Rechte studirt haben und den übrigen für die Wahl gesetzlich erforderlichen Bedingungen entsprechen, gewählt werden (Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 303, in d. Forts.). Die Wahl wird vom Landtage (Art. 398, P. 3) aus dreien, demselben vom Hofgerichtsdepartement präsentirten Candidaten vorgenommen.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 199; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 760; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1—3.

386. }
387. } *S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

388.—Zu Kirchspielsrichtern in Livland und zu deren Substituten können Personen jeden Standes gewählt werden, wenn sie den hierzu gesetzlich erforderlichen Bedingungen entsprechen und sich zugleich verpflichten, für die Dauer ihrer Amtsführung ihren Wohnsitz im Kirchspielsgerichtsbezirke zu nehmen.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 157; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 651, 659; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1, 2.

389.—*Aufgehoben.*—[1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 651; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1, 2.]

390.—*S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

392.—*S. oben, Art. 564 (Anmerk.).*

397.—*S. oben, Art. 52 (P. 5, Anmerk.) und 100 (Anmerk. 2).*

398, P. 2 und 3.—*S. oben, Art. 564 (Anmerk.).*

398, P. 4.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.) und 564 (Anmerk.).*

399.—*S. oben, Art. 564 (Anmerk.).*

401, I, P. 4.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

405.—Vater und Sohn, Stiefvater und Stiefsohn und der Stieftochter Mann, Schwiegervater und Schwiegersohn, Schwager (der Schwester Mann) und Schwager (der Frau Bruder), Brüder, sowohl vollbürtige, als Consanguineen und Uterinen, können zu einer und derselben Zeit an dem Ballotement über eine dritte Person theilnehmen, haben aber nicht das Recht, Einer zu Gunsten des Anderen Stimmen abzugeben.

Livl. Landt.-O. v. 1827, § 64; 1853 Oct. 26 (27637).

406.—*S. oben, Art. 100 (Anmerk. 2).*

415.—Anmerkung. Wenn einer der Candidaten zu den Aemtern im Livländischen Hofgerichte und im Livländischen Evangelisch-Lutherischen Consistorium die entschiedene Mehrheit wählender Stimmen erhalten hat, die auf diesen folgenden aber eine solche Mehrheit nicht haben, so muss das Ballotement aller Candidaten, ausser dem ersten, wiederholt werden.

1852 Dec. 29 (26897).

419)

bis } *S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

421.)

423.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

424.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk.) und 100 (Anmerk. 2).*

424.—Anmerkung. Zur Bestätigung in den Aemtern im Livländischen Hofgerichte und Evangelisch-Lutherischen Consistorium müssen vom Adel (vgl. Art. 100, Anmerk. 2 in d. Forts.) für jedes Amt je zwei Candidaten, welche mehr wählende als nicht wählende Stimmen erhalten haben, präsentirt werden. Wenn es sich ereignet, dass eine und dieselbe Person als Candidat zum Präsidenten und Vice-Präsidenten des Hofgerichts gewählt wurde, so wird noch ein dritter Candidat für das letztere von diesen Aemtern gewählt.

1852 Dec. 29 (26897).

425, II, P. 2.—*S. oben, Art. 439 (P. 5, Anmerk.).*

425, IV.—Die Oeselsche Ritterschaft wählt zur allgemeinen Polizeiverwaltung: 1) den Ordnungsrichter und dessen Substituten; 2) die Adjuncten des Ordnungsrichters und deren Substituten, und 3) den Ordnungsgerichtsnotär.
Livl. Landt.-O. v. 1827, § 41.—Vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., B. II.

425.—Zusatz 1. Die Oeselsche Ritterschaft wählt aus ihrer Mitte auf drei Jahre den Ehrencurator des Arensburgschen Gymnasiums, auf derselben Grundlage, wie Solches für die übrigen Gymnasien des Dorpater Lehrbezirks festgesetzt ist.—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 690.

1861 Jan. 11 (36535) Regl., § 9; (36537) Regl., Art. 5; 1865 Mai 12 (42085).—Vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876 Art. 168.

425.—Zusatz 2. Die Oeselsche Ritterschaft wählt die festgesetzte Zahl Vertreter in den Verwaltungsrath der Rigaschen Polytechnischen Schule.

1861 Mai 16 (37016) Regl., §§ 3, 16.

425.—Zusatz 3. Die Oeselsche Ritterschaft wählt einen Delegirten in die Livländische Commission für Bauersachen.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verord., Art. 1104; 1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 67.

425.—Zusatz 4. Die Oeselsche Ritterschaft wählt, beim Eintritt der hierfür festgesetzten Bedingungen, ein weltliches Mitglied in die Evangelisch-Lutherische Generalsynode.

Vgl. d. unt. Art. 360, Zus. 8, (in d. Forts.) cit. Ges.

428.—Zu den von den Wahlen der Oeselschen Ritterschaft abhängenden Aemtern können nur in die örtliche Matrikel eingetragene Edelleute gewählt werden. Von dieser allgemeinen Regel werden nur die in den Artikeln 380, 382, 387 und 391 angegebenen Aemter ausgenommen, sowie die Aemter der Kirchspielsrichter und der Substituten derselben, zu welchen sowohl in die örtliche Matrikel eingetragene, als auch in dieselbe nicht eingetragene Edelleute, die in einem der dem Kirchspielsgericht unterstellten Kirchspiele ein Landgut besitzen, gewählt werden können (vgl. Art. 433, P. 2, in d. Forts.).

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 157; 1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1. Vgl. d. unt. Art. 380, 382, 387, 391 u. 425 cit. Ges.

433.—Die in den Artikeln 380—383 festgesetzten Vorschriften, bezüglich der zu Aemtern in der Verwaltung der Evangelisch-Lutherischen Kirchen in Livland zu wählenden Personen, erstrecken sich auch auf die Insel Oesel. In Betreff der zu Aemtern bei der allgemeinen Justiz- und Polizeipflege zu wählenden Personen wird auf Oesel Nachstehendes beobachtet: 1) zu den Secretärsämtern des Landgerichts und des Kreisgerichtes werden rechtsgelehrte Edelleute und Personen anderer Stände gewählt, wobei die Empfehlung des Landrichters und des Vorsitzers des Kreisgerichtes in besondere Erwägung genommen wird; 2) wenn in einem Oeselschen Kirchspiel, das einem der dortigen Kirchspielsgerichte unterstellt ist, adelige Gutsbesitzer nicht vorhanden sind, so kann auch ein Nichtadeliger zum Kirchspielsrichter gewählt werden, oder auch

ein Edelmann eines andern Kirchspiels, jedoch nur wenn er in der Nachbarschaft wohnhaft ist, damit sich die Rechtsuchenden ohne Schwierigkeit an ihn wenden können; 3) zum Amte eines Oeselschen Ordnungsgerichtsnotärs kann ein rechtsgelehrter Edelmann oder eine einem anderen Stande angehörige Person gewählt werden, wobei die Empfehlung des Ordnungsrichters in besondere Erwägung genommen wird.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 157; 1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1. Vgl. d. unt. Art. 380—383, 387, 391 u. 428 (in d. Forts.) cit. Ges.

438, P. 3.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

446.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

447, II, P. 2.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

447, II.—Punkt 6. Die Estländische Ritterschaft wählt den Patron der Estnischen Domkirche.

1862 Mai 15 (38282) Art. 3, 5.

448.—Zusatz 1. Die Estländische Ritterschaft wählt ferner die Candidaten zu den Aemtern der Ehrencuratoren bei den im Estländischen Gouvernement bestehenden Gymnasien, auf derselben Grundlage, wie Solches für die übrigen Gymnasien des Dorpater Lehrbezirks festgesetzt ist.

1820 Jun. 4 (28302); 1828 Dec. 8 (2502); 1837 Apr. 27 (10184); 1838 Oct. 10 (11613).—Vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 168.

448.—Zusatz 2. Die Estländische Ritterschaft wählt gleichfalls zwei Glieder und den Secretär in die Commission für Bauersachen, sowie vier Glieder in die Agrarcommission.

1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 1285, 1289, 1313; 1859 Jan. 23 (34081 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1862).

448.—Zusatz 3. Die Estländische Ritterschaft wählt ferner die festgesetzte Zahl Vertreter in den Verwaltungsrath der Rigaschen Polytechnischen Schule.

1861 Mai 16 (37016) Regl., §§ 3, 16.

448.—Zusatz 4. Die Estländische Ritterschaft wählt drei Glieder in das Curatorium der örtlichen Evangelisch-Lutherischen Schullehrerseminare.

1875 Apr. 25 (54623) Regl., Art. 21, 23.

448.—Zusatz 5. Die Estländische Ritterschaft wählt, beim Eintritt der hierfür festgesetzten Bedingungen, ein weltliches Mitglied in die Evangelisch-Lutherische Generalsynode.

Vgl. d. unt. Art. 360, Zus. 8 (in d. Forts.) cit. Ges.

475, P. 6.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

475.—Punkt 8. In der allgemeinen Landtagsversammlung der Estländischen Ritterschaft werden ferner vier Glieder in die Commission zur Führung des Adelsgeschlechtsbuches über die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen

erblichen Edelleute gewählt, sofern zu solchen Gliedern nicht Kreisdeputirte bestimmt werden (vgl. Art. 31, Anmerk., P. 3, in der Forts.).

1863 Jul. 8 (39845) Art. 3.

492.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

498.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

498, II, P. 2.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

499.—Zusatz 1. Die Kurländische Ritterschaft (Art. 276, Anmerk. 4, in d. Forts.) wählt die Candidaten zu den Aemtern der Ehrencuratoren bei den im Kurländischen Gouvernement bestehenden Gymnasien, auf derselben Grundlage, wie Solches für die übrigen Gymnasien des Dorpater Lehrbezirks festgesetzt ist.

1820 Jun. 4 (28302); 1828 Dec. 8 (2302); 1837 Apr. 27 (10184); 1838 Oct. 10 (11613).—Vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 168.

499.—Zusatz 2. Die Kurländische Ritterschaft (Art. 276, Anmerk. 4, in d. Forts.) wählt den Curator des Evangelisch-Lutherischen Schullehrerseminars auf dem Ritterschaftsgute Irmelau.

1875 Apr. 25 (54623) Regl., Art. 23.

499.—Zusatz 3. Die Kurländische Ritterschaft (Art. 276, Anmerk. 4, in d. Forts.) wählt die festgesetzte Zahl Vertreter in den Verwaltungsrath der Rigaschen Polytechnischen Schule.

1861 Mai 16 (37016) Regl., §§ 3, 16.

499.—Zusatz 4. Die Kurländische Ritterschaft (Art. 276, Anmerk. 4, in d. Forts.) wählt, beim Eintritt der hierfür festgesetzten Bedingungen, ein weltliches Mitglied in die Evangelisch-Lutherische Generalsynode.

Vgl. d. unt. Art. 360, Zus. 8 (in d. Forts.) cit. Ges.

500.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

501.—Zusatz. Zu Kirchspielsdeputirten können im Kurländischen Gouvernement auch nicht zur örtlichen Matrikel gehörende Rittergutsbesitzer gewählt werden.

Vgl. d. unt. d. Art. 300, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

508.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4),*

512.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4) und 300 (Anmerk.).*

515.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

517.—*S. oben, Art. 159 (P. 3, Anmerk.).*

524, P. 3.—Anmerkung. Die zum Stammadel des Kurländischen Gouvernements gehörenden Kirchspielsdeputirten derjenigen Oberhauptmannschaft, zu

deren Bestände ein Kirchspiel gehört, das eine nicht in die Adelsmatrikel eingetragene Person gewählt hat, ernennen aus ihrer Mitte einen immatrikulirten Edelmann als Deputirten, mit den in der Anmerkung zum Artikel 300 (in d. Forts.) angegebenen Rechten. Die Wahl der letzterwähnten Deputirten erfolgt auf dem Landtage.

1870 Mai 27 (48424) Art. 2.

526.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

534
bis } *S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*
536. }

540.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

542
bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*
547. }

548.—Die Beamten, welche zufolge Adelswahlen im Justiz- und Verwaltungsressort in solchen Aemtern gedient haben, in welchen ihnen nach den festgesetzten Etats eine Gage von der Krone oder aus den Landessteuern zukam, haben, wie auch ihre Familien, das Recht auf Pensionen und einmalige Unterstützungen aus dem Reichsschatze, welche im Allgemeinen für die im Civildienst Angestellten festgesetzt sind, nach den allgemeinen Vorschriften des Pensionsreglements; wobei ihr Dienst zufolge Adelswahlen bei Bestimmung der Zahl der zur Ausdienung erforderlichen Jahre in gleicher Weise in Anrechnung gebracht wird, wie der Dienst zufolge Anstellung durch die Regierung.

RGb., Bd. III, Pens.-Regl., Ausg. 1876, Art. 9, 190.

549
bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*
551. }

552.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

554.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk.).*

556.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk.).*

560.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

563.—Anmerkung 1. Zu den Pflichten des Livländischen Landrathscollegiums gehört die Führung der Adelsgeschlechtsbücher über die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen erblichen Edelleute (vgl. Art. 31, Anmerk., P. 3, in d. Forts.).

1863 Jul. 8 (39845) Art. 3.

563.—Anmerkung 2. Zu den Pflichten des Livländischen Landrathscollegiums gehört ferner die Anfertigung der Entwürfe für die Repartition der Reichsgrundsteuer in Livland und die Einsendung dieser Entwürfe mit erläuternden Denkschriften an den Gouverneur, zu dessen vorschriftmässiger weiterer Anordnung.

1880 Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 597, Art. 4, 5.

565, P. 1.—Anmerkung. Ausser den im Punkte 1 dieses (565) Artikels erwähnten Livländischen Landrätthen in ihrer Eigenschaft als Glieder des Hofgerichtes, sind noch zwei Landrätthe verpflichtet in letzterem in der Eigenschaft von Substituten anwesend zu sein, in den Fällen, welche in der Anmerkung zum Artikel 294 (in d. Forts.) des I Theils dieses Provinzialrechts angegeben sind.

1857 Dec. 2 (32509).

565, P. 2 und 6.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

567.—Anmerkung 1. Der residirende Landrath in Livland wird zu den Sitzungen der Gouvernementsregierung eingeladen, wenn daselbst Fragen bezüglich der Erhebung der Reichsgrundsteuer geprüft werden.

1880 Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 597, Art. 6.

567.—Anmerkung 2. Der residirende Landrath in Livland nimmt ferner theil an den Sitzungen der Gouvernements-Wehrpflichtcommission (a), des Gouvernements-Gefängnissfürsorgecomités (b), des Statistischen Gouvernementscomités (c), der Gouvernements-Versorgungscommission (d) und der Gouvernementscommission für Bauersachen (e).

(a) RGb., Bd. IV, B. I, Wehrpflichtregl., Ausg. 1876, Art. 81, vgl. Th. II dies. Prov.-R., Art. 560.—
 (b) RGb., Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; vgl. Th. II dies. Prov.-R., Art. 560.—
 (c) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 521, Beil., Art. 6; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); vgl. Th. II dies. Prov.-R., Art. 560.—(d) RGb., Bd. XIII, Versorgungsregl., Ausg. 1857, Art. 15; vgl. Th. II dies. Prov.-R., Art. 560.—(e) 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 1108.

568.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

568.—Anmerkung. Das Collegium der allgemeinen Fürsorge nimmt in Beziehung auf die Ordnung des Einganges, der Aufbewahrung und der Verausgabung von Summen die allgemeinen, im Jahre 1865 erlassenen Vorschriften über das Cassen- und Revisionswesen zur Richtschnur (vgl. d. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 65, Anmerk., in d. Forts.).

RGb., Bd. XIII, Regl. üb. d. Allg. Fürs., Ausg. 1857, Art. 43, Anm. (in d. Forts. v. J. 1876).

576.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

577.—Anmerkung. Mit dem Beginn des Verkehrs der Postwaggons auf der Riga-Mitauer Eisenbahn ist die Olaische Poststation eingegangen.

1867 Jun. 9 (44675) § 18.—Vgl. RGb., Bd. XII, Th. I, Postregl., Ausg. 1857, Art. 274 (in d. Forts. v. J. 1876).

596.—Der Landmarschall in Livland wird in Gemässheit der im Hauptstück III des Titels des Buches I dieses Theils II des Provinzialrechts festgesetzten Regeln von dem Landtage auf drei Jahre gewählt.

Livl. Landt.-O. v. 1827, §§ 22, 23, 26; 1862 Jun. 18 (38380) I.

597.—Wenn die Ritterschaft wünscht, dass der frühere Landmarschall den Dienst in diesem Amte auch für das folgende Triennium fortsetze, so wird er, wenn er hiermit einverstanden ist, als gewählt angesehen, falls er auf allgemeiner Grundlage die Majorität der anwesenden Stimmen erhält; hiervon wird gleichzeitig der Gouverneur in Kenntniss gesetzt.

Livl. Landt.-O. v. 1827, § 22; 1862 Jun. 18 (38380) I; 1874 Febr. 12 (53148); 1876 Jan. 23 (55501); Apr. 28 (55871).

598.—*Aufgehoben.*—[1862 Jun. 18 (38380) II.]

603.—*S. oben, Art. 54 (Anmerk.).*

604

bis

606.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

623.—Die Kreisdeputirten in Livland präsidiren dem Kreis - Gefängnissfürsorgecomité, der Kreis-Wehrpflichtcommission, dem Kreis-Sanitäts- und Kreis-Impfungscomité, und sind ständige Mitglieder des statistischen Gouvernementscomités.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 521, Beil., Art. 8; Bd. XIII, Medic.-Regl., Ausg. 1857, Art. 838, 968; Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; 1874 März 12 (53243 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1878) Art. 1.

631.—Anmerkung. Seit dem Jahre 1852 erscheint in Riga die Livländische Gouvernementszeitung auf der allgemeinen Grundlage.

1845 Jan. 2 (18580) Verf. d. Gouv.-Reg., Art. 142; 1852 Mai 13 (26269) Bef. an d. Sen.

638.—*S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

643.—*S. oben, Art. 364 (Anmerk.).*

668, P. 4.—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Art. 1.]

690.—*S. oben, Art. 139 (P. 3, Anmerk.) und 425 (Zus. 1).*

693.—Anmerkung 1. Zu den Amtspflichten des Oeselschen Landrathscollegiums gehört die Führung der Adelsgeschlechtsbücher über die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen erblichen Edelleute (vgl. Art. 31, Anmerk., P. 3, in d. Forts.).

1863 Jul. 8 (39845) Art. 3.

693.—Anmerkung 2. Zu den Pflichten des Oeselschen Landrathscollegiums gehört ferner die Anfertigung der Entwürfe für die Repartition der Reichsgrundsteuer auf der Insel Oesel und die Einsendung dieser Entwürfe mit erläuternden Denkschriften an den Gouverneur, zu dessen vorschriftmässiger weiterer Anordnung.

1880 Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 597, Art. 4. 5.

695, P. 1.—*S. oben, Art. 159 (P. 5, Anmerk.).*

697, P. 1.—Anmerkung. Die Domänenhöfe und Domänen-Bezirksverwaltungen sind aufgehoben; die Administration der Domänen in den Ostseegouvernements ist einer besonderen Baltischen Domänenverwaltung mit den Rechten der Gouvernementsoberbehörden (Palaten) übertragen worden. Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 697 (P. 2).

1866 Dec. 22 (41024) II, Art. 7; 1869 Dec. 23 (47824—47826).—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 920, Anm. 1; 933.

697, P. 2.—*S. oben, Art. 697 (P. 1, Anmerk.).*

701.—Anmerkung. Die Aemter der Domänen-Bezirksinspectoren und Domänen-Anwälte sind aufgehoben worden.

1869 Dec. 23 (47826) Et.

706.—Anmerkung. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1874 sind die Rekrutencommissionen aufgehoben worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 743 (P. 2) und 788.

1874 Jan. 1 (52983) Art. 1.

728.—In Angelegenheiten der Ritterschaft des Estländischen Gouvernements bilden die Landräthe das Landrathscollegium, in judiciären Sachen aber, unter dem Vorsitz eines der älteren Landräthe, das Oberlandgericht (vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 848, in d. Forts.).

Estl. Ritt.- u. L. R., B. I, Tit. I, Art. 3; Accord.-P. d. Estl. Rittersch. 1710 Sept. 29 (2299) Art. 5.

731.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

737.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

743.—Zusatz. Ausser den in diesem (743) Artikel aufgezählten Verpflichtungen gehört zu den Obliegenheiten des Ritterschaftshauptmanns in Estland ferner: 1) in der Commission zur Führung der Adelsgeschlechtsbücher (Art. 31, Anmerk., P. 3, in d. Forts.), in der Oberschulcommission, den Versammlungen des Estländischen adeligen Gütercreditvereins und der Oberverwaltung dieses Vereins den Vorsitz zu führen; 3) an den Sitzungen der Gouvernementsregierung bei Prüfung der Fragen bezüglich der Erhebung der Reichsgrundsteuer, sowie an den Sitzungen der Gouvernements-Wehrpflichtcommission, des Gouvernements-Gefängnissfürsorgecomités, des statistischen Gouvernementscomités, der Gouvernements-Versorgungscommission und der Commission für Bauersachen, in

welcher er bei Abwesenheit des Gouverneurs dessen Stelle vertritt, theilzunehmen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 521, Beil., Art. 6; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); Bd. IV, Wehrpflichtregl., Ausg. 1876, Art. 81; Bd. XIII, Versorgungsregl., Ausg. 1857, Art. 15; Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; 1802 Art. 15 (20463) Allerh. Bef.; vgl. Estl. Cred.-Regl., §§ 4, 6, 30; 1859 Jan. 23 (34081 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1862, Art. 1863 Jul. 1285, 1286; 8 (39845) Art. 3; 1875 Apr. 25 (54623) Regl., Art. 15; 1880 Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 597, Art. 6.

743, P. 2.—*S. oben, Art. 706 (Anmerk.).*

743, P. 2.—Anmerkung. Das Gouvernements-Impfungscomité ist im Jahre 1865 mit der örtlichen Gouvernementsregierung vereinigt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 764 (P. 3).

1865 Jun. 8 (42180) Bef. an d. Sen., Art. 1; Regl., Art. 1.

745.—Anmerkung. Zu den Obliegenheiten der Kreisdeputirten des Estländischen Gouvernements gehört: in dem Kreis-Gefängnissfürsorgecomité, der Kreis-Wehrpflichtcommission, dem Kreis-Sanitäts- und dem Kreis-Impfungscomité den Vorsitz zu führen. Dieselben sind ferner ständige Mitglieder des statistischen Gouvernementscomités.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 521, Beil., Art. 8; Bd. XIII, Medic.-Regl., Ausg. 1857, Art. 838, 968; Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; 1874 März 12 (53243 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1878) Art. 1.

747.—Anmerkung. Die vom Adel und den städtischen Ständen gewählten Beamten werden in den Fällen in Eid genommen, wenn sie zum ersten Mal im Dienste angestellt werden, oder nach stattgehabter Verabschiedung in den Dienst wieder eintreten.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1293, 1301, 1307, 1339, 1361, 1407, 1416, 1437, 1442 und 1444.

1857 Oct. 21 (32308) Art. 1, 4.—Vgl. d. RGb., Bd. III, Dienst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 185 (Anm.); Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 249, 636.

761.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

764.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

764, P. 1.—Zu den besonderen Obliegenheiten des Landesbevollmächtigten in Kurland gehört: die Führung des Vorsizes im Ritterschaftscomité, in der vereinigten Conferenz der Direction und in der Controlcommission des Kurländischen Creditvereins, sowie in den Allgemeinen und Deputirten-Versammlungen desselben, ferner in allen ritterschaftlichen Commissionen und Versammlungen, mit Ausnahme indessen des Landtages und der Allgemeinen Conferenzen.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 293, 301; 1830 Jan. 24 (3442) § 163; Kurl. Landt.-O. v. 1838; Instr. f. d. Beamt. d. Kurl. Rittersch.-C. v. 1838, §§ 3—5; 1874 Mai 18 (53540) §§ 120, P. 8 Anm.; 141 Anm. 1; 167.

764, P. 2.—Zusatz. Zu den besonderen Obliegenheiten des Landesbevollmächtigten in Kurland gehört ferner: an den Sitzungen der Gouvernements-

Wehrpflichtcommission, der Gouvernements-Versorgungscommission, des Gouvernements-Gefängnissfürsorgecomités, des statistischen Gouvernementscomités und des Gouvernements-Anordnungscomités theilzunehmen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 321, Beil., Art. 8; Bd. IV, Wehrpflichtregl., Ausg. 1876, Art. 81; Bd. XIII, Versorgungsregl., Ausg. 1857, Art. 15; Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; 1874 Dec. 10 (54144) I, Art. 7.

764.—*S. oben, Art. 743 (P. 2, Anmerk.).*

777.—Anmerkung. Zu den Verpflichtungen des Kurländischen Ritterschaftscomités gehört die Führung der Adelsgeschlechtsbücher über die in die örtliche Matrikel nicht eingetragenen erblichen Edelleute (vgl. Art. 31, Anmerk., P. 3, in d. Forts.).

1863 Jul. 8 (39845) Art. 3.

780.—Anmerkung. Dem Kurländischen Ritterschaftscomité sind ferner einige besondere Verpflichtungen übertragen, betreffend den Empfang und die Aufbewahrung der für den Verkauf der Bauergrundstücke adeliger Fideicommissgüter einflussenden Summen, sowie die Auszahlung der Renten an die Besitzer der erwähnten Güter.

1870 Mai 27 (48423) Art. 1–11.

788.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 706 (Anmerk.).*

788.—Zusatz. In den Kreis-Wehrpflichtcommissionen, den Kreis-Gefängnisscomités, den Kreis-Sanitäts- und den Kreis-Impfungscomités des Kurländischen Gouvernements führt der Kreismarschall des betreffenden Kreises den Vorsitz. Die Kreismarschälle sind ferner ständige Mitglieder des statistischen Gouvernementscomités.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 321, Beil., Art. 8; Bd. XIII, Medic.-Regl., Ausg. 1857, Art. 338, 368; Bd. XIV, Arrestant.-Regl., Ausg. 1857, Art. 38; 1874 März 12 (53243 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1878) Art. 1.

808.—*S. oben, Art. 276 (Anmerk. 4).*

816.—Anmerkung. In Kurland findet die Wahl des Landbotenmarschalls aus der Zahl der zum Indigenatsadel gehörenden Deputirten statt (vgl. Art. 300, Anmerk., in d. Forts.).

1870 Mai 27 (48421) Art. 2; Vgl. Art. 301, 311.

827.—*S. oben, Art. 300 (Anmerk.).*

834.—Anmerkung. Die zum örtlichen Stammadel gehörenden Kirchspielsdeputirten derjenigen Oberhauptmannschaft, zu welcher ein Kirchspiel gehört, das einen nicht zur Adelsmatrikel gehörenden Deputirten gewählt hat, ernennen auf dem Landtage aus ihrer Mitte einen immatrikulirten Edelmann als Deputirten, mit den in der Anmerkung zum Artikel 300 (in d. Forts.) bezeichneten Rechten und Pflichten.

1870 Mai 27 (48424) Art. 2.

336.—Anmerkung. In Kurland findet die Wahl des Conferenzdirectors aus der Zahl der zum Indigenatsadel gehörenden Deputirten statt (vgl. Art. 300, Anmerk. in d. Forts.).

1870 Mai 27 (48424) Art. 2; Vgl. Art. 501, 512.

341.—Dem Adel der Ostseegouvernements (Art. 840) ist für immer die Freiheit gewährt, in den Staatsdienst ohne Nöthigung einzutreten, es sei denn, dass dies durch ein besonderes, durch Allerhöchsten Namentlichen Befehl beurkundetes, Bedürfniss erfordert wird. Allein dem Adel liegt, gleichwie den anderen Ständen, die heilige Pflicht ob, den Thron und das Vaterland in Grundlage der durch das Reglement über die Wehrpflicht festgesetzten Vorschriften zu vertheidigen.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 305.

342)

bis

{ *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

345.)

346.—Edelleute, welche in einem niederen Militär- oder Civilrange dienen, bewahren in Criminalsachen das Recht ihres Standes.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 310.

347.—Jeder nicht dienende Edelmann ist berechtigt die Uniform des Gouvernements zu tragen, in welchem er ein Landgut besitzt, oder in dessen Matrikel oder Adelsgeschlechtsbuch er eingetragen ist.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 311.—Vgl. Art. 31, Anm., P. 1 (in d. Forts.); 32, P. 2.

348.—Anmerkung. Im Livländischen Gouvernement können zu allen Aemtern überhaupt, die von der Wahl des Adels abhängen und nicht die innere Verwaltung der Ritterschaftscorporation berühren, Personen jeden Standes gewählt werden (vgl. Art. 364, in d. Forts.).—Im Kurländischen Gouvernement können zu Aemtern der Landtagsdeputirten auch Personen nichtadeligen Standes gewählt werden, wenn dieselben in dem erwähnten Gouvernement Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzen (vgl. Art. 300, Anmerk., in d. Forts.).

1870 Mai 27 (48424) Art. 2; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1, 2.

349.—Ohne Urtheil und Recht soll ein Edelmann weder am Leben gestraft werden, noch der Standesrechte verlustig gehen.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 313.

350.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

352.—Die Sache eines Edelmannes, welcher ein Criminalverbrechen begangen und Entziehung aller Standesrechte oder aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihm zugeeigneten Rechte verwirkt hat, kann ihre Endschaft nicht erreichen, ohne dass das betreffende gerichtliche Urtheil dem Ermessen Kaiserlicher Majestät unterbreitet wird. Die Auspähnen von dieser Regel sind in den Kriegs- und Marine-Justizgesetzen, wo gehörig, angegeben.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 314.

853.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

857.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

859.—Die Gutsherren sind nicht verpflichtet, die auf ihren Ländereien angesiedelten Bauern zu unterstützen; als Inhaber der Gutspolizei üben sie indessen die Aufsicht über Regelmässigkeit und Gesetzlichkeit der Handlungen der Gemeindepolizei in Sachen betreffend die Beitreibung der Kronabgabenrückstände, und bringen die bemerkten Unregelmässigkeiten und Unordnungen zur Kenntniss der Kreispolizei oder des Kirchspielsgerichts (in Kurland des Kreisgerichts).—Behufs der Beitreibung rückständiger, von den den Guts- und anderen Privatgrundbesitzern in den Kreisen gehörigen Gütern und Ländereien festgesetzter Krongoldabgaben, werden im Allgemeinen die bezüglichlichen Vorschriften des Abgabenreglements (Reichsgesetzb., Bd. V, Ausg. 1857) zur Richtschnur genommen, mit Anpassung derselben an die besondere Verfassung der Behörden der Ostseegouvernements.

1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., Art. I; 1819 März 26 (27735) B.-Verordn., Art. VIII; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. IV; 1866 Febr. 19 (43034) §§ 20, m; 37, e; RGb., Bd. V, Abgabenregl., Ausg. 1857, Art. 666 (in d. Forts. v. J. 1876).

861.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

863—*Aufgehoben.*—[1874 Jun. 8 (53623) RRG., Art. II; Regl., Art. 1, Anmerk. 2.—Vgl. RGb., Bd. IV, B. II, Rgl. üb. d. Landespräst., Ausg. 1857, Art. 270, P. 1.]

864.—Die Edelleute haben, bei Erwerbung eines Kaufmanns- oder Gildenzugnisses, die in den betreffenden Reglements festgesetzten Rechte auf Handel und Gewerbe und geniessen die der betreffenden Gilde zugeeigneten Rechte und Vorzüge. Während der Edelmann alle Lasten des kaufmännischen Berufes gleich dem Kaufmanne trägt, hört derselbe indessen nicht auf, seine Pflichten und Leistungen als Angehöriger des Adelsstandes zu erfüllen.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 318.

865 bis **867**—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 864 angegebenen Vorschriften.*—[RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 318.]

868.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

869.—Die Edelleute geniessen das Recht des Branntweinbrandes und der Bierbrauerei mit denjenigen Einschränkungen, welche bezüglich dieses Rechtes durch die Gesetze über die Getränkesteuer festgesetzt sind, ferner die Rechte des Handels-, Gewerbe- und Handwerks-Betriebes auf Grundlage der hierüber bestehenden Vorschriften.

1861 Jul. 4 (37197) Regl., Art. 1, 6, 107, e; 1865 Febr. 9 (41779) Regl., Art. 4, a; 5 fgg.; 1866 Jul. 4 (43455); RGb., Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. J. 1876); Getränkest.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6, 101, P. 5; Bd. XI, Th. II, Fabr.-Regl., Ausg. 1879, Art. 34, Anm. 2; Handw.-Regl., Ausg. 1879, Art. 3, Anm.

870 bis 873—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 869 angegebenen Vorschriften.*—[R.Gb., Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. 1876); Getränke-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6, 101, P. 5; Bd. XI, Th. II, Fabr.-Regl., Ausg. 1879, Art. 34, Anmerk. 2; Handw.-Regl., Ausg. 1879, Art. 3, Anmerk.]

874.—Anmerkung. In den Ostseegouvernements steht das Recht, unbewegliches Vermögen jeder Art zu vollem Eigenthum oder zum Pfandbesitz zu erwerben Personen aller Stände christlichen Glaubens zu.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 875—878 und 1065.

1866 Febr. 18 (43031); Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152);—Vgl. dies. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 1504.

875

bis

} *S. oben, Art. 874 (Anmerk.*

878.

880.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

882.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

884.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

885.

886.—Als die Adelswürde zerstörende Verbrechen gelten diejenigen, für welche die Schuldigen zur Entziehung aller Standesrechte oder zum Verlust aller besonderen, persönlich und dem Stande nach dem Angeschuldigten zugeeigneten Rechte und Vorzüge verurtheilt wurden.

R.Gb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 335.

887—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 852 angegebenen Vorschriften.*—[R.Gb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 314.]

888.—Ist der adelige Stand einer Person, die wegen eines Criminalverbrechens unter Gericht steht, zweifelhaft, und es schwebt in Ermangelung des schliesslichen Beweises die Untersuchung darüber noch vor den gesetzlichen Behörden, so wird dem Angeschuldigten, wenn er des Verbrechens überführt worden, keine Leibesstrafe decretirt und nur der weitere Beweis der in seiner Person durch das Verbrechen schon zerstörten Adelswürde untersagt, sowie die gesetzlich verwirkte andere Strafe festgesetzt; solche Urtheile werden nicht anders, als mit Allerhöchster Bestätigung in Ausführung gebracht.

R.Gb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 63, Anm. 2; Bd. XV, Th. II, Criminalproz.-Ges., Ausg. 1876, Art. 450.

889.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

889.—Anmerkung. Die Rekrutenstellung ist durch die allgemeine Wehrpflicht ersetzt worden.

1874 Jan. 1 (52983) Regl. Art., 1.]

890.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

892.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

896. }
897. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

898.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk. 1).*

899.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

900.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 159 (P. 3, Anmerk.).*

900.—Anmerkung. In dem Reichsgesetzbuche (Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, u. Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857) werden die in diesem (900) Artikel erwähnten Consistorialassessoren *Geistliche Beisitzer der Consistorien*, die daselbst erwähnten Ehrenconsistorialräthe aber *Consistorialräthe* genannt.

RGB., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 445; Bd. XI, Th. I, Rgl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 349, 497 (in d. Forts. v. J. 1879.).

901.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

902.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 6 (Anmerk.).*

903. }
904. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

905.—Ausländer können zum Halten von Predigten in Evangelisch-Lutherischen Gemeinden nur zugelassen werden mit Genehmigung des Ministeriums des Innern, nachdem man sich über ihre Zuverlässigkeit gehörig vergewissert hat und sie die gesetzlichen Examen und das geistliche Colloquium hat abhalten lassen; der Eintritt aber in die Russische Unterthanschaft wird von ihnen nur bei der Anstellung zu einem Predigtamte gefordert. Diejenigen ausländischen Prediger, welche den Wunsch äussern, als Pfarrgeistliche bei einer Gemeinde angestellt zu werden, und zugleich Beweise über ihre Ordination zum geistlichen Stande, sowie belobende Attestate über ihre Person beibringen, haben sich nur, nach Analogie des Artikels 310 des I Theils des XI Bandes des Reichsgesetzbuches (Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857), einem Colloquium in der vollen Versammlung eines der örtlichen Evangelisch-Lutherischen Consistorien zu unterziehen; Examen bei der Universität werden von ihnen nicht verlangt, wohl aber hat das betreffende örtliche Consistorium über die für fähig Befundenen dem

Ministerium des Innern durch das Evangelisch-Lutherische General-Gonsistorium ausführliche Berichte einzusenden.

Anmerkung. Geistliche fremder Confessionen, welche auf Anordnung des Ministeriums des Innern zum Dienst nach Russland eingeladen werden, sind, ihrem Wunsche gemäss, zu jeder Zeit, sowie ohne an einen Termin gebunden zu sein, zur Ableistung des Unterthaneneides zuzulassen, wobei die in dem Reichsgesetzbuch über das Ständerecht (Bd. IX, Ausg. 1847) enthaltenen Vorschriften zu beobachten sind.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 284 (in d. Forts. v. J. 1876).—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 373; Ausg. 1857, Art. 365.

906.)
907.) *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

908.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 6 (Anmerk.).*

909.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

910.—Alle höheren geistlichen Beamten der Evangelisch-Lutherischen Kirche, sowie die Prediger und deren Adjuncten, leisten beim Antritte ihres Amtes, die Candidaten aber beim Empfange der *venia concionandi*, Seiner Kaiserlichen Majestät in gesetzlicher Ordnung den allgemein vorgeschriebenen Dienst.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 432.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 378; Ausg. 1857, Art. 370.

911, P. 1 und 2.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

911, P. 3.—Als Beweise des geistlichen Standes der Prediger Evangelisch-Lutherischer Confession gelten insbesondere die abgekürzten Formulärlisten, welche von jedem Consistorium über die Geistlichkeit seines Bezirks jährlich dem General-Consistorium und dem Ministerium des Innern eingesandt werden.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 452, P. 3.—Vgl. 1852 Jan. 28 (25944) Entw., Art. 143, Beil. B., P. 4.

911, P. 4.—Als Beweise des geistlichen Standes der Prediger Evangelisch-Lutherischer Confession gelten insbesondere die Zeugnisse des Propstes, Superintendenten, oder des Consistoriums über Anstellung und Dienst des Predigers.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 452, P. 4.

912.—Personen, welche in den Protestantischen geistlichen Stand nicht aus der Zahl der erblichen oder persönlichen Edelleute getreten sind, geniessen, solange sie in diesem Stande bleiben, alle Rechte des persönlichen Adels, darunter auch die der Befreiung von allen persönlichen Abgaben, Leistungen und von der Leibesstrafe, Diejenigen aber, welche geistliche Aemter bekleiden, auch von der Wehrpflicht.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 457.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 385; Ausg. 1857, Art. 376.

913.—Die zur Evangelisch-Lutherischen Geistlichkeit gehörende Personen haben, ebenso wie die Personen aller übrigen Stände christlichen Bekenntnisses,

das Recht in den Ostseegouvernements Grundeigenthum jeder Art in den Städten und Kreisen zu Eigenthum zu erwerben.

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1866 Febr. 18 (43031); Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152).

914.—Personen geistlichen Standes erwerben durch Beizählung zu einem Russischen, den Erbadel verleihenden, Orden alle diesem Adel zustehenden Rechte.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 37, 377.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 36, 282; Ausg. 1857, Art. 36, 284.

915.—In den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva des St.-Petersburgischen Gouvernements unterliegen die Immobilien, darunter auch die Häuser, welche sich im Besitz vongeistlichen Personen Evangelisch-Lutherischen des Bekenntnisses befinden und von denselben bewohnt werden, der Wirksamkeit Reglements über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt in den erwähnten Gouvernements und in Narva (Th. I dies. Prov.-R., Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., in d. Forts.), sowohl in Beziehung auf Erhebung der Schätzungsabgabe von Immobilien zum Besten der Stadt, als auch in Beziehung auf Erlass allgemein verbindlicher Vorschriften über Instandhaltung und Bereinigung der Strassen, Plätze, des Pflasters, der Trottoire, Höfe u. s. w.

1832 Dec. 28 (5870) § 476; RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 458, Anm.; Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 622, Anm. 2 (in d. Forts. v. J. 1876); 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 386; Ausg. 1857, Art. 379; Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., Art. 55, P. 5, 12; 103, P. 1, 4, 10, 11; 129, Anm. 1 (in d. Forts.).

916.—Den Evangelisch-Lutherischen Predigern eines jeden Consistorialbezirks wird, zur grösseren Sicherstellung der Prediger-Wittwen und-Waisen gestattet, aus den von ihnen selbst oder von dritten Personen dargebrachten Summen besondere Predigerwittwen- und Waisen-Kassen nach den von dem örtlichen Consistorium zu entwerfenden Regeln und mit Zustimmung des General-Consistoriums und Genehmigung des Ministeriums des Innern zu errichten.

1832 Dec. 28 (5870) § 227, Anm. 2; RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 358.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 387.

917

bis

} S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).

922.

923.—Ersetzt durch die oben, im Artikel 912, angegebenen Vorschriften.—[RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 457.—Vgl. Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 30, Beil., Art. 3, P. 2.]

924.—Sachen betreffend von geistlichen Personen begangene Verbrechen, in Folge deren dieselben zum Verlust der geistlichen Würde (Cassation), oder zur Entziehung aller Standesrechte, oder aber zum Verluste aller oder einiger besonderer, persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneter, Rechte und Vorzüge verurtheilt worden sind, werden, nach stattgehabter Prüfung durch die

höchsten örtlichen Gerichte, vor der Vollstreckung des Urtheils, der Revision des Dirigirenden Senates unterzogen.

1864 Febr. 10 (40584).—Vgl. Art. 912 (in dies. Forts.); RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 431.

925.—Alle dem Dirigirenden Senate zur Durchsicht eingesandten Sachen über geistliche Personen, wenn Letztere zum Verlust der geistlichen Würde, oder zum Verluste aller Standesrechte, oder zur Entziehung aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihnen zugeeigneten, Rechte und Vorzüge verurtheilt worden sind (Art. 924, in d. Forts.), werden vom Dirigirenden Senate zu Allerhöchstem Ermessen unterlegt und nicht ohne Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät entschieden.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 453.—Vgl. Art. 912 (in d. Forts.); RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1842, Art. 1308; Ausg. 1857, Art. 452.

926.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

928.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

929.—Der Wittve und den unversorgt hinterlassenen Kindern des verstorbenen Predigers werden auf ein sogenanntes Trauerjahr (annus luctus), von dem Todestage des Predigers an gerechnet, dessen Wohnung und alle Predigereinkünfte überlassen. Sie sind aber verpflichtet, dem Geistlichen, dem die Vertretung der Predigerstelle anvertraut wird, Tisch und Wohnung zu geben. Bei Berechnung des Trauerjahres sind folgende Regeln zu beobachten: 1) die Wittve kann in der Wohnung des Mannes nur von dem Tage des Ablebens an bis zu demselben Tage im folgenden Jahre verbleiben. 2) Zugleich genießt sie die Accidenzien im Laufe des ganzen Jahres. 3) Bestand die Besoldung des Predigers zum Theil in baarem Gelde, so gebührt der Wittve, ausser dem Gehalte, welcher ihrem Manne noch nicht ausgezahlt worden war, den aber Derselbe bis zum Tage seines Ablebens bereits verdient hatte, der volle Gehalt während des Trauerjahres. 4) In Betreff der Ernte oder sonstiger Landeserzeugnisse und überhaupt der Gegenstände, welche bei der Berechnung des jährlichen Einkommens in Anschlag zu bringen sind, wird für die Prediger als allgemeiner Termin für diese Berechnung der 1 Januar bestimmt. Damit die Wittve und die Waisen in Betreff der Einkünfte, die von dem verstorbenen Prediger vom 1 Januar bis zu seinem Todestage verdient worden sind, keinen Schaden erleiden, so muss berechnet werden, wie gross der Betrag derselben für jeden Monat im Laufe des Jahres ist. Nach dieser Berechnung werden ihnen die bis zum Trauerjahre fehlenden Monate vergütet. 5) Von den gezogenen Einkünften und dem Getreide werden die öffentlichen Abgaben und das Saatkorn (welches als Eigenthum des Säenden zu betrachten ist), sowie auch die Kosten zur Unterhaltung der Wirthschaft, des Hofgesindes, des Viehstandes u. s. w., in Abrechnung gebracht, da solche sowohl auf die Erben, als auch auf den neuen Prediger verhältnissmässig fallen. 6) Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf die Prediger, welche das Pastorat verlassen, um ein anderes Amt zu übernehmen, und auf deren Nachfolger, oder auch auf die Rechte der Predigerwittwen- und Waisen-Kasse (vgl. Art. 916, in d. Forts.), welche zur Zeit, wo erledigte Predigerstellen

unbesetzt bleiben, die Einkünfte zu beziehen hat. 7) Die Ober-Kirchenvorsteherämter entscheiden über Uneinigkeiten, welche bei Berechnung der Einnahmen sich ergeben, sofern die Sache nicht ganz eigentlich die Kirche angeht. Ihnen wird zugleich die Pflicht auferlegt, beim Eintritt eines jeden neuen Predigers, ihm mit der Uebergabe des Kircheninventars auch das Pastoratsinventar zu übergeben.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 357.—Vgl. 1838 Apr. 11 (11132).

930.—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 929 angegebenen Vorschriften.*—
[RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 357.]

931.—Auf Grund besonderer Bestimmungen und Abmachungen zwischen dem Pastor und den Eingepfarrten können Ausnahmen von den im Artikel 929 i(in d. Forts.) enthaltenen Vorschriften hinsichtlich des Trauerjahres gestattet werden, indess nicht anders, als mit Genehmigung des Ministeriums des Innern.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 357, Anm.

932.—In die besonderen Predigerwitwen- und Waisen-Kassen (Art. 916, n d. Forts.) fliessen alle Einnahmen von Pastoraten, die über das Trauerjahr hinaus vacant sind, und auch in Fällen, da der Prediger gestorben ist, ohne Familie zu hinterlassen, oder da seine Familie kein Recht auf die Vortheile des Trauerjahres hat. Diese Einnahmen fallen den Kassen zu, denen das betreffende Pastorat zugewiesen ist. Es dürfen indess Pfarrstellen durchaus nicht auf unbestimmte Zeit unbesetzt gelassen werden mit der Absicht, die Wittwen- und Waisen-Kassen zu heben.

Anmerkung. Als Einkünfte von Pastoraten werden angesehen: Einkünfte aus, der Kirche zur Nutzniessung des Pastors zugewiesenen, Ländereien und anderen Nutzungen, nicht aber der Gehalt des Pastors, wenn er einen Gehalt hat, noch auch die von den Gemeindegliedern erhaltenen Accidencien.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 358, P. 1; Anm. 1.

933.—In die in den Artikeln 916 (in d. Forts.) und 932 (in d. Forts.) erwähnten Kassen fliessen ferner freiwillige Gaben, welche einmal im Jahre zum Besten der Predigerwitwen- und Waisen-Kassen in den Kirchen gesammelt werden dürfen.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 358, P. 2.

934.—Zur Protestantischen Geistlichkeit gehörende Personen können den geistlichen Stand aufgeben, gemäss den für jede Protestantische Kirche bestehenden Vorschriften, sind aber verpflichtet, sich auf Grund der diesbezüglichen bestehenden Gesetze in der festgesetzten Frist einen neuen Stand zu wählen, sofern sie nicht zum erblichen oder persönlichen Adel gehören oder Ehrenbürger sind.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 464.

935.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

936.—Auf Verlust der geistlichen Würde (Cassation) wird erkannt wegen Amts- oder Standesverbrechen der grössten Art und ferner in den Fällen,

wenn ein Prediger für ein Criminalverbrechen durch das weltliche Gericht zum Verlust aller Standesrechte, oder aber zur Entziehung aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihm zugeeigneten, Rechte und Vorzüge, oder zum Verlust einiger persönlicher Rechte und Vorzüge, verurtheilt wird.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 367.

937.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

938.—Die Erkenntnisse über den Verlust der geistlichen Würde (Cassation) werden durch das Evangelisch-Lutherische Consistorium in doppelter Art in Ausführung gebracht: entweder 1) durch Einforderung des Ordinationsscheines und der Standeszeichen von dem Verurtheilten, oder 2) durch feierliche Entkleidung desselben der Standeszeichen und Abnahme des Ordinationsscheines vor der vollen Versammlung des Consistoriums.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 371 (in d. Forts. v. J. 1876).

939.—Nach-Allerhöchster Bestätigung des Urtheils des weltlichen Gerichts (Art. 925, in d. Forts.), durch welches ein Prediger zu einer der im Artikel 936 (in d. Forts.) angegebenen Strafen verurtheilt worden, und nach Rücksendung dieses Urtheils an das zuständige örtliche Gericht zur Vollstreckung, macht dieses Gericht hierüber dem Consistorium Mittheilung, damit dasselbe den verurtheilten Prediger, vor der Vollstreckung des Urtheils bezüglich der übrigen Theile desselben, seiner geistlichen Würde entkleide. Wenn indessen, in Folge weiter Entfernung vom Sitze des Consistoriums, die Correspondenz mit demselben gemäss diesem (939) Artikel eine erhebliche Verzögerung zur Folge haben kann, so eröffnet die Gouvernementsobrigkeit dem Verurtheilten, dass ihm, kraft des gerichtlichen, Allerhöchst bestätigten Urtheils über ihn, die geistliche Würde entzogen wird, und theilt solches dem zuständigen Consistorium zur Kenntniss mit.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 370, 372.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 406; Ausg. 1857, Art. 392.

940.—Ein Prediger, welcher zu einer mit Entziehung aller Standesrechte, oder mit dem Verluste aller besonderen, persönlich und dem Stande nach ihm zugeeigneten, Rechte und Vorzüge, oder mit Entziehung einiger besonderen Rechte und Vorzüge verknüpften Strafe verurtheilt ist, geht der geistlichen Würde für immer verlustig, wenn er auch in der Folge Begnadigung erlangt.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 466.—Vgl. Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1842, Art. 407; Ausg. 1857, Art. 393; Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 373 (in d. Forts. v. J. 1876).

941.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

941, P. 6.—Anmerkung. Die sogenannten *freien Leute* in den Ostseegouvernements sind zu den örtlichen Stadt- und Landgemeinden verzeichnet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 944.

1847 Jul. 24 (21438); 1849 Mai 12 (23244).

943.—Anmerkung 1. In den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva des St.-Petersburgischen Gouvernements besteht, ausser der in diesem (943) Artikel erwähnten besonderen Bürgergemeinde oder Bürgerschaft, die durch das örtliche Stadtverordnetencollegium repräsentirte Stadtgemeinde.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 958 (Beil. V), 987, 998 (Beil. V), 1023 und Beil. V; 1039 (Beil. V), 1052—1056, 1058, 1059, 1076—1078, 1100, 1130, 1134, 1185, 1193, 1200—1206, 1245, 1246, 1248, 1249, 1414, 1419, 1445, 1446, 1448, 1453 und 1454.

1870 Jun. 16 (48498) Städte-O., Art. 54; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3; Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

943.—Anmerkung 2. In den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva des S.-Petersburgischen Gouvernements ist die Stadtcommunalverwaltung auf Grund der in der Beilage zum Zusatz zu dem Artikel 9 des I Theils dieses Provinzialrechts (Behörd.-Verf., in d. Forts.) enthaltenen Vorschriften eingerichtet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 945, 947, 948, 958, 977, 988, 992, 023, 1035, 1036, 1052—1057, 1059, 1060, 1061 und Anmerk.; 1063, 1071, 1072, 1074, 1076, 1079, 1085—1087., 1093, 1095 (P. 2), 1100, 1103, 1115, 1119, 1134, 1135, 1137 und Anmerk.; 1169, 1181, 1182, 1200—1206, 1226, 1232 (P. 5, 6), 1239, 1245, 1246, 1427 und 1465.

1870 Jun. 16 (48498) Städte-O.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 1, 3—5; Regl., Art. 1—22; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

944.—*S. oben, Art. 941 (P. 6, Anmerk.).*

945.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

947. }
948. } *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

949, c—*Aufgehoben.*—[1861 Febr. 19 (36650) Man.]

950.—Anmerkung. In den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva werden die Kaufmannsscheine der ersten und zweiten Gilde über den Handelsbetrieb und die Zugehörigkeit zur Ortskaufmannschaft auf Grund des Reglements vom 9 Februar 1865 über die Poschlinen für das Recht zum Handels- und Gewerbebetriebe (Reichsgesetz., Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. in d. Forts. v. J. 1876) ertheilt. Denjenigen, welche einen Kaufmannsschein ausgenommen haben, kommen die Bezeichnung als Kaufmann, sowie die damit verbundenen persönlichen Rechte, zu.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 979 (P. 1), 1001 (P. 3), 1024 und 1029—1033.

1863 Jan. 1 (39118); Jan. 4 (39128) RRG., I; 1865 Febr. 9 (41779) Regl., Art. 10—12, ; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

954.—Anmerkung 2. Im Jahre 1866 ist Allerhöchst bestimmt worden:
 1) in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva, unter Aufrechterhaltung

der bestehenden Zünfte, auch den zu Zünften nicht verzeichneten Personen, ohne Unterschied der Glaubensbekenntnisse, des Berufes und Standes, die freie Ausübung von Handwerken jeder Art, sowie das Halten von gewerblichen Anstalten nach den Vorschriften des Poschlin-Reglements zu gestatten (Reichsgesetzbl., Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil., in d. Forts. v. J. 1876); 2) den zu Zünften verzeichneten Personen nicht zu verwehren, aus denselben, wenn sie es wünschen, auszutreten und ein Handwerk auf Grund der oberrwähnten Vorschriften zu betreiben; 3) die Schlichtung der zwischen Handwerkern und deren Arbeitern, sowie zwischen diesen und anderen Personen entstehenden, auf den Handwerksbetrieb bezüglichen Streitigkeiten einstweilen denjenigen Institutionen in den Ostseegouvernements und der Stadt Narva, welche Sachen dieser Art verhandeln, anheimzustellen, ohne es übrigens zu verbieten, dass diese Streitigkeiten, unter Zustimmung der Streitenden, durch Schiedsrichter entschieden werden.

1866 Jul. 4 (43453) Art. 1—4.

954.—Anmerkung 3. Im Jahre 1861 ist in den ausserhalb der Ostseegouvernements belegenen Landestheilen das Leibeigenschaftsverhältniss aufgehoben und sind den aus der Erbunterthänigkeit getretenen Bauern die Rechte der freien Landbewohner ertheilt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1021 (P. 2).

1861 Febr. 19 (36650) Man.; (36657) B.-Verordn.; Art. 1, 2.

958.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

977.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

979, P. 1.—*S. oben, Art. 950 (Anmerk.).*

984.—Anmerkung. Der Wirkungskreis des Handwerkers beschränkt sich, nach dem Handwerksreglement (Reichsgesetzbl., Bd. XI, Th. II, Handw.-Regl., Ausg. 1876), auf die Stadt, in welcher er wohnt und zur Zunft verzeichnet ist; daher ist die Existenz sogenannter vertragener Meister in einigen Städten der Ostseegouvernements als mit den Gesetzen nicht in Uebereinstimmung befunden worden.

1861 Febr. 9, Sen.-Bef.—1853 Aug. 31, Sen.-Bef.

987.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1).*

988.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

991.—Wer in die Corporation der Handwerker der Städte Wenden, Wolmar, Walk, Lemsal, Werro, Fellin und Arensburg zu treten wünscht, ist verpflichtet, Attestate darüber beizubringen, dass er das fragliche Handwerk verstehe; hiernächts aber muss er sich in eine der städtischen Zünfte einschreiben.

Poliz.-O. für d. Livl. Städte 1766 Mai 14 (12636) II, § 3; 1861 Febr. 9, Sen.-Bef.—Vgl. 1853 Aug. 31, Sen.-Bef.

992.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

993.—Anmerkung 2. Mit der Gewährung des Rechts der Bierbrauerei an alle Stadtbewohner der Ostseegouvernements und Narvas im Jahre 1861, sind die früheren diesbezüglichen besonderen Rechte der örtlichen privilegierten Brauer-Corporationen und Compagnien aufgehoben worden. Durch diese Bestimmung wird indessen die besondere Vorschrift nicht abgeändert, wonach in Liv- und Estland, auf Anordnung der Magistrate und mit Genehmigung der betreffenden Gouverneure, lediglich den verarmten Bürgern und den Wittwen und Waisen beider Gilden, die durch irgend welche plötzliche Unglücksfälle ruiniert worden und ihr Fortkommen auf andere Weise sich zu verschaffen ausser Stande sind, das Recht des Branntweinbrandes und des Brauens von Bier, Porter und Meth, sowie der Bereitung von Brage in den Bierbrauereien zum Verkauf, ertheilt wird.— Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1026—1028 und 1032.

1861 Jul. 4 (37197) Regl., Art. 107, e, f; Anm.; 112, b; RGb., Bd. V, Getränkeest.-Regl., Ausg. 1876, Art. 101, P. 5, c; Anm.; 106, P. 2; 1876 Jan. 25 (55301); Apr. 28 (55871) Art. 9.

995, P. 3.—*Aufgehoben.*—[1861 Febr. 19 (36650) Man.]

1001, P. 3.—*S. oben, Art. 950 (Anmerk.).*

1021, P. 2.—*S. oben, Art. 954 (Anmerk. 3).*

1023.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1, 2).*

1024.—*S. oben, Art. 950 (Anmerk.).*

1026)
 bis { *S. oben, Art. 993 (Anmerk. 2).*

1028.)

1029)
 bis { *S. oben, Art. 950 (Anmerk.).*

1031.)

1032.—*S. oben, Art. 950 (Anmerk.) und 993 (Anmerk. 2).*

1033.—*S. oben, Art. 950 (Anmerk.).*

1035.)
) *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1036.)

1052)
 bis { *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 1, 2).*

1055.)

1056.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1, 2).*

1056.—Anmerkung. Diejenigen Stadtgemeinden der Ostseegouvernements (Art. 943, Anmerk. 1, in d. Forts.), welche an der Gründung der Rigaschen Polytechnischen Schule durch Beiträge theilgenommen haben oder an deren Unterhaltung participiren, haben das Recht, die festgesetzte Anzahl Vertreter in den Verwaltungsrath der erwähnten Schule zu ernennen.

1861 Mai 16 (37016) Regl., §§ 3, 16.

1057.—*S. oben, Art. 6 (Anmerk.) und 943 (Anmerk. 2).*

1058.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1059.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 1, 2).*

1060.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1061 und Anmerk.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 2).*

1062.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1063.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1064.—Anmerkung 1. Das Recht der Stadt Riga, durch besondere Delegirte an den Berathungen des Livländischen Landtages theilzunehmen, steht dem Rigaschen Stadtverordnetencollegium zu (vgl. Art. 62, in d. Forts.; 943, Anmerk. 1, in d. Forts.).

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

1064.—Anmerkung 2. Das ausschliessliche Recht des Livländischen Adels in Beziehung auf den Besitz von Rittergütern ist aufgehoben worden.

1866 Nov. 5 (43817).

1065.—*S. oben, Art. 874 (Anmerk.).*

1066.—Anmerkung. Seit dem Jahre 1865 ist die Verpflichtung der Krone und die Naturalleistung der Bauern der Krongüter des Kurländischen Gouvernements bezüglich der Verabfolgung und Anfuhr des festgesetzten Quantums Flössholz (des sog. oberländischen u. Deputatholzes) für verschiedene Gemeinden, Institutionen, Amtspersonen und Geistliche Kurlands, aufgehoben worden.

1865 Aug. 13 (42395) Art. 1.

1067 bis 1070—*Ersetzt durch die oben, in der Anmerkung 2 zum Artikel 943 bezeichneten Vorschriften.*—[1870 Jun. 16 (48498) Städteordn.; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 16.—Vgl. dies. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., Art. 2, P. 1, 2; 55, P. 6, 10; 120, 121, 124 (in d. Forts.).]

1071. }
1072. } *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1073—*Aufgehoben.*—[1847 Jun. 3 (21296); 1854 Jan. 19 (27871); 1860 Mai 3 (35754); 1865 Dec. 17 (42792); 1866 Nov. 28 (43909).]

1074.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1074, P. 1—*Aufgehoben.*—[1866 Nov. 28 (43909).]

1074, P. 2.—Anmerkung. Die Arbeiten zum Ausbau des Libauschen Hafens sind im Jahre 1868 beendet und das frühere besondere Hafenbaucomité geschlossen worden.

1859 Mai 28 (34540); 1869 Sept. 3 (47431).

1076.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 1, 2).*

1077. }
1078. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 1).*

1079.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) und 943 (Anmerk. 2).*

1080.—In den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva ist der örtlichen Bürgerschaft gestattet, auf Grund der Vorschriften des Provinzialrechts (Th. III, Privat-R.) und des Reichsgesetzbuches (Bd. X, Th. I, Civil-Ges., Ausg. 1857) Lieferungsverträge zu schliessen.

Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 4020—4023; RGb., Bd. X, Th. I, Civil-Ges., Ausg. 1857, Art. 1768—2011; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1081—*Ersetzt durch die oben, in der Anmerkung 2 zum Artikel 943 bezeichneten Vorschriften.*—[1870 Jun. 16 (48498) Städteordn.; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, b.]

1085 }
 bis } *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*
1087. }

1093.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1095, P. 2.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1099.—Anmerkung 2. In Dorpat werden in Beziehung auf Repartition der städtischen Abgaben und Leistungen die betreffenden allgemeinen Vorschriften über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt (Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., in d. Forts.), in Betreff der von den Gliedern der Steuergemeinde zur Verpflegung und Behandlung in Krankenhäusern zu erhebenden Steuern aber die hierfür bestehenden besonderen Vorschriften zur Richtschnur genommen (ebendas., Art. 458, III, P. 13, Anmerk. 1, in d. Forts.; 698, P. 1, Anmerk., in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2075—2085; 1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV; Regl.

1100.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1, 2).*

1103.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1115.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1119.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1122, P. 6 und 7—*Aufgehoben.*—[1861 Jul. 4 (37197) Bef. an d. Sen., Art. 4; Regl., Art. 1; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Art. 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1130.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1).*

1134.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1, 2).*

1135.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1137 und Anmerk.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1169.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1179.—Anmerkung. Die in diesem (1179) Artikel angegebenen Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Rigaschen Stadtcommunalverwaltung (Art. 943, Anmerk. 2, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 2075 fgg.; 1877 März 26 (57101) Regl.

1181.)
1182.) *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1185.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1187.—Anmerkung. Das Rigasche Stadtcassacollegium ist aufgehoben worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1326, 1328 und Anmerk.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.

1193.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1200)
 bis) *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1, 2).*
1206.)

1215, P. 3—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, f.]

1222.—Anmerkung. In Pernau werden in Beziehung auf Repartition der städtischen Abgaben die betreffenden allgemeinen Vorschriften über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt zur Richtschnur genommen (Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2073—2085; 1877 März 26 (57101) Regl.

1226.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1232, P. 5 und 6.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1239.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1245. }
1246. } *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1, 2).*

1248. }
1249. } *S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1291.—Der zum Mitgliede des Rigaschen Rathes Gewählte wird vom Justizminister, auf Vorstellung des Gouverneurs, im Amte bestätigt.

Rig. Hand.-O. 1765 Dec. 7 (12518) § 55; 1876 Jan. 25 (35501) Art. 3; Apr. 28 (55871) Art. 9; 1880 Jul. 30, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 668.

1292.—Nach Bestätigung der Wahl durch den Justizminister (Art. 1291, in d. Forts.), wird dieselbe vom Rathe an dem darauf folgenden Sonntage den versammelten Bürgern öffentlich bekannt gemacht.

Ununterbr. Gewohn.—Vgl. d. unt. d. Art. 1291 (in d. Forts.) cit. Ges.

1293.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1301.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1307.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1319. — Anmerkung 1. Der Rigasche Magistrat wählt in den gesetzlich bestimmten Fällen die Candidaten zu den Aemtern der weltlichen Mitglieder des Evangelisch-Lutherischen General-Consistoriums und der Evangelisch-Lutherischen Generalsynode.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 437 (in d. Forts. v. J. 1879); 434 (in d. Forts. v. J. 1879); 591, 592 (in d. Forts. v. J. 1879).

1319.—Anmerkung 2. Die Rechte und Pflichten des ehemaligen Civil-Oberbefehlshabers der Ostseegouvernements in Beziehung auf Bestätigung einiger von den städtischen Corporationen zu wählender Amtspersonen, sowie bezüglich der Präsentation solcher Personen zur Bestätigung durch die Staatsregierung, stehen dem örtlichen Gouverneur zu.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1320, 1398, 1399 und 1415.

1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55871) Art. 9.

1320.—*S. oben, Art. 1319 (Anmerk. 2).*

1324 und **1325**—*Aufgehoben.*—[1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.]

1326.—*S. oben, Art. 1187 (Anmerk.).*

1326.—Anmerkung. Das Rigasche Quartiercollegium, die städtischen Inspectionen des Bauwesens, der Stadtgüter, des Stadtmarstalls und der Poststationen, der Getränkesteuer und Accise, sowie der Stadtdruckerei, der Stadtbibliothek, des Risingcanals, der Dämme und Wege in den Vorstädten und dem Patrimonialgebiet, endlich der Speicher und der dazu gehörigen Anstalten verschiedener Art, sind aufgehoben worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1328 und Anmerk.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2002, P. 6–10; 2086, P. 4–9; Zus. (in d. Forts. v. J. 1879); 2092; Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6; 1877 März 26 (57101) Regl.

1328 und Anmerk.—*S. oben, Art. 1187 (Anmerk.) und 1326 (Anmerk.).*

1339.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1343.—Die Bestimmungen über die Ernennung zu Aemtern bei den Verwaltungen und Commissionen der Stadt Dorpat, die mit Rathsgliedern und Genossen der Stadtgilden besetzt worden, sind an ihrer Stelle im Theile I dieses Provinzialrechts (Behörd.-Verf.) enthalten.

Vgl. d. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 692–709.

1357.—Anmerkung. Von den städtischen, aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtgilden zusammengesetzten, Commissionen und Verwaltungen in Pernau sind die Stadtassa- und Quartiercommission, sowie die Verwaltungen des Feuerlöschwesens, der Accise und der Armenverpflegung aufgehoben worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 2002, P. 6–10; 2086, P. 4–9; Zus. (in d. Forts. v. J. 1879) 2092; Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876), Art. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.

1361.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1367.—Anmerkung. In den Städten Wenden, Wolmar, Walk, Lemsal, Werro, Fellin und Arensburg sind die städtischen Commissionen (Collegien), sowie das Quartiercomité (in Werro) und die Acciseverwaltung (in Wenden) aufgehoben worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1368–1371.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2002, P. 6–10; 2086, P. 4–9; Zus.; (in d. Forts. v. J. 1879); 2092; Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6; 1877 März 26 (57101) Regl.

1368 }
 bis } *S. oben, Art. 1367 (Anmerk.).*
1371. }

1398.—*S. oben, Art. 1319 (Anmerk. 2).*

1398.—Anmerkung. Der Révalsche Magistrat wählt in den gesetzlich bestimmten Fällen die Candidaten zu den Aemtern der weltlichen Mitglieder des Evangelisch-Lutherischen General-Consistoriums und der Evangelisch-Lutherischen Generalsynode.

RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1837, Art. 437 (in d. Forts. v. J. 1879), 591, 592 (in d. Forts. v. J. 1879).

1399.—*S. oben, Art. 1319 (Anmerk. 2).*

1403 und **1404**—*Aufgehoben.*—[1870 Jun. 16 (48498) Städteordn. Art. 2, Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.]

1405.—Anmerkung. Von den städtischen Verwaltungen in Reval sind das Stadtcassacollegium, die Krongetränkesteuercommission, die Stadtaccise-Commission, die Quartiercommission, die Stadtverlegekammer und die Beleuchtungscommission aufgehoben worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2086, P. 4–9; Zus. (in d. Forts. v. J. 1879); Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.

1407.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1414.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1414.—Anmerkung. Die Stadtcassaverwaltung und Quartierkammer in Hapsal und die dortige Acciseverwaltung sind aufgehoben worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2086, P. 5; Zus. (in d. Forts. v. J. 1879); Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 6; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.

1415.—*S. oben, Art. 1319 (Anmerk. 2).*

1416.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1419.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

1423.—Anmerkung 2. In den Kurländischen Städten sind die städtischen Collegien und Verwaltungen, mit Ausnahme indessen der Steuerverwaltungen, aufgehoben worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1–4; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 2092, P. 6–10; 2086, P. 4–9; Zus. (in d. Forts. v. J. 1879); 2092; Bd. V, Getränkst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 1, 10.

1427.—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 2).*

1437.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1442.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1444.—*S. oben, Art. 747 (Anmerk.).*

1445. }
1446. } *S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1).*

1448.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1).*

1449.—Der Magistrat in Jakobstadt besteht aus drei Bürgermeistern und drei Rathsherren. Von Diesen müssen ein Bürgermeister und ein Rathsherr dem Griechisch-Rechtgläubigen, der andere Bürgermeister und der andere Rathsherr dem Römisch-Katholischen und der dritte Bürgermeister und dritte Rathsherr dem Evangelisch-Lutherischen Glaubensbekenntnisse zugethan sein. Das Amt eines Gerichtsvogts wird einem der Rathsherrn übertragen.

1847 Dec. 22 (21809).

1451.—Drei Aeltermänner, welche die Aeltestenbank bilden, werden von sämmtlichen Bürgern, ohne Unterschied der Corporationen, aus der Mitte derselben gewählt und vom Rathe bestätigt. Einer von ihnen muss dem Griechisch-Rechtgläubigen, der andere dem Römisch-Katholischen, der dritte aber dem Evangelisch-Lutherischen Glaubensbekenntnisse zugethan sein.

1847 Dec. 22 (21809).

1453. }
1454. } *S. oben, Art. 945 (Anmerk. 1).*

1465.—*S. oben, Art. 945 (Anmerk. 2).*

1466.—Anmerkung. Die städtische Quartier-commission in der Stadt Narva ist aufgehoben worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2086, P. 5; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879), 2092; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1476.—Auf Grundlage des Allgemeinen Reichsgesetzbuches kann kein Bürger (Art. 943, Anmerk. 1, in d. Forts.) ohne Urtheil und Recht seiner Standesrechte, seines Lebens oder seines Vermögens verlustig gehen.

RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 17, 30, P. I—IV; 168.—Vgl. d. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 560, P. 1; 564.

1477.—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 1476 angegebenen Vorschriften.*— [RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 17, 30, P. I—IV; 168.]

1478.—Anmerkung. Die Vorschriften über den Gerichtsstand der Stadthäupter und Stadtamtsmitglieder in den Ostseegouvernements und der Stadt Narva, in Sachen betreffend Amtsvergehen, sind im Theil I dieses Provinzialrechts (Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., Art. 160, in d. Forts.; 312, P. 2, Zus., in d. Forts.; 858, I, P. 2, Zus., in d. Forts.) enthalten.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2107; Anm. (in d. Forts. v. J. 1879); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 19; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1480.—Die Rechte der Kaufmannschaft und der anderen Stadtbewohner in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva in Beziehung auf die Dienstordnung sind durch die Vorschriften des Reichsgesetzbuches festgestellt (a).

Anmerkung. In den Ostseegouvernements werden Personen abgabepflichtigen Standes, mit Genehmigung des örtlichen Gouverneurs, zum Eintritt in den Staatsdienst als Kanzlei-beamte dritter Kategorie, auf Grund besonderer diesbezüglicher Vorschriften, zugelassen (vgl. dies. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 301, Anmerk., in d. Forts.) (b).

(a) RGb., Bd. III, Dienst-Regl. Ausg. 1876, Art. 30, 38, 42 (in d. Forts. v. J. 1879), 43, 47, 58—60; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); vgl. RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 564.—(b) 1861 Nov. 6 (37600); 1866 Oct. 23 (43779); 1876 Jan. 25 (35501; Apr. 28 (35871) Art. 9.

1481 und **1482**—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 1480 angegebenen Vorschriften.* — [RGb., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 30, 38, 42, (in. d. Forts. v. J. 1879); 43, 47, 58—60.]

1483.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

1484—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Regl., Art. 1.]

1485.—In Beziehung auf Staatsabgaben und Leistungen haben die den Kaufmannsgilden angehörenden Bürger der Ostseegouvernements und der Stadt Narva (Art. 943, Anmerk. 1, in d. Forts.) die Rechte und Pflichten der Kaufmannschaft, wie dieselben im Allgemeinen Reichsgesetzbuche festgestellt sind. An den Landesprästandten nehmen sie nach Maassgabe der über diesen Gegenstand bestehenden Bestimmungen Theil, an den städtischen Leistungen aber nach den Vorschriften über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt (Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, Zus., Beil., in d. Forts.).

RGb., Bd. IV, B. II, Regl. üb. d. Landespräst., Ausg. 1857, Art. 606; Anm. (in d. Forts. v. J. 1876); 607; Anm. (in d. Forts. v. J. 1876); Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464; Beil. (in d. Forts. v. J. 1876); 1874 Dec. 10 (54144) I, Art. 2; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); Mai 22, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 597.

1486.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

1487.—Alle übrigen, nicht zum Kaufmannsstande gehörenden, Bürger (Art. 943, Anmerk. 1, in d. Forts.) unterliegen, in Beziehung auf Staatsabgaben und Leistungen, der Prästation derselben nach Maassgabe der allgemeinen Reichsgesetze und der betreffenden, im Artikel 1485 (in d. Forts.) bezeichneten, Vorschriften.

RGb., Bd. V, Abgaben-Regl., Ausg. 1857, Art. 12, P. 21; 401, Anm. 2 (in d. Forts. v. J. 1876); Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. J. 1876); 1874 Dec. 10 (54144) I, Art. 2; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1488—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Regl., Art. 1.]

1489. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

1490. }

1491—*Aufgehoben.*—[1867 Oct. 16 (45055).—Vgl. dies. Prov.-R., Th. III, Privat-R., in d. Forts.]

1492.—Anmerkung. Das in diesem (1492) Artikel erwähnte sogenannte Nachbarrecht steht auch den örtlichen Bürgern der Stadt Narva im St.-Petersburgischen Gouvernement zu.

Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 1678, 1679.

1493.—Die Bürger und die übrigen Stadtbewohner christlichen Glaubens in Livland, auf der Insel Oesel, in Estland und Kurland können daselbst Grundeigenthum jeder Art, darunter auch Rittergüter, zu vollem Eigenthum erwerben. Wer indessen nicht ein Rittergut, sondern eine abgetheilte Landstelle oder mehrere dergleichen Landstellen erwirbt, genießt die mit dem Besitz eines Ritterguts gesetzlich verbundenen besonderen Rechte nur in dem Falle, wenn aus einer solchen Landstelle, oder aus mehreren derselben, in der gesetzlich bestimmten Ordnung und mit obrigkeitlicher Bestätigung, ein neues Rittergut gebildet wird; der Erwerber eines abgetheilten bäuerlichen Grundstückes aber ist ausserdem verpflichtet, in den örtlichen Landgemeindeverband zu treten und alle durch die Landgemeindeordnung festgesetzten Pflichten zu übernehmen.

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1866 Febr. 18 (43031); Febr. 19 (43034) Landgem.-O., § 1, Anm.; Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152); 1871 Febr. 26 (49290); Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 612, 883, 892 (in d. Forts.).

1494.—Die Rittergüter in Livland, auf der Insel Oesel, in Estland und Kurland können auch, nach Maassgabe der betreffenden Bestimmungen des Privatrechts (Th. III dies. Prov.-R.), auf Grund von Pfandbesitzverträgen in den einstweiligen Besitz von Bürgern und anderen Städtebewohnern gelangen.

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 1504 fgg.—Vgl. d. unt. Art. 1493 (in d. Forts.) cit. Ges.

1495.—In den Ostseegouvernements haben die Bürger und die übrigen Stadtbewohner christlichen Glaubens das Recht sowohl Rittergüter und (in Kurland) bürgerliche Lehen, als auch überhaupt ländliches Grundeigenthum jeder Art zu vollem Eigenthum, sowie zum Pfand-, Pacht- und zu anderem einstweiligen Besitz auf Grund der Vorschriften des Privatrechtes (Th. III dies. Prov.-R.) zu erwerben.

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1866 Febr. 18 (43031); Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152); Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 612, 620 (in d. Forts.).

1496.—Die Bürger und übrigen Stadtbewohner, welche, vor Herausgabe des Provinzialrechts der Ostseegouvernements, Rittergüter in einem dieser Gouvernements erworben haben, fahren fort, dieselben mit vollem erblichem Eigenthumsrechte zu besitzen.

1841 Jun. 20, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); 1866 Febr. 18 (43031); Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152).

1497.—Nach Maassgabe der allgemeinen Reichsgesetze ist den Bürgern der Ostseegouvernements und der Stadt Narva (Art. 943, Anmerk. 1, in d. Forts.) gestattet, Fabriken und gewerbliche Anstalten zu gründen, Schiffe und Fahrzeuge zu besitzen, Handel und Gewerbe jeder Art zu treiben und Lieferungen und Leistungen zu übernehmen, unter denjenigen Bedingungen und Einschränkungen

gen, welche hierfür in dem Reglement über Poschlinien, im Handelsreglement und im Fabrik- und Gewerbereglement vorgeschrieben sind.

RGb., Bd. V, Poschlin-Regl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. J. 1876); Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); Fabr.- u. Gewerberegl., Ausg. 1879, Art. 48.

1498.—Auf Grundlage der allgemeinen Reichs- und der Provinzialgesetze können die Bürger (Art. 943, Anmerk. 1; in d. Forts.) sich durch Wechsel verbindlich machen und alle sonstigen, gesetzlich gestatteten, Urkunden errichten, sowie Verträge und Verbindlichkeiten eingehen.

RGb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 546 (in d. Forts. v. J. 1876); Pröv.-R., Th. III, Privat-R., Art. 2912—2918.

1500.—In den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva erlöschen die Rechte des Standes der Stadtbewohner und die Personen dieses Standes hören daselbst auf, demselben anzugehören: 1) durch den Uebertritt in einen anderen Stand, und 2) durch Begehung eines mit dem Verlust aller Standesrechte bedrohten Criminalverbrechens.

RGb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876, Art. 544; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1501.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

1502.—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Regl., Art. 1.]

Beil. III (zum Art. 541).—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1) u. 159 (P. 5, Anmerk.).*

Beil. III (zum Art. 541).—Anmerkung. Den Aemtern der Kreisdeputirten in Livland, der Conventsdeputirten auf der Insel Oesel, der im Ritterschaftsausschusse sitzenden Adelsdeputirten in Estland und der Kreisadelsmarschälle in Kurland steht die *fünfte* Aemterklasse zu.

1878 Nov. 28 (59064); RGb., Bd. IX, Stände-R., Art. 223, Anm., Beil., Tab., Anm. (in d. Forts. v. J. 1879).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 16.*—Das Wappen der Stadt Mitau: in purpurrothem Felde ein mit goldener Krone geschmückter Elenskopf mit Geweih in natürlicher Farbe, nach rechts gewandt; auf dem Halse das Herzoglich Kettlersche Familienwappen: ein silberner Kesselhaken, welcher ein rothes Feld in sich schliesst, in welchem links die verschlungenen Buchstaben: S. A. (Sigismundus Augustus), rechts das Bathorische Familienwappen: ein silberner Wolfskinnbacken mit drei Zähnen, und über beiden Figuren eine goldene Krone.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 17.*—Das Wappen der Stadt Libau: in blauem Felde ein auf den Hinterpranken aufrecht stehender goldener Löwe, mit vorgeschlagener rother Zunge und emporgerichtetem Doppelschweife; mit den Vorderpranken stützt sich der Löwe auf eine rechts stehende grünende Linde.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 18.*—Das Wappen der Stadt Windau: in purpurrothem Felde oben ein goldenes Ordenskreuz, unten ein silbernes Fischernetz mit goldenen Ringen, dem an blauem Bande ein silbernes, oben, unten und in der Mitte mit goldenen Reifen verziertes Hüfthorn angehängt ist.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 19.*—Das Wappen der Stadt Goldingen: in rothem Felde das Bild der heiligen Märtyrerin Katharina in weissem Gewande, auf dem Haupte die goldene Märtyrerkrone, von welcher das nach beiden Seiten aufgelöste Haar herabhängt; in der Rechten hält sie das Märtyrerrad, an dem der Rosenkranz hängt, in der Linken aber ein mit der Spitze zur Erde gesenktes Schwert. Die heilige Märtyrerin steht auf einem mit Blumen bewachsenen Boden.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 20.*—Das Wappen der Stadt Hasenpoth: in einem Schilde auf silbernem Felde eine Stadtmauer aus Ziegeln mit einem Thurme, von welchem die Russische Fahne weht; über dem Thore unter dem Gesimse, ein kleines Schild, in dessen beiden oberen Theilen das Wappen des Kurländischen Gouvernements, in dem dritten aber, auf goldenem Felde, eine weisse Hasenpfote (Hasenpoth); zu den Seiten des Thores über jeder Blende eine bronzene Tafel; auf der ersten, von rechts gerechnet, das Jahr (1373), in welchem Hasenpoth das Stadtrecht verliehen worden, auf der anderen aber das Jahr (1795) der Einverleibung Kurlands in Russland; das Schild ist mit einer goldenen Stadtkrone geschmückt.

1850 März 15 (23993).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 21.*—Das Wappen der Stadt Piltten: ein in zwei Felder getheiltes Schild; in dem oberen rothen Felde zwei ins Kreuz gestellte silberne Bischofsstäbe, über denselben eine goldene Kugel; in dem unteren silbernen Felde drei Stadtthürme rother Farbe mit Fähnlein.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 22.*—Das Wappen der Stadt Grobin: in silbernem Felde ein Kranich, der auf einem Fusse steht und mit dem anderen emporgehobenen einen Stein hält.

Resol. d. Herz. Kasim. v. Kurl. v. 2 Mai 1697; 1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 23.*—Das Wappen der Stadt Tuckum: in silbernem Felde ein mit grünen Fichten bewachsener hoher grüner Berg.

1798 Oct. 28 (18720); 1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 24.*—Das Wappen der Stadt Bauske: in rothem Felde ein auf den Hinterpranken aufrechtstehender goldener Löwe, nach rechts gewandt; die Vorderpranken und der Schweif des Löwen sind emporgerichtet, die Zunge vorgeschlagen.

1846 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 25.*—Das Wappen der Stadt Jakobstadt: in silbernem Felde ein nach rechts vor einer grünen Fichte vorübergehender Luchs in natürlicher Farbe.

1866 März 11 (19816 a).

Beil. IV (zum Art. 1060): *Artikel 26.*—Das Wappen der Stadt Friedrichstadt: in blauem Felde ein auf den Hinterpranken aufrechtstehender, nach rechts gewandter, goldener Greif, mit vorgeschlagener goldener Zunge und goldener Krone auf dem Haupte.

1864 März 11 (19816 a).

Beil. V (zu d. Art. 958, 998, 1023, 1039).—*S. oben, Art. 943 (Anmerk. 1).*

Beil. VI (zu d. Art. 1296, 1380, 1422).—*S. oben, Art. 1 (Anmerk. 1).*

Beil. VI (zum Art. 1296, 1380, 1422).—Anmerkung. Die Bürgermeister der Magistrate in den Gouvernements- und Hafenstädten rangiren in die *achte* Aemterclassen.

1849 Oct. 18 (23386).

BEILAGE

zur Fortsetzung vom Jahre 1880 des II Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements.

Beilage zum Artikel 1 (Anmerk. 1).

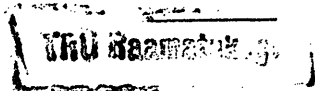
Concordanztabellen über die unter den Artikeln des II Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements und im Texte derselben allegirten Artikel des Allgemeinen Reichsgesetzbuchs, Ausg. v. J. 1842, mit Angabe der denselben entsprechenden Artikel des Allgemeinen Reichsgesetzbuchs, Ausg. v. J. 1857, sowie der Artikel der seit dem Jahre 1857 abgesondert herausgegebenen und in Geltung befindlichen Verfassungen und Reglements des letzteren.

I. Artikel des Provinzialr., Th. II, und des Reichsgesetzb., Bd. I, Grundges.

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetzb., Bd. I, Grund- ges., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. I, Grund- ges., Ausg. 1857. |
|-----------------------------|--|--|
| 5 | { 44 45 | { 44. 45. |

II. Artikel des Provinzialr., Th. II, und des Reichsgesetzb., Bd. III, Staatsdienstregl.

| Provinzialrecht, Th II. | Reichsgesetzb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876. |
|--------------------------------------|---|---|---|
| 541, Beil. III. | { 355, Beil. | 358, Beil. | Ausgeschl. |



III. Artikel des Provinzialr., Th. II, und des Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienstregl.,
und Bd. IX, Ständerecht.

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1837. | Reichsgesetzb., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|--|---|--|
| 1 | Stände-R., Art. 2 | 2 | 2. |
| 2 | Stände-R., Art. 3 | 3 | 3. |
| | Stände-R., Art. 1262 | 1365 | 952. |
| | Stände-R., Art. 1263 | 1366 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1264—1287 | Regl. üb. fremd. Conf. | |
| | | 1368 | 959. |
| | Stände-R., Art. 1288 | 1369 | 957. |
| | | 1370 | Ausgeschl. |
| | | 1371 | 957. |
| | Stände-R., Art. 1289 | 1372 | Aufgeh. |
| | Stände-R., Art. 1290, 1291 | 1373, 1374. | 960. |
| | Stände-R., Art. 1292 | 1375 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1293 | 1376 | 954. |
| | Stände-R., Art. 1294 | 1377 | 955. |
| 3 | Stände-R., Art. 1295 | 1378 | 956. |
| | Stände-R., Art. 1296 | 1379 | 958. |
| | Stände-R., Art. 1297 | 1380 | 953. |
| | Stände-R., Art. 1298 | 1381 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1299 | 1382 | 964. |
| | — - — Anmerk. 1 | — Anmerk. | |
| | — - — Anmerk. 2 | 1383 | 954, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1300 | 1384 | 964. |
| | Stände-R., Art. 1301 | 1367 | Aufgeh. |
| | Stände-R., Art. 1302 | 1385 | 965. |
| | Stände-R., Art. 1303 | 1386 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1304 | 1387 | 965, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1305 | 1388 | 966. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | | 1397 | 969. |
| | | 1398—1402. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1305, Anmerk. 1, 2. | 1403 | Aufgeh. |
| | | 1404, 1406 | Ausgeschl. |
| | | 1405 | 969, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1306 | 1389 | 967. |
| | Stände-R., Art. 1307 | 1390 | 968. |
| | Stände-R., Art. 1308—1311 | 1391—1394 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1312, 1313. | 1395, 1396. | Staatsdienstregl. |
| | Stände-R., Art. 1314 | 1405 | 969, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1315 | 1406, 1407. | } Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1316 | 1409 | |
| | Stände-R., Art. 1317 | 1408 | |
| | Stände-R., Art. 1318 | 1417 | |
| 3 | Stände-R., Art. 1319 | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 1320—1344 | Ersetzt. | |
| | Stände-R., Art. 1345 | 1494 | 974. |
| | — - - Anmerk. 1 | 1495 | } Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1346—1349 | 1496—1499 | |
| | — - - Anmerk. | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 1350 | 1500 | } Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1351 | 1501 | |
| | — - - Anmerk. 1 | — Anmerk. | |
| | — - - - - 2 | 1503 | 976. |
| | Stände-R., Art. 1352 | 1502 | 977. |
| | Stände-R., Art. 1353 | 1504 | 961. |
| | — - - Anmerk. 1 | — Anmerk. | — Anmerk. 1. |
| | — - - - - 2 | 1505 | 962. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | (Stände-R., Art. 1354 | } 1504, Anmerk. . . . | 961, Anmerk. 2. |
| | Stände-R., Art. 1355 | | |
| | Stände-R., Art. 1356 | 1505 | 962. |
| | Stände-R., Art. 1357 | 1506 | 963. |
| | Stände-R., Art. 1358 | 1507 | 979. |
| 3 | Stände-R., Art. 1359 | 1508 | 980. |
| | Stände-R., Art. 1360—1364 . . . | Verf. fremd. Stämm . | |
| | Stände-R., Art. 1365 | 1510 | 982. |
| | Stände-R., Art. 1366 | 1509 | 981. |
| | (Stände-R., Art. 1367 | 1511 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1368 | 1512 | 990. |
| | Stände-R., Art. 1369 | 1513 | 998. |
| | Stände-R., Art. 1370 | 1514 | } Ausgeschl. |
| | — - - Anmerk. | — Anmerk. | |
| | Stände-R., Art. 1371 | 1515 | 991. |
| | — - - Anmerk. | — Ausgeschl. . . . | |
| | Stände-R., Art. 1372 | 1516 | 992. |
| | — - - Anmerk. | — Anmerk. | Aufgeh. |
| | | 1517 (neu). | 993. |
| 4 | | — Zus. | — Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1373 | 1518 | 994. |
| | Stände-R., Art. 1374 | — Ausgeschl. . . . | |
| | Stände-R., Art. 1375 | 1519 | 995. |
| | Stände-R., Art. 1376 | 1520 | 996. |
| | Stände-R., Art. 1377 | 1521 | 997. |
| | — - - Anmerk. | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1378 | 1522 | 999. |
| | Stände-R., Art. 1379 | 1523 | 1001. |
| | | — Anmerk. 1, 2 . . . | — Anmerk. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 1380 | 1524 | 1002. |
| | Stände-R., Art. 1381 | 1525 | 1003. |
| | | — Anmerk. | — Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 1382 | 1526 | 1004. |
| | — - — Anmerk. 1, 2 | 1529 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1383 | 1527 | } 1005. |
| | — - — Anmerk. 1, 2 | — Anmerk. 1, 2 | |
| | — - — — 3 | 1528 | 1006. |
| | — - — — 4 | 1530 | } Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1384 | 1531 | |
| | Stände-R., Art. 1385 | 1532 | 1031. |
| | Stände-R., Art. 1386 | 1533 | } Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1387 | 1534 | |
| | Stände-R., Art. 1388 | 1535 | 1007. |
| 4 | Stände-R., Art. 1389 | 1536 | 1008. |
| | Stände-R., Art. 1390 | 1537 | 1009. |
| | Stände-R., Art. 1391 | 1538 | } 1010. |
| | — - — Anmerk. 1 | — Anmerk. 1 | |
| | — - — — 2 | 1538 | |
| | — - — Zus. | — Anmerk. 2 | |
| | Stände-R., Art. 1392 | 1539 | 1111. |
| | Stände-R., Art. 1393 | 1540 | } 1112. |
| | — - — Anmerk. | — Anmerk. | |
| | Stände-R., Art. 1394 | 1541 | 1113. |
| | — - — Anmerk. 1, 2 | — Anmerk. 1, 2 | } — Anmerk. |
| | — - — — 3 | — — 1 | |
| | Stände-R., Art. 1395 | 1542 | } 1014. |
| | — - — Anmerk. 1, 2 | — Anmerk. 1, 3 | |

| Provinzialrecht, Th. II | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Aufg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 1396 | } 1543 | 1015. |
| | — - - Anmerk. | | |
| | Stände-R., Art. 1397 | 1544 | 1017—1019. |
| | Stände-R., Art. 1398 | 1545 | 1020. |
| | Stände-R., Art. 1399 | 1546 | 1021. |
| | Stände-R., Art. 1400 | 1547 | 1022. |
| | Stände-R., Art. 1400, Anmerk. 1, 2. | Ausgeschl. | 1022, Anmerk. 1, 3. |
| | Stände-R., Art. 1401 | 1548 | 1016. |
| | — - - Anmerk. 1, 2 | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 1402 | 1549 | 1023. |
| 4 | Stände-R., Art. 1403 | 1550 | 1024. |
| | Stände-R., Art. 1404, P. 1—5 | 1551 | 1025. |
| | — - - - 6 | 1553 | 1027. |
| | — - - Anmerk. | 1551, Anmerk. | 1025. |
| | Stände-R., Art. 1405 | 1554 | 1028. |
| | Stände-R., Art. 1406 | 1555 | } 1029. |
| | — - - Anmerk. | — Anmerk. | |
| | Stände-R., Art. 1407 | 1556 | 1030. |
| | | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 1408 | 1557 | } Aufgeh. |
| | Stände-R., Art. 1409 | 1558 | |
| | Stände-R., Art. 17 | 17 | 20. |
| | Stände-R., Art. 18 | 18 | 21. |
| | — - - Anmerk. | 18 u. 47 | 21 u. 48. |
| 9 | Stände-R., Art. 19 | 19 | 22. |
| | — - - Anmerk. 1 | — Anmerk. u. 51, P. 3. | 33 u. 52, P. 3. |
| | — - - Anmerk. 2, 3 | Ausgeschl. | (33, Anmerk.; 49, Anmerk. 2. |
| | Stände-R., Art. 20 | 20 | 23. |
| | — - - Anmerk. | Ausgeschl. | |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1837. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 21 | Ausgeschl. | 24. |
| | Stände-R., Art. 22 | 21 | } 26, P. 1—8. |
| | Stände-R., Art. 23 | } Ausgeschl. | |
| | — — — Anmerk. 1 | | |
| | — — — — 2 | | |
| | Stände-R., Art. 23, Anmerk. 3 | 24 | 27. |
| | | — Anmerk. 1, 2 | — Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 24 | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 25 | 22 | 25. |
| | Stände-R., Art. 26 | 25 | 28. |
| | — — — Anmerk. 1 | 18 u. 23 | 21 u. 26. |
| | — — — — 2 | 18, 23, 24 u. 36 | 21, 26, 27 u. 37. |
| | Stände-R., Art. 27 | 27 | 30. |
| | — — — Anmerk. | 26 | 29. |
| 9 | Stände-R., Art. 28 | 28 | 18. |
| | Stände-R., Art. 29 | 29 | 18. |
| | Stände-R., Art. 30 | 30 | 31, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 31 | 31 | 31. |
| | Stände-R., Art. 32 | 32 | 32. |
| | Stände-R., Art. 33 | } 33 | 34. |
| | — — — Anmerk. | | |
| | Stände-R., Art. 34 | 35 | 36. |
| | — — — Anmerk. 1 | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | — — — — 2 | 35 | 36. |
| | Stände-R., Art. 35 | 34 | 35. |
| | Stände-R., Art. 36 | 36 | 37. |
| | — — — Anmerk. | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 37 | 37 | 38. |
| | Stände-R., Art. 38 | 38 | 39. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 39 | 39 | 40, 41. |
| | — - — Anmerk. 1 | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | — - — — 2 | 40 u. 43 | 42 u. 45. |
| | Stände-R., Art. 40 | 53 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 41 | 41 u. 44 | 43 u. 46. |
| | — - — Anmerk. | 44 | 46. |
| | Stände-R., Art. 42 | 42 | 44. |
| | Stände-R., Art. 43 | 45 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 44 | 46 | 47. |
| | Stände-R., Art. 45 | 47 | 48. |
| | Stände-R., Art. 46 | 48 | 49. |
| 9 | | — P. 1 | — P. 1. |
| | | — - 2 | — - 2; 52, P. 4. |
| | | — - 3 | — - 3. |
| | — - — Anmerk. | — Anmerk. | 52, P. 5. |
| | Stände-R., Art. 47 | 49 | 50. |
| | Stände-R., Art. 48 | 50 | 51. |
| | Stände-R., Art. 49 | 51 | 52. |
| | | — P. 1—3 | — P. 1—3. |
| | | — - 4 | } Ausgeschl. |
| | | — - 5 | |
| | — - — Anmerk. | — Anmerk. | |
| | Stände-R., Art. 50 | 52 | 53. |
| | — - — Anmerk. 1., 2 | 53 | Ausgeschl. |
| | — - — — 3 | 581, P. 6 u. 7. | 505, P. 7. |
| 22 | Stände-R., Art. 37 | 37 | 38. |
| 23 | Stände-R., Art. 38 | 38 | 39. |
| 24 | Stände-R., Art. 42 | 42 | 44. |
| 25 | Stände-R., Art. 43 | 45 | Ausgeschl. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|--|
| 31 | Stände-R., Art. 60 | 64 | 62. |
| 34 | Stände-R., Art. 104 | 112 | } 142. |
| | | — Anmerk. | |
| 35 | Stände-R., Art. 105 | 113 | 143. |
| 38 | Stände-R., Art. 118 | 126 | 156. |
| 43 | Stände-R., Art. 98 | 106 | 92. |
| 46 | Stände-R., Art. 124 | 132 | 162. |
| 47 | Stände-R., Art. 125 | 133 | 87. |
| 48 | Stände-R., Art. 126 | 134 | 88. |
| 540 | Wahldienstregl., Art. 227 | 236 | Stände-R., Art. 249. |
| 542 | Wahldienstregl., Art. 161 | 169 | Stände-R., Art. 250. |
| 543 | Wahldienstregl., Art. 239 | 246 | {Stände-R., Beil. zu Art. 249 (Anmerk. 1): Art. 8. |
| 544 | Wahldienstregl., Art. 237 | 244 | {Stände-R., Beil. zu Art. 249 (Anmerk. 1): Art. 6. |
| 545 | Wahldienstregl., Art. 234 | 241 | Stände-R., Art. 251. |
| 546 | Wahldienstregl., Art. 235 | 242 | {Stände-R., Beil. zu Art. 249 (Anmerk. 1): Art. 4. |
| 547 | Wahldienstregl., Art. 236 | 243 | {Stände-R., Beil. zu Art. 249 (Anmerk. 1): Art. 5. |
| 549 | Wahldienstregl., Art. 249 | 257 | {Stände-R., Beil. zu Art. 249 (Anmerk. 1): |
| 550 | Wahldienstregl., Art. 250 | 258 | {Art. 12. |
| 551 | Wahldienstregl., Art. 254 | 262 | {Staatsdienstregl., Art 525, Beil. |
| 560 | Stände-R., Art. 167 | 171 | Stände-R., Art. 299. |
| | Stände-R., Art. 162. | 166 | } 293, P. 1. |
| 568 | — - - P. 1 | — P. 1 | |
| | — - - 2-6 | — - 2-6 | |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 162, P. 7 | { 166 P. 7 — Anmerk. } | { 293, P. 7. |
| | — - - - 8 | — P. 8 | — - 8. |
| | — - - - 9 | — - 9 | Ausgeschl. |
| | — - - - 10 | — - 10 | 293, P. 9. |
| | — - - - 11, 12. | — - 11, 12 | Ausgeschl. |
| | — - - - 13—16. | — - 13—16 | 293, P. 12—15. |
| | | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 163, P. 1 | 167, P. 1 | 294, P. 1. |
| | — - - - 2 | Ausgeschl. | |
| | — - - - 3 | 166, P. 15 | 293, P. 14. |
| | — - - - 4 | Ausgeschl. | |
| | — - - - 5 | 167, P. 2 | } Ausgeschl. |
| | — - - - 6 | — - 3 | |
| 568 | — - - - 7 | — - 4 | 294, P. 3. |
| | — - - - 8 | — - 5 | — - 4. |
| | — - - - 9 | — - 8 | — - 7. |
| | — - - - 10 | — - 10 | — - 9. |
| | — - - - 11 | — - 11 | Aufgeh. |
| | — - - - 12 | — - 12 | Ausgeschl. |
| | — - - - 13 | — - 14 | 294, P. 10. |
| | — - - - 14 | — - 7 u. 9 | 295, P. 3 u. 4. |
| | — - - - 15 | } — - 13 — - 6 | Ausgeschl. |
| | — - - - 16 | | Ausgeschl. |
| | — - - - Anmerk. | 167, Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 164, P. 1 | 168, P. 1 | 295, P. 1. |
| | — - - - 2 | — - 2 | Ausgeschl. |
| | — - - - 3 | — - 3 | 295, P. 2. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| 568 | Stände-R., Art. 164, P. 4 | 168, P. 4 | } Ausgeschl. |
| | — - - - 5 | — 5 | |
| | — - - - 6 | — 6 | |
| | — - - - 7 | — 7 | 295, P. 3. |
| | — - - - 8 | — 8 | Ausgeschl. |
| | — - - - 9 | — 9 | 295, P. 4. |
| | — - - - 10 | — 10 | Ausgeschl. |
| | — - - - 11 | } 168, P. 13 | 295, P. 5, 6. |
| | — - - - 12 | | |
| | — - - - 13 | — 14 | |
| | — - - - 14, 15 | — 15, 16 | Ausgeschl. |
| | — - - - 16 | } — 11 | 295, P. 5. — 6. Ausgeschl. |
| | — - - - 17 | | |
| | — - - - 17 | | |
| | — - - - Anmerk. 1 | — Anmerk. 1 | — Anmerk. 1. |
| — - - - 2 | — 2 | Ausgeschl. | |
| — - - - 3 | — 3 | 296. | |
| 604 | Stände-R., Art. 167 | 171 | 299. |
| 605 | Stände-R., Art. 170 | 174 | 302. |
| 606 | Stände-R., Art. 171 | 175 | Ausgeschl. |
| 731 | Stände-R., Art. 167 | 171 | 299. |
| 737 | Stände-R., Art. 167 | 171 | 299. |
| 761 | Stände-R., Art. 617 | 171 | 299. |
| 764 | Stände-R., Art. 162 | 166 | } 293, P. 1. |
| | — - - - P. 1 | — P. 1 | |
| | — - - - 2—6 | — 2—6 | — 2—6. |
| | — - - - 7 | } — 7 — Anmerk. | } — 7. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. | |
|-----------------------------|--|---|--|------------|
| 764 | Stände-R., Art. 162, P. 8 | 166, P. 8 | 293, P. 8. | |
| | — - — - 9 | — - 9 | Ausgeschl. | |
| | — - — - 10 | — - 10 | 293, P. 9. | |
| | — - — - 11, 12 | — - 11, 12 | Ausgeschl. | |
| | — - — - 13—16 | — - 13—16 | 293, P. 12—15. | |
| | | — Anmerk. | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 169 | 173 | 301. | |
| | Stände-R., Art. 164, P. 1 | 168, P. 1 | 295, P. 1. | |
| | — - — - 2 | — - 2 | Ausgeschl. | |
| | — - — - 3 | — - 3 | 295, P. 2. | |
| 788 | — - — - 4 | — - 4 | } Ausgeschl. | |
| | — - — - 5 | — - 5 | | |
| | — - — - 6 | — - 6 | | |
| | — - — - 7 | — - 7 | 295, P. 3. | |
| | — - — - 8 | — - 8 | Ausgeschl. | |
| | — - — - 9 | — - 9 | 295, P. 4. | |
| | — - — - 10 | — - 10 | Ausgeschl. | |
| | — - — - 11 | } — - 13 | 295, P. 5, 6. | |
| | — - — - 12 | | | |
| | — - — - 13 | — - 14 | } Ausgeschl. | |
| | — - — - 14, 15 | — - 15, 16 | | |
| | — - — - 16 | } — - 11 | 259, P. 5. | |
| | | | — - 12 | — - 6. |
| | | | — - 17 | Ausgeschl. |
| — - — - 17 | — - 18 | 295, P. 7 | | |
| — - — Anmerk. 1 | — Anmerk. 1 | — Anmerk. 1. | | |
| — - — — 2 | — - 2 | Ausgeschl. | | |
| — - — — 3 | — - 3 | 296. | | |
| 842 | Stände-R., Art. 185 | 189 | 306. | |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. | |
|-----------------------------------|---|--|---|----------|
| 843 . . . | Stände-R., Art. 186 | 190 | 307. | |
| 844 . . . | Stände-R., Art. 187 | 191 | 308. | |
| 845 . . . | Stände-R., Art. 188 | 192 | 309. | |
| 850 . . . | Stände-R., Art. 193 | 197 | Ausgeschl. | |
| 853 . . . | Stände-R., Art. 195 | 199 | 315. | |
| 857 . . . | Stände-R., Art. 196 | 200 | 316. | |
| | Stände-R., Art. 197 | 201 | Ausgeschl. | |
| 861 . . . | Stände-R., Art. 198 | 202 | 317. | |
| 880 . . . | Stände-R., Art. 214 | 221 | 326. | |
| 882 . . . | Stände-R., Art. 215 | 222 | } 327. | |
| 884 . . . | Stände-R., Art. 217 | 224 | | |
| 885 . . . | Stände-R., Art. 227. | 237 | 334. | |
| 889 . . . | Stände-R., Art. 231 | 240 | 336. | |
| | | — Anmerk. 1 | — Anmerk. | |
| | | — — 2, 3 | Ausgeschl. | |
| 890 . . . | } Stände-R., Art. 120 | 128 | 158. | |
| 892 . . . | | | | |
| 896 . . . | Stände-R., Art. 122 | 130 | 160. | |
| | Stände-R., Art. 234—236 | 244—246 | 339—341. | |
| | Stände-R., Art. 237 | 247 | } 342. | |
| | Stände-R., Art. 238 | 248 | | |
| | Stände-R., Art. 239 | 249 | 343. | |
| | Stände-R., Art. 240 | 250 | 344. | |
| | 897 . . . | } Stände-R., Art. 241 | 251 | 345. |
| | | | — Anmerk. | 346. |
| Stände-R., Art. 242—245 | | | 252—255 | 347—350. |
| Stände-R., Art. 246 | 256 | 351. | | |
| | | — Anmerk. | Abgabenregl. | |
| | Stände-R., Art. 247—255 | 257—265 | 352—360. | |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. | |
|-----------------------------|--|---|--|-------------|
| | Stände-R., Art. 256 | 266 | 361. | |
| | | — Zus. | 362. | |
| | Stände-R., Art. 257 | 267 | } 363; Civilges. | |
| | | — Zus. | | |
| | Stände-R., Art. 258 | 268 | 364. | |
| | Stände-R., Art. 259 | 269 | 365. | |
| | Stände-R., Art. 260 | 270 | 366. | |
| | — - - Anmerk. 1 | — Anmerk. 1 | Ausgeschl. | |
| | | — - - 2 | 366, Anmerk. | |
| | — - - - 2 | 273, Anmerk. | Ausgeschl. | |
| | — - - - 3 | 270, Anmerk. 1. | Ausgeschl. | |
| | — - - - 4 | 270 | 366. | |
| | Stände-R., Art. 261 | 271 | Aufgeh. | |
| | Stände-R., Art. 262 | 272 | 367. | |
| 897 | Stände-R., Art. 263 | 273 | Aufgeh. | |
| | | — Anmerk. | Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 264 | 274 | 369. | |
| | Stände-R., Art. 265 | 275 | Aufgeh. | |
| | Stände-R., Art. 266 | 276 | } 370, P. 1. | |
| | | — P. 1 | | |
| | | — - 2 | | — - 2. |
| | | — - 3 | | — - 3 u. 5. |
| | | — - 4 | | — - 4. |
| | | — - 5 | | — - 6. |
| | | — - 6 | | — - 7. |
| | Stände-R., Art. 267 | } 277; Regl. üb. Verh. d. Verbr. | } Ausgeschl. | |
| | Stände-R., Art. 268 | | | |
| | Stände-R., Art. 269 | 278 | 371. | |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| | Stände-R., Art. 270 | 279 — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 271 | 280 | 372. |
| | Stände-R., Art. 272 | } Regl. üb. Verhüt. d. Verbr. | |
| | Stände-R., Art. 273 | | |
| | Stände-R., Art. 274 | { 278 279 | 371. Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 257—278 | { Regl. üb. Verhüt. d. Verbr. | |
| | Stände-R., Art. 279 | 281 | 373. |
| | Stände-R., Art. 280 | 282 | 374. |
| | Stände-R., Art. 281 | 283 | 375. |
| | Stände-R., Art. 282 | 284 | 377. |
| 897 | Stände-R., Art. 283 | 285 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 284 | 286 | 376; Civilges. |
| | Stände-R., Art. 285 | 287 | 378, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 286—288 | 288—290 | 379—381. |
| | Stände-R., Art. 289 | 291 — Anmerk. 1, 2 | Ausgeschl. |
| | — - - Anmerk. 1 | 292 | 502, P. 2. |
| | — - - - 2 | 291, Anmerk. 2 | } Ausgeschl. |
| | — - - - 3 | 291 | |
| | Stände-R., Art. 290 | 293 | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 291 | } 294 | 382. |
| | — - - Anmerk. 1, 2 | | |
| | Stände-R., Art. 292—296 | 295—299 | 383—387. |
| | Stände-R., Art. 297 | 300 | Bauregl. |
| | Stände-R., Art. 298 | 301 | 389. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl. und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|---|---|
| | Stände-R., Art. 299 | 302 | 390. |
| | Stände-R., Art. 300 | 303 | 391, Anmerk. |
| | — - — Anmerk. | — Anmerk. | Bauregl. |
| | Stände-R., Art. 301 | 304 | 392. |
| | — - — Anmerk. | Ausgeschl. | — Anmerk.. |
| | Stände-R., Art. 302 | Aufgeh. | |
| | — - — Anmerk. | 304, Anmerk. | — Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 303 | 305 | 393. |
| | | — Zus. | 394. |
| | Stände-R., Art. 304—407 | 306—309 | 395—398. |
| 897 . . . | Stände-R., Art. 308 | 310 | 399. |
| | | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| | Stände-R., Art. 309—314 | 311—316 | 400—405. |
| | Stände-R., Art. 315 | 317 | 406, Anmerk. |
| | Stände-R., Art. 316 | 318 | } 407. |
| | — - — Anmerk. | — Anmerk. | |
| | Stände-R., Art. 317 | 319 | 408. |
| | Stände-R., Art. 318 | 320 | 409. |
| | Stände-R., Art. 319 | 321 | Civilprozess-Ges. |
| | Stände-R., Art. 320 | 322 | 410. |
| | — - — Anmerk. 1 | } 323 | 411. |
| | — - — — 2 | | |
| 899 . . . | Stände-R., Art. 321 | 324 | 412. |
| 900 . . . | Stände-R., Art. 367 | 359 | 445. |
| 901 . . . | Stände-R., Art. 368 | 360 | 446. |
| 902 . . . | Stände-R., Art. 370 | 362 | 448. |
| | | — Anmerk. | — Anmerk. |
| 903 . . . | Stände-R., Art. 371 | 363 | 449. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|-----------------------------|---|--|---|
| 904 | Stände-R., Art. 372 | 364 | {Regl. üb. fremd. Conf. |
| 906 | Stände-R., Art. 374 | 366 | {Regl. üb. fremd. Conf. |
| 907 | Stände-R., Art. 375 | 367 | |
| 908 | Stände-R., Art. 376 | 368 | 450. |
| 909 | Stände-R., Art. 377 | 369 | 451. |
| 911 | Stände-R., Art. 379 | 371 | 452. |
| 917—921 . | Stände-R., Art. 388—392 | 380—384 | 459—463. |
| 926 | Stände-R., Art. 394 | {Regl. üb. fremd. Conf. | |
| 928 | {Stände-R., Art. 395 | 385 | 502, P. 6. |
| | {Staatsdienstregl., Art. 3, P. 3 | 3, P. 4 | 3, P. 4. |
| 935 | Stände-R., Art. 402 | 388 | 465. |
| 937 | Stände-R., Art. 404 | {Regl. üb. fremd. Conf. | |
| 941 | Stände-R. Art., 459 | 424 | 494. |
| 1052 | Stände-R., Art. 513 | 496 | 566. |
| 1053 | Stände-R., Art. 515 | 498 | 568. |
| | — — — Anmerk. | — Anmerk. | Ausgeschl. |
| 1054 | Stände-R., Art. 516 | 499 | 569. |
| | — — — Anmerk. | — Anmerk. | — Anmerk. |
| 1055 | Stände-R., Art. 527 | 510 | 577, Anmerk. 1. |
| 1059 | Stände-R., Art. 535 | 518 | 579. |
| 1061, 1062 . . | Stände-R., Art. 521 | 504 | 570. |
| 1076 | Stände-R., Art. 541 | 524 | 584. |
| 1077 | Stände-R., Art. 532 | 515 | 571. |
| 1078 | Stände-R., Art. 533 | 516 | 572. |
| 1079 | Stände-R., Art. 544 | 527 | 572. |
| 1296 (Beil. VI) | Wahldienstregl., Art. 315 (Beil.) | 341 (Beil.) | Ausgeschl. |
| 1380 (Beil. VI) | Wahldienstregl., Art. 315 (Beil.) | 341 (Beil.) | Ausgeschl. |

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienst- regl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausc. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., und Bd. IX, Ständerecht, Ausc. 1837. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausc. 1876. |
|-----------------------------|---|---|---|
| 1422 (Beil. VI) | Wahldienstregl., Art 315 (Beil.) . | 341 (Beil.) | Ausgeschl. |
| 1483 | Stände-R., Art. 561 | 536 | 557. |
| 1490 | Stände-R., Art. 575 | 550 | 560. |
| 1501 | Stände-R., Art. 590 | 566 | 545. |

IV. Artikel des Provinzialr., Th. II, und des Reichsgesetz., Bd. V, Poschlin-Regl.

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. V, Poschlin- Regl., Ausc. 1842. | Reichsgesetz., Bd. V, Poschlin- Regl., Ausc. 1837. |
|-----------------------------|---|---|
| 868 | 356 | 392. |
| 1489 | 356 | 392. |

V. Artikel des Provinzialr., Th. II, und des Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges.

| Provinzialrecht, Th. II. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausc. 1842. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausc. 1837. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausc. 1876. |
|-----------------------------|---|---|---|
| 922 | 1265 | 406 | 395, Anmerk. 1. |

NACHWEIS

derjenigen Artikel des II Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements,
bei welchen die Quellencitate in der Fortsetzung ergänzt worden sind.

Bei Art. 32 ist zum Quellencitat hinzugesetzt: 1856 Febr. 17 (30185—30188) Allerh. Gnadenurk.

*Bei Art. 32, P. 4—*1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 269, 271; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 49, 134.

*Bei Art. 32, P. 5—*1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 269, 271; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 49, 134; RGb., Bd. IV, Landespräst.-Regl., Ausg. 1857, Art. 606; Anm. (in d. Forts. v. J. 1876); 1851 Jul. 13 (25398) Regl., Art. 254; 1866 Febr. 18 (43031); Nov. 5 (43817); 1869 Mai 30 (47152).

*Bei Art. 32, P. 9—*1875 Apr. 25 (54623).

*Bei Art. 34, Anm.—*1845 Apr. 24 (18954).

*Bei Art. 66 u. 67—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.
*Bei Art. 74—*1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

*Bei Art. 101—*1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

*Bei Art. 135—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 158—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 183—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 197—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 215 u. 216—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 240 u. 241—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 266—*1828 Nov. 28 (2462); 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 710—713, 724.

*Bei Art. 267—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 302—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 337—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 359, III—*1857 Dec. 2 (32509); 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 593, 650, 651, 659, 724.

*Bei Art. 359, III, P. 1—*1857 Dec. 2 (32509).

*Bei Art. 365, Anm.—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 378—*1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2.

*Bei Art. 380 u. 381—*RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 436 (in d. Forts. v. J. 1879), 454 (in d. Forts. v. J. 1879).

*Bei Art. 383—*RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 437 (in d. Forts. v. J. 1879).

*Bei Art. 387—*1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 725; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1 u. 2.

*Bei Art. 391—*1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1 u. 2.

*Bei Art. 395—*1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 649; Beil. E.

*Bei Art. 417 u. 418—*1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 724.

*Bei Art. 424—*RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 419 (in d. Forts. v. J. 1879).

*Bei Art. 425, III—*1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1.

*Bei Art. 427—*1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1.

*Bei Art. 432—*1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1.

*Bei Art. 436—*1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1.

*Bei Art. 446—*RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 419 (in d. Forts. v. J. 1879).

*Bei Art. 447, III—*1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 770, 771; 1877 Mai 19 (57386) Art. I, c, P. 2.

*Bei Art. 447, II, P. 5—*1839 Apr. 25 (12261).

*Bei Art. 459—*RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

*Bei Art. 466 u. 467—*1856 Jul. 5 (30693) Verordn., Art. 770, 771; 1877 Mai 19 (57386) Art. I, c, P. 2.

*Bei Art. 476, P. 2—*1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 770, 771.

Bei Art. 497—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 419 (in d. Forts. v. J. 1879), 436 (in d. Forts. v. J. 1879), 437 (in d. Forts. v. J. 1879).

Bei Art. 514 u. 515—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 436 (in d. Forts. v. J. 1879), 454 (in d. Forts. v. J. 1879).

Bei Art. 591—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 632 bis 635—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 696—1865 Febr. 19 (41820) Regl., Art. 1; 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., № 383.

Bei Art. 843—1817: Aug. 25 (27024) B.-Verordn., Art. 19, 252, 553; 1858 Jul. 15 (33403); 1863 Jul. 9 (39849) Rgl., §§ 1, 9, 10, P. 2.

Bei Art. 858—1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. IV.

Bei Art. 860—1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 73, P. 1; 1005, P. 1; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 890, 902, 903, 917.

Bei Art. 881—1845 Aug. 15 (19283).

Bei Art. 883—1855 Febr. 22 (29061).

Bei Art. 904—1863 Jan. 1 (39119) Bef. an d. Sen., Art. 2; 1874 März 5 (53224).

Bei Art. 908—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 134—904.

Bei Art. 917—1836 Jul. 30 (9439); 1837 Jul. 24 (10474); 1865 Febr. 9 (41778) Regl., Art. 20, Anm., P. 2.

Bei Art. 1005—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1057—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 290, 650 (in d. Forts. v. J. 1879).

Bei Art. 1140—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1143—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1147—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1173 bis 1178—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1214—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1217—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1220—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1229 u. 1230—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1242—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1245—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1253—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1259 bis 1269—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1275 bis 1277—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1296—RGb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876, Art. 155, Anm.; 165.

Bei Art. 1509—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1517—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Bei Art. 1520 bis 1522—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 436 (in d. Forts. v. J. 1879), 438 (in d. Forts. v. J. 1879).

Bei Art. 1531—1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 763.

Bei Art. 1580—RGb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876, Art. 155, Anm.; 165, 525; Anm.

Bei Art. 1599 bis 1401—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Art. 436 (in d. Forts. v. J. 1879)—438 (in d. Forts. v. J. 1879).

Bei Art. 1422—RGb., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876, Art. 155, Anm.; 165.

Bei Art. 1463—1866 Dec. 26 (44057).

Bei Art. 1475—RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1439, Anm.

Entwurf
einer

FORTSETZUNG

ZUM

PROVINZIALRECHTE DER OSTSEEGOUVERNEMENTS.

FORTSETZUNG
ZUM
PROVINZIALRECHTE
DER
OSTSEEGOUVERNEMENTS.

Bis zum 1 Juli 1880.

SUPPLEMENTE ZUM ERSTEN THEIL.
BEHÖRDENVERFASSUNG.

№ 52 327

Aus der Russischen Urschrift in der II Abtheilung S. K. M. Eigener Kanzlei übersetzt.

ST.-PETERSBURG.

BEHÖRDENVERFASSUNG.

(Fortsetzung v. J. 1880 zum I Theil des Provinzialrechts
der Ostseegouvernements.)

1.—Anmerkung. Diesem (1) Artikel sind Concordanztabellen beigelegt, worin die unter den Artikeln des I Theils des Provinzialrechts und im Texte derselben allegirten Artikel der Ausgabe des Allgemeinen Reichsgesetzbuches vom Jahre 1842, sowie Hinweise auf die entsprechenden Artikel sowohl der Ausgabe des Reichsgesetzbuches vom Jahre 1857, als auch der seit dem Jahre 1857 abgesondert herausgegebenen und in Geltung befindlichen Verfassungen und Statuten des Letzteren sich angegeben finden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 5, 6, 14, 17, 19, 21—31, 34, 35 (P. 2), 36, 38, 40—47, 49, 51—56, 58, 62, 67—69, 71, 73, 74, 84—99, 123—125, 128, 129, 130 (P. 2, 3, 5—7), 132, 137, 138, 140, 141, 143, 145, 153—160, 162—170, 174—178, 181, 186, 187, 193 und Anmerk. 1; 198, 207, 208, 211, 212, 214, 218, 220, 221, 223—225, 227, 229, 242, 244—249, 255, 279—284, 289—293, 312, 313, 349, 350, 352, 354, 355, 369, 392—395, 413—420, 430—433, 509—512, 537, 627—629, 644, 645, 660—664, 859, 886, 888, 890, 891, 955—957, 975—982, 991—995, 1018, 1085—1087, 1200—1202, 1253, 1254, 1313—1315, 1317, 1318, 1326, 1355—1358, 1368; 1374—1381, 1391—1394, 1416, 1419, 1423, 1429, 1443—1446, 1482, 1571—1573, 1659—1661 (P. 1—3, 6—9, 13—16, 18—22), 1662—1664, 1666—1672, 1674—1683, 1685, 1686, 1695, 1708, 1714, 1718 und 1726.

1858 Mai 12 (33140); 1878 Febr. 14, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 151.

3.—Anmerkung 3. Die Vorschriften, durch welche einige in der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva in Geltung gewesene und dem Provinzialrecht einverleihte Rechtsbestimmungen über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt ersetzt worden sind, sind in der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 (in d. Forts.) angegeben.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 19 (P. 3).

1870 Jun. 16 (48498) Bef. an d. Sen., Art. 2; Städteordn.; 1873 Febr. 11, Comm. d. Min. d. Inn., N^o 1531; 1877 März 26 (57101); 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

3.—Anmerkung 4. Die Allerhöchst bestätigten Gesetze über die Bauern des Gouvernements Estland vom Jahre 1816 und des Gouvernements Livland vom Jahre 1819, mit den dazu gehörigen späteren Rechtsbestimmungen, sind ersetzt worden: das erstere durch die Bauerverordnung vom 5 Juli 1856, das letztere durch die Agrar- und Bauerverordnung vom 9 Juli 1849, an deren Stelle die gegenwärtig geltende Livländische Bauerverordnung vom 13 November 1860 erlassen wurde. Hierbei ist indessen die Livländische Bauerverordnung vom

Jahre 1819, mit Ausnahme der agrarischen, im Jahre 1865 für die Insel Oesel neu emanirten Bestimmungen, auf dieser Insel in Kraft und Geltung geblieben.— Zu den oberwähnten Bauerverordnungen, sowie auch zu dem Allerhöchst bestätigten Gesetze über die Kurländischen Bauern vom Jahre 1817, gehören ergänzende, die Bauern der erwähnten Gouvernements betreffende, Vorschriften, welche, wie auch die Bauerverordnungen selbst, den Gegenstand einer besondern Zusammenstellung bilden (vgl. Art. 3 u Anmerk. 1).

1816 Mai 23 (26277—26280); 1817 Aug. 25 (27020; 27024); 1819 März 26 (27734; 27735); 1821 März 19 (28589); Jul. 19 (28697); 1822 Apr. 14 (29000) Art. 63; Jun. 4 (29061); 1823 Jan. 24 (29276); 1824 Apr. 11 (29864); Aug. 19 (30029); 1826 Jun. 30 (440); Oct. 12 (1458); 1828 Nov. 28 (2462); 1830 März 19 (3542) Art. 3; 1832 Oct. 5 (5649); Oct. 13 (5674); Nov. 29 (5777); 1835 Jun. 26 (3270); 1837 Jan. 19 (9880); 1838 Sept. 13 (11534); 1839 Jun. 6 (12418); 1841 Jan. 17 (17534); 1845 Jan. 23, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Jan. 30 (18681); Jun. 1 (19061); 19066; Nov. 28 (19467); 1846 Apr. 30 (19991); Mai 20 (20038); Jun. 9 (20110); Sept. 5 (20402); 1847 Jul. 24 (21438); Sept. 19 (21539); Oct. 13 (21602); 1848 Nov. 30 (22774); 1849 Mai 12 (23244); Jul. 9 (23385); 1851 März 27 (25064); Oct. 22 (25666); 1852 Mai 19 (26297); Mai 30 (26314); 1853 Jun. 21 (27360); Jun. 30 (27407); Dec. 29 (27815); 1854 Mai 18 (28248); Mai 26 (28297); Dec. 17 (28837); 1855 Nov. 14 (29806); 1856 Jul. 5 (30693); Dec. 27 (31324); 1857 Jun. 17 (31996); Nov. 29 (32495); 1858 Jan. 13 (32674); Mai 26 (33197); Jun. 9 (33268); Jul. 15 (33403); Nov. 24 (33805); Dec. 8 (33863); 1859 Jan. 23 (34081 a, in d. Vollst. Ges.-Samml. v. J. 1862); Febr. 2 (34104); Febr. 6 (34132); März 13 (34239); 1860 Jan. 5 (35323); Apr. 5 (35664); Jun. 8 (35888); Oct. 21 (36239); Nov. 13 (36312); Nov. 28 (36356); Dec. 16 (36406); 1861 Jan. 2 (36497); Apr. 10 (36847); Mai 8 (36989); Sept. 8 (37400); Nov. 6 (37600); 1862 März 5 (38032); Apr. 6, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Apr. 7 (38142); Jul. 2 (38430); Jul. 22 (38488); 1863 Mai 13 (39619); Jul. 9 (39849); Sept. 6 (40034 a); Sept. 21 (40075); Oct. 28 (40159); 40164); 1864 Jan. 6 (40473); Febr. 28, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Jun. 1 (40954); Jun. 29 (41019); Oct. 9 (41340); 1865 Jan. 29 (41737); Febr. 12 (41803; 41804); Febr. 19 (41820); Mai 22, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Jun. 4 (42162; 42163); Jun. 4, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Aug. 13 (42395); Sept. 18 (42472); Dec. 20 (42807); 1866 Febr. 18 (43024—43031); Febr. 19 (43034); Apr. 2 (43253; 43257); Jun. 11 (43383; 43385); Oct. 23 (43778); Nov. 5 (43817; 43818); Nov. 20 (43868); Dec. 9 (43965); 1867 Jan. 16 (44125); Febr. 23, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); Febr. 24 (44282); Mai 22 (44614); Dec. 4 (43239); 1868 Oct. 28 (46405); Nov. 29 (46487); Dec. 9 (46535); 1869 März 10 (46893); Mai 30 (47152); Dec. 17 (47803); Dec. 30 (47852) Art. 4; 1870 Jan. 26 (47957); März 2 (48078); Mai 27 (48423; 48434); Oct. 26 (48847); 1871 Febr. 6 (49229); Febr. 26 (49290; 49291); Oct. 18 (50050); 1872 Mai 4 (50802); Jul. 31 (51164); 1873 März 20 (52037); Apr. 24 (52145); Mai 18 (52289); 1874 März 15 (53256); Apr. 26 (53440); Mai 18 (53540); Nov. 11 (54032); 1875 Apr. 4 (54557; 54558); Apr. 25 (54623); Dec. 12 (55360); 1876 Jan. 25 (55501); Febr. 3 (55540); Apr. 28 (55871) Art. 5—9; 1877 Apr. 27 (57230); Mai 19 (57384) I c, P. 2; e, f; 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., № 383.

4.—Anmerkung 1. Im Jahre 1876 ist das Amt des Generalgouverneurs von Liv-, Est- und Kurland aufgehoben worden. Hierbei ist: 1) die Verwaltung in diesen Gouvernements in Gemässheit der Vorschriften der Allgemeinen Gouvernementsverfassung und der besonderen, für die erwähnten Gouvernements erlassenen, localen Rechtsbestimmungen und Gesetze eingerichtet; 2) die Thätigkeit der bei dem Generalgouverneur errichteten Kanzlei eingestellt und die in derselben verhandelten Sachen an die Kanzleien der Gouverneure derjenigen Gouvernements, auf die sie sich bezogen, abgegeben, die auf allgemeine Angelegenheiten bezüglichen Verhandlungen aber an das Ministerium des Innern eingesandt; 3) die Vertheilung der durch die allgemeinen und örtlichen Gesetzesvorschriften dem Generalgouverneur übertragenen Rechte unter die Gouverneure und die betreffenden Ministerien, den Ministern, je nach der Zuständigkeit, anheimgestellt worden. —Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 5, 394, 431, 662, 859, 956, 1207, 1357 und 1445.

1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55871); Mai 28 (56000); 1877 Mai 19 (57384); 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., № 383.

4.—Anmerkung 2. Allen Gouvernementschefs ist der gemeinsame Titel *Gouverneur* beigelegt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 5, 33 (Anmerk.), 394, 662, 696, 956, 1286, 1357, 1445 und 1571—1573.

1864 Aug. 31 (41211).

5.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1, 2).*

6.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

7.—Die in den Ostseegouvernements auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Reichsgesetzbuchs eingesetzten Behörden und Gewalten sind: 1) die Gouvernementsregierungen; 2) die Gouvernements- und Kreis- Wehrpflicht-commissionen; 3) die Kameralhöfe und Gouvernements- und Kreisrenten; 4) die Baltische Domänenverwaltung; 5) die Ober- und Unterschiedsgerichte für Grundeigenthums- und Servitutstreitsachen auf Krongütern; 6) die Collegien der Allgemeinen Fürsorge; 7) die im Abhängigkeitsverhältniss zu verschiedenen Ministerien stehenden besonderen Institutionen: die Controlhöfe, die Gefängniss-Fürsorgecomités und deren Abtheilungen, die Versorgungscommissionen, die Gouvernements- und Kreis- Anordnungscomités (im Gouvernement Kurland), die Zollämter und Zollbarrieren, die Getränkesteuerverwaltungen, die Postcomptoirs und andere.

Anmerkung. Diejenigen Institutionen, deren Verfassungen in das Allgemeine Reichsgesetzbuch nicht aufgenommen und welche dem Provinzialrechte der Ostseegouvernements nicht einverleibt worden sind, bestehen in diesen Gouvernements auf Grundlage der darüber erlassenen speciellen Reglements und Statuten.

Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 4, P. 1 u. Anm. 1, 2; 665, 667, § IV, Anm. 2; 832 u. flg.; 920, Anm. 1 u. flg.; 1565 u. flg.; Bd. IV, B. I, Ges. üb. d. Wehrpfl. Ausg. 1876, Art. 82, P. 3; 85, P. 2; Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 2, 42, 54; Bd. XIII, Regl. üb. d. Allg. Fürs., Ausg. 1857, Art. 3, 4.—Vgl. 1823 Jan. 24 (29275; 29276) Oes. Bauer-Bankverordn.; 1845 Jan. 30 (18681); 1854 Mai 26 (28297) Rgl.; 1876 Jan. 25 (55501); März 9 (55681) I, Art. 1; Apr. 28 (55871) Art. 9.

9.—Zusatz. In den Städten der Ostseegouvernements und in der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva bestehen Gouvernementsbehörden für städtische Sachen, Stadtverordnetencollegien und Stadtämter, auf Grundlage der Städteordnung vom Jahre 1870 und der Allerhöchst bestätigten Regeln vom 26 März 1877 über die Anwendung dieser Städteordnung auf die erwähnten Gouvernements. Das Reglement, durch welches in diesen Gouvernements und in Narva die bisherigen localen Bestimmungen über die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt ersetzt worden sind, ist hier beigelegt.

1870 Jun. 16 (48498) Städteordn.; Beil.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 1, 3; RRG., Art. VII; Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

10.—Zusatz. Bei dem Magistrate der Stadt Fellin ist ein besonderer Stadtfiscal angestellt (s. Art. 826).

12.—Die Verfassung der geistlichen Behörden und Gewalten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in den Ostseegouvernements findet sich in dem Gesetz für die

Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland angegeben (Reichsgesetzb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 134—789).

1832 Dec. 28 (5870; 5871); 1858 Mai 12 (33140).

14.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

14.—Anmerkung. Die Ausnahmen von den allgemeinen Vorschriften dieses (I) Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements über Bestand und Einrichtung der Behörden (Art. 14—48), der Kanzleien und Archive (Art. 49—84), über Dienstunterordnung in den Behörden (Art. 85—99), einkommende Sachen (Art. 123—139), Geschäftsgang (Art. 140—170, 172, 173), Abfassung der Ausfertigungen (Art. 174—184, 186—196, 198, 199), Ordnen der Acten (Art. 201—206), Ordnung des Schriftwechsels (Art. 207—217), Rechenschaftsablegung (Art. 218—227, 229—234, 236—238, 240, 241), Verantwortlichkeit (Art. 242—258, 260, 262, 263, 266—269, 279—281) und gerichtliche Competenz (Art. 282—293) sind in den in den erwähnten Gouvernements wirksamen Specialbestimmungen und in den übrigen Abschnitten dieses Provinzialrechts und seiner Fortsetzung, wo gehörig, angegeben.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 23, Anm.

17.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

19.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

19, P. 3.—*S. oben, Art. 3 (Anmerk. 3).*

21

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

23.

23.—Anmerkung. Wenn der Gouverneur die Geschäftsverhandlungen einer obrigkeitlichen Behörde revidirt, so soll während der Stunden seiner Anwesenheit keinerlei Vortrag, Lesung oder Entscheidung von Sachen oder Ausfertigungen statthaben. In den übrigen, in diesem (23) Artikel festgesetzten, Stunden kann die Sitzung nur in dem Fall nicht stattfinden, wenn in der Behörde weder Acten, noch Ausfertigungen zur Durchsicht und Entscheidung vorliegen. Ueber einen solchen Fall wird in dem Tagesjournal das Nöthige bemerkt.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 27, 28.

24

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

28.

28.—Anmerkung. Die Betheiligung der Mitglieder der Gerichtsbehörden und aller anderen obrigkeitlichen Behörden an der Entscheidung der Sache kann

in den Fällen und in der Ordnung abgelehnt werden, welche in den Vorschriften über den Civilprozess (vgl. Th. IV dies. Prov.-R.) festgesetzt sind.

1864 Mai 25 (40940).—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 34.

29

bis

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

31.

32.—Wer ohne besondern gesetzlichen Grund von der Sitzung ausbleibt, oder später, als zur festgesetzten Stunde in die Sitzung kommt, oder dieselbe früher verlässt, wird hierfür der Verantwortlichkeit in Gemässheit des Strafgesetzbuchs unterzogen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.

33, P. 5.—Die Beurlaubung der Justizbeamten in den Ostseegouvernements während der Juridiken ist den betreffenden Gerichtsbehörden zweiter Instanz anheimgestellt.

1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57934) Art. II.

33, Anmerk.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk. 2).*

34.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

35, P. 2.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

36.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

38.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

39.—In allen obrigkeitlichen Behörden, angefangen von den höchsten bis zu den untersten, müssen während der Sitzungen die Präsidenten, Glieder, Secretäre, Kanzleibeamten und Diener in der Amtstracht erscheinen (s. d. Dienst-Regl.).

RGb., Bd. II, Th. II, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 44.—Vgl. ebendas., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 325 u. Beil.

40

bis

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

47.

49.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

51

bis

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

56.

58.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

59.—Anmerkung. Die Kanzleisporteln (Kanzleigebühren), welche in den dem Ministerium des Innern unterstellten Behörden der Ostseegouvernements zur Erhebung gelangen, werden zu den Specialmitteln des erwähnten Ministeriums gerechnet.

1862 Mai 22 (38309) beigel. Verz., III, P. 2; 1873 Febr. 27 (51953) Art. 1.

60.—Die Kanzlei jeder obrigkeitlichen Behörde ist verpflichtet, sich bei Erhebung der Kanzleigebühren von Privatpersonen genau nach der festgesetzten Taxe zu richten; Beamte, welche dem zuwider handeln, unterliegen der Verantwortlichkeit, in Gemässheit des Strafgesetzbuchs, für Annahme unerlaubter Geschenke und für Bestechung.

Instr. d. Kurl. Proz., Th. I, Tit. II, §§ 50, 51; Form. regim., § 13; Livl. Hofg.-Const. v. 1798 Aug. 27; ununterbr. Gewohnh.; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 168, 372, 373.

62.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

62, P. 2.—Von der Zahlung der Kanzleigebühren werden die Sachen der Krone, der Kirchen, der Städte und der Apanagenverwaltung ausgenommen.

1852 Aug. 6, Sen.-Bef.—Vgl. d. unt. d. Art. 62 cit. Ges.

62, P. 7.—Von der Zahlung der Kanzleigebühren werden alle Sachen derjenigen Bauern ausgenommen, welche in den Kreisen der Ostseegouvernements wohnhaft und den Bauergerichten unterworfen sind.

1816 Mai 23 (26278) B.-Verordn., Art. 486—488; 1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., Art. 478; 1819 März 26 (27735) B.-Verordn., Art. 60, 312; 1847 Jul. 24 (21438); 1849 Mai 12 (23244); Jul. 9 (23385) B.-Verordn., Art. I, 272, 942; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 1, 280, 300, Anm.; 803, 882; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. I, 238, 261; 1866 Febr. 19 (43034) Rgl., Art. 1.

65.—Anmerkung. Die Behörden in den Ostseegouvernements, welche ihre Besoldung aus dem Reichsschatze empfangen, nehmen, in Beziehung auf den Eingang, die Aufbewahrung und die Verausgabung von Summen, die allgemeinen für die Einrichtung des Kassen- und Revisionswesens im Jahre 1865 erlassenen Vorschriften zur Richtschnur; die Behörden der Stadtcommunalverwaltung richten sich nach den für dieselben festgesetzten Regeln (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 146, *in d. Forts.*); die übrigen, aus dem Reichsschatze nicht besoldeten, Behörden aber befolgen die bisherigen, hierauf bezüglichen, Bestimmungen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 134, 136, 198, 223—225, 227, 229—233, 237, 238, 240, 241, 427, 470, 531 (P. 4), 536, 539, 643 (P. 18), 653 (P. 6), 659, 857 (P. 8), 883 (P. 8), 897 (P. 2), 905, 913, 914, 934 (P. 4) 946, 951, 1052, 1066 (P. 2, 7), 1075, 1078 (P. 5), 1117 (P. 6), 1120, 1122, 1132, 1167, 1177, 1206, 1211 (P. 11), 1216 (P. 1, 2), 1236 (E, P. 10), 1244, 1250, 1252, 1268 (P. 4), 1274, 1305 (P. 8), 1340 (P. 11), 1347 (P. 10), 1354, 1388, 1425 (P. 6), 1435 (P. 10), 1439 (P. 6), 1442, 1453, 1534 (d, P. 32), 1545, 1564, 1565 und 1615.

1865 März 22 (41940).—Vgl. d. unt. d. Art. 200, 202 u. 2093 d. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv.-Verf., Ausg. 1876, cit. Ges.

67 }
 bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
 69.)

71.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

73.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

73.—Anmerkung. Im Fall der Anhäufung einer erheblichen Anzahl unnöthiger, in den Archiven der Gouvernements- und Kreisbehörden des Ressorts des Ministeriums des Innern und in der örtlichen Domänenverwaltung asservirter, bereits abgeschlossener Acten, werden zur Auswahl und Vernichtung solcher Acten besondere Commissionen nach den für die Gouvernementsregierungen festgesetzten Regeln errichtet, wobei von Seiten der Gouvernementsobrigkeit oder, je nach der Zuständigkeit, von Seiten des Dirigirenden der Reichsdomänen die Genehmigung zur Vernichtung der unnöthigen Acten ertheilt und die Art und Weise dieser Vernichtung festgesetzt wird.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 72.

74.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

79.—Anmerkung. Alle Behörden sind verpflichtet, den bei der Sache betheiligten Personen auf deren Bitte Abschriften sowohl ihrer Entscheidungen, als auch anderer, in ihren Acten befindlicher Schriften und Urkunden, mit Ausnahme der der Geheimhaltung unterliegenden, auszureichen. Den bei der Sache nicht betheiligten Personen können Abschriften von Entscheidungen der Behörden und von anderen Schriften und Urkunden, mit Ausnahme der der Geheimhaltung unterliegenden, seitens der Behörden lediglich in dem Falle ausgereicht werden, wenn diese Personen eine Bescheinigung darüber beibringen, dass die von ihnen erbetenen Abschriften zur Bekräftigung oder Vertheidigung ihrer Rechte, oder der Rechte ihrer Vollmachtgeber, oder der unter ihrer Vormundschaft stehenden Personen, oder zu ähnlichen Zwecken erforderlich sind.

1865 Nov. 8 (12662) Art. 1, 2.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 179.

84.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

84.—Anmerkung. In Sachen betreffend die Anstellung in Aemtern und die Entlassung aus denselben werden in den Ostseegouvernements, ausser den in dem Reglement über den Staatsdienst, sowie in einzelnen Rechtsbestimmungen und Reglements der verschiedenen Institutionen enthaltenen Vorschriften, die in der Allgemeinen Gouvernementsverfassung angegehenden bezüglichen Festsetzungen, unter Anpassung derselben an die besonderen Verfassungen der Ostseegouvernements, zur Richtschnur genommen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 74—92.

85

bis

99.)

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

101.—Wer das Advokatenamt erlangen will, muss ein Diplom über den auf einer der russischen Universitäten erhaltenen Grad eines Candidaten, Magisters oder Doctors der Rechte beibringen.

1840 Jul. 5 (13630) Art. 1, 2; 1861 Mai 8 (36992).

103.—Wer ein Attestat über das Advokatenamt in den Ostseegouvernements erhalten, kann den Dirigirenden Senat um Ertheilung des seinem gelehrten Grade entsprechenden Ranges bitten, mit der Maassgabe jedoch, dass dergleichen Personen zu den folgenden Rangstufen nur dann befördert werden können, wenn sie in wirklichen Staatsdienst treten und eine Stelle erhalten, welche einer der für den Civildienst festgesetzten Klassen entspricht.

1840 Jul. 5 (13630) Art. 4; 1862 Nov. 27 (38968).—Vgl. RGb., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 371, Anm.

109.—Anmerkung 1. Den Advokaten der Ostseegouvernements ist es gestattet, für Bauern und für Personen sämmtlicher anderen Stände Schriften aller Art, welche von denselben bei Gerichts- und Verwaltungsbehörden und Amtspersonen einzureichen sind, abzufassen.

1866 Jul. 11 (43385); 1876 Nov. 2, Sen.-Bef.

109.—Anmerkung 2. Die bei den Behörden der Ostseegouvernements zur Führung von Prozesssachen angestellten Advokaten können bei Verhandlungen von Grundeigenthums- und Servitutstreitsachen auf Krongütern der genannten Gouvernements nicht zu Schiedsrichtern seitens privater Grundeigenthümer oder fremder Ressorts bestellt werden.

1854 Mai 26 (23297) Art. 2, 42.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong. Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 2, 49.

111.—Das Maass der Strafe für unrechtfertige Versagung des Rechtsbeistandes hängt von dem Ermessen des darüber urtheilenden Gerichts ab und kann in einer mehr oder weniger strengen Bemerkung oder einem entsprechenden Verweise, sowie in einem Arreste auf nicht mehr als sieben Tage, worüber das Gericht, welches den Advokaten anstellte, zu statuiren hat, bestehen. Wenn aber ein Advokat die Führung einer ihm vom Gerichte selbst auferlegten Sache verweigerte, so wird er dafür vom Amte entfernt entweder zeitweilig, oder, je nach den Umständen, für immer.

Livl. Hofger.-Const. 1762 Jun. 1; Estl. R. u. L. R., B. I, Tit. XIII, Art. 2; Kurl. Landt.-Schl. v. 1694 Apr. 3, § 20 u. 1718 Sept. 3, § 21; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 69, Anm.; 168.—Vgl. 252, (in d. Forts.), 253 (in d. Forts.).

117.—Dasjenige Gericht, bei welchem ein Advokat Rechtssachen betreibt, kann denselben für Nichtbeachtung der Vorschriften dieses (I) Theils des Provinzialrechts und der Prozessordnung, nach Maassgabe der Schuld, einer

Bemerkung, einem Verweise, oder, wenn der Advokat von dem Gerichte (Art. 100, 108) angestellt war, dem Arreste auf nicht mehr als sieben Tage, unterziehen.

Estl. R.- u. L. R., B. I, Tit. XIII, Art. 7; Rev. Advok.-Ord. 1687, § 16; Kön. Schwed. Prozess-O. 1695 Jul. 4, §§ 10, 22; Kurl. Landt.-Schl. v. 1718 Sept. 3, §§ 13, 46 u. 1719 Jul. 14, § 10; Rev. Oberger.-O. v. 1757, § 15; Rev. Kanzl.-O. v. 1757, § 18; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 69, Anm.; 168.—Vgl. Art. 252 (in d. Forts.), 253 (in d. Forts.).

119.—Ohne vorschriftmässige Erlaubniss darf ein Advokat sich nicht von seinem Aufenthaltsorte entfernen, bei Vermeidung einer Bemerkung oder eines Verweises. In Fällen von besonderer Wichtigkeit kann ein Advokat durch das Gericht, welches ihn angestellt hat (Art. 108), hierfür einem Arreste auf nicht mehr als sieben Tage unterzogen oder vom Amte entfernt werden..

Rev. Advok.-O. v. 1687, § 18; Kurl. Landt.-Schl. v. 1719 Jul. 14, u. 1724 Jan. 3, 1726 Jul. 5; 1763 Jun. 19, § 22; Livl. Hofger.-Const. 1792 Febr. 6; 1806 März 10; Rig. Stat., B. II, Cap. VII, § 9; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 69, Anm.; 168.—Vgl. Art. 252 (in d. Forts.), 253 (in d. Forts.).

120.—Wenn ein Advokat, Urlaub nehmend, nicht einem Andern die Führung seiner Amtsgeschäfte für die Zeit seiner Abwesenheit aufträgt, und es wird dadurch die Fortsetzung einer ihm anvertrauten Sache aufgehalten, so unterliegt er hierfür, auf Beschluss des betreffenden Gerichts (Art. 108), der Verantwortlichkeit auf Grundlage des Strafgesetzbuchs.

Rig. Stat., B. II, Cap. VII, § 9; Rev. Advok.-O. v. 1687, § 18; Livl. Hofger.-Const. 1792 Febr. 6; 1806 März 10; Kurl. Reg.-Pat. 1800 Mai 16; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 69, Anm.; 168; Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 252, (in d. Forts.), 253 (in d. Forts.).

121.—Anmerkung. 2. In Beziehung auf die Geschäftsverhandlung in den Behörden der Ostseegouvernements werden die nachstehenden besonderen Regeln zur Richtschnur genommen: 1) Die Gouvernementsregierungen und alle Kronbehörden der erwähnten Gouvernements führen ihre ganze Amtscorrespondenz in russischer Sprache nicht nur mit den höchsten und allgemeinen Staatsinstitutionen und Gewalten und den ausserhalb der Ostseegouvernements befindlichen Behörden und Personen, sondern auch mit denjenigen, in diesen Provinzen vorhandenen, Behörden und Personen, welche selbst die Sachen nicht in deutscher, sondern in russischer Sprache verhandeln, ferner auch mit allen in den genannten Gouvernements befindlichen Behörden und Personen des Militärressorts (a). 2) Alle Kronbehörden und alle nicht zu diesen gehörigen Behörden und Personen haben die Vorschriften über die zehnte Volkszählung zu beobachten, welchen zufolge in den Ostseegouvernements die Einreichung der Revisionslisten in deutscher Sprache gestattet worden ist (b). 3) In den Communalversammlungen und bei der Geschäftsverhandlung der nach den Vorschriften über die Anwendung der Städteordnung vom Jahre 1870 auf die Städte der Ostseegouvernements (Art. 9, Zus., Beil., in d. Forts.) organisirten Institutionen der Stadtcommunalverwaltung ist, bis auf besondere bezügliche Anordnungen, unabhängig von der russischen Sprache, ebenso der Gebrauch der deutschen gestattet. Die der Veröffentlichung zu allgemeiner Wissenschaft unterliegenden Beschlüsse und Anordnungen der Communalverwaltung worden in beiden erwähnten Sprachen abgefasst, im Fall des Erfordernisses aber auch in der betreffenden Localsprache, der lettischen oder estnischen. Resolutionen auf Gesuche von Privatpersonen

werden in der Sprache eröffnet, in welcher das Gesuch abgefasst ist. In den in diesen Gouvernements bestehenden Gouvernementsbehörden für städtische Sachen (Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 11, in d. Forts.*) werden alle Sachen ausschliesslich in russischer Sprache verhandelt. Die Entscheidungen der Gouvernementsbehörde können, im Fall an dieselbe Reclamationen und Beschwerden in deutscher Sprache gelangen, den Bittstellern auf deren Wunsch in dieser Sprache eröffnet werden (c).

(a) 1850 Jan. 3 (23796) P. 1; Jun. 20 (21261); 1867 Jun. 1 (44651).—(b) 1850 Jun. 20 (21261); 1857 Jun. 3 (31918) Regl., § 13, Anm. 2.—(c) 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 9, 10.

123)

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

125.)

128.)

129. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

130.—Anmerkung 2. Bei Entgegennahme schriftlicher Gesuche wird unter Anderm Nachstehendes beobachtet: in dem ersten, einer Behörde oder Amtsperson einzureichenden Gesuche ist jeder Bittsteller gehalten, mit der erforderlichen Bestimmtheit den Ort zu bezeichnen, wo, seinem Wunsche gemäss, die Entscheidung auf sein Gesuch ihm zu eröffnen ist, oder wo er seinen gewöhnlichen, so zu sagen amtlichen oder geschäftlichen, Wohnort hat (vgl. P. 7 dies. Art. u. Prov.-R, Th. III, Privat-R., Art. 3066). Im Fall der Veränderung seines beständigen Wohnorts ist der Bittsteller verpflichtet, wenn er wünscht, dass die Entscheidung auf sein Gesuch ihm an diesem neuen Wohnorte eröffnet werde, hierüber diejenige Behörde zu benachrichtigen, bei welcher sein Gesuch eingereicht, oder an welche dasselbe gesandt ist, sowie auch die Polizei desjenigen Ortes, wo er früher sein geschäftliches Domicil angegeben hatte. Durch diese Bestimmung werden die speciellen Vorschriften der Anmerkung 1 zu diesem (130) Artikel über die Gesuche in Prozesssachen nicht abgeändert.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 111, P. 1.

130, P. 1.—Bei Entgegennahme schriftlicher Gesuche und Eingaben von Privatpersonen hat das Gericht darauf zu sehen, dass in dem Kaiserlichen Titel keine Schreibfehler vorkommen.

RGb., Bd. X, Th. II, Civilprozess-Ges, Ausg. 1876, Art. 224, P. 1.

130, P. 2 und 3.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

130, P. 4.—Bei Entgegennahme schriftlicher Gesuche und Eingaben von Privatpersonen hat das Gericht ferner darauf zu achten, dass Gesuche und Schriften jeder Art, sowie die Beilagen zu denselben, unter Beobachtung der Vorschriften über die Stempelsteuer eingereicht werden.

1825 Jun. 30 (30408) P. 10; 1826 Dec. 15 (751) P. 7; RGb., Bd. X, Th. II, Civilprozessges., Ausg. 1876, Art. 224, P. 11.

130, P. 5 bis 7.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

132.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

134.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

136.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

137.)
138.) *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

140.)
141.) *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

143.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

145.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

153)
 bis) *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
160.)

162)
 bis) *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
164.)

164.—Zusatz. Die Gerichte erster und zweiter Instanz können die Protokollartikel gemäss denjenigen Resolutionen in Civil- und Criminalsachen, welche unverweilte Erfüllung erfordern, sowie in solchen, welche sich auf das nicht-streitige Sachengebiet dieser Gerichte beziehen, in ein besonderes Journal eintragen, wobei sie Letzteres indessen in der für Journale überhaupt festgesetzten Form abzufassen und sämmtliche übrigen Protokollartikel über die in derselben Sitzung vorgetragenen Acten und Schriften dem allgemeinen Journal einzuverleiben haben, mit der Angabe, dass an diesem Tage noch ein besonderes, aus so und so vielen Protokollartikeln bestehendes, Journal zusammengestellt ist.

1847 Dec. 8 (21767) Art. 1, 2; 1849 Jan. 3 (22883).—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 162.

165)
 bis) *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
170.)

171—*Aufgehoben.*—[1874 Apr. 17 (53379) RRG., III, Art. 3.]

172.—Die Journale und Protokolle werden jährlich eingebunden, nachdem zuvor die Seiten paginirt worden.

Livl. Kanzl.- O. v. 1789 Oct. 15, § 6; Kurl. Kanzl.- O. v. 1796, § 24; 1852 Jan. 28 (25944) Art. 20.—
Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 168.

174

bis

176.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

176.—Anmerkung. Allen Gouvernementsbehörden der Ostseegouvernements ist eingeschärft, bei Zusammenstellung der Dienstlisten der Beamten ihre Aufmerksamkeit auf richtige Bezeichnung der Aemter zu wenden und keinerlei willkürliche, in den Behördenetats nicht festgesetzte, Benennungen zuzulassen.

1848 Jan. 21 (21916).

177.

178.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

181.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

184.—Die Ausfertigungen werden nach den für jede Behörde insbesondere aufgestellten Regeln unterschrieben und vom Secretär contrasignirt. Enthält die ausgefertigte Schrift einen Bericht an den Dirigirenden Senat oder eine Requisition wegen Einsendung von in Creditanstalten asservirten Summen, so werden diese Ausfertigungen mit der Unterschrift des Präsidenten und sämmtlicher Glieder, die am Tage der Unterzeichnung in der Sitzung anwesend waren, versehen und vom Secretär contrasignirt.

Anmerkung. Alle Behörden müssen in ihren Requisitionen wegen Einsendung von in Creditanstalten asservirten Summen die Zeit, wann die betreffende Resolution der Behörde erfolgt ist, angeben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

185—*Aufgehoben.*—[1874 Apr. 17 (53379) RRG., III, Art. 3.]

186.

187.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

188.—Anmerkung. Die Ausfertigungen werden in das Register der ausgehenden Schriften abgekürzt eingetragen, jedoch mit hinreichender Bestimmtheit, damit aus dem Register immer das Protokoll oder Journal, auf Grund dessen die in das Register eingetragene Schrift abgefasst war, ohne Schwierigkeit ermittelt werden könne. Ausserdem wird im Register angegeben, wann die Schrift unterzeichnet worden, ferner Tag, Monat und Jahr der Expedition und endlich, wohin und an wen die Schrift expedirt worden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 193.

192.—Anmerkung. In Supplicantensachen wird überdies Nachstehendes beobachtet: 1) Alles, was von irgend woher dem Supplicanten mitzuthellen erforderlich ist, muss in einer nach dem hier beigelegten Schema (nach welchem die Blankete zu grösserer Bequemlichkeit auch gedruckt werden können) schriftlich abgefassten Eröffnung enthalten sein und ihm zur Aushändigung unmittelbar an diejenige nächste Polizeibehörde gesandt werden, in deren Jurisdictionbezirk der in dem Bittgesuch erwähnte geschäftliche Wohnsitz (Art. 130, Anmerk. 2, in d. Forts.) sich befindet, und zwar: in den Städten St.-Petersburg und Moskau an den betreffenden Polizeiprivat, in anderen, der Kreispolizei nicht unterstellten, Städten an die Stadtpolizeibehörde, in den Kreisen aber, sowie in den der Kreispolizei unterstellten Städten an die Kreispolizeibehörden. 2) Wenn der Bittsteller seinen ständigen Wohnsitz verändert und darüber Benachrichtigung ertheilt (Art. 130, Anmerk. 2, in d. Forts.) so trifft, sofern diese Benachrichtigung nach erfolgter Entscheidung auf das Bittgesuch einging, die Behörde, welche die Entscheidung erliess, keinerlei weitere Anordnungen; die zur Eröffnung der Entscheidung an den Bittsteller verpflichtete Polizei aber theilt dieselbe, wohin gehörig, mit. 3) Wenn die Polizeibehörde den Supplicanten an dem von ihm bezeichneten Orte nicht findet, so behält sie, ohne behufs dessen Ausmittelung irgend welche Amtscorrespondenz zu beginnen und ohne die eingesandte Eröffnung, wohin gehörig, zurückzusenden, dieselbe bei sich zurück, bis zu dem Zeitpunkte, wo der Bittsteller selbst oder dessen Bevollmächtigter sich bei der Polizei einfinden. 4) Diese Eröffnungen ist die Polizei verpflichtet dem Bittsteller, gegen Empfangsquittung in dem allgemeinen Austragebuche, auszureichen; in dieser Quittung besteht dann die endgültige Erfüllung und ist darüber keinerlei weiterer Bericht zu erstatten. Die obigen Vorschriften beziehen sich übrigens nur auf die einfache, keinerlei besonderer Anordnung bedürftige, Eröffnung, und erstrecken sich nicht auf Publicationen von Entscheidungen zufolge Resolution und Urtheils der Gerichtsinstitutionen, für welche besondere Vorschriften bestehen.

1852 Jan. 28 (25944) Art. 38.—Vgl. Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 188.

193 und Anmerk.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

193.—Anmerkung 2. Für den Gebrauch des Kronsigels bei der Privatcorrespondenz wird der Schuldige der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafgesetzbuchs unterzogen.

Rgb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 416, P. 10.—Vgl. Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 194.

195.—Alle abzufertigenden Schreiben müssen versiegelt werden. Von den zu expedirenden Schreiben werden bei den Acten reine Concepte zurückbehalten, welche Regel sich indessen nicht auf Schreiben bezieht, die auf Grund von Protokoll- oder Journalverfügungen der Behörden erlassen werden, oder die nur Iterate sind; im ersten Falle wird auf den den Acten beizuheftenden Copien der Resolutionen nur vermerkt, wohin, wann und unter welcher Nummer die ausgehende Schrift expedirt worden ist; im zweitem Falle aber wird auf dem zuerst erlassenen Schreiben angemerkt: wann und unter welcher Nummer die Iterate ergangen sind.

Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 195.

196.—In Beziehung auf die Expedition durch die Post beobachtet die Behörde die Vorschriften und Weisungen des Postreglements (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Post-Regl., Ausg. 1857).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf. Ansg. 1876, Art. 196.

197.—Ersetzt durch die oben, im Artikel 196 angegebenen Vorschriften.— [RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 196.]

198.—S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 65 (Anmerk.).

199.—Alle von obrigkeitlichen Behörden und Amtspersonen auf Grund der Artikel 195 (in d. Forts.), 196 (in d. Forts.) und 198 abgesandten Schreiben und Packete sind innerhalb Russlands portofrei. Die Zahlung der dem Postressort zukommenden Gelder für die bei den obrigkeitlichen Behörden und den Gouverneuren aus dem Auslande in Sachen des Dienstes eingehenden Schreiben wird aus den für die extraordinären Gouvernementsausgaben angewiesenen Summen berichtet.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 199.

200.—Ersetzt durch die oben, im Artikel 199 angegebenen Vorschriften.— [RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 199.]

207. }
208. } S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

209.—Kreisbehörden und Magistrate correspondiren sowohl mit den ihnen gleichstehenden, als auch mit den Gouvernementsbehörden anderer Gouvernements in Sachen wegen Ertheilung von Auskünften unmittelbar. In gleicher Weise correspondiren sie mit den Behörden und Amtspersonen anderer Verwaltungszweige, mit den örtlichen Militärchefs und mit allen Creditanstalten. Hiervon werden jedoch ausgenommen: 1) solche Requisitionen, die von den Unterbehörden ohne Genehmigung der Oberbehörde nicht erfüllt werden können; 2) die Fälle, wo es erforderlich ist, mit den Oberbehörden und höheren Amtspersonen anderer Verwaltungszweige zu correspondiren. In allen solchen Fällen können sie nicht in unmittelbarem Schriftwechsel mit Behörden anderer Gouvernements oder anderer Ressorts treten, sondern müssen darüber der Gouvernementsregierung, der sie untergeordnet sind, Vorstellung machen.

Anmerkung. Die Requisitionen wegen Einsendung von Personen in Criminal- und Untersuchungssachen und die Gestellung solcher Personen, wenn deren Wohnort bekannt ist, werden vermittelt unmittelbarem Schriftwechsel mit den Polizeibehörden, in deren Amtsbezirk diese Personen sich befinden, in Ausführung gebracht, ausgenommen die Fälle, wo es sich um Citationen von Eisenbahnbeamten vor Gericht handelt, in Betreff welcher besondere Vorschriften bestehen (a).—Requisitionen betreffend Abgabenrückstände, Abfertigung von Soldatenweibern zu ihren Männern, Eröffnung von Entscheidungen und Verfügungen von Behörden an die Beteiligten, Uebersendung von Gelddocumenten, Pässen und Abschieds-Ukassen, Benachrichtigung von beurlaubten Untermilitärs über Verlegung ihrer Commandos und Benachrichtigung von Soldatenweibern über den Tod ihrer Männer, müssen unmittelbar an die betreffenden Polizeibehörden gerichtet werden (b).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 207, 208; 1873 Nov. 27 (52835).—
 (b) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 208.

210.—Die Gouvernementsbehörden haben, falls sie durch die Unterbehörden anderer Gouvernements oder eines anderen Ressorts eine Nachricht einzuziehen wünschen, oder durch dieselben etwas in Ausführung zu bringen ist, sich deshalb, in Gemässheit des Artikels 209 (in d. Forts.) und der Anmerkung zu demselben (in d. Forts.), an die erwähnten Behörden unmittelbar zu wenden, oder an diejenigen Gouvernementsgreierungen oder Obrigkeiten, denen jene Behörden untergeordnet sind.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 209.

211.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

211.—Anmerkung. Die Amtscorrespondenz wegen Einziehung von Auskünften aus den Metrik- und Umfragebüchern über Personen orthodoxer Confession wird mit den Consistorien und nicht mit den Geistlichen Verwaltungen geführt, und zwar nur in Sachen, die bereits in Verhandlung begriffen sind. Die Secretäre der Geistlichen Consistorien begehren die dem geistlichen Ressort erforderlichen Auskünfte durch bezügliche Amtscorrespondenz mit den Secretären der Gouvernementsbehörden oder Institutionen, sowie mit den den anderweitigen Secretären entsprechenden Kanzleidirectoren, Schrift- oder Correspondenzführern. Die Secretäre der Gouvernementsbehörden oder Institutionen, oder andere, mit der Schriftführung in diesen Behörden betraute, Personen begehren in den im Ressort der Parochialobrigkeit in Verhandlung begriffenen Sachen die ihnen nöthigen Auskünfte mittelst Requisitionen an die Secretäre der Geistlichen Consistorien. Requisitionen wegen Einsendung von Auskünften, die sich nicht auf die Lage der Sachen, sondern auf das Wesen irgend eines Ereignisses selbst beziehen, werden nicht anders, als von der Behörde oder von dem Chef der Behörde erlassen. In den Requisitionen wegen Einsendung von Nachrichten über Jemandes Geburt, sowie über andere, in die Metrik- und Umfragebücher einzutragende Thatumstände, sind alle für dergleichen Nachrichten erforderlichen Details anzugeben.—Requisitionen in Sachen wegen Auskunftertheilung aus den Metrikbüchern der Hebräer werden an die betreffenden Stadtämter gerichtet.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 212 u. Anm.—Vgl. ebendas., Art. 1948 u. fig.; 1877 März 26 (57101) RRG., III; Regl.

212.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

212.—Anmerkung. Wenn seitens der Oberbehörden und Vorgesetzten Circuläre und sonstige Vorschriften erlassen werden (ausgenommen solche, vermittelt deren Gelder und wichtige Papiere, oder Urkunden übersandt werden), haben die untergebenen Behörden keinen besonderen Bericht über den blossen Empfang solcher Vorschriften zu erstatten, sondern sind erst bei wirklicher Ausführung derselben zu erwidrender Berichterstattung verpflichtet. Eine Ausnahme findet statt bei denjenigen Sachen, welche auf Allerhöchsten Befehl zu verhandeln sind, und sofern in dem Befehle selbst die vorläufige Berichterstattung vorgeschrieben ist, oder falls die Unterbehörde irgend einem Zweifel begegnet und aus beachtenswerthen Gründen für nöthig findet, um eine Entscheidung nachzusuchen (Art. 292, Anmerk., in d. Forts.). Ausserdem darf in den Berichten über empfangene Befehle und Ukasen der Oberbehörden ohne besondere Nothwendigkeit der ganze Inhalt jener Befehle und Ukasen nicht

wiederholt, sondern muss nur auf die Nummer und auf das Datum hingewiesen, oder in Kürze das Wesentliche des erhaltenen Befehls angegeben werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 214, Anm.

213.—Die Unterbehörden werden zur Erfüllung der Befehle der Oberbehörden in folgender Weise angehalten: 1) die Oberbehörden und Vorgesetzten sind verpflichtet, nach Verlauf einer ihrem Ermessen anheimgestellten Frist (je nach der Wichtigkeit der Sache, der Nothwendigkeit der geforderten Auskunft, der Entfernung u. dgl. m.), auf den ersten Befehl einen zweiten, mahnenden, folgen zu lassen, wobei sie zugleich die Frist zu bestimmen haben, binnen welcher die Erfüllung des Vorgeschiedenen erwartet wird. Wenn hierauf auch zu diesem Termin keine befriedigende Antwort eingeht, so theilen die genannten Behörden und Personen Solches ihrer Gouvernementsregierung mit, ohne ihrerseits ferner eine Mahnung zu erlassen. 2) Nach Empfang derartiger Vorstellungen von untergeordneten Behörden oder derartiger Mittheilungen von gleichstehenden, verfährt die Gouvernementsregierung in Gemässheit ihres Verfassungsreglements (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 794 u. flg.).

Anmerkung 1. Für Nichterfüllung von Befehlen, Vorschriften oder Anträgen der Oberbehörde, unerachtet mahnender Befehle oder Vorschriften, und ohne dass zum Termin eine Erklärung über die Gründe der Nichterfüllung eingesandt worden, werden die Schuldigen in Grundlage des Strafgesetzbuchs der Verantwortlichkeit unterworfen (a).

Anmerkung 2. Bezüglich der Verhängung von Beahndungen über niedere Gerichts- und Polizeibehörden der Ostseegouvernements werden die in der Anmerkung zum Artikel 260 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften zur Richtschnur genommen (b).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 216; vgl. Anm. 1 u. 2 zum cit. Art. d. RGb.—(b) 1861 Jan. 16 (36549).

214.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

215.—Die Kreisbehörden und Magistrate müssen bei Correspondenzen, welche in Grundlage des Artikels 209 (in d. Forts.) und der Anmerkung zu demselben (in der Forts.) mit Behörden anderer Gouvernements stattfinden, wenn ihre Requisitionen von den Letzteren nicht rechtzeitig beantwortet werden, der Gouvernementsregierung des Gouvernements, aus welchem die Auskünfte requirirt wurden, darüber Vorstellung machen. Erhalten sie auch dann keine Antwort, so berichten sie darüber ihrer Gouvernementsregierung, die dann Erstere dringend zur Erwidernng auffordert und, falls sie eine solche zur gesetzlichen Frist nicht erhält, darüber dem Dirigirenden Senate berichtet. Wenn eine nach Artikel 209 (in d. Forts.) und der Anmerkung zu demselben (in d. Forts.) erlassene Requisition unmittelbar an eine Behörde oder Amtsperson eines anderen Ressorts gerichtet worden und ohne Erfolg geblieben war, so muss gleichfalls der eigenen Gouvernementsregierung darüber berichtet werden, die sich dann desshalb an die Oberbehörde des betreffenden Ressorts wendet.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 217.

216.—Die Oberbehörden (Palaten) (mit Ausnahme der Controlhöfe) haben wegen Adstringirung anderer, ihnen gleichstehender, Behörden denjenigen Departements des Dirigirenden Senats Vorstellung zu machen, in deren Ressort die Letzteren sich befinden; die Controlhöfe aber berichten ihrer Obrigkeit.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 218, 911.

217.—Behörden und Amtspersonen, welche auf ihre Requisitionen nicht fristmässig die gehörige Auskunft oder Antwort und Erklärung erhalten, oder gewahr werden, dass solche Requisitionen nicht zu wirklicher Ausführung gelangen, und welche die Schuldigen dafür nicht in der vorgeschriebenen Ordnung zur Beahndung ziehen oder darüber nicht ordnungsmässige Vorstellung machen, unterliegen der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafgesetzbuches.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 219.

218.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

219.—Diese Berichte und Verschläge (Art. 218) werden nach der festgesetzten Form eingesandt: die monatlichen mit Unterschrift eines Gliedes und Contrasignatur des Secretärs, die übrigen müssen von sämtlichen Gliedern unterzeichnet sein, alle aber werden ohne Begleitschreiben expedirt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 221.

220.

221.

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

221.—Anmerkung. Vor stattgehabter Prüfung der in diesem (221) Artikel erwähnten Verzeichnisse können die abgehenden Glieder der Gerichts- und Landpolizeibehörden sich von ihrem Dienstorte nicht entfernen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 222.

222.—Die Behörden und Gewalten in den Ostseegouvernements haben, bezüglich des Eingangs, der Aufbewahrung und der Verausgabung von Summen, die in der Anmerkung zum Artikel 65 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften zur Richtschnur zu nehmen (a). Die Ordnung der Buchführung und Rechnungslegung ist in dem Codex der Rechnungsreglements ausführlich festgestellt (b).

(a) RGb., Bd. II, Th I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200, 202.—(b) 1846 Oct. 14 (20515); vgl. RGb., Bd. VIII, Th. II, Rechnungsregl., Ausg. 1857.

223

bis

225.

S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 65 (Anmerk.).

226.—Den Behörden wird zur Pflicht gemacht, darüber strenge Aufsicht zu führen, dass die bei ihnen einlaufenden Reichsgefälle, wohin gehörig, an die Rentei oder zur Post, thatsächlich abgeliefert werden, an demselben Tage, wo von den Sitzungsmitgliedern die Mittheilung oder Benachrichtigung, mittelst welcher die Gelder abgesandt werden, unterzeichnet wurde, und zwar mit der Maassgabe, dass für jede Verzögerung bei Ablieferung der Gelder zur Post oder an die Rentei, vollends aber für den Verlust derselben, die Beitreibung den schuldigen Sitzungsmitgliedern sowohl der abliefernden oder absendenden Behörde, als auch der an nachlässiger Aufsicht schuldigen Controleinstitution zur Last fällt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 203.

227.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 65 (Anmerk.).*

228.—*Aufgehoben.*—[1874 April 17 (53379) RGR., Art. III, P. 3.]

229.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 65 (Anmerk.).*

230.
 bis } *S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*
233. }

234.—Die Collegien der allgemeinen Fürsorge nehmen im allgemeinen rententragende Einlagen nicht mehr entgegen, ausgenommen Appellationsgelder, welche von denselben in früherer Grundlage (wie sie bis zum Jahr 1860 bestand) angenommen werden können.

RGb., Bd. XIII, Regl. üb. d. Allg. Fürs., Ausg. 1857, Art. 19, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); 72, 74, Anm.—Vgl. 1851 Oct. 22 (25666); 1860 Nov. 13 (36312) Art. B.-Verodn., 789, Anm.; 801, Anm.

235.—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 234 angegebenen Vorschriften.*—[RGb., Bd. XIII, Regl. üb. d. Allg. Fürs., Ausg. 1857, Art. 19, Anmerk. 1 (in d. Forts. v. J. 1876).]

236.—In Beziehung auf Concurs-, Erbschafts- und Waisen-Capitalien dienen die Vorschriften des Privatrechts und des Civilprozesses als Richtschnur (s. Th. III u. IV dies. Prov.-R.).

1840 Mai 27 (13498).—Vgl. d. unter Art. 234 (in d. Forts.) cit. Ges.

237.
 } *S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*
238. }

239.—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 915, P. 1—5.]

240.
 } *S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*
241. }

242.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

244.
 bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
246. }

246, P. 4.—Die Behörden unterliegen der Verantwortlichkeit, wenn es sich erweist, dass sie die Vorschriften bezüglich der Buchführung und Rechnungs-

legung über Summen verletzt, die bei ihnen eingelaufenen Gelder verschleudert oder zurückbehalten haben u. dgl.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 227, P. 4.

247. }
248. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

248.—Anmerkung. Die Präsidenten der Gerichtsbehörden unterliegen persönlicher Verantwortlichkeit, falls sie über den Geschäftsgang, sowie darüber, dass sämmtliche, die Entscheidung des Plenums der Behörde erfordernde, Gegenstände zum Vortrag gelangen, keine Controle üben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 230.

249.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

250.—Die Secretäre der obrigkeitlichen Behörden, die Kanzleibeamten und Diener insbesondere verantworten für die Bewahrung und Unversehrtheit der einem Jeden anvertrauten Acten und Schriften. Diesem Grundsatz gemäss, muss ein Kanzleibeamter, wenn er auf längere Zeit beurlaubt, des Dienstes entlassen, aus dem Dienste ausgeschlossen, oder seines Amtes entsetzt wird (Art. 252, in d. Forts.) alle ihm anvertrauten Acten und Schriften nach einem besonderen Verzeichniss und gegen Quittung Demjenigen abliefern, der dazu verordnet wird; wenn aber Jemand in einer wichtigen Angelegenheit abberufen würde und nicht aufgehalten werden kann, so müssen nach der Absendung eines Solchen, ebenso wie nach dem Tode eines Beamten, die Acten und alles Dasjenige, was demselben anvertraut gewesen, nachdem darüber gleichfalls ein Verzeichniss angefertigt worden, Demjenigen, der zum Empfange beauftragt wird, gegen Quittung abgeliefert werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 231.

251.—Die Folgen verschuldeter Verantwortlichkeit sind Criminal- oder Correctionsstrafen auf Grund des Strafgesetzbuchs, die entweder vermöge gerichtlichen Urtheils verhängt, oder von der competenten Obrigkeit ohne förmliches gerichtliches Verfahren auferlegt werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 232.

252.—Ausser den allgemeinen Strafen und Beahndungen werden für Amts-Verbrechen und- Vergehen die folgenden verhängt: 1) Ausschliessung aus dem Dienste (Verlust des Rechts wieder in irgend welchen Staatsdienst zu treten, an Wahlen Theil zu nehmen und zu Aemtern seitens des Adels, der Städte und der Landgemeinden gewählt zu werden); 2) Entsetzung vom Amte (Verlust des Rechtes, innerhalb dreier Jahre vom Tage der Amtsentsetzung, in den Staats- oder Wahldienst wieder einzutreten); 3) Abzug von der Zeit des Dienstes, welcher ein Recht auf Belohnungen, Pensionen und das Ehrenzeichen für tadellosen Dienst verleiht (ein solcher Abzug darf jedoch ein Jahr nicht übersteigen); 4) Entfernung vom Amte; 5) Versetzung von einem höheren zu einem geringeren Amte; 6) persönlicher Arrest; 7) Verweis mit Eintragung desselben in die Dienst-

liste; 8) Abzug von der Besoldung (d. h. Zurückbehaltung der dem Schuldigen zukommenden Besoldung in der Kroncasse, jedoch nicht mehr, als eines Drittels der Jahresgage); 9) Verweis ohne Eintragung desselben in die Dienstliste; 10) Bemerkung.—Mit den über Beamte verhängten Strafen wird bisweilen die öffentliche Bekanntgebung der stattgehabten Verschuldung durch die Senatszeitung, die Blätter beider Residenzen und die Gouvernementszeitung verbunden.

Anmerkung 1. Personen, welche im Dienste stehen, jedoch von Leibesstrafen nicht ausgenommen sind, können, statt der Ausschliessung aus dem Dienste, zu anderen Strafen gemäss den im Strafgesetzbuche festgesetzten Regeln verurtheilt werden.

Anmerkung 2. Die Vorschriften über Entlassung von Amtspersonen aus ihren Dienststellen ohne Angabe der Gründe der Entlassung, sind in dem Reglement über den Staatsdienst (Reichsgesetz., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 761, 762) angegeben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 233.

253.—Von den im Artikel 252 (in d. Forts.) angegebenen Strafen und Beahndungen werden Bemerkungen und Verweise ohne Eintragung in die Dienstliste nicht allein durch das Gericht, sondern auch auf Verfügung der unmittelbaren Obrigkeit verhängt, Besoldungsabzüge aber, Versetzung von einem höheren Amt auf ein geringeres, Entfernung vom Amte und Arrest bis auf sieben Tage auf Verfügung derjenigen Obrigkeit, von welcher die Bestellung zu dem von dem Schuldigen bekleideten Amte abhängt (a).

Anmerkung. Im Kurländischen Gouvernement werden die Glieder der Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Polizei für Nichtergreifung von Maassregeln zur Unterdrückung der Jagd und des Thier- und Vogelfanges in der Verbotzeit, unterzogen: zum ersten Mal, einer Administrativbeahndung nach Ermessen ihrer Obrigkeit, zum zweiten Male aber, unterliegen sie gerichtlicher Verantwortlichkeit (b).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 234, 242, 248; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., § 17; 1877 Jan. 3, Sen. Bef.—(b) 1877 Mai 20 (57386) Regl., § 54.

254.—Bei Verhängung aller Beahndungen im allgemeinen, gemäss dem Grade der Schuld oder Versäumniss, werden die unten angegebenen Hauptregeln beobachtet: 1) Keine Beahndung kann auferlegt werden, ohne dass von den für schuldig Erkannten zuvor eine Erklärung eingefordert worden. Die Gouvernementsobrigkeiten müssen bei Verhängung von Beahndungen wider denselben untergeordnete Behörden und Amtspersonen diese Regel zur genauesten Richtschnur nehmen. Sie dürfen sich nicht auf unvollkommene Nachrichten über diese Fälle beschränken, auch nicht die Erklärungsberichte neuer Mitglieder derjenigen Behörden, deren früherer Personalbestand der Beahndung zu unterziehen ist, für ausreichend annehmen, sind vielmehr verpflichtet, diese Erklärungen von den Angeschuldigten selbst zu fordern, oder von deren Erben, falls die Letzteren einer Geldbeitreibung unterliegen können; bei der Prüfung von Sachen dieser Art sich auf Berichterstattung der Behörden, in welchen die Angeschuldigten dienten, zu beschränken, wird nur dann gestattet, wenn Diese oder deren Erben nicht ermittelt werden können oder die Ertheilung der geforderten Erklärung offen ablehnen. 2) Jede Beahndung kann lediglich diejenigen Glieder einer obrigkeitlichen Behörde treffen, welche nach der eingeforderten Erklärung sich wirklich als schuldig erweisen; Niemand verantwortet für die Schuld oder Versäumniss eines Andern. 3) Die Ordnung, in welcher durch die Gerichte Strafen und Beahndungen für Amtsvergehen zu verhängen sind, sowie die

gerichtliche Verfolgung solcher Entschädigungs- und Kostenansprüche, die durch Schuld im Dienst befindlicher Personen des Verwaltungs- und Justizressorts veranlasst werden, sind in den Vorschriften über den Civil- und Criminalprozess angegeben (Th. IV u. V dies. Prov.-R.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 235.—Vgl. Art. 252, Anm. 2 (in d. Forts.).

255.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

256.—Mit einer Bemerkung werden Versäumnisse im Dienste, die weder vorsätzlich geschehen, noch mit Umständen von besonderer Wichtigkeit verknüpft sind, gerügt. Sie kann eine mehr oder weniger strenge sein und in den im Strafgesetzbuch bestimmten Fällen von der unmittelbaren Obrigkeit des Schuldigen ausgesprochen werden, wird aber nicht in die Dienstliste eingetragen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 237.

257.—Der Verweis ist ein verstärkter Grad der Bemerkung; er ist gleichfalls ein mehr oder weniger strenger.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 238.

258.—In welchen Fällen namentlich den Dienenden von ihrer Obrigkeit Verweise ohne Eintragung in die Dienstliste ertheilt werden können, darüber ist im Strafgesetzbuche Bestimmung getroffen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 239.

259.—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 258 enthaltenen Vorschriften.*— [RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 239.]

260.—Verweise ohne Eintragung in die Dienstliste können ertheilt werden: 1) allen der Gouvernementsregierung unmittelbar untergeordneten Administrativbehörden und den in diesen angestellten Personen von der Gouvernementsregierung, sowohl unmittelbar auf deren eigene Anordnung, als auch in Folge von Requisitionen gleichstehender oder Vorstellungen untergeordneter Behörden; 2) den Gouvernementsverwaltungsbehörden, persönlich den Adelsmarschällen, ferner den Magistraten der Städte Riga und Reval und den Gliedern und Beamten derselben, vom Dirigirenden Senate; 3) allen übrigen, den verschiedenen Verwaltungen untergeordneten, Behörden und Personen von deren unmittelbarer Obrigkeit (a).

Anmerkung. In den Ostseegouvernements sind die Polizeibehörden von der Beaufsichtigung durch das Hofgericht und durch die diesem entsprechenden Behörden, die niederen Gerichtsbehörden aber von der Beaufsichtigung durch die Gouvernementsregierung ausgenommen, und ist das Recht zur Verhängung von Beahndungen über niedere Gerichtsbehörden ausschliesslich dem Hofgerichte und den diesem entsprechenden Behörden, das der Strafverhängung über Polizeibehörden aber ausschliesslich den Gouvernementsregierungen anheimgestellt (b).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1219 und 1279.

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 240.—(b) 1861 Jan. 16 (36549).

261.—*Ersetzt durch die oben, im Punkt 3 des Artikels 251 angegebenen Vorschriften* — [RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 235, P. 3.]

262.—In jeder obrigkeitlichen Behörde und bei jeder Obrigkeit müssen besondere Schnurbücher zur Eintragung der mehr oder weniger strengen Verweise geführt werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 241.

263.—Besoldungsabzügen können die Schuldigen auf Verfügung derjenigen Obrigkeit unterzogen werden, von welcher die Anstellung in dem von dem Schuldigen bekleideten Amte abhängt, jedoch nur in den im Strafgesetzbuche bestimmten Fällen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 242.

264 und **265**—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 252 angegebenen Vorschriften.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 233; vgl. ebendas., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 58.]

266.—Der Arrest ist die persönliche Haft eines Beamten an seinem Dienstorte, unter Wache. Ein Arrest auf nicht mehr als sieben Tage kann über den Schuldigen, in den im Strafgesetzbuche angegebenen Fällen, von derjenigen Obrigkeit verhängt werden, von welcher die Anstellung in dem von dem Schuldigen bekleideten Amte abhängt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 243.

267.—Die Versetzung von einem höheren Amte zu einem geringeren ohne förmliches gerichtliches Verfahren kann, in den im Strafgesetzbuche angegebenen Fällen, lediglich von derjenigen Person oder Behörde angeordnet werden, von welcher der Schuldige in jenem Amte angestellt war.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 244.

268.—In Beziehung auf Entfernung der Dienenden vom Amte wird Nachfolgendes beobachtet: 1) Diejenigen Beamten, welche nach der Art ihrer Vergehen in Gemässheit des Strafgesetzbuchs der Entfernung vom Amte unterliegen, entfernt die Obrigkeit, die die Schuldigen angestellt hatte, vom Amte, nach gehöriger Untersuchung ihrer Schuld. Ein Vorgesetzter, welcher einen Untergebenen für irgend ein Verschulden, ohne von ihm Erklärung zu fordern (Art. 254, P. 1, in d. Forts.), oder, falls das Verschulden unerheblich, ohne rücksichtlich desselben die vom Gesetz gestatteten Correctionsmaassregeln versucht zu haben, vom Amte entfernt, wird selbst der Beahndung nach dem Strafgesetzbuche unterzogen, wenn er nicht nachweist, dass eine solche sofortige Entfernung vom Amte, nach den ihm zugegangenen zuverlässigen Nachrichten, für die Ordnung und das Interesse des Dienstes nothwendig war. 2) Die Beamten, welche auf Grund des Strafgesetzbuchs für ihre Vergehen oder Verbrechen vom Dienste entfernt werden, haben das Recht, sofern sie sich für nicht schuldig erachten, über solche Entfernung vom Amte in der Ordnung Beschwerde zu führen, welche überhaupt für Beschwerden über obrigkeitliche Verfügungen festgesetzt ist, und um Urtheil und Recht zu bitten. 3) Die auf Grund der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs vom Dienst entfernten Beamten können aufs Neue in den Dienst treten. Ihre Wiederanstellung in Aemtern wird der Obrigkeit anheimgestellt, welche nach der allgemeinen Ordnung das Recht der Bestätigung in denjenigen Aemtern hat,

die diese Beamten antreten. Die volle Verantwortlichkeit für die erwähnten Beamten fällt nach der allgemeinen Ordnung auf die Obrigkeiten, die sie angestellt oder wegen ihrer Amtsanstellung Vorstellung gemacht hatten.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 245—247.

269.—Ausser den in den vorstehenden Artikeln 253 (in d. Forts.), 254 (in d. Forts.), 255, 256 (in d. Forts.)—258 (in d. Forts.), 260 (in d. Forts.), 262 (in d. Forts.), 263 (in d. Forts.) und 266 (in d. Forts.)—268 (in d. Forts.) bezeichneten Fällen, werden die besonderen Strafen und Beahndungen für Dienst-Verbrechen und-Vergehen den Schuldigen nicht anders, als in Gemässheit gerichtlichen Urtheils auferlegt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 248.

270 bis 278—*Ersetzt durch die oben, in den Artikeln 254 und 268 angegebenen Vorschriften.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 235, 245.]

279

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

283.

283.—Anmerkung. Auf dieser Grundlage (Art. 283) ist den Gerichtsinstitutionen ausserhalb der Ostseegouvernements untersagt, Krepostacten zu vollziehen, welche den Uebergang von in den erwähnten Gouvernements belegenen Gütern und Häusern von einer Person auf die andere betreffen.

1857 Sept. 20 (32236).—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 3007, Anm.

284.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

287.—Die Straf gelder fallen an die Collegien der Allgemeinen Fürsorge oder fliessen in den Reichsschatz, ausgenommen jedoch die Fälle, wo durch specielle Vorschriften dieses Provinzialrechts, des Strafgesetzbuchs, oder des Strafstatuts, oder aber durch besondere diesbezügliche Gesetze namentlich ein anderes Ressort oder eine andere Behörde bezeichnet ist, an welche dieselben zu gelangen haben.

1784 April 15 (15979); RGb., Bd. XV, Th. I, Strafstat., Aug. 1864, Art. 27; Strafgesetzb., Aug. 1866, Art. 42.

289.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

289.—Anmerkung. Die Ordnung, in welcher Sachen, für die in den localen privatrechtlichen Bestimmungen der Ostseegouvernements ein bestimmtes Gesetz nicht vorliegt, zu entscheiden sind, ist durch die Vorschriften dieses Provinzialrechts festgestellt.

1864 Nov. 12.(41443).—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. XIII—XXVI.

290.

291.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

292.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

292.—Anmerkung. Für unnöthiges Nachsuchen um Entscheidung bei den Oberbehörden und Vorgesetzten, lediglich zum Zweck des Zeitverschlepps, in Fällen, die keine Beachtung verdienen, werden die Schuldigen der Beahndung auf Grund des Strafgesetzbuchs unterzogen (vgl. Art. 214, Anmerk., in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 252, Anm.

293.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

294.—Anmerkung. Der Livländischen Ritterschaft ist gestattet, aus der Zahl der das Landrathscollegium bildenden zwölf Landräthe zwei Landräthe in der Eigenschaft von Substituten zur Theilnahme an den Sitzungen des Livländischen Hofgerichts zu wählen, für die Fälle, wo, während der Juridiken, einer der beiden, auf Grund des Punktes 1 des Artikels 565 des II Theils dieses Provinzialrechts, zur Theilnahme an den Hofgerichtssitzungen in der Eigenschaft von Gliedern gewählten Landräthe, oder, in der Zwischenzeit von einer Juridik bis zur andern, der Landrath des Hofgerichts, der an der Reihe ist, wegen gesetzlicher Ursachen an den Sitzungen nicht Theil nehmen kann.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 295 und 297.

1857 Dec. 2 (32509).

295.—*S. oben, Art. 294 (Anmerk.).*

296.—Anmerkung. Die in Grundlage der im II Theile dieses Provinzialrechts enthaltenen Vorschriften gewählten Candidaten zu den Aemtern des Präsidenten, des Vicepräsidenten, der Glieder und der Assessoren des Hofgerichts werden in den in diesem (296) und in dem folgenden (297) Artikel bezeichneten Fällen durch den Livländischen Gouverneur dem Justizminister, zur weiteren Anordnung bezüglich ihrer Bestätigung, in Gemässheit der allgemeinen Gesetze (vgl. Reichsgesetzb., Bd. I, Senats-Verf., Art. 34, P. 5, in d. Forts. v. J. 1876), vorgestellt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 297.

1852 Dec. 29 (26897); 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. III.

297.—*S. oben, Art. 294 (Anmerk.) und 296 (Anmerk.).*

298.—Die Räte des Livländischen Hofgerichts werden von dem Dirigirenden Senate angestellt. Die Candidaten zu diesen Aemtern dem Senate zu präsentiren ist dem Hofgerichte unmittelbar übertragen.

1834 Nov. 11 (7539) Art. 6; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. II.

300.—Bei dem Hofgerichte sind ein Secretär, ein Protonotär, zwei Translateure und die erforderliche Anzahl von Kanzleibeamten angestellt. Die Ausfertigung von Rechnungssachen überträgt das Hofgericht, nach Bedürfniss, einem besonderen Sachkundigen gegen bestimmte Zahlung.

Anmerkung. Im Jahre 1797 wurde Allerhöchst angeordnet, dass beim Hofgerichte ein Secretär, ein Protonotär, ein Translateur, ein Notär, ein Actuar und sonstige Kanzleibeamte, sowie eine Krepostabtheilung zur Abfassung von Kauf- und Pfandcontracten bestehen sollen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 301, 308, 309, 311 (P. 2) und 344—347.

1797 Febr. 26 (17846) Et. d. Liv. Gouv. (Samml., d. Et. Abth. IV, S. 401); 1861 Oct. 31 (37579) Et.

301.—*S. oben, Art. 300 (Anmerk.).*

301.—Anmerkung. In den Ostseegouvernements werden Personen abgabepflichtigen Standes, mit Genehmigung des örtlichen Gouverneurs, zum Eintritt in den Staatsdienst als Kanzleibeamten, auf Grund der diesbezüglichen Vorschriften, zugelassen (Reichsgesetz., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 42).

1861 Nov. 6 (37600); 1866 Oct. 23 (43779); 1876 Jan. 25 (53501); Apr. 28 (53871) Art. 9.

302.—Bei dem Livländischen Hofgerichte besteht ein besonderes Departement für Bauersachen; Mitglieder dieses Departements sind: der Hofgerichtspräsident, in der Eigenschaft als Vorsitzender, der Vicepräsident, der residirende Landrath, die an den Hofgerichtssitzungen Theil nehmenden Landräthe und der für Livland gewählte Hofgerichts-Assessor.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., §§ 197, 198, 200; 1849 Jul. 9 (23385) B.-Verordn., § 817; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 758.

303.—Zur Geschäftsführung in dem im Art. 302 (in d. Forts.) genannten Departement wird auf dem Landtage aus dreien, Seitens des Departements zu präsentirenden, Candidaten, der Secretär gewählt. Der Secretär wird auf Lebenszeit aus Personen jeglichen Standes, die die Rechte studirt haben und den sonstigen gesetzlichen Bedingungen der Wählbarkeit entsprechen, gewählt. Die anderen Kanzleibeamten des Departements, der Protokollist und die Schreiber, werden vom Departement selbst angestellt.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 199; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 760, 761 u. Beil. G; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 1, 2.

305.—Anmerkung. Die Glieder, Beamten und Kanzleidiener der Gouvernements-, Kreis- und städtischen obrigkeitlichen Behörden werden nur in den Fällen in Eid genommen, wenn sie zuerst im Staatsdienste angestellt werden, oder nach erfolgter Verabschiedung in denselben wieder eintreten.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 311 (P. 2), 364, 369 (P. 1), 407, 449, 458 (I, P. 4; IV, P. 16), 518, 550 (P. 3, 4), 638, 643 (P. 2), 857 (P. 4), 924, 967, 1008, 1009, 1014 (D, P. 14), 1095, 1127 (P. 4), 1136, 1207, 1289, 1325, 1367, 1398, 1415, 1418, 1419, 1707, 1716 und 1720.

1857 Oct. 21 (32308) Art. 1.—Vgl. RGb., Bd. III, Dienst.-Regl., Ausg. 1876, Art. 185, Anm.

307, P. 1.—Anmerkung. Die Strafgeelder für Verletzung des dem Livländischen Hofgerichte schuldigen Respects, welche, wie die übrigen in diesem (307) Artikel erwähnten Strafgeelder, der Vertheilung unter die Glieder des Hofgerichts zu gleichen Theilen unterliegen, werden in Grundlage des Strafgesetzbuchs festgesetzt.

Kön. Schwed. Res. 1648 Nov. 15, § 6; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetz., Ausg. 1866, Art. 168, 283.—Vgl. Art. 287 (in d. Forts.).

308. }
309. } *S. oben, Art. 300 (Anmerk.).*

310.—Anmerkung. Von der Gerichtsbarkeit des Livländischen Hofgerichts sind die der Jurisdiction der Universitätsgerichtsbehörden unterworfenen Personen und Immobilien in den gesetzlich bestimmten Fällen ausgenommen.

1820 Jun. 4 (28302) Regl., §§ 6, 149—213; 1865 Jun. 9 (41667) Regl., Art. 4, Anm.; 5.

311, P. 2.—*S. oben, Art. 300 (Anmerk.) und 305 (Anmerk.).*

311, P. 4.—Zusatz. Zu den Kompetenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Sachen der Justizverwaltung und Aufsicht gehören ferner: a) die Jahrgebung (*venia aetatis*), auf Vorstellung des betreffenden Waisengerichts; b) die Genehmigung des Verkaufs von Immobilien, welche den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen und Wohlthätigkeitszwecken gehören, in den vom Gesetze bestimmten Fällen.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 3.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Priv.-R., Art. 271, 382, 495, 2356.

311, P. 5.—Zusatz. Zu den Kompetenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Sachen der Justizverwaltung und Aufsicht gehört auch die Ausreichung von Zeugnissen darüber, dass zum Austausch von Grundstücken verpfändeter Privatgüter gegen Grundstücke der Krongüter keine Hindernisse bestehen.

1854 Mai 26 (28297) Art. 17 u. Anm.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876, Art. 7, Beil, Art. 17 u. Anm.

311, P. 6.—Zu den Kompetenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Sachen der Justizverwaltung und Aufsicht gehört die Entgegennahme und Aufbewahrung von Geldsummen, welche, gemäss den bestehenden Vorschriften über das Cassawesen, einstweilig beim Hofgerichte in den seiner Durchsicht unterliegenden Sachen einfließen können.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 202.

311, P. 7.—Zusatz. Zu den Kompetenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Sachen der Justizverwaltung und Aufsicht gehören ferner, in den gesetzlich bestimmten Fällen, der Erlass öffentlicher Proclame, auf Antrag der Pfandbesitzer von Rittergütern, wegen Verkaufes von Bauergrundstücken dieser Güter, und die Gestattung dieses Verkaufes nach Ablauf der festgesetzten Fristen.

1866 Nov. 5 (43818) Art. 2.

311, P. 8.—Anmerkung. Der Competenz des Livländischen Hofgerichts sind entzogen die Sachen wegen öffentlichen Verkaufes solcher ländlicher Grundstücke, deren Verkauf gesetzlich den Bauerbehörden vorbehalten ist.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 60, 226, Anm.; 892; 1866 Nov. 5 (43817).

311, P. 9.—Anmerkung. Den Kompetenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts gehören nicht an die Ingrossation und Exgrossation von Schuldverschreibungen, sowie die Abfassung von Krepsturkunden über unbewegliches

Eigenthum, in den Fällen, wo das Eine und das Andere den Bauer-Kreisgerichten übertragen ist.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 60 fgg.; 75 fgg.; 1864 Oct. 9 (41340); 1865 Febr. 12 (41804); Febr. 19 (41820) Art. 34; 1866 Nov. 5 (43317).

311.—Punkt 10. Der Competenz des Livländischen Hofgerichts unterliegen ferner Sachen, betreffend die Prüfung und Bestätigung von adeligen Güterfamilienfideicommissen in Livland, auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln.

1845 Jul. 16 (19202) Regl., Art. 1, Anm.; 1855 Febr. 22 (29061); 1858 März 5 (32830); 1863 Jul. 8 (39843).—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 2532.

311.—Punkt 11. Zu den Competenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Sachen der Justizverwaltung gehört ferner die Ernennung von Schiedsrichtern behufs Bildung von Schiedsgerichten in Fällen von Schadensersatzstreitigkeiten zwischen den Feuerversicherungsgesellschaften und den Besitzern versicherter Häuser, gemäss den hierfür festgesetzten Regeln.

1857 Oct. 21 (32310).

312.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

312.—Zusatz 1. Der Competenz des Livländischen Hofgerichts in Criminalsachen unterliegen, in erster Instanz, die von demselben in seiner Eigenschaft als Gewissensgericht verhandelten Sachen, auf Grund der darüber bestehenden besonderen Vorschriften.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 694 fgg.—Vgl. 1846 Nov. 11, Sen.-Bef.; RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 717 fgg.

312.—Zusatz 2. Der Competenz des Livländischen Hofgerichts in Criminalsachen unterliegen, in erster Instanz, Sachen betreffend Ehrenkränkungen, welche durch den Druck oder andere Mittel der Veröffentlichung zugefügt wurden.

1860 Dec. 26 (36456).

312, P. 2.—Zusatz. Die Stadthäupter und die Mitglieder der Stadämter unterliegen, in Sachen wegen Amtsverbrechen, in allen Städten des Livländischen Gouvernements mit Ausnahme Rigas, der Jurisdiction des Hofgerichts in erster Instanz; in Riga aber sind die genannten Personen in Sachen dieser Art der Gerichtsbarkeit, wenn sie adeligen Standes sind, des Hofgerichts, wenn nicht, der des Rigaschen Magistrats unterworfen (Art. 457).—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf Artikel 312 (P. 3).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2107; 1877 März 26 (37101) Regl., Art. 19.—Vgl. Art. 9, Zus., Beil., Art. 160 (in d. Forts.).

312, P. 3.—*S. oben, Art. 312 (P. 2, Zus.).*

312, P. 4.—Zusatz 1. Der Revision des Livländischen Hofgerichts unterliegen ferner die Erkenntnisse der Landgerichte in Sachen betreffend Amtsverbrechen der Glieder der Gemeindeggerichte, wenn diese Verbrechen eine strengere Strafe, als Amtsentsetzung nach sich ziehen.

1867 Dec. 4 (45239).

312, P. 4.—Zusatz 2. Das Livländische Hofgericht revidirt, nach den an dasselbe gelangenden Acten, die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der von den Polizeibehörden veranstalteten Untersuchungen und macht über alle bemerkten Fehler in vorgeschriebener Ordnung der Gouvernementsregierung Mittheilung.

1863 Nov. 27 (40316).

313.—S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

313.—Anmerkung. Von der allgemeinen Regel, wonach die Urtheile des Livländischen Hofgerichts dem Gouvernementschef zur Bestätigung vorzustellen sind, bilden diejenigen Sachen eine Ausnahme, in welchen die Urtheile, auf Grund des Gesetzes selbst, der Revision des Dirigirenden Senats unterliegen. Die Urtheile in diesen Sachen werden nicht an den Gouverneur zu Bestätigung gesandt, sondern in der hierfür vorgeschriebenen Ordnung dem Dirigirenden Senat direct unterlegt.

1864 Febr. 10 (40534); Aug. 31 (41241).

314.—Anmerkung. Im Jahre 1848 ist bestimmt worden: Klagen, welche nach ihrem Wesen und Inhalt ein untheilbares Ganzes bilden, werden, wenn bei denselben mehrere, in verschiedenen Gouvernements oder in verschiedenen Kreisen eines Gouvernements wohnhafte, Beklagte betheilt sind, in dem Gerichte zweiter Instanz desjenigen Gouvernements erhoben und verhandelt, wo die Handlungen stattfanden, aus welchen diese Klagen entsprangen.

1848 Oct. 25 (22664).

314, P. 5.—Zu den Competenzgegenständen des Livländischen Hofgerichts in Civilsachen gehören, in erster Instanz, Petitorienklagen über Rechte an adeligen Landgütern und Streitigkeiten über Rechte und Vorzüge dieser Güter (vgl. Art. 372, P. 2).

1870 Dec. 15, Sen.-Bef.—Vgl. d. unt. Art. 314 cit. Ges.

314, P. 6.—Anmerkung. Im Jahre 1870 ist zur Erläuterung des Punktes 6 dieses (314) Artikels verordnet worden: die Sicherstellung des beweglichen Eigenthums, das zum Nachlasse der im wirklichen Kriegsdienste verstorbenen Stabs- und Ober-Offiziere gehört, wird im Livländischen Gouvernement durch die zuständige Militärobrigkeit ausgeführt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 369 (P. 10).

1870 März 31, Sen.-Bef.

314, P. 8.—Zusatz. Der Competenz des Livländischen Hofgerichts unterliegen, in erster Instanz, Streitigkeiten über das Eigenthum an Kunsterzeugnissen, in den Fällen, wo die Streitenden über die Zuweisung der Entscheidung an ein Schiedsgericht sich nicht verständigen.

1846 Jan. 1 (19569) § 19.

317.—Anmerkung. In Beziehung auf Einreichung von Beschwerden in den den Bauergerichten zuständigen Sachen an den ehemaligen Civiloberbefehlshaber der Ostseegouvernements, werden nachstehende Vorschriften zur Richtschnur

genommen: 1) In Civilstreitsachen der der Gerichtsbarkeit der Bauergerichte unterliegenden Personen werden Beschwerden über Urtheile des Livländischen Hofgerichts und der höchsten Bauergerichtsinstantz auf der Insel Oesel (Art. 316) in allgemeiner Grundlage beim Dirigirenden Senate erhoben, mit Ausnahme der Sachen, welche zwischen Gutsherren und Bauern aus Agrarverhältnissen entspringen. 2) Beschwerden an den Dirigirenden Senat in den zuletzt erwähnten Sachen sind ohne Beschränkung durch die Klagesumme zulässig. Diese Sachen werden im Senate unter Theilnahme des Ministeriums des Innern entschieden. 3) Beschwerden über Verschlepp der Verhandlung und über Justizverweigerung werden, in allen oberwähnten Sachen, beim Dirigirenden Senate eingereicht.

1876 Jan. 23 (55301); 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 983; 1880 Febr. 7, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

318.—Das Livländische Hofgericht hält seine Sitzungen in der Gouvernementsstadt Riga und versammelt sich in seinem vollständigen Personale jährlich zweimal, zu Anfang März und zu Anfang Septembers; diese Juridiken des Hofgerichts werden nicht früher geschlossen, als bis die Endurtheile in allen solchen Civilsachen erlassen worden, die in der Frühjahrsjuridik vor dem 1 Mai, in der Herbstjuridik vor dem 1 December spruchreif waren.

Kön. Schw. Resol. 1662 Oct. 31, § 4; 1852 März 31 (26118).

321.—Das Livländische Hofgerichts-Departement für Bauersachen hat keine Juridiken. Dasselbe versammelt sich im Ritterhause. Seine Sitzungen finden ein Mal wöchentlich statt, nach der Bestimmung des Präsidenten, sofern nicht besondere Umstände Ausnahmen nothwendig machen (a). Auf der Insel Oesel versammelt sich die höchste Gerichtsinstantz für Bauersachen regelmässig in Arensbürg, drei Mal jährlich: am 1 Februar, 1 Juli und 1 October. Jede dieser Juridiken währt eine Woche (b).

(a) 1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 206; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 759, 764, Beil. H, Art. 38.—(b) 1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 200 u. Beil.

327.—Wenn wegen Abwesenheit, Krankheit oder aus anderen gesetzlichen Ursachen die Stelle des Präsidenten durch den Vicepräsidenten (Art. 325) vertreten wird, so versieht das Amt des Vicepräsidenten der älteste der im Hofgerichte sitzenden Landräthe. Wenn auch der Vicepräsident wegen Abwesenheit, Krankheit oder aus anderen gesetzlichen Ursachen das Amt des Präsidenten nicht versehen, oder in irgend einer besonderen Sache die Pflichten dieses Amtes nicht ausüben kann, so wird die Vertretung dieses Amtes einstweilen einem der Landräthe, nach der Anciennetät seines Dienstes in dieser Function, übertragen, das Amt des Vicepräsidenten aber versieht entweder der jüngste Landrath, oder, im Fall der Abwesenheit desselben, einer der Räthe, gleichfalls nach der Anciennetät des Dienstes.

1853 Jun. 1 (27306) Art. 327.

328.—In der Zwischenzeit von einer Juridik bis zur andern sitzen im Livländischen Hofgerichte: der Präsident oder der Vicepräsident, ein Landrath, ein Rath und ein Assessor.

1853 Jun. 1 (27306) Art. 328.

329.—Der Präsident, der Vicepräsident, die Landräthe, die Räte und die Assessoren setzen, nach gemeinsamer Verständigung, die Reihenfolge unter den, auf Grund des Artikels 328 (in d. Forts.), in der Zwischenzeit von einer Juridik bis zur andern zum Sitz im Hofgerichte Verpflichteten fest, oder überlassen die Bestimmung darüber dem Loose; der nach der Reihenfolge oder nach dem Loose zum Sitz im Hofgerichte Berufene muss sich zu der hierfür bestimmten Zeit einstellen. Bis zum Erscheinen des Gliedes, das an der Reihe ist, muss dasjenige Glied, an dessen Stelle ein Anderer zu treten verpflichtet ist, jedenfalls seine Anwesenheit im Hofgerichte fortsetzen.

1853 Jun. 1 (27306) Art. 329.

331 und **332**—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 52 angegebenen Vorschriften.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.]

333, P. 17—*Ersetzt durch die oben, in der Anmerkung zum Artikel 65 angegebenen Vorschriften.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.]

333, P. 18.—Das Livländische Hofgericht führt die erforderliche Anzahl von Archivregistern, Verbot-, Krepst-, Hypotheken- und Schnurbüchern.

Ununterbr. Gewohnh.; R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.—Vgl. Art., 65 Anm. (in d. Forts.).

335.—Urtheile in Criminalsachen werden im Livländischen Hofgericht auch in der Zwischenzeit von einer Juridik bis zur andern, jedoch unter Theilnahme von nicht weniger als vier Gliedern, gefällt. Zur Erledigung von laufenden Sachen aber ist die Theilnahme von nur drei Gliedern erforderlich.

1853 Jun. 1 (27306).

336.—Anmerkung. In Beziehung auf die Unterzeichnung der Berichte an den Dirigirenden Senat und der Requisitionen wegen Einsendung von Geldsummen aus den Creditanstalten, befolgt das Livländische Hofgericht die diesbezüglichen allgemeinen Vorschriften (Art. 184, in d. Forts.).

R**G**b., Bd. II; Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

339.—Anmerkung. Ein Mitglied des Livländischen Hofgerichts nimmt Theil an den Sitzungen des Oberschiedsgerichts zur Schlichtung der Ländereistreitigkeiten und Servitutsachen auf den Krongütern des Livländischen Gouvernements.

1854 Mai 26 (28297) Art. 1, 47, P. 1.—Vgl. R**G**b., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 54, P. 1.

342, P. 6—*Ersetzt durch die oben, in der Anmerkung zum Artikel 65 angegebenen Vorschriften.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.]

344

bis

347.

} S. oben, Art. 500 (Anmerk.).

348.—Das Livländische Hofgericht unterliegt der Revision des Justizministers, welcher in ausserordentlichen Fällen und namentlich, wenn es zu seiner Kenntniss gelangt, dass irgend welche erhebliche Unordnungen und Missbräuche beim Hofgerichte vorgekommen, die gleich im Beginn und ohne Zeitverlust ermittelt und unterdrückt werden müssen, zu einer Revision des Hofgerichts schreiten kann, jedoch nur als Ausnahme von der allgemeinen Regel; er ist verpflichtet, zu gleicher Zeit an den Dirigirenden Senat darüber einen Antrag zu richten.

1830 Nov. 13, Sen.-Bef.; 1876 Jan. 25 (53501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, a.

349. }
350. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

351.—Anmerkung. Dem Justizminister ist anheimgestellt, den Livländischen Hofgerichtssecretär einstweilig auf Grund dieses (351) Artikels vom Amte zu entfernen.

1876 Jan. 25 (53501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 1.

352.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

353.—Vom Gouverneur empfängt das Livländische Hofgericht Anträge und richtet seinerseits an denselben Vorstellungen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 462, 631; 1864 Aug. 31 (41241); 1876 Jan. 25 (53501).

354.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

354.—Anmerkung. Die Domänenhöfe und Domänenbezirksverwaltungen sind aufgehoben; die Verwaltung der Reichsbesitzlichkeiten ist in den Ostseegouvernements einer besondern baltischen Domänenverwaltung mit den Rechten der Gouvernementsoberbehörden (Palaten) übertragen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 395, 432, 433, 511, 890, 957, 993, 1086, 1285, 1317, 1358, 1393, 1394, 1445, 1573 und 1668.

1866 Dec. 22 (44024) II, Art. 7; 1869 Dec. 23 (47824—47826).—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I., Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 920, Anm. 1; 933.

355.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

355.—Anmerkung. Das Medicinalwesen im Gouvernement verwaltet die Gouvernementsregierung, bei welcher sich eine Medicinalabtheilung unter der Leitung eines Medicinalinspectors befindet.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 395, 433, 663, 891, 957, 1318, 1358, 1394 u. 1445.

RGb., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1837, Art. 8 (in d. Forts. v. J. 1876).

359.—Zu den Aemtern der Landrichter und der Assessoren der Landgerichte (Art. 356) wählen die Landtagsversammlungen in den Kreisen Livlands und die Oeselsche je zwei Candidaten, auf Grund der im II Theile dieses Provinzialrechts enthaltenen Vorschriften. Der Justizminister bestätigt für jedes der erwähnten Aemter einen der ihm präsentirten Candidaten.

Kön. Schwed. Res. 1675 Apr. 6; 1792 Jan. 9, Sen.-Bef. an d. Gen.-Gouv.; 1866 Nov. 5 (43317); 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2, 3; 1876 Jan. 25 (53501) Art. 3; 1877 Mai 19 (57384) Art. I, c, P. 1.

361.—In den Kreisen Livlands und auf der Insel Oesel wählen die betreffenden Landtagsversammlungen, auf Grund der Vorschriften des II Theiles dieses Provinzialrechts, zu den Aemtern der Livländischen Landgerichtssecretäre und des Notärs des Rigaschen Landgerichts, sowie zu dem Amte des Secretärs des Oeselschen Landgerichts je zwei Candidaten. Die Gouvernementsregierung bestätigt einen der derselben zu jedem dieser Aemter präsentirten Candidaten.

Livl. Landt.- O. 1827, § 56, P. 5; 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2, 3.—Vgl. d. unt. d. Art. 359 (in d. Forts.) cit. Ges.

364.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

369.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

369, P. 1.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

369, P. 3.—Anmerkung. Es ist vorgeschrieben, die Evangelisch-Lutherischen Consistorien, statt der Bezeichnung *Provinzialconsistorien*, nur nach dem Namen des Territoriums zu benennen, wo sie sich befinden.

1847 Jul. 29 (21450).

369, P. 8.—Zur Competenz der Livländischen Landgerichte in Sachen der Justizverwaltung gehören die Entgegennahme und die Aufbewahrung von Geldsummen, die, auf Grund der bestehenden Vorschriften über das Cassawesen, einstweilig bei denselben in den bei ihnen verhandelten Sachen einfließen können.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 202.

369, P. 10.—*S. oben, Art. 314 (P. 6, Anmerk.).*

369, P. 10.—Anmerkung. Der Competenz der Livländische Landgerichte ist entzogen die Versiegelung und Inventur bäuerlicher Grundstücke und desjenigen beweglichen Eigenthums, welches den den Bauergerichten untergeordneten Personen gehört.

1866 Nov. 5 (43817).

369, P. 13.—Anmerkung. Es befinden sich Gouvernementsrenteien in den Gouvernementsstädten, Kreisrenteien in den Kreisstädten und einigen Landstädten und Flecken; die Revision der Gouvernementsrente steht der Plenarconferenz des Kameralhofes zu.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 395, 433, 957, 1358, 1394 und 1446.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1627, 1630, 1639, Anm.; 1874 Apr. 17 (53382); 1875 März 25 (54530).

369, P. 14.—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1.]

369.—Punkt 15. Zu den Competenzgegenständen der Livländischen Landgerichte in Sachen der Justizverwaltung gehört ferner die gerichtliche Eintragung von Kunsterzeugnissen in die Anmeldebücher und die Ausfertigung von Extracten aus denselben, in Gemässheit der hierfür festgesetzten Regeln.

1846 Jan. 1 (19369) §§ 1, 2.

370.—Anmerkung. Die Glieder der Gemeindegerichte des Livländischen Gouvernements werden in Sachen wegen Amtsverbrechen, die eine strengere Strafe als Amtsentsetzung nach sich ziehen, bei den Landgerichten abgeurtheilt (vgl. Art. 371).

1867 Dec. 4 (45239).

371.—Anmerkung. Die Livländischen Landgerichte prüfen nach den an dieselben gelangenden Acten die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der von der Polizei veranstalteten Untersuchungen und berichten über alle bemerkten Fehler in der festgesetzten Ordnung der Gouvernementsregierung.

1863 Nov. 27 (40316).

372, P. 4.—Anmerkung. Die Gouvernementsregierung verhandelt unstreitige Sachen; sie nimmt an solchen Vollstreckungsmaassregeln der Gerichtsbehörden nicht Theil, welche nicht unstreitiger Natur sind.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 667, P. 41; 668.

379—*Ersetzt durch die oben, im Artikel 32 angegebenen Vorschriften.*—
[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.]

380.—Wird ein Glied des Landgerichts in Livland auf Bitte eines Parten zu einem Localtermine abgeordnet und bleibt davon aus, so ist dasselbe, ausser der Strafe, zu welcher es verurtheilt wird, falls durch das Ausbleiben der Localtermin gar nicht stattgefunden hat, noch verpflichtet, dem Parten für allen dadurch erlittenen Schaden Entschädigung zu leisten.

Kön. Schwed. Res. 1671 Sept. 22, § 3; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 59, 69 Anm., 168, 410.

383, P. 11.—Jedes Landgericht in Livland führt die erforderliche Anzahl Verbot-, Ingrossations- und Schnurbücher.

Ununterbr. Gewohnh.; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.—Vgl. Art. 65, Anm. (in d. Forts.).

383, P. 12.—Das Landgericht führt ferner noch andere Register, Verzeichnisse und Bücher, nach Maassgabe des Erfordernisses (vgl. Art. 383, P. 11, in d. Forts.).

Ununterbr. Gewohnh.; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.

384.—Anmerkung. In Beziehung auf die Unterzeichnung von Ausfertigungen über Einsendung von Summen aus den Creditanstalten befolgen die Livländischen Landgerichte die allgemeinen diesbezüglichen Vorschriften (Art. 184, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

386.—Anmerkung 1. In Beziehung auf Einnahme, Verausgabung und Aufbewahrung der einstweilig an die Livländischen Landgerichte gelangenden Summen, sind die Landgerichte verpflichtet, die bestehenden Vorschriften über das Cassa- und Revisionswesen (Art. 65, Anmerk., in d. Forts.) zu befolgen.— Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 387—389.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200, 202.

386.—Anmerkung 2. Die Landrichter in Livland versehen, auf Antrag der Domainenverwaltung, die Pflichten eines Obmannes in den Fällen, wo die zur Erledigung der Ländereistreitigkeiten und Servitutsachen auf Krongütern niedergesetzten Unterschiedsgerichte getheilte Meinung sind, in Gemässheit der hierfür festgesetzten Vorschriften (vgl. Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876).

1854 Mai 26 (28297) Art. 84.

387

bis

} *S. oben, Art. 386 (Anmerk. 1).*

389.

391.—Die Kanzleibeamten der Landgerichte in Livland haben die ausgehenden Schriften ins Reine zu schreiben und das Missiv in Ordnung zu halten (vgl. Art. 358).

Ununterb. Gewohnh.—Vgl. RGb., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876; Art. 61, 307; 1839 März 17 (12137) Et.; März 21 (12155).

392.

} *S. oben, Art. 4 (Anmerk.).*

393.

393.—Anmerkung. Die zeitweilige Amtsentfernung der Glieder der Livländischen Landgerichte ist dem Justizminister, die Amtsentfernung der Landgerichtssecretäre aber dem Hofgerichte anheimgestellt.

1861 Jan. 16 (36349); 1876 Jan. 25 (53501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 2.

394.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1, 2).*

395.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk.), 354 (Anmerk.), 355 (Anmerk.) und 369 (P. 15, Anmerk.).*

396.—Ergiebt sich die Nothwendigkeit, eine andere höhere oder gleichstehende Behörde an die Erfüllung der an dieselbe ergangenen Requisition zu erinnern oder anhalten zu lassen, so hat das Landgericht gemäss den hierfür festgesetzten Regeln, der Gouvernementsregierung darüber vorzustellen (Art. 213, in d. Forts.; 215, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 216, 217.

399.—Bei jedem Ordnungsgericht in Livland ist ein Notär, ein Archivar, ein Protokollist, ein Translateur und die nöthige Anzahl Kanzleibeamten und Gerichtsdienner angestellt.

Et. d. Livl. Gouv. 1797 Febr. 26 (17346); 1839 März 31 (34315) Et.; 1860 Nov. 15 (36322) Et.

400.—Bei jedem Ordnungsgerichte in Livland findet sich ausserdem die nöthige Anzahl Marschcommissäre, zur Beihülfe beim Durchmarsch von Truppen.

Kön. Schwed. Res. 1671 Sept. 22 Tit. V, Hptst. II; 1839 März 31 (34315) Et.; 1860 Nov. 15 (36322) Et.

401.—Zu den Aemtern des Ordnungsrichters und der Adjuncten wählen die betreffenden Landtagsversammlungen in den Kreisen Livlands und die Oeselsche je zwei Candidaten, auf Grund der Vorschriften des II Theils dieses Provinzialrechts. Der Gouverneur bestätigt einen der ihm für jedes dieser Aemter präsentirten Candidaten.

Kön. Schwed. Res. 1671 Sept. 22, Tit. V, Hptst. I, § 2; Livl. Landt.-O. 1827, §§ 56, 59, 87; Oes. Landt.-O. 1827, §§ 43, 44; 1864 Aug. 31 (41241); 1866 Nov. 5 (43317); 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2, 3; 1876 Jan. 25 (53501) Art. 3; Apr. 28 (53871) Art. 9.

403.—Anmerkung. An den Wahlen zu den Aemtern der Ordnungsgerichtsnotäre nehmen in den Kreisen des Livländischen Festlandes auch Personen Theil, welche nicht zum Adel oder zu den Bürgern gehören, aber in Livland Rittergüter mit Eigenthumsrecht besitzen, auf Grund der Vorschriften des II Theils dieses Provinzialrechts.

1866 Nov. 5 (43817); 1871 Febr. 26 (49291) I, Art. 2, 3.

405.—Anmerkung. Die bei den Ordnungsgerichten des Livländischen Gouvernements befindlichen Marsch-Commissäre aus abgabepflichtigem Stande, welche zur Bekleidung dieser Aemter zugelassen waren, werden, mit Genehmigung des Gouverneurs, mit den im Dienstreglement festgesetzten Rechten, im Dienste bestätigt (vgl. Reichsgesetzb., Bd. III, Dienst-Regl., Ausg. 1876, Art. 43).

1861 Nov. 6 (37600) Art. 7; 1866 Oct. 23 (43779); 1876 Apr. 28 (53871) Art. 9.

407.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

408.—Den Ordnungsgerichten des Festlandes des Livländischen Gouvernements und dem Ordnungsgerichte der Insel Oesel wird das Gehalt von denjenigen Einwohnerclassen des erwähnten Gouvernements und Oesels gezahlt, welche auf Grundlage der localen Rechtsbestimmungen der Ostseegouvernements an der Zahlung der Steuern zu den Landespräsidenten Theil nehmen.

Et. d. Livl. Gouv. 1797 Febr. 26 (17846); Et. der Ord.-Ger. 1804 Sept. 21 u. 1821 Aug. 3; 1845 Dec. 31 (19561) Art. 3; 1859 März 31 (34315) Art. 2; 1860 Nov. 15 (36322) Art. 3.

411.—Zum Wirkungskreise der Ordnungsgerichte im Livländischen Gouvernment gehört:

I. In Beziehung auf die Aufsicht über Beobachtung der Gesetze, die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt:

1) Veröffentlichung der Befehle und Verordnungen der Staatsregierung, Eröffnungen aller Art, Bekanntmachungen, Proclame und Anzeigen laut obrigkeitlicher Befehle; Vertheilung der Exemplare des Reichsgesetzbuches an die Behörden und Gewalten im Bezirke.

2) Sicherung der Unverletzlichkeit der Rechte und der ungestörten Vollziehung des Gottesdienstes und der kirchlichen Gebräuche des Russisch-Rechtgläubigen, des Evangelisch-Lutherischen und der anderen, von der Staatsregierung anerkannten, Bekenntnisse, auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln.

3) Abnahme des Eides von Ausländern beim Eintritt in die Russische Unterthänigkeit, gemäss bezüglichlicher Genehmigung des Gouverneurs.

4) Aufsicht darüber, dass sich die zur Evangelischen Brüdergemeinde gehörigen Personen nur auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln versammeln.

5) Auf die Hebräer bezügliche Angelegenheiten; Aufsicht darüber, dass die zu einstweiligem Aufenthalt eintreffenden Hebräer die verordneten Zeugnisse besitzen.

6) Sicherung der öffentlichen Ruhe, Wohlanständigkeit, Sittlichkeit, Ordnung und des den Obrigkeiten schuldigen Gehorsams; Unterdrückung jeder der Pflicht und Folgsamkeit eines treuen Unterthanen zuwiderlaufenden Handlung, sowie Anzeige hierüber an die Obrigkeit; Verhinderung und Unterdrückung aller unerlaubten und anstössigen Zusammenkünfte; strengste Aufsicht darüber, dass nirgends und unter keinem Vorwande gesetzwidrige Verbindungen gestiftet werden (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. üb. Vorbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Sicherungsmaassregeln gegen Diebe und Räuber; Ergreifen derselben und Vernichtung ihrer Banden; besondere Schutzmaassregeln für irgend eine Ansiedelung, ein Haus oder eine einzelne Person, wo sich die Nothwendigkeit dazu ergibt.

7) Uebergabe der aus den Residenzen und aus anderen Städten mittelst der Ortscommandos zu transportirenden Bauern von schlechter Führung von der Stadt, wo das Ordnungsgericht sich befindet, an die betreffenden Gemeinden.

8) Ausreichung von einstweiligen, bis zum Empfang neuer Aufenthaltsscheine oder Pässe gültigen Zeugnissen über Entlassung nach anderen Orten, an im Bezirke Handeltreibende fremde Kaufleute, Bürger und Personen anderer Stände; Verschreibung von Pässen und Ausreichung von Passverlängerungsattesten (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Einfangen von Läuflingen, Vagabunden und Passlosen und Unterbringung derselben; Bestimmung des Alters der im Polizeibezirke wegen Mangels gesetzlicher Legitimationen und wegen Unbekanntschaft ihres Standes und festen Wohnortes ergriffenen Vagabunden (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Maassregeln zur Unterdrückung der Bettlei und Landstreicherei, sowie Ausmittlung der zu keinem Stande verzeichneten Personen.

9) Aufsicht über die Führung der sich im Bezirke aufhaltenden Studenten und darüber, dass Dieselben nicht über den ihnen bewilligten Urlaub hinaus wegbleiben.

10) Aufsicht darüber, dass die aus den Gouvernements des Königreichs Polen übersiedelnden Personen sich thatsächlich an den gewählten Orten niederlassen (Reichsgesetzb., Bd. IX, Ständer., Ausg. 1876).

11) Fürsorge für ausgesetzte oder auch ohne Vorbedacht verlassene Kinder, und gehörige Untersuchung solcher Fälle, sowie Unterstützung Erwachsener, welche ausserhalb ihres Wohnorts plötzlich schwer krank befallen sind.

12) Besichtigung der auf den Strassen oder sonst gefundenen Leichname; Untersuchung aller Fälle gewaltsamen und überhaupt plötzlichen Todes; Nachrichten über ausserordentliche Vorfälle und die damit zusammenhängenden Ermittlungen, sowie Einsendung der in Sachen dieser Art vorgeschriebenen Berichte und Vorschläge in einem Exemplar direct an den Gouverneur.

13) Ausreichung von Billetten zur Holzflössung aus gutsherrlichen Waldungen und zum Bau von Fahrzeugen aus solchen Hölzern; Stempelung von Fahrzeugen, nach den Vorschriften des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

14) Mitwirkung zur Rettung von Menschen und Bergung von Ladungen im Fall des Unterganges von Fluss- und Seeschiffen; Sicherung gescheiterter oder auf den Grund gerathener Schiffe nebst Takelage, sowie Bergung der Waaren.

15) Ergreifung vorläufiger Maassregeln zur Sicherung des Nachlasses der im Bezirke Verstorbenen, wenn nicht gesetzliche Erben oder Curatoren solchen Vermögens bekannt sind (vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat.-R., Art. 2587 fgg.).

16) Sorge für Sicherung vor Feuerschäden und Ueberschwemmungen auf dem Lande; Aufsicht über Herstellung der hierzu erforderlichen Anstalten daselbst; Maassregeln zur Hülfeleistung; Mitwirkung zur Verhütung und Unterdrückung von Feuerbrünsten in Waldungen und auf Feldern.

17) Die ersten Vorsichtsmaassregeln beim Erscheinen von ansteckenden und epidemischen Krankheiten und Viehseuchen; Berichterstattung darüber an die Gouvernementsobrigkeit.

18) Ausführung der für diese Fälle (P. 17) vorgeschriebenen Maassregeln, nach den Weisungen der Gouvernementsregierung und des Kreissanitätscomités, auf Grund des Medicinalreglements (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857).

19) Theilnahme an der Veranstaltung medicinisch-polizeilicher Besichtigungen, sowohl in den Fällen, wo beim Durchgang von Viehheerden in diesen eine epidemische ansteckende Krankheit ausbricht, als auch beim Verkauf des durchgetriebenen, zum Schlachten bestimmten, Viehes (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpfl., Ausg. 1857); Theilnahme an den Verfügungen zur Tödtung pestkranker Thiere unter dem im Transport zur Eisenbahn begriffenen, oder dem in Heerden durchgehenden Hornvieh.

20) Sorge für die Sicherheit der Wegeverbindungen; Aufsicht über Instandhaltung derselben und, wo erforderlich, über Einrichtung ständiger oder einstweiliger Prähme und anderer Ueberfahrten.

21) Verhütung der Ausführung von Anlagen und Arbeiten im Widerspruch mit den speciellen Vorschriften über Bauten, Stapelungen, Aufgrabungen und Anpflanzungen in der Nähe von Eisenbahnlagen (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Regl. üb. Wegcomm., Ausg. 1857).

22) Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Ansiedelungen auf dem Lande; Aufsicht über Gebäude und Ausführung von Bauten nach den festgesetzten Vorschriften.

23) Aufsicht über Tracteurs, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Restaurationen, Garküchen und sonstige Anstalten dieser Art im Bezirke; sowie über Befolgung der das Halten derselben regelnden Vorschriften; Unterdrückung und Verhütung aller Streitigkeiten, Raufereien und anderer, dem Gesetze oder den Regeln der Schicklichkeit und des Anstandes zuwiderlaufenden Handlungen in diesen Anstalten und überhaupt an öffentlichen Orten, sowie verbotener Spiele.

24) Ausreichung von Zeugnissen an Fabrikanten, Künstler und Handwerker zum Erwerbe giftiger, für ihre Erzeugnisse erforderlicher, Substanzen und andere, auf Aufbewahrung und Verkauf dieser Substanzen seitens der Handeltreibenden bezügliche, Wahrnehmungen, in Gemässheit des Medicinalreglements (Reichsgesetz., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857); Aufsicht über den Verkauf von Jagdpulver, sowie über Aufbewahrung und Transport von Schiesspulver (Reichsgesetz., Bd. XIV, Regl. üb. Vorbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Ausreichung von Zeugnissen an die bei Kronpulvermagazinen um Artilleriepulver nachsuchenden Personen darüber, dass die erbetene Quantität Pulver den Erwerbern in der That zu einem dem Gesetze nicht zuwiderlaufenden Zwecke erforderlich ist.

25) Aufsicht darüber, dass kein verbotener Handel getrieben, sowie darüber, dass auf Messen und Märkten und in Kaufläden keine von der Regierung verbotenen Waaren, Bücher, Kupferstiche und Manuscripte colportirt und verkauft werden.

26) Aufsicht darüber, dass die Jagd auf wilde Thiere, das Erlegen und der Fang wilden Geflügels, sowie der Blutegefang nur in der vom Gesetze gestatteten Zeit geduldet werde.

27) Aussendung derjenigen Untermilitärs, die über den Urlaub ausgeblieben, an ihre Dienstorte und Adstringirung der Militärpersonen und Civilbeamten, die ihren Urlaub überschritten, zur Rückkehr in ihre Functionen.

28) Zusammenstellung von Nachrichten über die im Bezirke befindlichen Kirchen, Wohlthätigkeits- und Lehranstalten und Fabriken, ferner über die Zahl der Einwohner, der Geburten, Eheschliessungen und Sterbefälle, und von anderen Auskünften, nach den vom Statistischen Gouvernementscomité gegebenen Formularen (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 252, Beil.); Nachrichten über die Erwerbsbedingungen der im Bezirk sich aufhaltenden Ausländer.

29) Zusammenstellung von Vorschlägen über Korn-Aussaat und -Ernte und über den Zustand der Wiesen und Felder, ferner von Vorschlägen über Marktpreise für Victualien, sowie für Transporte und Flössungen.

30) Berichterstattung an die Obrigkeit über alle im Bezirk gefundenen seltenen Naturerzeugnisse, Alterthümer u. s. w.

31) Verpflichtungen bezüglich der gegenseitigen Gouvernements-Gebäudeversicherung, auf Grund der hierfür erlassenen Vorschriften (Reichsgesetz., Bd. XII, Th. I, Brandregl., Ausg. 1857).

32) Verpflichtungen betreffend Gegenstände und Angelegenheiten, welche der Administration der Stadtcommunalverwaltung unterstellt sind (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 6, 20, Anmerk.; 58, P. 3; 104, 105, 107, 108, 131, P. 4; 138, 151, in d. Forts.).

33) Aufsicht darüber, dass die Miether von Arbeitern dieselben mit vollwertiger und vollwerthiger Silbermünze und nicht mit abgenutzter oder durchlöcherter bezahlen.

34) Führung von Metrikbüchern über Geburten, Eheschliessungen und Todesfälle der Sectirer (Raskolniki) und der zur protestantischen Secte der Baptisten gehörigen Personen.

35) Ausreichung von Zeugnissen und Beglaubigung von Documenten, in Gemässheit der Reglements und Vorschriften über die Emeritalcassen und Unterstützungscapitalien.

Anmerkung 1. Die Rechte und Pflichten der Ordnungsgerichte bezüglich der Herbeirufung von Truppen zur Wahrung oder Wiederherstellung der innern Sicherheit und Ordnung sind in besonderen, hierauf bezüglichen, Vorschriften festgesetzt.

Anmerkung 2. Einige Rechte und Pflichten der Ordnungsgerichte in Beziehung auf Aufsicht über Befolgung gesetzlicher Vorschriften, Wahrung der öffentlichen Sicherheit und bezüglich der allgemeinen Wohlfahrt sind in der Verordnung über die Bauern des Livländischen Gouvernements angegeben (a).

II. In Beziehung auf das Kroninteresse:

1) Beitreibung der Rückstände aller Abgaben, Staats- und öffentlichen Gefälle überhaupt, sowie Restanzen und Zahlungen, auf Vorschrift vorgesetzter und Requisition coordinirter Behörden.

2) Verhütung und Beseitigung aller Missbräuche zur Verkürzung des Münzgewichtes und Münzwerthes.

3) Aufsicht über richtiges Maass und Gewicht; Einführung neuer Maasse, falls Solches höheren Orts vorgeschrieben wird.

4) Aufforderung, in Gemässheit obrigkeitlicher Anordnung, sich zum öffentlichen Ausbot von Lieferungen und Arbeiten, sowie zum An- oder Verkauf von Kron-, Gemeinde- oder inventirtem Vermögen einzufinden.

5) Ausreichung von Zeugnissen an Lieferanten über die gesetzlichen Ursachen, welche sie an der Ausführung ihrer Contracte überhaupt, oder an der Ausführung derselben zur festgesetzten Frist verhinderten.

Anmerkung. Diese Zeugnisse werden bei den Transporten zur See von der Polizei desjenigen Ortes ausgestellt, wo das Schiff nach eingetretenem Hinderniss ankommt, oder, im Fall eines Schiffbruches, wo der Capitän eintrifft.

6) Verhütung und Unterdrückung des Waarenschmuggels und entsprechende Beihülfe, die denjenigen Behörden und Personen zu leisten ist, welchen die Aufsicht über den Handels- und Gewerbebetrieb obliegt; strenge Beaufsichtigung Dessen, dass kein Handel mit verbotenen Spielkarten getrieben und nirgends heimliche Fabrikation und Benutzung von Contrebandekarten stattfinde; Verpflichtungen bezüglich der Aufsicht über den Verkauf der Spielkarten, auf Grund der besondern Verordnung über Anfertigung und Verkauf dieser Karten; Entscheidung gerichtlich - polizeilicher Sachen betreffend Verletzung der Vorschriften über die Getränkesteuer, auf Grund des Reglements über diese Steuer, sowie andere durch dasselbe festgesetzte Obliegenheiten (Reichsgesetzb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876); Wahrnehmungen bezüglich der Aufsicht über den Betrieb des Tabacks-Handels und- Gewerbes, wie sie in dem Reglement über die Tabacksaccise und in der besondern betreffenden Instruction des Finanzministers festgesetzt sind (Reichsgesetzb., Bd. V, Tabacksregl., Ausg. 1876).

7) Die der Forstobrigkeit des Domainenressorts zu leistende polizeiliche Mitwirkung, in Gemässheit des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

8) Die der Gouvernementsregierung (in Monatsfrist) vorzustellenden Nachrichten über den Tod solcher Beamten, die Arrenden bezogen und weder Wittwen noch Kinder, noch sonst Nachkommen in directer absteigender Linie hinterlassen haben.

9) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Bezirke über Verpachtung oder Verkauf von Kroneigenthum, sowie über Verkauf von Kronholzmaterial (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 930, 931).

10) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Bezirke über Forstarbeiten, auf Grund der im Forstreglement enthaltenen Vorschriften (Reichsgesetz., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

11) Vornahme von Torgen (Submissionen) mit Genehmigung des Ministers der Finanzen über Verpachtung von Kronpachtobjecten des Acciseressorts.

Anmerkung. Ausser den oben (II, P. 7) bezeichneten Vorschriften des Forstreglements und den allgemeinen Schutzmaassregeln gegen Feuerschäden (I, P. 16), liegen dem Ordnungsgerichte noch einige besondere Verpflichtungen ob in Beziehung auf den Schutz der Waldungen, welche Privatpersonen und Corporationen gehören (vgl. Reichsgesetz., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876; Bd. XV, Th. I, Strafgesetz., Ausg. 1866; Strafstat., Ausg. 1864) (b).

III. In Beziehung auf Rechtspflege:

1) Unterdrückung jeglicher Gewaltthätigkeit, Beloidigung und Eigenmächtigkeit; Veranstaltung von Voruntersuchungen über alle im Bezirk begangene Verbrechen.

2) Gestellung der Angeschuldigten und der bei der Sache Betheiligten vor Gericht, auf Begehren des Letzteren, sowie Inhaftnahme derselben, wenn dieses vorgeschrieben wird.

3) Vollziehung gerichtlicher Erkenntnisse und Verfügungen und Ergreifung von Maassregeln zur Sicherstellung von Forderungen.

4) Untersuchung und Aburtheilung geringer Verbrechen und Vergehen, welche auf Grund der bestehenden Gesetze (Art. 418, Anmerk., in d. Forts.) direct der polizeilichen Amtsgewalt zuständig sind.

5) Persönliche Inhaftnahme und sonstige polizeiliche Beahndungen für Verletzung von Anstand und Ordnung in den verschiedenen Verwaltungszweigen, auf Grundlage der hierüber bestehenden Reglements und Verordnungen.

6) Die durch die bestehenden Militär- und Marine-Justizreglements festgesetzten Verpflichtungen in Sachen des Militär- und Marine-Justizressorts.

7) Ausreichung von Zeugnissen an Frauen und Familienangehörige der unter Gericht befindlichen, in Gefängnissen oder bei der Polizei inhaftirten Beamten darüber, dass die Ersteren mittellos sind, mithin den gesetzlich bestimmten Unterhalt von der Krone erhalten können (Reichsgesetz., Bd. XIV, Regl. üb. d. Arrestant., Ausg. 1857).

8) Ausreichung von Zeugnissen, auf Grund des Militärgesetzbuches, an verwandte und verschwägerte Personen der auf Grund von Urtheilen der Civilgerichtsbehörden in Festungen Internirten, behufs zu ertheilender Erlaubniss die Letzteren wiederzusehen.

9) Beschwerdesachen wegen Verletzung künstlerischen Eigenthums, in Gemässheit der diesbezüglichen Vorschriften (Reichsgesetzb., Bd. XIV; Censurregl., Ausg. 1857); Sachen wegen Verletzung des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876), auf Grund der Gesetze über den Criminalprozess.

10) Aufforderung zum Erscheinen vor Gericht behufs Abgabe von Erklärungen, Anhörung von Entscheidungen u. dergl.

11) Prüfung der Tauglichkeit der Landstreicher zur Arbeitsleistung in Corrections- und Arrestantenabtheilungen.

12) Verwaltung der Etappen- und sonstigen Haftlocale, wenn dieselben sich innerhalb des Bezirks befinden; Beköstigung und Transport der Arrestanten, und Unterdrückung jeglichen Missbrauchs in dieser Beziehung.

Anmerkung 1. Hinsichtlich des Aufrufs der bei den Eisenbahnen angestellten Personen zum Erscheinen bei der Untersuchung oder vor Gericht befolgt das Ordnungsgericht die hierfür festgesetzten besonderen Regeln (vgl. Art. 209, Anmerk., in d. Forts.).

Anmerkung 2. Einige Verpflichtungen und Rechte der Ordnungsgerichte in Sachen des Justizressorts sind in der Verordnung über die Bauern des Livländischen Gouvernements angegeben (c).

IV. In Beziehung auf das Militärwesen:

1) Mitwirkung und Aufsicht in Betreff ordnungsmässigen Durchzuges von Regimentern und sonstigen Militärcommandos; Aufsicht über Ableistung der bezüglichen Naturalprästationen und Maassregeln zur thatsächlichen Ausführung derselben nach den dafür festgesetzten Regeln; Maassregeln zur Herbeischaffung der für die erwähnten Commandos bestimmten Erfordernisse; Ausreichung von Preisnotizen über Verpflegungsgegenstände, nach dem Reglement über Volksverpflegung (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpf., Ausg. 1857); Ausstellung von Quittungen darüber, dass Durchmarsch und Einquartierung der Truppen ohne Anlass zu Beschwerden stattgefunden; Anordnungen zu anstandlosem und ordnungsmässigem Durchmarsch der Commandos beurlaubter und verabschiedeter Untermilitärs des Marineressorts.

Anmerkung. Die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs werden an ihre Bestimmungsorte einzeln abgefertigt, unter persönlicher Verantwortlichkeit eines Jeden derselben, auf Grund besonderer, hierüber erlassener, temporärer Regeln.

2) Requisition von Fuhren in ausserordentlichen Fällen zur Fortschaffung des Militärequipages, gemäss den bestehenden Vorschriften des Landespräsidenten-Reglements (Reichsgesetzb., Bd. IV, Bd. II, Rgl. üb. Landespräst., Ausg. 1857).

3) Aufsicht über die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs, nach den hierfür festgesetzten Regeln; Zusammenstellung und Instandhaltung verschiedener Listen und Register über dieselben; Rechenschaftsablegung, sowie Abfertigung der vorgeschriebenen Nachrichten, wohin gehörig.

4) Einberufung der zur Reserve der Armee und Flotte beurlaubten Untermilitärs in den activen Dienst, nach den hierfür bestehenden Regeln.

5) Aufsicht über rechtzeitige Zuschreibung der bei unbestimmt beurlaubten und verabschiedeten Untermilitärs oder deren Wittwen, Verwandten, sowie fremden Personen des Civilressorts befindlichen Soldaten- und Matrosenkinder zu einem der abgabenpflichtigen Stände, ferner Ausreichung von Pässen an dergleichen Soldaten- und Matrosenkinder bis zur erfolgten Zuschreibung.

6) Beaufsichtigung Dessen, dass die wegen Krankheiten und Wunden vor der Zeit verabschiedeten Untermilitärs, im Fall sie genesen und sich kräftig genug erweisen, um ihre Fristen abzudienen, unter keinem Vorwande ausserhalb des Dienstes verbleiben, sondern unverzüglich der nächsten Militärbrigade vorgestellt werden.

7) Absendung, wohin gehörig, der Ehrenzeichen und Pässe verstorbener Untermilitärs.

8) Ausstellung von Zeugnissen und Beglaubigungen und Erfüllung sonstiger Verpflichtungen in Sachen betreffend die Ableistung der Militärflicht.

9) Aufsicht über die Führung der Soldatenweiber aus dem Stande der Kleinbürger und städtischen Handwerker; Benachrichtigung derselben über den Tod ihrer Männer, nach den hierfür festgesetzten Regeln; Ausreichung von Wittwepässen an solche Soldatenweiber, deren Männer nach der zehnten Revision in den Dienst getreten sind, oder welche, vor der zehnten Revision in Dienst getreten, sich zu einer Stadt- oder Landgemeinde haben verzeichnen lassen.

Anmerkung 1. Die Vorschriften betreffend Anfertigung von Listen über die beurlaubten Untermilitärs finden Anwendung auch auf die Reservisten der Armee und Flotte; die Entlassung der in Folge von Rekrutenaushebungen in den wirklichen Dienst getretenen Untermilitärs auf einzeitigen oder unbestimmten Urlaub ist jedoch aufgehoben, wobei die in solchem Urlaube befindlichen Untermilitärs, bis zur Erlangung des Rechtes auf Verabschiedung in Reserveuntermilitärs umbenannt worden sind.

Anmerkung 2. Die sonstigen Verpflichtungen der Polizei in Sachen des Militärressorts sind in dem Militärgesetzbuche angegeben (d).

Anmerkung 3. Die Vorschriften dieses (411) Artikels über die Kompetenzgegenstände der Kreispolizei kommen im allgemeinen auch bezüglich der von dieser getrennten Polizei in den Städten des Livländischen Gouvernements in Geltung, unter Anpassung derselben an die besondere Verfassung der betreffenden localen Institutionen (e).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 511, Anm. 1, Beil. (in d. Forts. v. J. 1880); 1323, § I, P. 1, 3, 5—17, 18; Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 19—30, 35 (in d. Forts. v. J. 1880); 37—39; Kön. Schwed. Res. 1671 Sept. 22, Tit. V; viele Bef. d. Gouv.-Reg.; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 549, 623, 627, 636 u. and.; 1879 März 27, Samml. d. Ges. u. Verordn. N^o 716, RRG., Art. 3 u. Anm.; Regl., Art. 1; vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.—(b) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § II, P. 1, 5, 6; Anm.; 10, 12—14, 15 (in d. Forts. v. J. 1880); vgl. 1848 Jul. 20 (22454); 1867 März 20 (44368); Mai 15 (44587); 1875 Apr. 4 (54537); Dec. 12 (55360); RGb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876, Art. 565, Anm.; 566 fgg.; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 152, Anm.; 322, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); Strafstat., Ausg. 1864, Art. 168, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876).—(c) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § III, P. 1, 2, 4, 5—8, 15—17; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 1031, 1033—1035, 1039; Vgl. d. unt. Art. 418, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.—(d) RCh., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § IV, P. 1; Anm. 2, (in d. Forts. v. J. 1880); 2, 3—5 (in d. Forts. v. J. 1880); 6, 7, 9; 10; Anm.; vgl. ebendas., Art. 603, Anm. (in d. Forts. v. J. 1880).—(e) Vgl. d. unt. Art. 557, 629, 634, 714, 720, 739, 786, 795, 805, 811, 826 u. 840 cit. Ges.; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1274, 1275, 1323.

412.—Die unmittelbare polizeiliche Aufsicht über die Bauerschaften ist, innerhalb der Amtsbezirke der Livländischen Ordnungsgerichte, den Guts- und Gemeindepolizeien übertragen. Die gegenseitigen Beziehungen der Ordnungsgerichte zur Kirchspiels-, Guts- und Gemeindepolizei sind in den Livländischen Bauerverordnungen und in den ergänzenden Gesetzen zu denselben, wo gehörig, angegeben.

1819 März 26 (27765) Verordn., §§ 138, 140, 149, 524, 527, 529, 542, 543, 588; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 324, 492, 546, 549, 601, 625, 627, 636, 670, 671, 673, 719; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32 Anm. 1; 42.—Vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

413.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

413.—Anmerkung 1. In Beziehung auf Untersuchung der im Wirkungsbereich der Gensdarmerie-Polizeiverwaltungen der Eisenbahnen verübten Verbrechen und Vergehen ersetzen die Beamten der erwähnten Verwaltungen die allgemeine Polizei vollständig; diesen Beamten werden daher im Ordnungsgerichtsbezirke alle Rechte der allgemeinen Polizei anheimgestellt und auf sie alle Pflichten derselben übertragen. Wenn indessen die Beamten des Ordnungsgerichts innerhalb des Wirkungskreises der Eisenbahnpolizei Anzeichen einer verbrecherischen Handlung wahrnehmen, und Functionäre der Eisenbahnpolizei nicht zur Hand sind, so üben die Ersteren alle Rechte bezüglich der Veranstaltung von Voruntersuchungen und unaufschieblicher Untersuchungsmaassregeln aus, welche ihnen durch die bestehenden Vorschriften des Criminalprozesses zuständig sind.

1871 Mai 19 (49615) Regl., Art. 11, 15.

413.—Anmerkung 2. Die Rechte und Pflichten des Rigaschen Ordnungsgerichts bezüglich der Handhabung der allgemeinen Polizei in der Vorstadt der Festung Dünamünde und die Beziehungen dieses Ordnungsgerichts zum Commandanten von Dünamünde werden durch die allgemeinen, über die Beziehungen der Polizeien zu den Commandanten erlassenen, Vorschriften geregelt (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1336); wobei die Esplanade in einer Ausdehnung von hundert und dreissig Faden von der Festung Dünamünde als Militäreigenthum gilt und der Festung einverleibt ist.

1849 Mai 24 (23267) Art. 2; A, P. 4; 1854 Mai 24 (28289).

414

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

417.

418.—Anmerkung. Bis zur Einführung der Friedensrichterinstitutionen in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva haben die betreffenden örtlichen Behörden, bei der Verhandlung der in diesem (418) Artikel und in den Artikeln 649, 980, 1127 (P. 1), 1379, 1429 und 1537 bezeichneten Sachen, sich nach den daselbst in dieser Beziehung geltenden Regeln zu richten.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 649, 980, 1127 (P. 1), 1379, 1429 und 1537.

1846 Nov. 11, Sen.-Bef.; 1863 Mai 27, Reichsrathsg., veröffentl. durch Circul. d. Min. d. Inn. v. 29 Jul., N^o 122; Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857, Art. 2546; Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 842 fgg.—Vgl. 1874 Dec. 5, Allerh. Bef.; s. auch d. unt. Art 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

419.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

420.

420.—Anmerkung. Der Chef der Localpolizei befolgt in seinen Beziehungen zu den Chefs im Militärressort überall genau die bestehenden besonderen Vorschriften über die gegenseitigen Beziehungen der Civil- und Militär-gewalten.

1875 Oct. 3 (55116) Regl., Art. 19—22.

421.—Anmerkung. Die Beschwerde und der Einspruch gegen ein ordnungsgerichtliches Erkenntniss in Livland in den in der Anmerkung zum Artikel 418 (in d. Forts.) bezeichneten Sachen müssen, wenn dieselben gesetzlich begründet sind, in einer vierwöchentlichen Frist angebracht werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1374.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

427.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

430.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

431.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1).*

431.—Anmerkung. Die Amtsentfernung der Glieder des Ordnungsgerichts in Livland ist dem Gouverneur anheimgestellt, nach vorheriger Mittheilung darüber an das Landrathscollegium.

1876 Jan. 25 (53501); Apr. 28 (55871) Art. 9.

432.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

433.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 354 (Anmerk.), 355 (Anmerk.) und 369 (P. 13, Anmerk.).*

434.—Die Ordnungsgerichte in Livland senden Befehle an die Guts- und Gemeindepolizeien und an die Gemeindegerichte und empfangen von denselben Berichte und Vorstellungen; in ihren Beziehungen zum Gutshorn, persönlich und unabhängig von seiner Amtsfunction als Inhaber der Gutspolizei, nehmen sie dieselben Vorschriften zur Richtschnur, welche die übrigen obrigkeitlichen Behörden in ihren Beziehungen zu Privatpersonen befolgen. Die Kirchspielsgerichte correspondiren mit den Ordnungsgerichten durch Mittheilungen und Requisitionen; die Kreisgerichte senden an die Ordnungsgerichte Requisitionen.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 149; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 636, 670, 743; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32, Anm. 1; 42.—Vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

435.—Die Correspondenz mit anderen Behörden und Ressorts wegen in Geschäftssachen nöthiger Nachweisungen und Auskünfte, die einzufordern oder mitzuthellen sind, oder wegen Stellung der Personen selbst, welche bei in Verhandlung stehenden Sachen betheilt sind, wird von den Livländischen Ordnungsgerichten in der Ordnung geführt, die in den Artikeln 209 (in d. Forts.) und 215 (in d. Forts.) festgestellt ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 207, 208, 217.

436, V.—Anmerkung 1. In der Stadt Riga und in den anderen Städten des Livländischen Gouvernements ist die Stadtcommunalverwaltung, in Gemässheit der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 (in d. Forts.), eingerichtet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 454, 458 (I, P. 1, 4, 9), 468, 497, 500, 504, 512, 557 (P. 6), 565, 586, 594, 600, 602, 629; 633, 634, 643 (P. 1, 25), 664, 673 (P. 3), 693, 703, 704, 708, 714, 720 (P. 1), 727, 786, 789, 792, 801, 802, 805, 807, 808, 811, 815, 816, 819, 820, 824, 833—835, 845 und 846.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1—22.

436, V.—Anmerkung 2. Unabhängig von den in diesem (436) Artikel bezeichneten Institutionen besteht in der Stadt Riga eine besondere Direction oder Verwaltung der Armenanstalten (d. Armendirectorium), mit den dazu gehörigen Einrichtungen und Geldmitteln.

RGb., Bd. XIII, Regl. üb. d. Allg. Fürs., Ausg. 1857, Art. 1168—1171.—Vgl. 1802 Nov. 14. (20509); 1803 Apr. 4, Rescr. d. Gen.-Gouv.

436, V, P. 1 bis 3—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Art. 1949, P. 2; 1877 März 26 (57101) Regl. Art. 1, P. 2.]

436, V, P. 5—Aufgehoben.—[RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 4, 6 fgg.]

436, V, P. 8—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Art. 1949, P. 4; 1877 März 26 (57101) Regl.]

436, VI, P. 1 und 2—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

447.—Anmerkung. Bei dem Obersecretär des Rigaschen Magistrats ist ein Gehülfe angestellt.

1860 Aug. 2 (36062).

449.—S. oben, Art. 305 (Anmerk.).

454.—S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).

454.—Anmerkung. Die in diesem (454) Artikel erwähnten Strafgeelder gelangen an die Stadtcasse oder das Armendirectorium (vgl. Art. 436, V, Anmerk. 2, in d. Forts.) in den Fällen, wo durch die Vorschriften dieses Provinzialrechts oder des Strafgesetzbuchs und des Strafstatuts, oder aber durch besondere hierauf bezügliche Rechtsbestimmungen nicht ein anderes Ressort oder eine andere Behörde bezeichnet ist, an welche dieselben abzuliefern sind (Art. 287, in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 520.

RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 42; Strafstat., Ausg. 1864, Art. 27.

458, I, P. 1.—*S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

458, I, P. 4.—*S. oben, Art. 505 (Anmerk.) und 456 (V, Anmerk. 1).*

458, I, P. 7 und 8—*Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 1, 2, 55 und 116 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, 2002, 2063; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl.]

458, I, P. 9.—*S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

458, I, P. 9.—Anmerkung. Die Wahl der Delegirten zur Versammlung der örtlichen Ritterschaft (Th. II dies. Prov.-R., in d. Forts.) und eines Mitgliedes in die Livländische Commission für Bauersachen steht dem Rigaschen Stadtverordnetencollegium zu.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 1108; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 20.

458, III, P. 13.—Anmerkung 1. Die Stadtinspection der Steuererhebung in Riga besorgt die Anfertigung der Jahresbudgets und der Repartition der Steuern, welche von den Gliedern der Steuergemeinden zum Zweck der Versorgung der zu diesen verzeichneten Armen und zu ärztlicher Behandlung derselben in Krankenhäusern zu erheben sind (vgl. Art. 586, Anmerk., in d. Forts.).

1877 März 26 (57101) RGg., Art. IV.

458, III, P. 13.—Anmerkung 2. Die Erhebung der Getränkesteuer und der Stadtaccise Seitens der Stadtverwaltung (durch die ehemalige Getränkesteuer- und Acciseinspection) ist aufgehoben.

R.Gb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 10.—Vgl. 1861 Jul. 4 (37197).

458, III, P. 14—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2086, P. 5.]

458, IV, P. 16.—*S. oben, Art. 505 (Anmerk.).*

458, V, P. 18.—Zusatz 1. Zu den Competenzgegenständen des Rigaschen Magistrats in Criminalsachen, in seiner Eigenschaft als Gericht erster Instanz, gehören Sachen der der städtischen Gerichtsbarkeit unterstellten Personen betreffend Ehrenkränkungen, welche durch den Druck oder ein anderes Mittel der Veröffentlichung zugefügt wurden.—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 460.

1860 Dec. 26 (36456).

458, V, P. 18.—Zusatz 2. Der Competenz des Rigaschen Magistrats in Criminalsachen unterliegen, in erster Instanz, die von demselben in seiner Eigenschaft als Gewiessengericht verhandelten Sachen, auf Grund der darüber bestehenden besonderen Vorschriften.—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 460.

Vgl. d. unt. Art. 312, Zus. 1 (in d. Forts.) cit. Ges.

458, V, P. 19.—Zusatz. Der Rigasche Magistrat revidirt nach den an ihn gelangenden Acten die von der Polizeiverwaltung veranstalteten Voruntersuchungen in Beziehung auf Vollständigkeit und Regelmässigkeit und macht über alle bemerkten Fehler der Gouvernementsregierung vorschriftmässige Mittheilung.—Der Revision des Magistrats unterliegen gleichfalls die Gutachten der Criminaldeputation (Art. 576, in d. Forts.) in Sachen betreffend Amtsvergehen der Glieder der Gemeindegerichte des Patrimonialbezirks, wenn diese Sachen eine strengere Strafe, als Amtsentsetzung bedingen.

1863 Nov. 27 (40316); 1867 Dec. 4 (45239).—Vgl. 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 763.

458, VI, P. 22.—Zusatz. Der Rigasche Magistrat verhandelt und entscheidet in erster Instanz Streitsachen über das Eigenthum an Kunsterzeugnissen, wenn die streitenden Theile sich nicht willig finden, die Entscheidung einem Schiedsgerichte zu überlassen.

1864 Jan. 1 (19569) § 19.

458, VII, P. 26.—Zusatz. Zu den Competenzgegenständen des Rigaschen Magistrats in nichtstreitigen Sachen gehören: a) die Jahrgebung (venia aetatis), auf Vorstellung des Waisengerichts; b) die in den gesetzlich bestimmten Fällen zu ertheilende Erlaubniss zum Verkauf unbeweglichen Vermögens, welches den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen und Wohlthätigkeitszwecken gehört.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 3.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 271, 382, 495, 2356.

458, VII, P. 29.—Anmerkung. Zu den Competenzgegenständen des Rigaschen Magistrats in nichtstreitigen Sachen gehört ferner die Ausreichung von Verpfändungsattesten über in der Stadt Riga belegene Häuser bei Leistungs- und Lieferungsverträgen mit der Krone, ausserhalb des Livländischen Gouvernements.

1865 Sept. 28 (42503).

458, VII, P. 30.—Anmerkung 1. Zu den Competenzgegenständen des Rigaschen Magistrats in nichtstreitigen Sachen gehört die Beaufsichtigung des Rigaschen städtischen Creditvereins und des dortigen Hypothekenvereins in Beziehung auf Ingrossation und Exgrossation der Seitens der Darlehnsnehmer dieser Vereine auszufellenden Obligationen, bezüglich des durch die Untergerichte zu bewirkenden Verkaufs des bei den Vereinen verpfändeten unbeweglichen Eigenthums und bezüglich der Ausstellung von neuen Pfandbriefen an Stelle untauglich gewordener oder verlorener.

1864 Oct. 27 (41387) Regl., §§ 11, 21, 23, 34, 53, 87, 90, 124; 1868 Jun. 26 (46041) Regl., §§ 9, 35, 52, 82, 85, 86, 101.

458, VII, P. 30.—Anmerkung 2. Von der Competenz des Rigaschen Magistrats sind die Ingrossation und Exgrossation von Schuldverschreibungen und die Errichtung von Krepostacten über unbewegliches, im Patrimonialgebiete belegenes, Vermögen in den Fällen ausgeschlossen, wo die erwähnten beiden Competenzgegenstände dem Landvogteigerichte in seiner Eigenschaft als Bauergericht (Art. 554; Anmerk., in d. Forts.) zuständig sind.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 60 u. fg.; 75 u. fg.; 763.

458, VIII, P. 31.—*Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 621 und 622 angegebenen Vorschriften.*—[1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil.: Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.]

458, VIII, P. 33.—Anmerkung 1. Die in diesem (33) Punkte aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 1, Anmerk. 4; 2, P. 2, 9, 10; 4, 55, P. 10; 85, 103, P. 14; 111, 112, 114, in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 458 (VIII, P. 34).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, P. 2; 2002, P. 10; 2032, 2058, 2059, 2061; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 1, g; Art. 5, a; 11; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, c, d, e; 2, 11, 18, b, c; 22.—Vgl. 1876 Aug. 27 (56332).

458, VIII, P. 33.—Anmerkung 2. Im Jahre 1866 ist Allerhöchst befohlen worden: 1) in den Ostseegouvernements und in der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva, unter Aufrechterhaltung der bestehenden Zünfte, auch den zu Zünften nicht verzeichneten Personen, ohne Unterschied der Glaubensbekenntnisse, des Berufes und Standes, die freie Ausübung von Handwerken jeder Art, sowie das Halten von gewerblichen Anstalten nach den im Pochlinreglement angegebenen Vorschriften zu gestatten (Reichsgesetzb., Bd. V, Pochlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil., in d. Forts. v. J. 1876); 2) den zu Zünften verzeichneten Personen nicht zu verwehren, aus denselben, wenn sie es wünschen, auszutreten und ein Handwerk auf Grund der oben angegebenen Vorschriften zu betreiben; 3) die Schlichtung der zwischen Handwerkern und deren Arbeitern, sowie zwischen diesen und anderen Personen entstehenden, auf den Handwerksbetrieb bezüglichen, Streitigkeiten denjenigen Institutionen in den Ostseegouvernements und in Narva, welche Sachen dieser Art verhandeln, anheimzustellen, ohne es übrigens zu verbieten, dass diese Streitigkeiten unter Zustimmung der Streitenden durch Schiedsrichter entschieden werden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 572, 643 (P. 8), 673, 726, 1014 (H, P. 38), 1143, 1166, 1168, 1169, 1211 (P. 4), 1473 und 1534 (P. 37).

1866 Jul. 4 (43455) Art. 1—4.

458, VIII, P. 34.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 1).*

458, VIII, P. 35.—Anmerkung. Den Ortseinwohnern der Stadt Riga, welche nach den allgemeinen Gesetzen nicht gehalten sind, die Pässe und Aufenthaltscheine aus den ständischen Behörden oder den Renteien zu empfangen, werden dieselben vom Stadtamte ausgefertigt (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, Anmerk. 2, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5, b; 15; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 21, 22.

460.—*S. oben, Art. 458 (V, P. 18, Zus. 1, 2).*

461.—Anmerkung. Von der allgemeinen Regel, wonach die Urtheile des Rigaschen Magistrats dem Gouvernementschef zur Bestätigung einzusenden sind, werden diejenigen Sachen ausgenommen, in welchen die gefällten Urtheile kraft

des Gesetzes selbst der Revision des Dirigirenden Senats unterliegen. Die Urtheile in diesen Sachen werden nicht an den Gouverneur zur Bestätigung gesandt, sondern direct in der hierfür vorgeschriebenen Ordnung dem Dirigirenden Senat unterlegt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 482.

1864 Febr. 10 (40584); Aug. 31 (41241).

463.—Das beim Rigaschen Magistrate unter dem Vorsitz des wortführenden Bürgermeisters bestehende besondere Departement für Bauersachen bildet die höchste Revisionsinstanz in Sachen der Bauern des Rigaschen Patrimonialgebiets. Alle Klagen, deren Gegenstand fünfzig Rubel übersteigt, können mittelst der Revision an dieselbe gelangen und werden von ihr allendlich entschieden.

Anmerkung. Auf das in diesem (463) Artikel bezeichnete Magistratsdepartement für Bauersachen wird die Wirksamkeit der in der Anmerkung zum Artikel 317 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften ausgedehnt.

1819 März 26 (27735) B.-Verordn., § 205; 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 757, 763, 801; 1876 Jan. 25 (53501); 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 383; 1880 Febr. 7, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

467.—Anmerkung. Wer von den Sitzungen des Rigaschen Magistrats wegliebt, unterliegt der Verantwortlichkeit nach den im Artikel 32 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.

468.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

470.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

482.—*S. oben, Art. 461 (Anmerk.).*

497.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

500.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

504.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

509. }
510. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

511.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

512.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 436 (V, Anmerk. 1).*

518.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

520.—*S. oben, Art. 454 (Anmerk.).*

520.—Anmerkung. Alle vom Rigaschen Landvogteigerichte in seiner Eigenschaft als Bauergericht decretirten Strafghelder fließen in die Casse derjenigen Bauergemeinde, zu welcher der zur Strafzahlung Verurtheilte verzeichnet ist.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 609, Anm.; 763; 1866 Jun. 11 (43983) § 10.

531, P. 4.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

536.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

537.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

539.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

542.—Anmerkung. Der Personalbestand des Rigaschen Vogteigerichts ist durch Anstellung eines Assessors und eines Notärs bei demselben einstweilig verstärkt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 543.

1867 Apr. 10 (44451) Art. 1.

543.—*S. oben, Art. 542 (Anmerk.).*

544.—Zusatz. Das Amtsgebiet des Rigaschen Vogteigerichts erstreckt sich auf den innerhalb der Mauern der Stadt befindlichen Theil derselben, sowie auf den von der Stadt durch Uebergabe der ehemaligen Festungswerke an letztere erworbenen Raum ausserhalb der Stadtmauern.

1861 Aug. 5 (37326) Plan d. St. Rig.; Oct. 30 (37574).

548.—Anmerkung. Der Personalbestand des Rigaschen Landvogteigerichts ist durch Anstellung zweier Assessoren, eines Secretärs, eines Notärs und eines Kanzleibeamten bei demselben einstweilig verstärkt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 549.

1867 Apr. 10 (44451) Art. 2.

549.—*S. oben, Art. 548 (Anmerk.).*

550.—Anmerkung. Die Bestätigung von Anträgen Seitens der Stadtgemeinden, betreffend die Errichtung neuer Polizeiämter aus den eigenen Mitteln der Städte, ist der Amtsbefugniss des Ministers des Innern unter Beobachtung folgender Bedingungen anheimgegeben: 1) falls die Stadtgemeinden selbst um Errichtung solcher Aemter nachsuchen; 2) falls die Mittel der betreffenden Städte sich als zur Deckung der Ausgaben für die Unterhaltung der zu errichtenden Aemter ausreichend erweisen, und 3) falls für diese Aemter um keine besonderen Rechte und Vorzüge, ausser den durch das Gesetz bereits festgesetzten, nachgesucht wird.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 733, 840, 1193 und 1604.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1283, Anm. 3.—Vgl. Art. 9, Zus., Beil., Art. 139, P. 6 (in d. Forts.).

550, P. 3 und 4.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

554.—Anmerkung. In Sachen der Bauern des Patrimonialbezirks der Stadt Riga tritt das Landvogteigericht an die Stelle des Kreisgerichts; daher erstreckt sich in diesen Sachen das Amtsgebiet desselben auf alle Landgüter jenes Bezirks.

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 763.

555.—Anmerkung. Die in diesem (555) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, P. 2, 4, 4, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1919, P. 2; 1931; 1854 Nov. 24 (28760) Regl., §§ 3, 5, 7, 9, 10, 12, 16, 17, 20, 25, 28—30, 33, 34, 37, 122, 141, 152, 165, 167, 170, 182; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, g; 2.

557, P. 3.—Ersetzt durch die oben, im Punkte 25, Abth. I, und im Punkte 5, Abth. II, des Artikels 411 angegebenen Vorschriften.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § 1, P. 24; II, P. 9.]

557, P. 6.—S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).

560, P. 3.—Zu den Kompetenzgegenständen des Waisengerichts der Stadt Riga gehört die Oberaufsicht über die Verwaltung des Vermögens der Wittwen, Waisen, Minderjährigen und der ledigen Frauenspersonen.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 1.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 269 fgg., u. d. unt. Art. 560 cit. Ges.

560, P. 10.—Aufgehoben.—[RGb., Bd. V, Poschlinregl., Art. 579, in d. Forts. v. J. 1876).]

565.—S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).

566.—Ersetzt durch die unten, im Punkte 10 des Artikels 2 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058; vgl. 1876 Aug. 27 (56332).]

567.—Anmerkung 1. Die in diesem (567) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, 111, 112, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019, 2058, 2059.

567.—Anmerkung 2. Streitsachen über Seehavarie zwischen der Krone und Privatpersonen werden zunächst im Rigaschen Wettgerichte verhandelt und gelangen von dort an die Plenarversammlung des Magistrats.

1842 Dec. 14 (16931); RGb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 1134, Anm.

571.—Anmerkung. Die in diesem (571) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, P. 2; 113, 114, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, P. 2; 2060, 2061.

571, P. 5.—Aufgehoben.—[RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl. Ausg. 1876, Art. 333, P. 1.]

572.—S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2).

572.—Anmerkung. Die in diesem (572) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, P. 10, 11; 72, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, Anm., in d. Forts. v. J. 1880; 2019.

576.—Nach geschlossener förmlicher Untersuchung bringt die Criminaldeputation der Stadt Riga die Acten nebst einem Extract und Gutachten an den Magistrat zur Prüfung und Entscheidung; über geringere Verbrechen fällt die Criminaldeputation von sich aus das Erkenntniss, in Gemässheit der im Criminalprozess angegebenen Vorschriften.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 842; Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 8, 579, P. 1.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anmerk. (in d. Forts.) cit. Ges.

579.—Anmerkung. Seit dem Jahre 1861 wird in den Ostseegouvernements die Getränkesteuer zum Besten der Krone in der Form einer Accise von dem Betrage der producirten Getränke und einer Patentsteuer von den Getränkebereitungs- und Getränkeverkaufsanstalten erhoben, auf Grundlage der im Getränkesteuerreglement angegebenen Vorschriften.

RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6, 13 fgg.; 28 fgg.; 79, 84 fgg.; 96, 97, 406 fgg.—Vgl. 1861 Jul. 4 (37197) Bef. an d. Sen., Art. 4.

581 bis 584—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1, 3, 4, Anmerk. (in d. Forts. v. J. 1880), P. 1; 2002, P. 8, 10; 2020; 1877 März 26 (57101) RRG., Art. VII; Regl., Art. 1, P. 2.]

586.—S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).

586.—Anmerkung. Der Inspection der Steuererhebung (Steuerverwaltung) in der Stadt Riga liegt die Anfertigung der jährlichen Budgets und der Repartition der für die im Artikel 458 (III, P. 13, Anmerk. 1, in d. Forts.) angegebenen Zwecke festgesetzten Steuern ob. Diese Budgets und die Repartition werden der Gouvernementsregierung zur Bestätigung eingesandt.

Vgl. d. unt. Art. 458, III, P. 13, Anm. 1 (in d. Forts.) cit. Ges.

587 — Aufgehoben. — [RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6 u. flg.]

594.—S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).

594.—Anmerkung 1. Im Jahre 1859 ist die Rigasche lateinische Schule zu einem Stadtgymnasium umgestaltet worden.

1859 Dec. 19 (35258) Art. 3, 6.

594.—Anmerkung 2. Die Verwaltung der zum Ressort des Finanzministeriums gehörigen Rigaschen polytechnischen Hochschule steht einem besonderen Verwaltungsrathe derselben zu.

1861 Mai 16 (37016) Verordn., §§ 10, 16.

596—Ersetzt durch die unten, in der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 4; 1877 März 26 (57101) Regl.]

600.—S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).

602.—S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).

603 bis 620—Aufgehoben.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2002, P. 6—10; 2086, P. 6 u. a.; 1877 März 26 (57101) Regl.]

621.—Das Polizeiamt der Stadt Riga besteht aus dem älteren Polizeimeister als Vorsitz, dem jüngeren Polizeimeister, welcher in Abwesenheit des Ersteren die Stelle des Vorsitzers einnimmt, zweien durch Wahl des Stadtverordneten-collegiums bestimmten Beisitzern von Seiten der Stadt, und zwei Pristaven, einem für Civil-, und einem für Criminalsachen.

1812 Jan. 11 (24950) Et.; 1850 Mai 31 (24192) Et.; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f., Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.

622.—In Beziehung auf die Ordnung der Anstellung der Polizeiamtsglieder, sowie der Pristave für Civil- und Criminalsachen, gelten die bezüglichlichen allgemeinen Vorschriften (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75, 77).

1812 Jan. 11 (24950); Et.; 1850 Mai 31 (24192) Et.—Vgl. d. unt. Art. 621 (in d. Forts.) cit. Ges.

623.—Beim Polizeiamte befindet sich eine Kanzlei, welche aus zwei Secretären, zwei Secretärsgehülfen, einem Journalisten, einem Rentmeister (der gleichzeitig Archivar ist) einem Buchhalter und den durch den Etat bestimmten Schreibern besteht.

1812 Jan. 11 (24950) Et.; 1850 Mai 31 (24192) Et.

624.—Der Secretär des Polizeiamts wird durch dasselbe der Gouvernementsregierung zur Bestätigung präsentirt.

1812 Jan. 11 (24950) Et.; 1850 Mai 31 (24192) Et.; 1876 Apr. 28 (53871) Art. 9; R.Gb., Bd. II, Th. I. Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75.

627. }
628. } S. oben, Art. 4 (Anmerk.).

629.—S. oben, Art. 4 (Anmerk.) und 436 (V, Anmerk. 1).

631.—Anmerkung. In dem Gerichtsflücken Schlock, im Rigaschen Kreise, besteht ein Magistrat, eine Bürgerschaft und eine Steuergemeinde, auf den für die Livländischen Landstädte festgesetzten Grundlagen. Dasselbst ist eine Stadtcommunalverwaltung, in Gemässheit der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 (in d. Forts.), eingerichtet.

1783 Oct. 20 (15855) Bef. an d. Sen.; 1785 Febr. 4 (16144) Sen.-Bef.; R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3—5; Regl.—Vgl. 1824 Febr. 12, Bef. d. Livl. Gouv.-Reg.

633. }
634. } *S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

638.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

643, P. 1.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

643, P. 2.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.) und 436 (V, Anmerk. 1).*

643, P. 5.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

643, P. 7.—Anmerkung. Die Stellung von Rekruten seitens der Gemeinden ist, seit dem Jahre 1874, durch die Ableistung der Militärpflicht seitens der ganzen männlichen Bevölkerung, ohne Unterschied der Stände, ersetzt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 769.

1874 Jan. 1 (52983).

643, P. 8.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33 Anmerk. 2).*

643, P. 8.—Anmerkung. Die in diesem (8) Punkte angegebenen Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 2, P. 2, 10; 55, P. 10; 85, 111, 112, 114, in d. Forts.*).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949 P. 2; 2002, P. 10; 2032, 2058, 2039, 2061; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f., Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.—Vgl. Art. 710 (in d. Forts.).

643, P. 13.—Dem Dorpatschen Magistrate liegt ob, Vormünder und Curatoren für Minderjährige, Wittwen und ledige Frauenspersonen, sowie für Geisteschwache und gerichtlich erklärte Verschwender anzustellen und zu entlassen.

1862 Aug. 27 (33607) Art. 1.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 269 fgg.

643, P. 18.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

644. }
645. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

646.—*S. oben, Art. 448 (Anmerk.).*

653, P. 6.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

659.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

660. }
661. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

662.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1, 2).*

663.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 355 (Anmerk.).*

664.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 436 (V, Anmerk. 1).*

665.—Der Magistrat der Stadt Dorpat verfährt in Fällen, wo es nothwendig wird eine höhere oder ihm gleichstehende Behörde zu mahnen oder zu gesetzlicher Erfüllung anzuhalten, auf Grund des Artikels 215 (in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 204, 217.

672.—Anmerkung. Die in diesem (672) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 1 u. Anmerk. 1, in d. Forts.*).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl.

673.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2).*

673, P. 3.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

674.—Anmerkung. Die in diesem (674) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 2, P. 2; 113, 111 u. Anmerk. 3, in d. Forts.*).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2060, 2061; Anm. 3; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, 13, 22.

676 bis 691—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 2086, P. 5—9; 2092 u. a; 1877 März 26 (57101) Regl.]

693.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

694.—Die Administration des Dorpatschen Centralhospitals ist einstweilig einer besonderen Verwaltung übertragen worden, welche aus einem Rathsherrn als Vorsitz, dem nicht worthabenden Aeltermann und einem Dockmann der grossen Gilde besteht.

Bef. d. Gouv.-Reg. 1825 Aug. 10; Rescr. d. Civ.-Gouv. 1825 Aug. 18 u. 1826 Dec. 24; Rescr. d. Gen.-Gouv. 1827 Febr. 1; 1837 Jul. 6 u. 20, Min.-Com.-Beschl.; 1879 Oct. 26, Ausk. d. Min. d. Inn., N^o 8343.—Vgl. 1841 Jul. 24, Rescr. d. Gen.-Gouv. Bar. Pahlen, N^o 3344.

695.—Die Verwaltung des Centralhospitals sorgt dafür, dass das Hospital mit allem Nöthigen versehen werde, und sieht auf ordnungsmässige Verwendung der seitens der Staatsregierung für den Unterhalt und die ärztliche Behandlung kranker Untermilitärs angewiesenen Gelder.

Vgl. d. unt. d. Art. 694 (in d. Forts.) cit. Ges.

696.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk. 2).*

698, P. 1.—Anmerkung. Die Steuerverwaltung in der Stadt Dorpat sorgt für Anfertigung der Jahresbudgets und der Repartition der Steuern für die in der Anmerkung 1 zum Punkte 13, Abth. III, des Artikels 458 (in d. Forts.) angegebenen Zwecke. Diese Budgets und die Repartition werden der Gouvernements-

regierung zur Bestätigung vorgestellt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 769, 789, 801, 807, 814, 824, 835 und 847.

Vgl. d. unt. Art. 458 (III, P. 13, Anm. 1, in d. Forts.) cit. Ges.

698, P. 2 — *Aufgehoben.*—[RGb., Bd. V, Poschlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil.: Art. 19, 92 (in d. Forts. v. J. 1876).]

698, P. 3.—Anmerkung. Die Ortseinwohner der Stadt Dorpat, welche nicht verpflichtet sind, ihre Pässe und Scheine nach den allgemeinen Gesetzen aus ständischen Institutionen oder aus den Renteien zu nehmen, erhalten dieselben vom Stadtamte (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, Anmerk. 2, in d. Forts.).

1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 15; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 21, 22.

703. }
704. } *S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

708.—*S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

710.—Das Dorpatsche Polizeiamt besteht aus dem Polizeimeister als Vorsitz, welcher gemäss den allgemeinen Gesetzen angestellt wird, aus einem Beisitzer in der Eigenschaft eines Untersuchungs-Pristavs und einem Beisitzer von der Stadt, der vom Stadtverordnetencollegium gewählt wird.

1805 Jun. 13 (21792); Et.; Bef. der Gouv.-Reg. 1805 Sept. 23 u. Oct. 23; 1861 Nov. 7 (37607) RRG., Art. 3; Et.; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.—Vgl. Art. 550, Anm. (in d. Forts.).

711.—Bei dem Polizeiamt sind ein Secretär, der in seinem Amte von der Gouvernementsregierung bestätigt wird, ein Journalist (zugleich Archivar) und die nöthige Anzahl Schreiber nach dem Etat angestellt.

1861 Nov. 7 (37607) Et.—Vgl. d. unt. Art. 710 (in d. Forts.) cit. Ges.

712.—Dem Dorpatschen Polizeiamte sind unterstellt: drei Stadttheils-Pristave, je einer für jeden Stadttheil, und zwei Pristavs-Gehülfen (von denen einer zugleich Chef des Polizeicommandos ist); diese, wie auch der Untersuchungs-Prstav, werden von der Gouvernementsregierung bestätigt. Ausserdem befindet sich bei dem Polizeiamte eine Anzahl Polizeidiener.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg., 1876 Art. 75, 2086, P. 6—9; 1861 Nov. 7 (37607) Et.; 1874 März 26 (53923) Art. V; Sept. 30 (53908); 1876 Apr. 28 (55871) Art. 9; 1877 März 26 (57101) Regl.—Vgl. Art. 550, Anm. (in d. Forts.).

713.—Das Polizeiamt und das Polizeicommando erhalten Quartier und Unterhalt von der Stadt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1318, Anm. 1; 1311, Anm. 1; 2086, P. 6—9; 1861 Nov. 7 (37607) RRG., Art. 3; Et., Anm. 2; 1877 März 26 (57101) Regl.

714.—*S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

720, P. 1.—*S. oben, Art. 456 (V, Anmerk. 1).*

724, P. 5—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949; 1877 März 26 (57101) Regl.]

725.—Anmerkung. Streitsachen über Seehavarie zwischen der Krone und Privatpersonen werden zunächst im Pernauschen Vogteigerichte, in seiner Eigenschaft als Wettgericht, verhandelt und gelangen von dort an die Plenarversammlung des Magistrats.

1842 Dec. 14 (16331); RGb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 1134, Anm.

725, P. 3—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058; 1877 März 26 (57001) Regl.]

726.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2).*

727.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

733.—*S. oben, Art. 550 (Anmerk.).*

737.—Anmerkung. Im Jahre 1835 wurde bestimmt, die Festung Pernau aus der Zahl der etatmässigen Festungen auszuschliessen und die Festungswälle der Stadtverwaltung zu übergeben.

1835 Jul. 15 (8313) Art. 1.

739.—Anmerkung. In den nach der allgemeinen Verfassung verwalteten Gouvernements (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 3) sind die Landpolizei und Stadtpolizei, mit Ausnahme der Gouvernementsstädte und einiger grösserer Städte, Flecken und Orte, in eine gemeinsame *Kreispolizei* vereinigt worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1267, 1613 und 1620.

1862 Dec. 25 (39087) Bef. an d. Sen., Art. 1; Regl., Art. 1.

741 bis 767—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

769.—*S. oben, Art. 643 (P. 7, Anmerk.) und 698 (P. 4, Anmerk.).*

770 bis 777—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 4; 1877 März 26 (57101) Regl.]

781 und 782—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1.]

786.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

787 und 788—*Aufgehoben*.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

789.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1) und 698 (P. 1, Anmerk.).*

790 und 791—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Augs. 1876, Art. 1, 6.]

792.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

797 bis 799—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Augs. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

801.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1) und 698 (P. 1, Anmerk.).*

802.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

805.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

806—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Augs. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 1877 März 26 (57101) Regl.]

807.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1) und 698 (P. 1, Anmerk.).*

808.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

811.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

812 und 813—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Augs. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

814.—*S. oben, Art. 698 (P. 1, Anmerk.).*

815. }
816. } *S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

819. }
820. } *S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

821 bis 823—*Aufgehoben.*—[Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Augs. 1876, Art. 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

824.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1) und 698 (P. 1, Anmerk.).*

824.—*Anmerkung.* Die Kompetenz der Steuerverwaltung in der Stadt Werro ist dieselbe, wie in Dorpat (s. Art. 698, P. 1, Anmerk., in d. Forts.).

1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV.

830 und **831**—*Aufgehoben.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

833. }
834. } *S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

835.—*S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1) und 698 (P. 1, Anmerk.).*

840.—*S. oben, Art. 550 (Anmerk.).*

842 und **843**—*Aufgehoben.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 1948, 1949, P. 1—4; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

845. }
846. } *S. oben, Art. 436 (V, Anmerk. 1).*

847.—*S. oben, Art. 698 (P. 1, Anmerk.).*

848.—Das Estländische Oberlandgericht besteht aus allen zwölf Gliedern des Landrathscollégiums, unter dem Präsidium eines der älteren Landräthe, welcher hierzu vom Oberlandgerichte zu erwählen und durch den Justizminister zur Allerhöchsten Bestätigung zu präsentiren ist.

Estl. R.-u. L. R., B. I, Tit. I, Art. 3; Memor. d. Oberlandg. an d. Just.- Coll. d. Liv. u. Estl. Sach. 18 Nov. 1721, Beil., Cap. 1, § 1; Allerh. best. Unterl. d. Sen. 1797 Febr. 26 (17845) Art. 1; Vorsch. d. Gen.-Gouv. 1824 März 14, Art. 1; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57934) Art. I, b.

849.—Anmerkung. Einer der in diesem (849) Artikel erwähnten Secretäre des Estländischen Oberlandgerichts bekleidet das Amt eines älteren Secretärs mit den diesem Amte entsprechenden Dienstrechten.

1861 Jun. 6 (37091).

856.—Anmerkung. Der Theil der Stadt Reval, welcher Dom benannt ist, bleibt in judiciärer Beziehung der Gerichtsbarkeit des Estländischen Oberlandgerichts unterworfen, auch nach Vereinigung dieses Theils, bezüglich der Angelegenheiten der Stadtcommunalverwaltung, mit der Unterstadt Reval (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 1, Anmerk. 3, in d. Forts.*), welche letztere, auf Grund dieses (856) Artikels, von der Gerichtsbarkeit des Oberlandgerichts ausgenommen ist.

R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 6; Regl.—Vgl. d. unt. Art. 856 u. 857 cit. Ges.

857, P. 3.—Anmerkung. Zu den Competenzgegenständen des Estländischen Oberlandgerichts in Sachen der Justizverwaltung gehört ferner die Anstellung der Advokaten beim Magistrate der Stadt Narva (Art. 100, P. 4).

1840 Jul. 5 (13630).

857, P. 4.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

857, P. 6.—Zusatz. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Beziehung auf Justizverwaltung gehören gleichfalls: a) die Jahrgebung (*venia actatis*), auf Vorstellung des zuständigen Waisengerichts; b) die Genehmigung, in den vom Gesetz festgestellten Fällen, zum Verkauf von Immobilien, welche den unter Vormundschaft oder Curatel befindlichen Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen und Wohlthätigkeitszwecken gehören.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 3.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat.-R., Art. 271, 382, 495, 2356.

857, P. 7.—Zusatz. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Beziehung auf Justizverwaltung gehört gleichfalls die Ausreichung von Zeugnissen darüber, dass zum Austausch von Grundstücken verpfändeter Privatgüter gegen Grundstücke der Krongüter keine Hindernisse bestehen.

1854 Mai 26 (28297) Art. 17 u. Anm.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. Krong. Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 17 u. Anm.

857, P. 8.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

857, P. 14.—Zusatz. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Beziehung auf Justizverwaltung gehören gleichfalls Sachen: a) betreffend die Corroboration und Ingrossation von in den Städten Hapsal, Wesenberg, Weissenstein und Ballischport, sowie auf dem Revalschen Dom und im Juridictionsbezirke des Dom-Schlossvogteigerichts belegenen Immobilien; b) betreffend die Corroboration und Ingrossation von bäuerlichen Grundstücken, in Grundlage der Vorschriften der Bauerverordnung und deren Ergänzungen.

1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 211, 233 u. fg.; 1867 Febr. 11 (41235) Art. 1; 1875 Apr. 23 (54614).—Vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

857.—Punkt 15. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Beziehung auf Justizverwaltung gehört gleichfalls die Ernennung von Schiedsrichtern behufs Constituirung von Schiedsgerichten, in Fällen von Schadensersatzstreitigkeiten zwischen Feuerversicherungsgesellschaften und Besitzern versicherter Häuser, gemäss den hierfür festgesetzten Regeln.

1837 Oct. 21 (32310).

858, I, P. 1.—Zusatz 1. Der Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Criminalsachen unterliegen, in erster Instanz, die von demselben in seiner Eigenschaft als Gewissensgericht verhandelten Sachen, auf Grund der darüber bestehenden Vorschriften.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 694 fgg.—Vgl. d. unt. Art. 312, Zus. 1 (in d. Forts.) cit. Ges.

858, I, P. 1.—Zusatz 2. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts in Criminalsachen gehören, in erster Instanz, Sachen betreffend Staatsverbrechen, ferner Sachen wegen Ehrenkränkungen, die durch die Presse oder ein anderes Mittel der Veröffentlichung zugefügt wurden.

1860 Dec. 26 (36456); RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 8, 579, P. 1.

858, I, P. 2.—Zusatz. Die Stadthäupter und die Mitglieder der Stadtmäster unterliegen, in Sachen wegen Amtsverbrechen, in allen Städten des Estländischen Gouvernements, mit Ausnahme Revels, sowie gleichfalls in der Stadt Narva, der Jurisdiction des Oberlandgerichts in erster Instanz; in der Stadt Reval aber (Art. 856, Anmerk., in d. Forts.) sind diese Personen in den erwähnten Sachen, falls sie adeligen Standes sind, der Gerichtsbarkeit des Oberlandgerichts, wenn nicht, der des Revelschen Magistrats unterworfen (Art. 1013, P. 1).

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2107; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 19.—Vgl. Art. 9, Zus., Beil., Art. 160 (in d. Forts.).

858, II, P. 3.—Zusatz. Das Estländische Oberlandgericht revidirt, nach den an dasselbe gelangenden Acten, die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der von den Polizeibehörden geführten Untersuchungen und macht über alle wahrgenommenen Fehler in der vorgeschriebenen Ordnung der Gouvernementsregierung Mittheilung.

1863 Nov. 27 (40316).

859.—S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1).

859.—Anmerkung. Von der allgemeinen Regel, wonach die Urtheile des Estländischen Oberlandgerichts dem Gouvernementschef zur Bestätigung vorzustellen sind, bilden diejenigen Sachen eine Ausnahme, in denen die Urtheile, kraft des Gesetzes selbst, der Revision des Dirigirenden Senats unterliegen. Die Urtheile in diesen Sachen gelangen nicht zur Bestätigung an den Gouverneur, sondern werden dem Senat in der hierfür vorgeschriebenen Ordnung direct vorgestellt.

1864 Febr 10 (40584) Aug. 31 (41241).

860.—Anmerkung. Im Jahre 1848 ist bestimmt worden: Klagen, welche nach ihrem Wesen und Inhalt ein untheilbares Ganzes bilden, werden, wenn bei denselben mehrere in verschiedenen Gouvernements oder in verschiedenen Kreisen eines Gouvernements wohnhafte Beklagte betheilt sind, in dem Gerichte zweiter Instanz desjenigen Gouvernements erhoben und verhandelt, wo die Handlungen stattfanden, aus welchen diese Klagen entsprangen.

1848 Oct. 25 (22664).

860, I, P. 8.—Zusatz. Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts, in erster Instanz, gehören Streitsachen über das Eigenthum an Kunsterzeugnissen, wenn die Streitenden sich nicht willig finden, die Entscheidung des Streits einem Schiedsgerichte zu überlassen.

1846 Jan. 1 (19369) § 19.

860, II, P. 10.—Zur Competenz des Estländischen Oberlandgerichts, in zweiter Instanz, gehört die Verhandlung und Entscheidung der aus den Bauern-Kreisgerichten an dasselbe gelangenden Rechtssachen.

1816 Mai 23 (26278) B.-Verordn., § 422; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 786, 957.

861.—Anmerkung. Die in diesem (861) Artikel enthaltenen Vorschriften werden, mit Berücksichtigung der für die Bauern des Estländischen Gouvernements geltenden Rechtsbestimmungen, angewandt, nach welchen die Verhand-

lung und Entscheidung von Sachen über Schuldforderungen der Bauern den Bauerbehörden zusteht, die schiedsgerichtliche Erledigung aller Grenz- und Servitutstreitigkeiten aber nur in dem Falle obligatorisch ist, wenn Kläger und Beklagter dem Adelstande angehören.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 896 und 934.

1828 Dec. 23 (2162); 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 224, 230, 705 fgg.; 725; Beil. A; 726; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., § 25, Anm.; 1869 Mai 30 (47152).

863.—Anmerkung 1. An das Estländische Oberlandgericht können alle der Gerichtsbarkeit der Bauerbehörden unterliegenden Rechtssachen der Bauern durch Appellation gelangen, wenn der Streitgegenstand den Werth von hundert Rubeln übersteigt.

1816 Mai 23 (26279) B.-Verordn., §§ 421, 515; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 786, 799, 800, 957.

863.—Anmerkung 2. In Beziehung auf Einreichung von Beschwerden in den den Bauergerichten zuständigen Sachen an den ehemaligen Civiloberbefehlshaber der Ostseegouvernements werden die nachstehenden Vorschriften zur Richtschnur genommen: 1) In Civilstreitsachen der der Gerichtsbarkeit der Bauergerichte unterliegenden Personen werden Beschwerden über Urtheile des Estländischen Oberlandgerichts in allgemeiner Grundlage beim Dirigirenden Senate erhoben, mit Ausnahme der Sachen, welche zwischen Gutsherren und Bauern aus Agrarverhältnissen entspringen. 2) Beschwerden an den Dirigirenden Senat in den zuletzt erwähnten Sachen sind ohne Beschränkung durch die Klagesumme zulässig. Diese Sachen werden im Senate unter Theilnahme des Ministeriums des Innern entschieden. 3) Beschwerden über Verschlepp der Verhandlung und über Justizverweigerung werden, in allen oberwähnten Sachen, beim Dirigirenden Senate eingereicht.

1876 Jan. 25 (55501); 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., № 383.

866.—Anmerkung. Alle aus den Bauerbehörden durch Appellation an das Estländische Oberlandgericht gelangenden Sachen (Art. 863) werden daselbst nur während der Juridik abgeurtheilt (Art. 865).

1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 959.

868.— Der im Estländischen Oberlandgericht präsidirende älteste Landrath nimmt während der Sitzungen den ersten Platz ein; die übrigen Landräthe sitzen nach ihrer Dienstanciennetät.

Estl. R.-u. L. R., Bd. I, Tit. 1, Art. 4; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57981) Art. I, b.—Vgl. d. unt. Art. 848 (in d. Forts.) cit. Ges.

873, P. 7.—Im Estländischen Oberlandgerichte werden geführt: ein Expeditionsbuch und die erforderliche Anzahl von Registern, Verbot-, Krepost-, Hypotheken- und Schnurbüchern.

Ununterbr. Gewohnh.; Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.—Vgl. Estl. R.-u. L. R., B. I, Tit. VII, Art. 7, 13.

874.—Anmerkung. Die an das Estländische Oberlandgericht aus den Bauerbehörden gelangenden Rechtssachen werden nach der im Oberlandgericht bestehenden Prozessordnung verhandelt und entschieden, wobei für die schleunige

Verhandlung und Entscheidung derselben möglichst Sorge getragen wird, durch Anberäumung thunlichst kurzer, dem Wesen der Sache entsprechender, Fristen, mit Androhung einer Geldstrafe für Versäumung und sogar des Verlustes des Rechts in der Sache weiter vor Gericht zu verfahren.

1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 960, 961.

875.—Anmerkung. In Ansehung der Unterzeichnung der Berichte an den Dirigirenden Senat und bezüglich der Requisitionen wegen Einsendung von Geldsummen aus den Creditanstalten, befolgt das Oberlandgericht die diesbezüglichen allgemeinen Vorschriften (Art. 184, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

882.—Anmerkung 1. Einer der Landräthe, nach Wahl des Oberlandgerichts, ist besonders verpflichtet, genau die Verhandlung und den regelmässigen Gang der einlaufenden bürgerlichen Rechtssachen zu überwachen und im allgemeinen für die ihm übertragene Sache zu sorgen. Bei der Urtheilsconclusion giebt dieser Landrath gleichfalls seine Stimme ab, wenn der Gegner nicht dawider protestirt.

1836 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 960, 962.

882.—Anmerkung 2. Ein Mitglied des Estländischen Oberlandgerichts nimmt Theil an den Sitzungen des Oberschiedsgerichts zur Schlichtung von Ländereistreitigkeiten und Servitutsachen auf den Krongütern im Estländischen Gouvernement.

1854 Mai 26 (28297) Art. 1, 47, P. 3.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 54, P. 3.

883, P. 8.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

885.—Das Estländische Oberlandgericht wird von dem Justizminister revidirt, welcher eine Revision des Geschäftsganges und der Summen, sobald er Dieses für nothwendig hält, vornehmen kann.

Estl. R.-u. L. R., B. I, Tit. 1, Art. 3; 1814 Nov. 30 (25738); 1830 Nov. 13, Bef. an d. Sen.; 1876 Jan. 23 (35501); 1877 Mai 19 (37384) Art. I, a.

886.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

887.—Das Estländische Oberlandgericht hat das Recht, seine Beamten und Kanzleidiener für Amtsvergehen einer Beahndung zu unterziehen, sie vom Amte zu entfernen und dem Gerichte zu übergeben (vgl. Art. 242 fgg.); nur hinsichtlich der Secretäre (Art. 849) muss dasselbe in solchen Fällen zuvor die Genehmigung des Justizministers einholen.

1766 Mai 29 (12665); 1804 Apr. 7 (21239); Vorschr. d. Gen.-Gouv.; 1824 März 14; 1876 Jan. 23 (35501); 1877 Mai 19 (37384) Art. I, d, P. 1.

888.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

889.—Das Estländische Oberlandgericht empfängt vom Gouverneur Anträge und richtet seinerseits an denselben Vorstellungen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 640; 1864 Aug. 31 (41241); 1876 Jan. 23 (35501).

890.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

891.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 355 (Anmerk.).*

895.—Anmerkung. In Beziehung auf Beahndungen für ungesetzliches Ausbleiben von den Sitzungen beobachtet das Estländische Niederlandgericht die hierfür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Art. 32, in d. Forts.; 252, in d. Forts.; 253, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38, 233, 234.

896.—*S. oben, Art. 861 (Anmerk.).*

896.—Anmerkung. In Sachen betreffend die Constituirung von Unterschiedsgerichten bei Länderei- und Servitutstreitigkeiten auf Krongütern werden, im Fall der Nichternennung von Schiedsrichtern seitens des Repräsentanten der Privatgüter, diese Schiedsrichter vom Estländischen Niederlandgerichte ernannt. Einer der Mannrichter versieht, auf Grund der bezüglichen Vorschriften, das Amt eines Obmannes, in Fällen, wo im Unterschiedsgerichte die Richter getheilter Ansicht sind.

1854 Mai 26 (28297) Art. 39, 84.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. d. Krong., Ausg. 1876, Art. 46, 90.

897, P. 1.—Zur Competenz des Estländischen Landwaisengerichtes gehört insbesondere die Aufnahme von Inventarien über die Minderjährigen zugewallenen Nachlassenschaften.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 1.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 269 fgg.

897, P. 2.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

897, P. 4.—Anmerkung. Die im Punkte 4 dieses (897) Artikels erwähnte Ermächtigung zur Veräußerung der Minderjährigen gehörigen Immobilien steht dem Landwaisengerichte zu, wenn der Schätzungswerth des zu verkaufenden Immobils dreihundert Rubel nicht übersteigt.

Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 382.

902.—Die Glieder des Estländischen Niederlandgerichts sind verbunden, die Sitzungen während der ganzen Dauer der Juridik abzuwarten; wer ausbleibt, ohne besondere gesetzliche Gründe dafür beizubringen, unterliegt der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafgesetzbuchs (vgl. Art. 32, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.

905.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

911.—Anmerkung. In Beziehung auf Unterzeichnung der Berichte an den Dirigirenden Senat und der Requisitionen wegen Einsendung von Geldsummen aus den Creditanstalten, befolgt das Estländische Niederlandgericht die allgemeine Ordnung (Art. 184, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv.-Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

913. }
914. } *S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

924.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

932.—Anmerkung. Der Gerichtsbarkeit der Manngerichte sind in Civilstreitsachen und bezüglich der Veranstaltung von Criminaluntersuchungen auch die Bewohner der Städte Wesenberg, Weissenstein und Baltischport, sowie des Revaler Doms und der Domvorstadt, unterworfen (vgl. Art. 934, P. 2; 1001, 1211, P. 12; 1269, 1277).

Vgl. d. unt. Art. 934, 1001, 1211, 1269 u. 1277 cit. Ges.

933, P. 1.—Anmerkung. Die Manngerichte in Estland prüfen nach den an dieselben gelangenden Acten die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der von der Polizei veranstalteten Voruntersuchungen und berichten über alle bemerkten Fehler in der festgesetzten Ordnung der Gouvernementsregierung.

1868 Nov. 27 (40316).

934.—*S. oben, Art. 861 (Anmerk.).*

934.—Anmerkung. Zu den Competenzgegenständen der Estländischen Manngerichte gehört die gerichtliche Eintragung von Kunsterzeugnissen in die Anmeldebücher und die Ausfertigung von Extracten aus denselben über das Eigenthumsrecht des Künstlers an dem von ihm eingesandten Erzeugniss, in Gemässheit der hierfür festgesetzten Regeln.

1846 Jan. 1 (19569) §§ 1, 2.

934, P. 4.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

944.—Wer zur Stellvertretung eines abwesenden Manngerichtsgliedes berufen wird, hat sich auf die an ihn gerichtete Aufforderung im Gerichte einzufinden, bei Gewärtigung der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafgesetzbuchs (vgl. Art. 32, in. d. Forts.).

Estl. R.- u. L. R., B. I, Tit. V, Art. 22; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.

946.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

951.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

952, g.—Die Secretäre der Estländischen Manngerichte sind verpflichtet, die Schnurbücher des Manngerichts zu führen.

Estl. R.- u. L. R., B. I, Tit. V, Art. 9; Tit. VII, Art. 3, 7; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Vefr., Ausg. 1876, Art. 200.

954.—Die Revision der Estländischen Manngerichte geschieht durch das Oberlandgericht, auf Anordnung des Justizministers, oder, in dringenden Fällen,

auch von sich aus. Im letzteren Fall stellt das Oberlandgericht über das Resultat dem Justizminister vor.

Ergänz. d. Mannger.-O. 1664 März 28, § 6; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, a.

955.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

955.—Anmerkung. Die Entfernung der Manngerichtsglieder vom Amte ist dem Justizminister anheimgestellt.

1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 2.

956.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1, 2).*

957.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 354 (Anmerk.), 355 (Anmerk.) und 369 (P. 15, Anmerk.).*

958.—Die Estländischen Manngerichte erlassen an die Hakenrichter, die Kirchspielsgerichte und die Vogteigerichte ihres Gerichtsbezirks Vorschriften und Aufträge und empfangen von ihnen Vorstellungen und Berichte; mit den Hakenrichtern, Kirchspielsgerichten und Vogteigerichten der anderen Gerichtsbezirke aber, sowie mit den gleichstehenden Behörden anderer Gouvernements, correspondiren sie durch Mittheilungen.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 216, 217; 1816 Mai 23 (26279) B.-Verordn., § 390 fgg.; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 733 fgg.

959.—Ergiebt sich die Nothwendigkeit, eine andere höhere oder gleichstehende Behörde an die Erfüllung der andieselbe ergangenen Requisitionen zu erinnern oder dazu anhalten zu lassen, so hat das Manngericht darüber nach der allgemeinen Ordnung (Art. 213, in d. Forts.; 215, in d. Forts.) der Gouvernementsregierung vorzustellen.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 216, 217.

962.—Die Hakenrichter im Estländischen Gouvernement haben keine Gehülfen; in ihrer Person ist die ganze Kreispolizei concentrirt (a). In besonderen Fällen können sie, auf Vorschrift der Gouvernementsregierung, zwei adelige Gutsbesitzer ihres Districts zur Beurtheilung einer Sache hinzuziehen. Diese Edelleute sind nicht berechtigt, Solches abzulehnen, bei Gefahr der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafstatuts (b).

Anmerkung. Die Hakenrichter präsidiren in den auf Grund der Bauerverordnung errichteten Kirchspielspolizeigerichten (c).

(a) 1798 Sept. 24 (18675); 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 645, 689; vgl. Art. 739, Anm. (in d. Forts.—(b) Urk. Wolt. v. Plettenb. 1509 Jul. 24; Estl. R.- u. L. R., B. I, Tit. 6, Art. 5; Memor. d. Oberlandg. an d. Just.-Coll. d. Livl. u. Estl. Sach. 18 Nov. 1721, Beil., Cap. IV, § 5; 1864 Nov. 20 (41478) Stat., Art. 29.—(c) 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 694.

964.—Anmerkung. Die Bestreitung der Kosten für den Unterhalt der Kreispolizei im Estländischen Gouvernement ist auf die örtlichen Mittel zur Ableistung der Landesprästande angewiesen, gemäss der für die Prästation der letzteren festgesetzten besondern localen Ordnung.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 971.

1845 Dec. 31 (19561) Art. 3.—Vgl. Art. 739, Anm. (in d. Forts.).

967.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

971.—*S. oben, Art. 964 (Anmerk.).*

972.—Anmerkung. Die Strafgeelder, welche der Gemeindepolizei, den Bauergemeinden, Bauern und Leuten, die vor die Bauergerichte gehören, auferlegt werden, fallen der betreffenden Gemeindecasse zu.

1816 März 23 (26279) B.-Verordn., § 342; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 349, 690, 691, 697, 701; 1863 Jul. 9 (39849) Regl., § 6; 1864 Nov. 20 (41478) Stat., Art. 27; 1865 Febr. 12 (41803); 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32, 34; Jun. 11 (43383) Regl., § 11, b.

973.—Zum Wirkungskreise der Hakenrichter im Estländischen Gouvernement gehört:

1. In Beziehung auf die Aufsicht über Beobachtung der Gesetze, die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt:

1) Veröffentlichung der Befehle und Verordnungen der Staatsregierung; Eröffnungen aller Art, Bekanntmachungen, Proclame und Anzeigen laut obrigkeitlicher Befehle; Vertheilung der Exemplare des Reichsgesetzbuches an die Behörden und Gewalten im Districte.

2) Sicherung der Unverletzlichkeit der Rechte und der ungestörten Vollziehung des Gottesdienstes und der kirchlichen Gebräuche des Russisch-Rechtgläubigen, des Evangelisch-Lutherischen und der anderen, von der Staatsregierung anerkannten, Bekenntnisse, auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln.

3) Abnahme des Eides von Ausländern beim Eintritt in die Russische Unterthänigkeit, gemäss bezüglicher Genehmigung des Gouverneurs.

4) Aufsicht darüber, dass sich die zur Evangelischen Brüdergemeinde gehörigen Personen nur auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln versammeln.

5) Auf die Hebräer bezügliche Angelegenheiten; Aufsicht darüber, dass die zu einstweiligem Aufenthalt eintreffenden Hebräer die verordneten Zeugnisse besitzen.

6) Sicherung der öffentlichen Ruhe, Wohlanständigkeit, Sittlichkeit, Ordnung und des den Obrigkeiten schuldigen Gehorsams; Unterdrückung jeder der Pflicht und Folgsamkeit eines treuen Unterthanen zuwiderlaufenden Handlung, sowie Anzeige hierüber an die Obrigkeit; Verhinderung und Unterdrückung aller unerlaubten und anstössigen Zusammenkünfte; strengste Aufsicht darüber, dass nirgends und unter keinem Vorwande gesetzwidrige Verbindungen gestiftet werden (vgl. Reichsgesetz., Bd. XIV, Regl. üb. Vorbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Sicherungsmaassregeln gegen Diebe und Räuber; Ergreifen derselben und Vernichtung ihrer Banden; besondere Schutzmaassregeln für irgend eine Ansiedelung, ein Haus oder eine einzelne Person, wo sich die Nothwendigkeit dazu ergibt.

7) Uebergabe der aus den Residenzen und aus anderen Städten mittelst der Ortscommandos zu transportirender Bauern von schlechter Führung von den Stadt, wo der Hakenrichter sich befindet, an die betreffenden Gemeinden.

8) Ausreichung von einstweiligen, bis zum Empfang neuer Aufenthaltsscheine oder Pässe gültigen, Zeugnissen über Entlassung nach anderen Orten, im District Handel treibende an fremde Kaufleute, Bürger und Personen anderer Stände; Verschreibung von Pässen und Ausreichung von Passverlängerungssattesten (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Einfangen von Läuflingen, Vagabunden und Passlosen und Unterbringung derselben; Bestimmung des Alters der im Polizeibezirke wegen Mangels gesetzlicher Legitimationen und wegen Unbekanntschaft ihres Standes und festen Wohnortes ergriffenen Vagabunden (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Maassregeln zur Unterdrückung der Bettelei und Landstreicherei, sowie Ausmittlung der zu keinem Stande verzeichneten Personen.

9) Aufsicht über die Führung der sich im Districte aufhaltenden Studenten und darüber, dass Dieselben nicht über den ihnen bewilligten Urlaub hinaus wegbleiben.

10) Aufsicht darüber, dass die aus den Gouvernements des Königreichs Polen übersiedelnden Personen sich thatsächlich an den gewählten Orten niederlassen (Reichsgesetzb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876).

11) Fürsorge für ausgesetzte oder auch ohne Vorbedacht verlassene Kinder und die gehörige Untersuchung solcher Fälle, sowie Unterstützung Erwachsener, welche ausserhalb ihres Wohnorts plötzlich schwer krank befallen sind.

12) Besichtigung der auf den Strassen oder sonst gefundenen Leichname; Untersuchung aller Fälle gewaltsamen und überhaupt plötzlichen Todes; Nachrichten über ausserordentliche Vorfälle und die damit zusammenhängenden Ermittlungen, sowie Einsendung der in Sachen dieser Art festgesetzten Berichte und Vorschläge in einem Exemplar direct an den Gouverneur.

13) Ausreichung von Billeten zur Holzflössung aus gutsherrlichen Waldungen und zum Bau von Fahrzeugen aus solchen Hölzern; Stempelung von Fahrzeugen, nach den Vorschriften des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

14) Mitwirkung zur Rettung von Menschen und Bergung von Ladungen im Fall des Unterganges von Fluss- und Seeschiffen; Sicherung gescheiterter oder auf den Grund gerathener Schiffe nebst Takelage, sowie Bergung der Waaren.

15) Ergreifung vorläufiger Maassregeln zur Sicherung des Nachlasses der im Districte Verstorbenen, wenn nicht gesetzliche Erben oder Curatoren solchen Vermögens bekannt sind (vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art 2587 fgg.).

16) Sorge für Sicherung vor Feuerschäden und Ueberschwemmungen auf dem Lande; Aufsicht über Herstellung der hierzu erforderlichen Anstalten daselbst; Maassregeln zur Hülfeleistung; Mitwirkung zur Verhütung und Unterdrückung von Feuerbrünsten in Waldungen und auf Feldern.

17) Die ersten Vorsichtsmaassregeln beim Erscheinen von ansteckenden und epidemischen Krankheiten und Viehseuchen; Berichterstattung darüber an die Gouvernementsobrigkeit.

18) Ausführung der für diese Fälle (P. 17) vorgeschriebenen Maassregeln, nach den Weisungen der Gouvernementsregierung und des Kreissanitätscomités, auf Grund des Medicinalreglements (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857).

19) Theilnahme an der Veranstaltung medicinisch-polizeilicher Besichtigungen, sowohl in den Fällen, wo beim Durchgang von Viehheerden in diesen eine epidemische ansteckende Krankheit ausbricht, als auch beim Verkauf des durchgetriebenen, zum Schlachten bestimmten, Viehes (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpfl., Ausg. 1857); Theilname an den Verfügungen zur Tödtung pestkranker Thiere unter dem im Transport zur Eisenbahn begriffenen, oder dem in Heerden durchgehenden Hornvieh.

20) Sorge für die Sicherheit der Wegeverbindungen; Aufsicht über Instandhaltung derselben und, wo erforderlich, über Einrichtung ständiger oder einseitiger Prähme und anderer Ueberfahrten.

21) Verhütung der Ausführung von Anlagen und Arbeiten im Widerspruch mit den speciellen Vorschriften über Bauten, Stapelungen, Aufgrabungen und Anpflanzungen in der Nähe von Eisenbahnlinien (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Regl. üb. Wegecomm., Ausg. 1857).

22) Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Städten und auf dem Lande; Aufsicht über Gebäude und Ausführung von Bauten nach den festgesetzten Vorschriften.

23) Aufsicht über Tracteurs, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Restaurationen, Garküchen und sonstige Anstalten dieser Art im Districte, sowie über Befolgung der das Halten derselben regelnden Vorschriften; Unterdrückung und Verhütung aller Streitigkeiten, Raufereien und anderer, dem Gesetze oder den Regeln der Schicklichkeit und des Anstandes zuwiderlaufenden, Handlungen in diesen Anstalten und überhaupt an öffentlichen Orten, sowie verbotener Spiele.

24) Ausreichung von Zeugnissen an Fabrikanten, Künstler und Handwerker zum Erwerbe giftiger, für ihre Erzeugnisse erforderlicher Substanzen und andere, auf Aufbewahrung und Verkauf dieser Substanzen Seitens der Handeltreibenden bezügliche, Wahrnehmungen, in Gemässheit des Medicinalreglements (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857); Aufsicht über den Verkauf von Jagdpulver, sowie über die Aufbewahrung und den Transport von Schiesspulver (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. über Verbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Ausreichung von Zeugnissen an die bei Kronpulvermagazinen um Artilleriepulver nachsuchenden Personen, darüber, dass die erbetene Quantität Pulver den Erwerbern in der That zu einem dem Gesetze nicht zuwiderlaufenden Zwecke erforderlich ist.

25) Aufsicht darüber, dass kein verbotener Handel getrieben, sowie darüber, dass auf Messen und Märkten und in Kaufläden keine von der Regierung verbotenen Waaren, Bücher, Kupferstiche und Manuscripte colportirt und verkauft werden.

26) Aufsicht darüber, dass die Jagd auf wilde Thiere, das Erlegen und der Fang wilden Geflügels, sowie der Blutegelfang nur in der vom Gesetze gestatteten Zeit geduldet werde.

27) Aussendung derjenigen Untermilitärs, die über den Urlaub ausgeblieben, an ihre Dienstorte und Adstringirung der Militärpersonen und Civilbeamten, die ihren Urlaub überschritten, zur Rückkehr in ihre Functionen.

28) Zusammenstellung von Nachrichten über die im Districte befindlichen Kirchen, Wohlthätigkeits- und Lehranstalten und Fabriken, ferner über die

Zahl der Einwohner, der Geburten, Eheschliessungen und Sterbefälle und von anderen Auskünften, nach den vom Statistischen Gouvernementscomité gegebenen Formularen (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 252, Beil.); Nachrichten über die Erwerbsbedingungen der im District sich aufhaltenden Ausländer.

29) Zusammenstellung von Verschlügen über Korn-Aussaat und- Ernte und über den Zustand der Wiesen und Felder, ferner von Verschlügen über Marktpreise für Victualien, sowie für Transporte und Flössungen.

30) Berichterstattung an die Obrigkeit über alle im Bezirk gefundenen, seltenen Naturerzeugnisse, Alterthümer u. s. w.

31) Verpflichtungen bezüglich der gegenseitigen Gouvernements-Gebäudeversicherung auf Grund der hierfür erlassenen Vorschriften (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Brandregl., Ausg. 1857).

32) Verpflichtungen betreffend Gegenstände und Angelegenheiten, welche der Administration der Stadtcommunalverwaltung unterstellt sind (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 6, 20, Anmerk.; 58, P. 3; 104, 105, 107, 108, 151, P. 4; 158, 151, in d. Forts.).

33) Aufsicht darüber, dass die Miether von Arbeitern dieselben mit vollwertiger und vollwerthiger Silbermünze und nicht mit abgenutzter oder durchlöcherter bezahlen.

34) Führung von Metrikbüchern über Geburten, Eheschliessungen und Todesfälle der Sectirer (Raskolniki) und der zur protestantischen Secte der Baptisten gehörigen Personen.

35) Ausreichung von Zeugnissen und Beglaubigung von Documenten, in Gemässheit der Reglements und Vorschriften über die Emeritalcassen und Unterstützungscapitalien.

Anmerkung 1. Die Rechte und Pflichten der Hakenrichter bezüglich der Herbeirufung von Truppen zur Wahrung oder Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Ordnung sind in besonderen, hierauf bezüglichen, Vorschriften festgesetzt.

Anmerkung 2. Einige Rechte und Pflichten der Hakenrichter bezüglich der Aufsicht über Befolgung der Gesetze, Wahrung der öffentlichen Sicherheit und allgemeinen Wohlfahrt sind in der Verordnung über die Bauern des Estländischen Gouvernements angegeben (a).

II. In Beziehung auf das Kroninteresse:

1) Beitreibung der Rückstände aller Abgaben, Staats- und öffentlichen Gefälle überhaupt, sowie Restanzen und Zahlungen, auf Vorschrift vorgesetzter und Requisition coordinirter Behörden.

2) Verhütung und Beseitigung aller Missbräuche zur Verkürzung des Münzwertes und Münzwertes.

3) Aufsicht über richtiges Maass und Gewicht; Einführung neuer Maasso, falls Solches höheren Orts vorgeschrieben wird.

4) Aufforderung, in Gemässheit obrigkeitlicher Anordnung, sich zum öffentlichen Ausbot von Lieferungen und Arbeiten, sowie zum An- oder Verkauf von Kron-, Gemeinde- oder inventirtem Vermögen einzufinden.

5) Ausreichung von Zeugnissen an Lieferanten über die gesetzlichen Ursachen, welche sie an der Ausführung ihrer Contracte überhaupt, oder an der Ausführung derselben zur festgesetzten Frist verhinderten.

Anmerkung. Diese Zeugnisse werden bei den Transporten zur See von der Polizei desjenigen Ortes ausgestellt, wo das Schiff nach eingetretenem Hinderniss ankommt, oder, im Fall eines Schiffbruches, wo der Capitän eintrifft.

6) Verhütung und Unterdrückung des Waarenschuggels und entsprechende Beihülfe, die denjenigen Behörden und Personen zu leisten ist, welchen die Aufsicht über den Handels- und Gewerbebetrieb obliegt; strenge Beaufsichtigung Dessen, dass kein Handel mit verbotenen Spielkarten getrieben und nirgends heimliche Fabrikation und Benutzung von Contrebandekarten stattfinde; Verpflichtungen bezüglich der Aufsicht über den Verkauf der Spielkarten, auf Grund der besondern Verordnung über Anfertigung und Verkauf dieser Karten; Entscheidung gerichtlich-polizeilicher Sachen, betreffend Verletzung der Vorschriften über die Getränkesteuer, auf Grund des Reglements über diese Steuer, sowie andere durch dasselbe festgesetzte Obliegenheiten (Reichsgesetzb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876); Wahrnehmungen bezüglich der Aufsicht über den Betrieb des Tabacks-Handels und- Gewerbes, wie sie in dem Reglement über die Tabacksaccise und in der besondern, betreffenden Instruction des Finanzministers festgesetzt sind (Reichsgesetzb., Bd. V, Tabacksregl., Ausg. 1876).

7) Die der Forstobrigkeit des Domänenressorts zu leistende polizeiliche Mitwirkung, in Gemässheit des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

8) Die der Gouvernementsregierung (in Monatsfrist) vorzustellenden Nachrichten über den Tod solcher Beamten, die Arrenden bezogen und weder Wittwen noch Kinder, noch sonst Nachkommen in directer absteigender Linie hinterlassen haben.

9) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Districte, über Verpachtung oder Verkauf von Kroneigenthum, sowie über den Verkauf von Kronholzmaterial (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 930, 931).

10) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Districte über Forstarbeiten, auf Grund der im Forstreglement enthaltenen Vorschriften (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

11) Vornahmen von Torgen (Submissionen) mit Genehmigung des Ministers der Finanzen über Verpachtung von Kronpachtobjecten des Accisseresorts.

Anmerkung. Ausser den oben (II, P. 7) bezeichneten allgemeinen Vorschriften des Forstreglements und den allgemeinen Schutzmaassregeln gegen Feuerschäden (I, P. 16), liegen den Hakenrichtern noch einige besondere Verpflichtungen ob in Beziehung auf den Schutz von Waldungen, welche Privatpersonen und Corporationen gehören (vgl. Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866; Strafstat., Ausg. 1864) (b).

III. In Beziehung auf Rechtspflege:

1) Unterdrückung jeglicher Gewaltthätigkeit, Beleidigung und Eigenmächtigkeit; Veranstaltung von Voruntersuchungen über alle im District begangenen Verbrechen.

2) Gestellung der Angeschuldigten und der bei der Sache Betheiligten vor Gericht, auf Begehren des Letzteren, sowie Inhaftnahme Derselben, wenn Dieses vorgeschrieben wird.

3) Vollziehung gerichtlicher Erkenntnisse und Verfügungen und Ergreifung von Maasregeln zur Sicherstellung von Forderungen.

4) Untersuchung und Aburtheilung geringer Verbrechen und Vergehen, welche auf Grund der bestehenden Gesetze (Art. 418, Anmerk., in d. Forts.) direct der polizeilichen Amtsgewalt zuständig sind.

5) Persönliche Inhaftnahme und sonstige polizeiliche Behandlungen für Verletzung von Anstand und Ordnung in den verschiedenen Verwaltungszweigen, auf Grundlage der hierüber bestehenden Reglements und Verordnungen.

6) Die durch die bestehenden Militär- und Marine-Justizreglements festgesetzten Verpflichtungen in Sachen des Militär- und Marine-Justizressorts.

7) Ausreichung von Zeugnissen an Frauen und Familienangehörige der unter Gericht befindlichen, in Gefängnissen oder bei der Polizei inhaftirten Beamten darüber, dass die Ersteren mittellos sind, mithin den gesetzlich bestimmten Unterhalt von der Krone erhalten können (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. üb. d. Arrestant., Ausg. 1857).

8) Ausreichung von Zeugnissen, auf Grund des Militärgesetzbuches, an verwandte und verschwägte Personen der auf Grund von Urtheilen der Civilgerichtsbehörden in Festungen Internirten, behufs zu ertheilender Erlaubniss die Letzteren wiederzusehen.

9) Beschwerdesachen wegen Verletzung künstlerischen Eigenthums, in Gemässheit des diesbezüglichen Reglements (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Censurregl., Ausg. 1857); Sachen wegen Verletzung des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876), auf Grund der Gesetze über den Criminalprozess.

10) Aufforderung zum Erscheinen vor Gericht, behufs Abgabe von Erklärungen, Anhörung von Entscheidungen u. der gl.

11) Prüfung der Tauglichkeit der Landstreicher zur Arbeitsleistung in Corrections- und Arrestantenabtheilungen.

12) Verwaltung der Etappen- und sonstigen Haftlocale, wenn dieselben sich innerhalb des Districts befinden; Beköstigung und Transport der Arrestanten und Unterdrückung jeglichen Missbrauchs in dieser Beziehung.

13) Verbot der Abreise aus dem Districte in den vom Gesetz bestimmten Fällen.

14) Vollstreckung von Erkenntnissen in Civilsachen, im Auftrag der Gouvernementsregierung und des Oberlandgerichts.

15) Versiegelung der Nachlassenschaften zum Besten minderjähriger und abwesender, nicht zum Bauerstande gehöriger, Personen, sowie Inventur, Versiegelung und Verkauf von beweglichem Vermögen auf Befehl der Gouvernementsregierung und im Auftrage der Gerichte.

16) Beschlagnahme auf bewegliches, sowie Anlegung von Sequester auf im Districte belegenes unbewegliches Vermögen.

17) Errichtung von Grenzmalen auf Ansuchen von Privatpersonen und im Auftrage von Behörden, sowie Taxation von Vermögen, mit Zuziehung von Sachverständigen, im Auftrage der Gouvernementsregierung.

18) Einweisung in den Besitz unbeweglichen Vermögens, im Auftrage des Oberlandgerichts.

19) Veranstaltung von Untersuchungen, auf Befehl der Gouvernementsregierung, in Sachen wegen eigenmächtiger Besitznahme unbeweglichen Eigenthums, falls dergleichen Sachen nicht den Bauengerichten zuständig sind.

Anmerkung 1. Hinsichtlich des Aufrufs der bei den Eisenbahnen angestellten Personen zum Erscheinen bei der Untersuchung oder vor Gericht, befolgt der Hakenrichter die hierfür festgesetzten besonderen Regeln (vgl. Art. 209, Anmerk., in d. Forts.).

Anmerkung 2. Einige Verpflichtungen und Rechte der Hakenrichter in Sachen des Justizressorts sind in der Verordnung über die Bauern des Estländischen Gouvernements angegeben (c).

IV. In Beziehung auf das Militärwesen:

1) Mitwirkung und Aufsicht in Betreff ordnungsmässigen Durchzuges von Regimentern und sonstigen Militärcommandos; Aufsicht über Ableistung der bezüglichen Naturalprästationen und Maassregeln zur thatsächlichen Ausführung derselben nach den dafür festgesetzten Regeln; Maassregeln zur Herbeischaffung der für die erwähnten Commandos bestimmten Erfordernisse; Ausreichung von Preisnotizen über Verpflegungsgegenstände, nach dem Reglement über Volksverpflegung (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpf., Ausg. 1857); Ausstellung von Quittungen darüber, dass Durchmarsch und Einquartierung der Truppen ohne Anlass zu Beschwerden stattgefunden; Anordnungen zu anstandlosem und ordnungsmässigem Durchmarsch der Commandos beurlaubter und verabschiedeter Untermilitärs des Marineressorts.

Anmerkung. Die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs werden an ihre Bestimmungsorte einzeln abgefertigt, unter persönlicher Verantwortlichkeit eines Jeden derselben auf Grund besonderer, hierüber erlassener, temporärer Regeln.

2) Requisition von Fuhren in ausserordentlichen Fällen zur Fortschaffung des Militärsgepäckes, gemäss den bestehenden Vorschriften des Landespräsidentenreglements (Reichsgesetzb., Bd. IV, B. II; Regl. üb. Landespräst., Ausg. 1857).

3) Aufsicht über die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs, nach den hierfür festgesetzten Regeln; Zusammenstellung und Instandhaltung verschiedener Listen und Register über dieselben; Rechenschaftsablegung, sowie Abfertigung der vorgeschriebenen Nachrichten, wohin gehörig.

4) Einberufung der zur Reserve der Armee und Flotte beurlaubten Untermilitärs in den activen Dienst, nach den hierfür bestehenden Regeln.

5) Aufsicht über rechtzeitige Zuschreibung der bei unbestimmt beurlaubten und verabschiedeten Untermilitärs oder deren Wittwen, Verwandten, sowie fremden Personen des Civilressorts befindlichen Soldaten- und Matrosenkinder zu einem der abgabepflichtigen Stände; ferner Ausreichung von Pässen an dergleichen Soldaten- und Matrosenkinder bis zur erfolgten Zuschreibung.

6) Beaufsichtigung Dessen, dass die wegen Krankheiten und Wunden vor der Zeit verabschiedeten Untermilitärs, im Fall sie genesen und sich kräftig genug erweisen, um ihre Fristen abzudienen, unter keinem Vorwande ausserhalb Dienstes verbleiben, sondern unverzüglich der nächsten Militärbrigade vorgestellt werden.

7) Absendung, wohin gehörig, der Ehrenzeichen und Pässe verstorbener Untermilitärs.

8) Ausstellung von Zeugnissen und Beglaubigungen und Erfüllung sonstiger Verpflichtungen in Sachen betreffend die Ableistung der Militärpflicht.

9) Aufsicht über die Führung der Soldatenweiber aus dem Stande der Kleinbürger und städtischen Handwerker; Benachrichtigung derselben über den Tod ihrer Männer nach den hierfür festgesetzten Regeln; Ausreichung von Wittwepässen an solche Soldatenweiber, deren Männer nach der zehnten Revision in den Dienst getreten sind, oder welche, vor der zehnten Revision in Dienst getreten, sich zu einer Stadt- oder Landgemeinden verzeichnen lassen.

Anmerkung 1. Die Vorschriften betreffend Anfertigung von Listen über beurlaubte Untermilitärs finden Anwendung auch auf die Reserven der Armee und Flotte; die Entlassung der in Folge von Rekrutenaushebungen in den wirklichen Dienst getretenen Untermilitärs auf einstweiligen oder unbestimmten Urlaub ist jedoch aufgehoben, wobei die in solchem Urlaube befindlichen Untermilitärs, bis zur Erlangung des Rechts auf Verabschiedung, in Reserveuntermilitärs umbenannt worden sind.

Anmerkung 2. Die sonstigen Verpflichtungen der Polizei in Sachen des Militärressorts sind in dem Militärgesetzbuche angegeben (d).

Anmerkung 3. Die Vorschriften dieses (973) Artikels über die Kompetenzgegenstände der Kreispolizei sind im allgemeinen auch bezüglich der von dieser getrennten Polizei in den Städten des Estländischen Gouvernements in Geltung, unter Anpassung derselben an die besondere Verfassung der betreffenden localen Institutionen (e).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 311, Anm. 1 Beil. (in d. Forts. v. J. 1880); 1323, § I, P. 1, 3, 5—17, 18; Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 19—30, 35 (in d. Forts. v. J. 1880); 37—39; Kön. Schwed. Res. 1671 Sept. 22, Tit. V; viel. Bef. d. Gouv.-Reg. Hakenr.-Instr. 1797 Apr. 20; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 641, 642, 689, 1030, 1040, P. 3; 1085, 1201, 1203—1205, 1209, 1214, 1218, 1268; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., § 25; Anm.; 1879 März 27, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 716; RRG., Art. 3 u. Anm.; Regl., Art. 1; vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.—(b) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § II, P. 1, 5, 6; Anm.; 9; Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 10, 12—14, 15 (in d. Forts. v. J. 1880) vgl. 1848 Jul. 20 (22454); 1867 März 20 (41368); Mai 15 (44587); 1875 Apr. 4 (54557); Dec. 12 (55360); RGb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876, Art. 565, Anm.; 566 u. fg.; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 152, Anm.; 822, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); Strafstat., Ausg. 1864, Art. 168, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876).—(c) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § III, P. 1, 2, 4, 5—8, 13—17; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 1085, 1201, 1203—1205, 1209 u. and.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.—(d) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § IV, P. 1; Anm. (in d. Forts.); 2, 3—5 (in d. Forts. v. J. 1880); 6, 7, 9, 10; Anm.; vgl. ebendas., Art. 603, Anm. (in d. Forts. v. J. 1880).—(e) S. d. unt. Art. 557, 629, 634, 714, 720, 739, 786, 795, 803, 811, 826 u. 840 cit. Ges.; vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1274, 1275, 1323.

974.—Die unmittelbare polizeiliche Aufsicht über die zur Gerichtsbarkeit der Hakenrichter im Estländischen Gouvernement gehörenden Bauerschaften liegt den Gutspolizeien und Gemeindepolizeien ob. Die gegenseitigen Beziehungen der Hakenrichter zu der Kirchspiels-, Guts- und Gemeindepolizei sind, wo gehörig, in der Estländischen Bauerverordnung und in den Nachträgen zu derselben angegeben.

1816 Mai 23 (26279); 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 690—693; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32; Anm. 1; 42.

975.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

975.—*Anmerkung 1.* In Beziehung auf Untersuchung der im Wirkungsbereich der Gensdarmrie-Polizeiverwaltungen der Eisenbahnen verübten Verbrechen und Vergehen ersetzen die Beamten der erwähnten Verwaltungen die allgemeine Polizei vollständig; diesen Beamten werden daher im District des

Hakenrichters alle Rechte der allgemeinen Polizei anheimgestellt und auf sie alle Pflichten derselben übertragen. Wenn indessen der Hakenrichter innerhalb des Wirkungsbereiches der Eisenbahnpolizei Anzeichen einer verbrecherischen Handlung wahrnimmt, und Functionäre der Eisenbahnpolizei nicht zur Hand sind, so übt der Erstere alle Rechte bezüglich der Veranstaltung von Voruntersuchungen und unaufschieblicher Untersuchungsmaassregeln aus, welche ihm nach den bestehenden Vorschriften des Criminalprozesses zuständig sind.

1871 Mai 19 (49613) Regl., Art. 11, 13.

975.—Anmerkung 2. Die Amtsgewalt des Allentackenschen Hakenrichters ist innerhalb der Grenzen seines Districtes insofern beschränkt, als dieselbe in Polizei-, Handels-, Schiffahrts- und Militäreinquantierungssachen sich auf den im Estländischen Gouvernement bei der Stadt Narva belegenen Landungsplatz Hungerburg nicht erstreckt (vgl. Art. 1533, P. 2; 1535 u. 1620).

Vgl. d. unt. Art. 1533, 1535 u. 1620 dies. Prov.-R. cit. Ges.

976.

bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

979.

980.—*S. oben, Art. 418 (Anmerk.).*

981.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

982.

982.—Anmerkung. Der Hakenrichter in Estland befolgt in seinem Verhältniss zu den Chefs im Militärressort überall genau die bestehenden besonderen Vorschriften über die gegenseitigen Beziehungen der Civil- und Militärgewalten.

1875 Oct. 3 (55116) Regl., Art. 19—22.

983.—Anmerkung. Die Beschwerden und der Einspruch gegen Verfügungen oder Entscheidungen des Hakenrichters in den in der Anmerkung zum Artikel 418 (in d. Forts.) angegebenen Sachen, müssen, wenn der Einspruch und die Beschwerde gesetzlich zulässig sind, in vierwöchentlicher Frist angebracht werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1374.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anmerk. (in d. Forts.) cit. Ges.

991.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

992.

993.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

994.

} *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

995.

995.—Anmerkung. Im Estländischen Gouvernement wird das Medicinalwesen von der Gouvernementsregierung verwaltet (Art. 355, Anmerk. in d. Forts.), an Stelle der Gemeindeggerichte sind Kirchspielsgerichte, an Stelle der ehemaligen Guts- und Gemeindepolizeien die neuen Guts- und Gemeindepolizeien getreten. In der Gouvernementsstadt besteht eine Gouvernementsrentei.

1816 Mai 23 (26279) B.-Verordn., § 391; 1856 Jul. 5 (30693) B.-Verordn., Art. 733; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 17, 23, 35; RGb., Bd. II, Th. I. Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1565; Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857, Art. 8 (in d. Forts. v. J. 1876).

996.—Die Correspondenz mit anderen Behörden und Ressorts wegen in Geschäftssachen nöthiger Nachweisungen und Auskünfte, die einzufordern oder mitzuthellen sind, oder wegen Stellung von Personen selbst, welche bei in Verhandlung stehenden Sachen betheiligt sind, wird von den Hakenrichtern in Estländischen Gouvernement in der Ordnung geführt, die in den Artikeln 209 (in d. Forts.) und 215 (in d. Forts.) festgestellt ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 207, 208, 217.

997.—Anmerkung. In Beziehung auf Angelegenheiten der städtischen Communalverwaltung (Art. 9, Zus., Beil.: *Art 1, Anmerk. 3, in d. Forts.*) bilden beide in diesem (997) Artikel erwähnten Theile der Stadt Reval ein Ganzes und sind einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1199.

RGb., Bd. II, Th. II, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen.; Art. 6; Regl.

998, Anmerk. 1.—Die Verfassung des Revalschen Stadtconsistoriums ist in dem Gesetze für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland (Reichsgesetz., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., B. II, Ausg. 1857, Art. 134—789) angegeben.

1832 Dec. 28 (5870, 5871); 1858 Mai 12 (38140).

998, V.—Anmerkung 2. In der Stadt Reval (Art. 997, Anmerk., in d. Forts.) und in den anderen Städten des Estländischen Gouvernements ist die Stadtcommunalverwaltung in Gemässheit der Beilage zumZusatze des Artikels 9 (in d. Forts.) eingerichtet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1010, 1014 (A, P. 1, 3, 7, 8; H, P. 45), 1028, 1029, 1039, 1048, 1058 (P. 3), 1064 (P. 1, 3), 1066 (P. 7), 1068, 1074 (P. 3), 1076 (P. 5, 12), 1078 (P. 1), 1079, 1087, 1089 (P. 2), 1096, 1108, 1140, 1164, 1166, 1171, 1174—1176, 1179, 1198, 1205—1207, 1220, 1230 (A, P. 1—3), 1249, 1256, 1258, 1259, 1264 und 1266.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1—22.

998, V, P. 1—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.]

998, V, P. 4 bis 7—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2086, P. 5; Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6 u. fg.; 1877 März 26 (57101) Regl.]

998, V, P. 9—*Aufgehoben*.—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1002, P. 1—*Aufgehoben*.—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1002, P. 3—*Aufgehoben*.—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg: 1876, Art. 1, 6 fgg.; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1008. }
1009. } *S. oben, Art. 505 (Anmerk.).*

1010.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1014, A, P. 1.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1014, A, P. 3.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1014, A, P. 6—*Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 1, 2, 55 und 116 der Beilage zum Zusatz des Artikels 9 angegebenen Vorschriften*.—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, 2002, 2063; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl.]

1014, A, P. 7 und 8.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1014, C, P. 11.—*Anmerkung 1. Die Steuerverwaltung besorgt die Anfertigung der Jahresbudgets und der Repartitionen der Steuern, welche von den Gliedern der Steuergemeinden zum Zwecke der Versorgung der zu diesen verzeichneten Armen und zu ärztlicher Behandlung derselben in Krankenhäusern zu erheben sind. Diese Budgets und Repartitionen werden der Gouvernementsregierung zur Bestätigung eingesandt.*

1877 März 26 (57101) R**R**G., Art. IV.

1014, C, P. 11.—*Anmerkung 2. Die Erhebung der Getränkesteuer und der Stadtaccise seitens der Stadtverwaltung ist aufgehoben.*

R**G**b., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 10.—Vgl. 1861 Jul. 4 (37197).

1014, C, P. 12—*Aufgehoben*.—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2086, P. 5.]

1014, D, P. 14.—*S. oben, Art. 505 (Anmerk.).*

1014, D, P. 15.—*Zusatz. Der Revalsche Magistrat revidirt nach den an ihn gelangenden Acten die von der Polizei veranstalteten Voruntersuchungen in Beziehung auf Vollständigkeit und Regelmässigkeit und macht über alle bemerkten Fehler der Gouvernementsregierung vorschriftmässige Mittheilung.*

1863 Nov. 27 (40316).

1014, E, P. 17.—Zusatz 1. Zu den Kompetenzgegenständen des Revalschen Magistrats in Criminalsachen, in seiner Eigenschaft als Gericht erster Instanz, gehören Sachen der der städtischen Gerichtsbarkeit unterstellten Personen, betreffend Staatsverbrechen, desgleichen Ehrenkränkungen, welche durch den Druck oder durch ein anderes Mittel der Veröffentlichung zugefügt wurden.—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1017.

1860 Dec. 26 (36436).—Vgl. d. unt. Art. 858, P. 1, Zus. 2 (in d. Forts.) cit. Ges.

1014, E, P. 17.—Zusatz 2. Der Kompetenz des Revalschen Magistrats in Crimingsachen unterliegen, in erster Instanz, die von demselben in seiner Eigenschaft als Gewissensgericht verhandelten Sachen, auf Grund der darüber bestehenden Vorschriften.—Dieser Zusatz bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1017.

Vgl. d. unt. Art. 312, Zus. 1 (in d. Forts.) cit. Ges.

1014, F, P. 24.—Zusatz. Der Revalsche Magistrat verhandelt und entscheidet, in erster Instanz, Streitsachen über das Eigenthum an Kunsterzeugnissen, wenn die streitenden Theile sich nicht verständigen, die Entscheidung einem Schiedsgerichte zu überlassen.

1846 Jan. 1 (19369) § 19.

1014, G, P. 32.—Anmerkung. Zu den Kompetenzgegenständen des Revalschen Magistrats in nicht streitigen Sachen gehören: a) die Jahrgabung (venia aetatis), auf Vorstellung des Waisengerichts b) die in den gesetzlich bestimmten Fällen zu ertheilende Erlaubniss zum Verkauf des unbeweglichen Vermögens, welches den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden minderjährigen Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen oder Wohlthätigkeitszwecken gehört.

Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 271, 322, 495, 2356.

1014, G, P. 33.—Anmerkung. Zur Kompetenz des Revalschen Magistrats in nichtstreitigen Sachen gehört die Beaufsichtigung des Revalschen städtischen Creditvereins in Beziehung auf Ingrossation und Exgrossation der den Darlehnsnehmern dieses Vereins ausgefertigten Pfandbriefe, gerichtlichen Verkauf der dem Verein verpfändeten Immobilien, Vernichtung der bezahlten Pfandbriefe u: s. w.

1868 Jun. 4 (45938) Regl., §§ 6, 11, 21, 23, 38, 40, 41, 52, 53, 79, 85, 91, 93.

1014, H, P. 34.—Ersetzt durch die unten, im Artikel 1194 angegebenen Regeln.—[1870 Jun. 16 (48498) Städtèordn., Art. 2, f, Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.]

1014, H, P. 35.—Anmerkung. Die in diesem Punkte (35) aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgobiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 1, Anmerk. 3; 2, P. 2, 10; 4, 55, P. 10; 85, 105, P. 14; 111, 112, 113 (in d. Forts.)).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1014 (H, P. 36—39).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, P. 2; 2002, P. 10; 2032, 2053, 2059, 2061; 1870 Jun. 16 (48498) Städtèordn., Art. 2, f, Beil., Art. 1, g; 5, a; 11; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, b, e, f; 2, 11, 18; b, c; 22.

1014, H, P. 36 und 37.—*S. oben, Art. 1014 (H, P. 35, Anmerk.).*

1014, H, P. 38.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2) und 1014 (H, P. 35, Anmerk.).*

1014, H, P. 39.—*S. oben, Art. 1014, H, P. 35 (Anmerk.).*

1014, H, P. 41 bis 43—*Ersetzt durch die unten, in den Punkten 2 und 3 des Artikels 2, den Punkten 1, 2, 9 und 10 des Artikels 103, und dem Punkte 10 des Artikels 139 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2050, P. 1, 2, 9, 10; 2086, P. 10; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl.]

1014, H, P. 44.—*Anmerkung. Den Ortseinwohnern der Stadt Reval, welche nach den allgemeinen Gesetzen nicht gehalten sind, die Pässe und Aufenthaltsscheine aus den ständischen Behörden oder den Renteien zu nehmen, werden dieselben vom Stadtamte ausgefertigt (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, Anmerk. 1 in d. Forts.).*

R**G**b., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5,b; 15; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 21, 22.

1014, H, P. 45.—*S. oben, Art. 998, V (Anmerk. 2).*

1017.—*S. oben, Art. 1011 (E, P. 47, Zus. 1,*

1018.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1018.—*Anmerkung. Von der allgemeinen Regel, wonach die Urtheile des Revalschen Magistrats dem Gouvernementschef zur Bestätigung einzusenden sind, bilden diejenigen Sachen eine Ausnahme, in welchen die gefällten Urtheile, kraft des Gesetzes selbst, der Revision des Dirigirenden Senats unterliegen. Die Urtheile in diesen Sachen werden nicht an den Gouverneur zur Bestätigung gesandt, sondern in der hierfür vorgeschriebenen-Ordnung direct dem Dirigirenden Senate unterlegt.*

1864 Febr. 10 (40584); Aug. 31 (4124).

1028. }
1029. } *S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1039.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2):*

1048.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1052.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1058, P. 3.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1061, P. 1.—Anmerkung. Die Verhängung von Strafen für Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in der Stadt Reval erfolgt auf Grund des Strafgesetzbuchs und Strafstatuts.

RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 262—275; Strafstat., Ausg. 1864, Art. 29—34.

1061, P. 2.—Anmerkung. Die Revalsche Festung und die dortige Commandantur sind aufgehoben worden.

1864 Jan. 12 (40483).

1064, P. 1 und 3.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1066, P. 2.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1066, P. 7.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.) und 998 (V, Anmerk. 2).*

1068.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1073.—Der Stadtofficier in Reval unterliegt, wenn er Jemanden ohne Grund anklagt, oder einer Versäumniss der Amtspflicht sich schuldig macht, der Verantwortlichkeit auf Grund des Strafgesetzbuchs.

Oberg.-O. 1757, §§ 19, 22; Ber. d. Magistr. an d. Just.-Coll. 1769; RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 168, 329—505.

1074, P. 3.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1075.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1076, P. 1.—Der Protonotär des Revalschen Magistrats ist verpflichtet, das Protocoll über Proteste in Wechselsachen zu führen.

Ununterbr. Gewohnh.; 1874 Apr. 17 (53379).

1076, P. 3.—Der Protonotär des Revalschen Magistrats ist verpflichtet, gemeinschaftlich mit dem Actuar, die Erkenntnisse und andere Ausfertigungen ins Reine zu schreiben.

Ununterbr. Gewohnh.; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2063; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 18, b.

1076, P. 5.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1076, P. 12.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1078, P. 1.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1078, P. 1.—Anmerkung. Der Actuar des Magistrats in Reval nimmt die im Punkte 3 des Artikels 1076 (in d. Forts.) angegebene Vorschrift zur Richtschnur.

Vgl. d. unt. Art. 1076, P. 3 (in d. Forts.) cit. Ges.

1078, P. 5.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1079.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1085.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1086.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und Art. 354 (Anmerk.).*

1087.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 998 (V, Anmerk. 2).*

1089, P. 2.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1095.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1096.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1097.—Anmerkung. In Beziehung auf die von den Untergerichten der Stadt Reval aberkannten Strafgeelder dienen die allgemeinen, im Artikel 287 (in d. Forts.) angegebenen Vorschriften zur Richtschnur.

Vgl. d. unt. Art. 287 (in d. Forts.) cit. Ges.

1108.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1117, P. 6.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1120.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1122.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1127, P. 1.—*S. oben, Art. 448 (Anmerk.).*

1127, P. 4.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1129.—Zur Competenz des Revalischen Waisengerichts gehört die in den gesetzlich bestimmten Fällen zu ertheilende Erlaubniss zum Verkauf unbeweglichen, den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden minderjährigen Personen gehörigen Vermögens.

Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat.-R., Art. 382.

1132.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1134.—Anmerkung. Die in diesem (1134) Artikel angegebenen Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 111, 112, in d. Forts.).

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.

1136.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1138, P. 1 und 2—*Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 111 und 112 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1139—Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 111 und 112 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1140.—S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).

1141—Ersetzt durch die unten, in den Artikeln 111 und 112 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1143.—S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2).

1145.—Anmerkung. Streitsachen über Seehavarie zwischen der Krone und Privatpersonen werden zunächst im Revalschen See- und Frachtgerichte untersucht und gelangen aus demselben in die Allgemeine Versammlung des Magistrats.

1842 Dec. 14 (16331) Art. 1; R.Gb., Bd. XI, Th. I, Handelsregl., Ausg. 1837, Art. 1134, Anm.

1149—Ersetzt durch, die unten im Punkte 10 des Artikels 2, im Punkte 14 des Artikels 103, und in den Artikeln 111 und 112 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, e; 11.]

1154, P. 1, 3 und 4—Ersetzt durch die unten, in den Punkten 2 und 3 des Artikels 2, dem Punkte 14 des Artikels 103, und in den Artikeln 111, 112, 114, und 119 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2058, 2059, 2061, 2066; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, e; 11.]

1155—Ersetzt durch die unten, in den Punkten 2 und 3 des Artikels 2, im Punkte 14 des Artikels 103, und in den Artikeln 111, 112, 114 und 119 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2058, 2059, 2061, 2066; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, e; 11.]

1157.—Anmerkung. Bei der Feststellung von Strafen für leichte Dienstvergehen der die Revalsche Stadtcompagnie bildenden Personen dienen die allgemeinen, in den Artikeln 262 (in d. Forts.), 263 (in d. Forts.) und 266 (in d. Forts.)—269 (in d. Forts.) angegebenen, Vorschriften zur Richtschnur.

Ber. d. Rev. Magistr. üb. d. gerichtl. Verf. 1784; s. d. unt. Art. 262 (in d. Forts.), 263 (in d. Forts.), 266 (in d. Forts.)—269 (in d. Forts.) cit. Ges.

1164.—S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).

1166.—S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2) und 998 (V, Anmerk. 2)

1167.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1168.

1169.

S. oben, Art. 458 (VIII, P. 53, Anmerk. 2).

1171.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1173.—Anmerkung. Die in diesem (1173) Artikel angegebenen Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, P. 1; 111, 112, 116, P. 1, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1; 2058, 2059, 2063, P. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.

1174

bis

1176.

S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).

1177.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1178—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1; 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1179.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1179.—Anmerkung. Das Revalsche Getreidevorrathsmagazin ist aufgehoben worden.

1857 Sept. 17 (32232).

1180—Ersetzt durch die oben, in der Anmerkung 1 zum Punkte 11 des Artikels 1014, Abth. C, angegebenen Vorschriften.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1569; 1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV.]

1181 bis 1189 Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6 fgg.; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1192—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1193.—*S. oben, Art. 550 (Anmerk.).*

1194.—Der Revalsche Polizeimeister wird in Gemässheit der allgemeinen Vorschriften (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 77) angestellt und entlassen. Die Beisitzer von Seiten der Stadt werden

durch Wahl des Stadtverordnetencollegiums bestimmt und in ihren Aemtern von der Gouvernementsregierung bestätigt.

1819 Oct. 5, Vorschr. d. Gen.-Gouv. Marq. Pauluc.; Oct. 18, Bef. d. Gouv.-Reg.; 1855 Jan. 3 (28899) Et.; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f., Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.—Vgl. d. unt. Art. 667, § I, P. 14 d. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, cit. Ges.

1195.—Beim Revalschen Polizeiamte befinden sich zwei Secretäre, der eine für Russische, der andere für Deutsche Correspondenz, zwei Secretärsgehülfen, ein Rentmeister (der zugleich Archivar ist) und Schreiber nach dem Etat. Die Beamten und Schreiber werden in Gemässheit der allgemeinen Vorschriften angestellt (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75).

1855 Jan. 3 (28899) Et.

1196.—Zum Ressort des Polizeiamtes gehören sieben Quartalaufseher, ebensoviele Gehülfen derselben und das Polizeicommando. In Beziehung auf die Ordnung der Anstellung der Quartalaufseher und Gehülfen gelten die allgemeinen Vorschriften (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75).

Anmerkung. Von Seiten der Stadtcompagnie werden ein Unteroffizier und zwei Mann zum Polizeiamt abgeordnet (vgl. Art. 1191).

1852 Dec. 3 (26833) RRG., Art. 2; Et.; vgl. d. unt. Art. 1318, Anm. 1 d. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876 u. Art. 1194 (in d. Forts.) d. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf. cit. Ges.

1197.—Die Beamten der Revaler Stadtpolizei empfangen ihren Unterhalt aus Stadtmitteln nach dem Etat.

1855 Jan. 3 (28899) RRG., Art. 2, 3, Et.

1198.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1199.—*S. oben, Art. 997 (Anmerk.).*

1200

bis

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

1202.

1203, P. 4 und 5—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200, 2019; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1203, P. 7—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.]

1203, P. 9—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.]

1203, P. 11 bis 15—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 200.]

1205.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1206.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.) und 998 (V, Anmerk. 2).*

1207.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk. 1), 305 (Anmerk.) und 998 (V, Anmerk. 2).*

1211, P. 4.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk. 2).*

1211, P. 5 bis 7—*Ersetzt durch die unten, in der 'Beilage zum Zusatz' des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019, 2058—2061; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 6; Regl.]

1211, P. 11.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1212.—Das Revalsche Schlossvogteigericht ist berechtigt, für Nichtbeachtung seiner Vorschriften, die seiner Gerichtsbarkeit unterworfenen Bewohner des Doms und der Domvorstadt der gesetzlichen Verantwortlichkeit, auf Grund des Strafstatuts, zu unterziehen.

1794 Dec. 13, Bef. d. Gouv.-Reg.; 1797 Febr. 26 (17845); R.Gb., Bd. XV, Th. I, Strafstat., Ausg. 1864, Art. 29.

1216, P. 1 und 2.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1219.—*S. oben, Art. 260 (Anmerk.).*

1220.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1220.—Anmerkung. Die Einsendung von Rechenschaftsberichten der Revalischen Domcassenverwaltung an den Kameralhof ist aufgehoben worden.

1864 Sept. 22 (41289).—Vgl. R.Gb., Bd. VIII, Th. II, Rechnungsregl. d. Min. d. Inn., Art. 7, Beil., (in d. Forts. v. J. 1876).

1221.—Anmerkung. Die Steuerverwaltung (Steuercommission) des Domes zu Reval fertigt die Jahresbudgets und die Repartition der Steuern an, welche von den Gliedern der Steuergemeinde zum Zweck der Versorgung der zu diesen verzeichneten Armen und zu ärztlicher Behandlung derselben in Krankenhäusern zu erheben sind (vgl. Art. 458, III, P. 13, Anmerk.). Diese Budgets und Repartitionen werden der Gouvernementsregierung zur Bestätigung eingesandt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf Artikel 1264.

1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV.

1222 — *Aufgehoben.* — [R.Gb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6 fgg.]

1230.—Anmerkung. Zu den Kompetenzgegenständen des Hapsalschen Magistrats gehören die Sachen über Seehavarie zwischen der Krone und Privatpersonen.

1812 Dec. 14 (16931) Art. 2; R.Gb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 1134, Anm.

1230, A, P. 1—3.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1230, A, P. 3.—Anmerkung. Die Acciseerhebung Seitens der Stadtverwaltungen ist aufgehoben worden.

RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 1, 6, 10.

1230, E, P. 9.—Anmerkung. Den Minderjährigen werden Vormünder, den anderen hier (P. 9) genannten Personen aber Curatoren bestellt, auf Grund der Gesetze über das Privatrecht.

1862 Aug. 27 (38607) Art. 1.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 268.

1230, E, P. 10.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1230, E, P. 13—*Aufgehoben.*—[1875 Apr. 23 (54614).]

1244.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1244.—Anmerkung. Sachen über Corroborationen und Ingrossationen bezüglich unbeweglichen Eigenthums sind von der Gerichtsbarkeit des Hapsalschen Magistrats ausgenommen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf Artikel 1250 (P. 1).

1875 Apr. 23 (54614).

1249.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1249.—Anmerkung. Die in diesem (1249) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung. (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, 111, 112, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.

1250.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1250, P. 1.—*S. oben, Art. 1244 (Anmerk.).*

1252.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1253. }
1254. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1256.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1257—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876 Art. 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1258. }
1259. } *S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2).*

1259.—Anmerkung. Die Einsendung der Jahresrechnungen der städtischen Verwaltungen durch den Hapsalschen Magistrat zur Revision an den Kameralhof ist aufgehoben.

1864 Sept. 22 (41289).—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. II, Rechnungsregl. d. Min. d. Inn., Art. 7, Beil., (in d. Forts. v. J. 1876).

1264.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk. 2) und 1221 (Anmerk.).*

1266.—*S. oben, Art. 998 (V, Anmerk.).*

1267.—*S. oben, Art. 739 (Anmerk.).*

1267.—Anmerkung. Die städtischen Getreidemagazine und die Stadtcassaverwaltungen in den Städten Wesenberg, Weissenstein und Baltischport sind aufgehoben.

1865 Mai 13 (42095) Art. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949.

1268, P. 4.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1274.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1279.—*S. oben, Art. 260 (Anmerk.).*

1280, P. 1—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1; 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1280, P. 3 und 4—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 4; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1281.—Anmerkung. In der Stadt Baltischport verwaltet das Vogteigericht die Angelegenheiten der Steuerverwaltung.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1, 4; 2002, P. 6—10; 1877 März 26 (57101) Regl.

1283.—Anmerkung. Die gewählten Candidaten für die Aemter der Oberhofgerichtsglieder in Kurland dem Justizminister zu präsentiren ist, seit der im Jahre 1876 erfolgten Aufhebung des Generalgouverneursamtes in den Ostseegouvernements, dem Kurländischen Gouverneur anheimgestellt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1285.

1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. III.

1284.—Bei Anstellung der Glieder des Kurländischen Oberhofgerichts wird eine bestimmte Reihenfolge beobachtet: in die Stelle des ausscheidenden Präsidenten tritt, mit Allerhöchster Genehmigung (Art. 1283, Anmerk., in d. Forts.), der Landhofmeister, als der älteste der Oberräthe; an dessen Stelle der Kanzler und so weiter. In die Stellen der älteren Räthe treten die jüngeren Räthe. An Stelle des jüngsten Gliedes wird einer der Oberhauptmänner angestellt.

1832 Febr. 21 (3177); 1835 Novbr. 26 (8617); 1861 Jan. 2 (36499).

1285.—*S. oben, Art. 354 (Anmerk.) und 1283 (Anmerk.).*

1286.—*S. oben, Art. 4 (Anmerk. 2).*

1287.—Anmerkung. Beim Kurländischen Oberhofgerichte sind, ausser den in diesem (1287) Artikel bezeichneten Beamten, ein Archivar, ein Journalist und ein Registrator angestellt.

1861 Oct. 31 (37379) Et.

1288.—Anmerkung. Die Bestätigung der Obersecretäre und Kanzlei-secretäre des Kurländischen Oberhofgerichts ist, seit der im Jahre 1876 erfolgten Aufhebung des Generalgouverneursamtes der Ostseegouvernements, dem Justizminister anheimgestellt.

1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, c, P. 3.—Vgl. d. unt. Art. 1287 cit. Ges.

1289.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1291.—Anmerkung 1. Die in diesem (1291) Artikel erwähnten Strafgeelder fließen zu den Einnahmen des Reichsschatzes, ausgenommen die Fälle, wo durch die Vorschriften des Strafgesetzbuchs oder Strafstatuts, oder aber durch besondere diesbezügliche Rechtsbestimmungen ein anderes Ressort oder eine andere Behörde namentlich bezeichnet ist, wohin dieselben abzuliefern sind (vgl. Art. 287, in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1328.

RGb., Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 42; Strafsfat., Ausg. 1864, Art. 27.

1291.—Anmerkung 2. Den Translateuren des Kurländischen Oberhofgerichts (Art. 1287) wird für die Reinschrift der Uebersetzungen aus der Etatsumme der Kanzlei eine besondere Zahlung, nach Ermessen des Oberhofgerichts, verabfolgt.

1846 Nov. 19 (20624); 1861 Oct. 31 (37579) Art. 3; Et.

1294, I.—Zusatz 1. Zur Competenz des Kurländischen Oberhofgerichts in Criminalsachen gehören, in erster Instanz, Staatsverbrechen, ohne Rücksicht auf den Stand der Angeklagten.

Reichsgesetzb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess. Ges., Ausg. 1876, Art. 8, 579, P. 1.—Vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf. Art. 312, P. 1.

1294, I.—Zusatz 2. Der Gerichtsbarkeit des Kurländischen Oberhofgerichts in Criminalsachen sind, in erster Instanz, die von ihm in der Eigenschaft als Gewissensgericht verhandelten Sachen unterworfen, auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 694 fgg.—Vgl. 1846 Nov. 11, Sen. Bef.; RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 717 fgg.

1294, I.—Zusatz 3. Der Gerichtsbarkeit des Kurländischen Oberhofgerichts in Criminalsachen unterliegen, in erster Instanz, Sachen betreffend Ehrenkränkungen, welche durch den Druck oder durch ein anderes Mittel der Veröffentlichung zugefügt wurden.

1860 Dec. 26 (36456).

1294, I, P. 3.—Zusatz. Die Stadthäupter und die Glieder der Stadtämter sind in allen Städten des Kurländischen Gouvernements, in Sachen betreffend Amtsverbrechen, in erster Instanz dem Oberhofgericht unterstellt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv.-Verf., Ausg. 1876, Art. 2107; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 19.—Vgl. Art. 9, Zus., Beil., Art. 160 (in d. Forts).

1294, II, P. 4.—Zusatz. Das Kurländische Oberhofgericht revidirt nach den an dasselbe gelangenden Acten die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der durch die Polizei veranstalteten Voruntersuchungen und macht über alle bemerkten Fehler in der festgesetzten Ordnung der Gouvernementsregierung Mittheilung.

1863 Nov. 27 (40316).

1295.—Anmerkung. Von der allgemeinen Regel, wonach die Urtheile des Kurländischen Oberhofgerichts dem Gouvernementschef zur Bestätigung vorzustellen sind, bilden diejenigen Sachen eine Ausnahme, in welchen die Urtheile, auf Grund des Gesetzes selbst, der Revision des Dirigirenden Senats unterliegen. Die Urtheile in diesen Sachen werden nicht an den Gouverneur zur Bestätigung gesandt, sondern in der hierfür vorgeschriebenen Ordnung dem Dirigirenden Senate direct unterlegt.

1864 Febr. 10 (40584); Ausg. 31 (41241).

1296, I, P. 2.—Anmerkung. Im Jahre 1848 ist bestimmt worden: Klagen, welche nach ihrem Wesen und Inhalt ein untheilbares Ganzes bilden, werden, wenn bei denselben mehrere in verschiedenen Gouvernements oder in verschiedenen Kreisen eines Gouvernements wohnhafte Beklagte bethelligt sind, in dem Gerichte zweiter Instanz desjenigen Gouvernements erhoben und verhandelt, wo die Handlungen stattfanden, aus welchen diese Klagen entsprangen.

1848 Oct. 25 (22664).

1296, I, P. 3.—Zusatz. Der Competenz des Kurländischen Oberhofgerichts unterliegen, in erster Instanz, Streitigkeiten über das Eigenthum an Kunsterzeugnissen, in den Fällen, wo die Streitenden über die Zuweisung der Entscheidung an ein Schiedsgericht sich nicht verständigen..

1846 Jan. 1 (19569) § 19.

1298.—Anmerkung. In Beziehung auf Einreichung von Beschwerden in den Bauergerichten zuständigen Sachen an den ehemaligen Civiloberbefehlshaber der Ostseegouvernements werden nachstehende Vorschriften zur Richtschnur genommen: 1) In Civilstreitsachen der der Gerichtsbarkeit der Bauergerichte unterliegenden Personen werden Beschwerden über Urtheile des Kurländischen Oberhofgerichts in allgemeiner Grundlage beim Dirigirenden Senate erhoben, mit Ausnahme der Sachen, welche zwischen Gutsherren und Bauern aus Agrarverhältnissen entspringen. 2) Beschwerden an den Dirigirenden Senat in den zuletzt erwähnten Sachen sind ohne Beschränkung durch die Klagesumme zulässig. Diese Sachen werden im Senate unter Theilnahme des Ministeriums des Innern entschieden. 3) Beschwerden über Verschlepp der Verhandlung und über Justizverweigerung werden, in allen oberwähnten Sachen, beim Dirigirenden Senate eingereicht.

1876 Jan. 25 (55501); 1879 Apr. 17, Samml. d. Ges. u. Verordn., N^o 383.

1299.—Zusatz. Zur Competenz des Kurländischen Oberhofgerichts in nicht-streitigen Sachen gehören ferner: a) die Jahrgebung (*venia aetatis*), auf Vorstellung des zuständigen Waisengerichts; b) die Genehmigung des [Verkaufs von Immobilien; welche den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen, sowie Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen und Wohlthätigkeitszwecken gehören, in den gesetzlich bestimmten Fällen (a); c) die Erlaubnisserteilung an die zuständigen Hypothekenbehörden, dem Kurländischen Creditverein in den im Gesetz bestimmten Fällen ein Vorzugsrecht vor der auf dem Immobil ruhenden stillschweigenden Hypothek Minderjähriger einzuräumen, ferner die Ermächtigung der Vormünder unter Vormundschaft stehender Personen, eine Schuld der Letzteren mit Pfandbriefen des genannten Vereins abzulösen (b).

(a) 1862 Aug. 27 (38607) Art. 3.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat.R., Art. 271, 382, 493, 2356.—
(b) 1874 Mai 18 (53540) Regl., §§ 39 u. Anm.; 46.

1299, P. 2.—Anmerkung 1. Der öffentliche Verkauf unbeweglichen Eigenthums in unstreitigen und Concurssachen wird von den Bauerbehörden erster und zweiter Instanz in den Fällen veranstaltet, wo derselbe den erwähnten Gerichten durch die Vorschriften der Kurländischen Bauerverordnung anheimgestellt ist.

1817 Aug. 25 (27024) §§ 486, 487, 523.

1299, P. 2.—Anmerkung 2. Der öffentliche Verkauf von Landgütern, welche auf Verlangen des Kurländischen Creditvereins unter Sequester gestellt sind, erfolgt durch das Oberhofgericht, welches in den Fällen, wo das Darlehen, bezüglich dessen das Gut zum Verkauf bestimmt wurde, fünftausend Rubel nicht übersteigt, die Ausführung dieses Verkaufs der ihm untergeordneten Gerichtsbehörde überträgt.

1874 Mai 18 (53540) Regl., §§ 91, 92.

1305, P. 8.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1309.—Anmerkung 1. Ein Mitglied des Kurländischen Oberhofgerichts nimmt Theil an den Sitzungen des Oberschiedsgerichts zur Schlichtung der Ländereistreitigkeiten und Servitutsachen auf den Krongütern des Kurländischen Gouvernements.

1854 Mai 26 (28297) Art. 1, 47, P. 2.—Vgl. RGb., Bd. VIII, Th. I, Regl. üb. Krong., Ausg. 1876, Art. 7, Beil., Art. 1, 54, P. 2.

1309.—Anmerkung 2. Ein Gerichtsglied hat der Ausführung der alljährlich vorzunehmenden öffentlichen Ziehung der Pfandbriefe des Kurländischen Creditvereins beizuwohnen.

1874 Mai 18 (53540) Regl., § 59.

1312.—Das Kurländische Oberhofgericht unterliegt der Revision des Justizministers, welcher in ausserordentlichen Fällen und namentlich, wenn es zu seiner Kenntniss gelangt, dass irgend welche erhebliche Unordnungen oder Missbräuche beim Oberhofgerichte vorkommen, die gleich im Beginn und ohne Zeitverlust ausgemittelt und unterdrückt werden müssen, zu einer Revision des Oberhof-

gerichts, jedoch nur als Ausnahme von der allgemeinen Regel, schreiten kann; er richtet hierüber gleichzeitig einen Antrag an den Dirigirenden Senat.

1830 Nov. 15, Sen. Bef.; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, a.

1313.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1313.—Anmerkung. Die Amtsentfernung der Mitglieder des Kurländischen Oberhofgerichts in dringenden Fällen und nach vorgängiger Untersuchung ist, nach der im Jahre 1876 erfolgten Aufhebung des Generalgouverneursamtes, der Ostseegouvernements, dem Justizminister anheimgestellt.

1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 3.

1314. *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1314. Anmerkung. Dem Justizminister ist anheimgestellt, die Obersecretäre und Kanzleisecretäre des Kurländischen Oberhofgerichts zeitweilig vom Amte zu entfernen.

1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 1.

1315.—*S. oben. Art. 1 (Anmerk.).*

1316.—Das Kurländische Oberhofgericht empfängt vom Gouverneur Anträge und richtet seinerseits an denselben Vorstellungen.

Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 462, 651; 1864 Aug. 31 (41241); 1876 Jan. 25 (55501).

1317.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

1318.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 355 (Anmerk.).*

1322.—Anmerkung. Für die Oberhauptmannsgerichte und Bauer-Kreisgerichte des Kurländischen Gouvernements ist ein besonderer Translateur mit Besoldung aus den Etatssummenresten dieser Behörden angestellt.

1862 März 5 (38032).

1323.—Anmerkung. Dem Justizminister die zu den Aemtern der Oberhauptmänner und der Assessoren der Oberhauptmannsgerichte gewählten Candidaten zu präsentiren ist, seit der im Jahre 1876 erfolgten Aufhebung des Generalgouverneursamtes der Ostseegouvernements, dem Kurländischen Gouverneur anheimgestellt.

1870 Mai 27 (48424) Art. 1; 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. III.

1325.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1326.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1328.—*S. oben, Art. 1291 (Anmerk. 1).*

1328.—Anmerkung. Die Oberhauptmannsgerichte erheben nach einer besonderen Taxe Gebühren für ihre Amtswahrnehmungen in Sachen des Kurländischen Creditvereins.

1874 Mai 18 (53540) Regl., § 179, P. 1—9.

1330.—Anmerkung 1. Die Oberhauptmannsgerichte im Kurländischen Gouvernement revidiren nach den an dieselben gelangenden Acten die Vollständigkeit und Regelmässigkeit der von der Polizei veranstalteten Voruntersuchungen und bringen die bemerkten Fehler in der vorgeschriebenen Ordnung zur Kenntniss der Gouvernementsregierung.

1863 Nov. 27 (40316).

1330.—Anmerkung 2. Die früheren (Guts-) Gemeindegerichte des Kurländischen Gouvernements sind in (Gebiets-) Gemeindegerichte umbenannt worden.

1866 Febr. 19 (43034) Regl., § 25.

1333, P. 1.—Anmerkung. Zur Competenz der Oberhauptmannsgerichte im Kurländischen Gouvernement gehört die Ermächtigung zum Verkaufe der Minderjährigen gehörenden Immobilien, in Fällen, wo der Schätzungswerth des zu verkaufenden Immobils dreihundert Rubel nicht übersteigt.

1862 Jul. 2 (38433) Art. 3; Aug. 27 (38607) Art. 1.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat.-R., Art. 332.

1333, P. 5.—Zusatz. Zu den Competenzgegenständen der Oberhauptmannsgerichte in nichtstreitigen Sachen gehören ferner die gerichtliche Eintragung von Kunsterzeugnissen in die Anmeldebücher und die Ausfertigung von Extracten aus denselben, in Gemässheit der hierfür festgesetzten Regeln.

1846 Jan. 1 (19569) §§ 1, 2.

1333, P. 7.—Zu den Competenzgegenständen der Oberhauptmannsgerichte in nichtstreitigen Sachen gehört die Entgegennahme und Aufbewahrung von Geldsummen, die, auf Grund der bestehenden Vorschriften über das Cassawesen, einstweilig in den bei denselben verhandelten Sachen einfließen können.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 202.

1333, P. 11.—Anmerkung. Die im Kurländischen Gouvernement wohnhaften freien Leute sind zu den örtlichen städtischen und Landgemeinden verzeichnet worden.

1847 Jul. 24 (21433); 1849 Mai 12 (23244).

1333, P. 12.—Zusatz. In Beziehung auf Corroboration des in der Oberhauptmannschaft belegenen Grundeigenthums bilden die an Pächter von Bauergesinde und andere Personen verkauften bäuerlichen Grundstücke selbstständige, von denen der Höfe getrennte, Hypotheken.

1863 Sept. 6 (40034 a) Regl., Art. 5.

1340, P. 11.—*S. oben, Art. 65 Anmerk.*)

1347, P. 10.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.)*

1354.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1355. }
1356. } *S. oben, Art. 4 (Anmerk.).*

1356.—Anmerkung. Die einstweilige Amtsentfernung der Oberhauptmannsgerichtsglieder in ausserordentlichen Fällen und nach vorgängiger Untersuchung ist, nach der im Jahre 1876 erfolgten Aufhebung des Generalgouverneursamtes in den Ostseegouvernements, dem Justizminister anheimgestellt worden.

1861 Jan. 16 (36549); 1876 Jan. 25 (55501); 1877 Mai 19 (57384) Art. I, d, P. 3.

1357.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 1, 2).*

1358.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 354 (Anmerk.), 355 (Anmerk.) und 369 (P. 13, Anmerk.).*

1359.—Ergiebt sich die Nothwendigkeit, eine andere höhere oder gleichstehende Behörde an die Erfüllung der an dieselbe ergangenen Requisitionen zu erinnern oder anhalten zu lassen, so hat das Oberhauptmannsgericht im Kurländischen Gouvernement, gemäss den allgemeinen Regeln, der Gouvernementsregierung darüber vorzustellen (Art. 215, in d. Forts.).

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 217.

1362.—Anmerkung. Im Kurländischen Gouvernement ist der Gouvernementsobrigkeit gestattet, die Aemter der Translateure bei den Hauptmannsgerichten sowohl mit frei angemieteten, als auch mit solchen Personen zu besetzen, welche in anderen Behörden dienen, mit der Maassgabe jedoch, dass dieselben für Verletzung oder Nichterfüllung der durch diese Aemter ihnen auferlegten Verpflichtungen der gesetzlichen Verantwortlichkeit auf der gleichen Grundlage, wie die ähnliche Aemter zufolge Anstellung seitens der Staatsregierung innehabenden und die Rechte des Staatsdienstes geniessenden Personen, unterliegen, und dass der wider die Letzteren in gewissen Fällen für Amtsverbrechen und Vergehen gesetzlich zu verhängende Abzug von der Zeit des Dienstes für die Translateure aus der Zahl der frei angemieteten oder in anderen Behörden dienenden Personen durch Entlassung von ihren Aemtern ersetzt werde.

1861 Jun. 5 (37082) Art. 2.

1363.—Die Hauptmänner und Assessoren der Hauptmannsgerichte im Kurländischen Gouvernement werden auf Lebenszeit, auf Grund der im II Theil dieses Provinzialrechts enthaltenen Vorschriften, gewählt. Für jede Vacanz werden dem Gouverneur drei Candidaten präsentirt, von welchen zwei in der festgesetzten Ordnung dem Ermessen Sr. Kaiserlichen Majestät vorgestellt werden.

Form. reg. 1617, § 8; Commiss. Dec. 1717 ad grav. 11; 1797 Febr. 5 (17785); 1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., § 206; 1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55371) Art. 9.—Vgl. Th. II dies. Prov.-R., Stände-R., Art. 520 u. flg.

1367.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1368.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1368.—Anmerkung. Nach Aufhebung des Generalgouverneursamtes in den Ostseegouvernements, im Jahre 1876, werden die Gesuche der Hauptmannsgerichtsglieder um Entlassung aus dem Dienste vom Gouverneur durch den Minister des Innern Sr. Majestät dem Kaiser unterlegt.

1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55871) Art. 9.

1370.—Anmerkung. Die Beamten der Hauptmannsgerichte, welche auf Begehren der Direction des Kurländischen Creditvereins auf Grundeigenthum Sequester legen und dasselbe dem Bezirkscurator der Vereinsverwaltung übergeben, geniessen in diesen Sachen Gebühren nach einer besonderen Taxe.

1874 Mai 18 (53540) Regl., § 180, P. 1, 2.

1371.—Zum Wirkungskreise der Hauptmannsgerichte im Kurländischen Gouvernement gehört:

I. In Beziehung auf die Aufsicht über Beobachtung der Gesetze, die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Sorge für die allgemeine Wohlfahrt:

1) Veröffentlichung der Befehle und Verordnungen der Staatsregierung Eröffnungen aller Art, Bekanntmachungen, Proclame und Anzeigen laut obrigkeitlicher Befehle; Vertheilung der Exemplare des Reichsgesetzbuches an die Behörden und Gewalten im Kreise.

2) Sicherung der Unverletzlichkeit der Rechte und der ungestörten Vollziehung des Gottesdienstes und der kirchlichen Gebräuche des Russisch-Rechtgläubigen, des Evangelisch-Lutherischen und der anderen von der Staatsregierung anerkannten Bekenntnisse, auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln.

3) Abnahme des Eides von Ausländern beim Eintritt in die Russische Unterthänigkeit, gemäss bezüglicher Genehmigung des Gouverneurs.

4) Aufsicht darüber, dass sich die zur Evangelischen Brüdergemeinde gehörigen Personen nur auf Grund der hierfür festgesetzten Regeln versammeln.

5) Auf die Hebräer bezügliche Angelegenheiten; Aufsicht darüber, dass die zu einstweiligem Aufenthalt eintreffenden Hebräer die verordneten Zeugnisse besitzen; Aufsicht darüber, dass sich nur solche Hebräer in Kurland beständig aufhalten, deren Väter in die Revisionslisten dieses Gouvernements eingetragen sind.

6) Sicherung der öffentlichen Ruhe, Wohlanständigkeit, Sittlichkeit, Ordnung und des den Obrigkeiten schuldigen Gehorsams; Unterdrückung jeder der Pflicht und Folgsamkeit eines treuen Unterhanen zuwiderlaufenden Handlung, sowie Anzeige hierüber an die Obrigkeit; Verhinderung und Unterdrückung aller unerlaubten und anstössigen Zusammenkünfte; strengste Aufsicht darüber, dass nirgends und unter keinem Vorwande gesetzwidrige Verbindungen gestiftet werden (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. üb. Vorbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Sicherungsmaassregeln gegen Diebe und Räuber; Ergreifen der-

selben und Vernichtung ihrer Banden; besondere Schutzmaassregeln für irgend eine Ansiedelung, ein Haus oder eine einzelne Person, wo sich die Nothwendigkeit dazu ergibt.

7) Uebergabe der aus den Residenzen und aus anderen Städten mittelst der Ortscommandos zu transportirenden Bauern von schlechter Führung von der Stadt, wo das Hauptmannsgericht sich befindet, an die betreffenden Gemeinden.

8) Ausreichung von einstweiligen, bis zum Empfang neuer Aufenthaltsscheine oder Pässe gültigen, Zeugnissen über Entlassung nach anderen Orten, an im Kreise Handel treibende fremde Kaufleute, Bürger und Personen anderer Stände; Verschreibung von Pässen und Ausreichung von Passverlängerungsattesten (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Einfangen von Läuflingen, Vagabunden und Passlosen und Unterbringung derselben; Bestimmung des Alters der im Polizeibezirke wegen Mangels gesetzlicher Legitimationen und wegen Unbekanntschaft ihres Standes und festen Wohnortes ergriffenen Vagabunden (vgl. Reichsgesetzb., Bd. XIV, Passregl., Ausg. 1857); Maassregeln zur Unterdrückung der Bettelei und Landstreicherei, sowie Ausmittlung der zu keinem Stande verzeichneten Personen.

9) Aufsicht über die Führung der sich im Kreise aufhaltenden Studenten und darüber, dass dieselben nicht über den ihnen bewilligten Urlaub hinaus wegbleiben.

10) Aufsicht darüber, dass die aus den Gouvernements des Königreichs Polen übersiedelnden Personen sich thatsächlich an den gewählten Orten niederlassen (Reichsgesetzb., Bd. IX, Stände-R., Ausg. 1876).

11) Fürsorge für ausgesetzte oder ohne Vorbedacht verlassene Kinder, und gehörige Untersuchung solcher Fälle, sowie Unterstützung Erwachsener, welche ausserhalb ihres Wohnorts plötzlich schwer krank befallen sind.

12) Besichtigung der auf den Strassen oder sonst gefundenen Leichname; Untersuchung aller Fälle gewaltsamen und überhaupt plötzlichen Todes; Nachrichten über ausserordentliche Vorfälle und die damit zusammenhängenden Ermittlungen, sowie Einsendung der in Sachen dieser Art vorgeschriebenen Berichte und Vorschläge in einem Exemplar direct an den Gouverneur.

13) Ausreichung von Billeten zur Holzflössung aus gutsherrlichen Waldungen und zum Bau von Fahrzeugen aus solchen Hölzern; Stempelung von Fahrzeugen, nach den Vorschriften des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

14) Mitwirkung zur Rettung von Menschen und Bergung von Ladungen im Fall des Unterganges von Fluss- und Seeschiffen; Sicherung gescheiterter oder auf den Grund gerathener Schiffe nebst Takelage, sowie Bergung der Waaren.

15) Ergreifung vorläufiger Maassregeln zur Sicherung des Nachlasses der im Kreise Verstorbenen, wenn nicht gesetzliche Erben oder Curatoren solchen Vermögens bekannt sind (vgl. Th. III, dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 2587 fgg.).

16) Sorge für Sicherung vor Feuerschäden und Überschwemmungen auf dem Lande; Aufsicht über Herstellung der hierzu erforderlichen Anstalten daselbst; Maassregeln zur Hülfeleistung; Mitwirkung zur Verhütung und Unterdrückung von Feuersbrünsten in Waldungen und auf Feldern.

17) Die ersten Vorsichtsmaassregeln beim Erscheinen von ansteckenden oder epidemischen Krankheiten und Viehseuchen; Berichterstattung darüber an die Gouvernementsobrigkeit.

18) Ausführung der für diese Fälle (P. 17) vorgeschriebenen Maassregeln, nach den Weisungen der Gouvernementsregierung und des Kreissanitätscomités, auf Grund des Medicinalreglements (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Medicinalregl., Ausg. 1857).

19) Theilnahme an der Veranstaltung medicinisch-polizeilicher Besichtigungen, sowohl in den Fällen, wo beim Durchgang von Viehheerden in diesen eine epidemische ansteckende Krankheit ausbricht, als auch beim Verkauf des durchgetriebenen, zum Schlachten bestimmten, Viehes (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpfl., Ausg. 1857); Theilnahme an den Verfügungen zur Tödtung pestkranker Thiere unter dem im Transport zur Eisenbahn begriffenen, oder dem in Heerden durchgehenden Hornvieh.

20) Sorge für die Sicherheit der Wegverbindungen; Aufsicht über Instandhaltung derselben und, wo erforderlich, über Einrichtung ständiger oder einseitiger Prähme und anderer Ueberfahrten.

21) Verhütung der Ausführung von Anlagen und Arbeiten im Widerspruch mit den speciellen Vorschriften über Bauten, Stapelungen, Aufgrabungen und Anpflanzungen in der Nähe von Eisenbahnlinien (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Regl. üb. Wegcomm., Ausg. 1857).

22) Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Ansiedelungen auf dem Lande; Aufsicht über Gebäude und Ausführung von Bauten nach den festgesetzten Vorschriften.

23) Aufsicht über Tracteurs, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Restaurationen, Garküchen und sonstige Anstalten dieser Art im Kreise, sowie über Befolgung der das Halten derselben regelnden Vorschriften; Unterdrückung und Verhütung aller Streitigkeiten, Raufereien und anderer, dem Gesetze oder den Regeln der Schicklichkeit und des Anstandes zuwiderlaufenden, Handlungen in diesen Anstalten und überhaupt an öffentlichen Orten, sowie verbotener Spiele.

24) Ausreichung von Zeugnissen an Fabrikanten, Künstler und Handwerker zum Erwerbe giftiger, für ihre Erzeugnisse erforderlicher Substanzen und andere, auf Aufbewahrung und Verkauf dieser Substanzen seitens der Handeltreibenden bezügliche; Wahrnehmungen, in Gemässheit des Medicinalreglements (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Medicinalregl. Ausg. 1857); Aufsicht über den Verkauf von Jagdpulver, sowie über die Aufbewahrung und den Transport von Schiesspulver (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. üb. Vorbeug. u. Verhüt. d. Verbr., Ausg. 1876); Ausreichung von Zeugnissen an die bei Kronpulvermagazinen um Artilleriepulver nachsuchenden Personen darüber, dass die erbetene Quantität Pulver den Erwerb in der That zu einem dem Gesetze nicht zuwiderlaufenden Zwecke erforderlich ist.

25) Aufsicht darüber, dass kein verbotener Handel getrieben, sowie darüber, dass auf Messen und Märkten und in Kaufläden keine von der Regierung verbotenen Waaren, Bücher, Kupferstiche und Manuscripte colportirt und verkauft werden.

26) Die Aufsicht über genaue Befolgung der Vorschriften über Ausübung der Jagd im Kreise, auf Grund der besonderen diesbezüglichen Regeln.

27) Aussendung derjenigen Untermilitärs, die über den Urlaub ausgeblieben, an ihre Dienstorte und Adstringirung der Militärpersonen und Civilbeamten, die ihren Urlaub überschritten, zur Rückkehr in ihre Functionen.

28) Zusammenstellung von Nachrichten über die im Kreise befindlichen Kirchen, Wohlthätigkeits- und Lehranstalten und Fabriken, ferner über die Zahl der Einwohner, der Geburten, Eheschliessungen und Sterbefälle, und von anderen Auskünften, nach den von Statistischen Gouvernementscomité gegebenen Formularen (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 252, Beil.); Nachrichten über die Erwerbsbedingungen der im Kreise sich aufhaltenden Ausländer.

29) Zusammenstellung von Vorschlägen über Korn-Aussaat und Ernte und über den Zustand der Wiesen und Felder, ferner von Vorschlägen über Marktpreise für Victualien, sowie für Transporte und Flössungen.

30) Berichterstattung an die Obrigkeit über alle im Bezirk gefundenen, seltenen Naturerzeugnisse, Alterthümer u. s. w.

31) Verpflichtungen bezüglich der gegenseitigen Gouvernements-Gebäudeversicherung, auf Grund der hierfür erlassenen Vorschriften (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Brandregl., Ausg. 1857).

32) Verpflichtungen betreffend Gegenstände und Angelegenheiten, welche der Administration der Stadtscomunalverwaltung unterstellt sind (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 6, 20, Anmerk.; 58, P. 3; 104, 105, 107, 108, 131, P. 4; 158, 151, in d. Forts.).

33) Aufsicht darüber, dass die Miether von Arbeitern dieselben mit vollwichtiger und vollwerthiger Silbermünze und nicht mit abgenutzter oder durchlöcherter bezahlen.

34) Führung von Metrikbüchern über Geburten, Eheschliessungen und Todesfälle der Sectirer (Raskolniki) und der zur protestantischen Secte der Baptisten gehörigen Personen.

35) Ausreichung von Zeugnissen und Beglaubigung von Documenten, in Gemässheit der Reglements und Vorschriften über die Emeritalcassen und Unterstützungscapitalien.

36) Die Aufsicht darüber, dass die Zigeuner sich nicht mehr, als dreissig Werst von der Stadt, zu welcher sie angeschrieben sind, entfernen.

Anmerkung 1. Die Rechte und Pflichten der Hauptmannsgerichte bezüglich der Herbeirufung von Truppen zur Wahrung oder Wiederherstellung der inneren Sicherheit und Ordnung sind in besonderen hierauf bezüglichen Vorschriften festgesetzt.

Anmerkung 2. Einige Rechte und Pflichten der Hauptmannsgerichte in Beziehung auf Aufsicht über Befolgung gesetzlicher Vorschriften, Wahrung der öffentlichen Sicherheit und bezüglich der allgemeinen Wohlfahrt sind in der Verordnung über die Bauern des Kurländischen Gouvernements angeben (a).

II. In Beziehung auf das Kroninteresse:

1) Beitreibung der Rückstände aller Abgaben, Staat- und öffentlichen Gefälle überhaupt, sowie Restanzen und Zahlungen, auf Vorschrift vorgesetzter und Requisition coordinirter Behörden.

2) Verhütung und Beseitigung aller Missbräuche zur Verkürzung des Münzgewichtes und Münzwerthes.

3) Aufsicht über richtiges Maas und Gewicht; Einführung neuer Maasse, falls Solches höheren Orts vorgeschrieben wird.

4) Aufforderung, in Gemässheit obrigkeitlicher Anordnung, sich zum öffentlichen Ausbot von Lieferungen und Arbeiten, sowie zum An- oder Verkauf von Kron-, Gemeinde- oder inventirtem Vermögen einzufinden.

5) Ausreichung von Zeugnissen an Lieferanten über die gesetzlichen Ursachen, welche sie an der Ausführung ihrer Contracte überhaupt, oder an der Ausführung derselben zur festgesetzten Frist verhinderten.

Anmerkung. Diese Zeugnisse werden bei den Transporten zur See von der Polizei desjenigen Ortes ausgestellt, wo das Schiff nach eingetretenem Hinderniss ankommt, oder im Fall eines Schiffbruches, wo der Capitän eintrifft.

6) Verhütung und Unterdrückung des Waarenschuggels und entsprechende Beihülfe, die denjenigen Behörden und Personen zu leisten ist, welchen die Aufsicht über den Handels- und Gewerbebetrieb obliegt; strenge Beaufsichtigung dessen, dass kein Handel mit verbotenen Spielkarten getrieben und nirgends heimliche Fabrikation und Benutzung von Contrebandekarten stattfindet; Verpflichtungen bezüglich der Aufsicht über den Verkauf der Spielkarten auf Grund der besonderen Verordnung über Anfertigung und Verkauf dieser Karten; Entscheidung gerichtlich - polizeilicher Sachen betreffend Verletzung der Vorschriften über die Getränkesteuer, auf Grund des Reglements über diese Steuer, sowie andere durch dasselbe festgesetzte Obliegenheiten (Reichsgesetzb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876); Wahrnehmungen bezüglich der Aufsicht über den Betrieb des Tabacks-Handels und Gewerbes, wie sie in dem Reglement über die Tabacksaccise und in der besondern betreffenden Instruction des Finanzministers festgesetzt sind (Reichsgesetzb., Bd. V, Tabacksregl., Ausg. 1876).

7) Die der Forstobrigkeit des Domainenressorts zu leistende polizeiliche Mitwirkung, in Gemässheit des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

8) Die der Gouvernementsregierung (in Monatsfrist) vorzustellenden Nachrichten über den Tod solcher Beamten, die Arrenden bezogen und weder Wittwen noch Kinder, noch sonst Nachkommen in directer absteigender Linie hinterlassen haben.

9) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Kreise über Verpachtung oder Verkauf von Kroneigenthum, sowie über den Verkauf von Kronholzmaterial (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 930, 931).

10) Vornahme von Torgen (Submissionen) im Kreise über Forstarbeiten, auf Grund der im Forstreglement enthaltenen Vorschriften (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876).

11) Vornahme von Torgen (Submissionen) mit Genehmigung des Ministers der Finanzen über Verpachtung von Kronpachtobjecten des Accisseressorts.

Anmerkung. Ausser den oben (II, P. 7) bezeichneten Vorschriften des Forstreglements und den allgemeinen Schutzmaassregeln gegen Feuerschäden (I, P. 16) liegen dem Hauptmannsgerichte noch einige besondere Verpflichtungen ob in Beziehung auf den Schutz der Waldungen, welche Privatpersonen und Corporationen gehören (vgl. Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866; Strafstat., Ausg. 1864 (b)).

1) Unterdrückung jeglicher Gewaltthätigkeit, Beleidigung und Eigenmächtigkeit; Veranstaltung von Voruntersuchungen über alle im Kreise begangene Verbrechen.

2) Gestellung der Angeschuldigten und der bei der Sache Betheiligten vor Gericht, auf Begehren des Letzteren, sowie Inhaftnahme derselben, wenn dieses vorgeschrieben wird.

3) Vollziehung gerichtlicher Erkenntnisse und Verfügungen und Ergreifung von Maassregeln zur Sicherstellung von Forderungen.

4) Untersuchung und Aburtheilung geringer Verbrechen und Vergehen, welche auf Grund der bestehenden Geseze (Art. 418, Anmerk., in d. Forts.) direct der polizeilichen Amtsgewalt zuständig sind.

5) Persönliche Inhaftnahme und sonstige polizeiliche Behandlungen für Verletzung von Anstand und Ordnung in den verschiedenen Verwaltungszweigen, auf Grundlage der hierüber bestehenden Reglements und Verordnungen.

6) Die durch die bestehenden Militär- und Marine-Justizreglements festgesetzten Verpflichtungen in Sachen des Militär- und Marine-Justizressorts.

7) Ausreichung von Zeugnissen an Frauen und Familienangehörige der unter Gericht befindlichen, in Gefängnissen oder bei der Polizei inhaftirten Beamten darüber, das die ersteren mittellos sind, mithin den gesetzlich bestimmten Unterhalt von der Krone erhalten können (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Regl. üb.-d. Arrestant., Ausg. 1857).

8) Ausreichung von Zeugnissen, auf Grund des Militärgesetzbuches, an verwandte und verschwägere Personen der auf Grund von Urtheilen der Civilgerichtsbehörden in Festungen Internirten, behufs zu ertheilender Erlaubniss die letzteren wiederzusehen.

9) Beschwerdesachen wegen Verletzung künstlerischen Eigenthums, in Gemässheit des diesbezüglichen Reglements (Reichsgesetzb., Bd. XIV, Censurregl., Ausg. 1857); Sachen wegen Verletzung des Forstreglements (Reichsgesetzb., Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876), auf Grund der Gesetze über den Criminalprozesses.

10) Aufforderung zum Erscheinen vor Gericht behufs Abgabe von Erklärungen; Anhörung von Entscheidungen u. dgl.

11) Prüfung der Tauglichkeit der Landstreicher zur Arbeitsleistung in Corrections- und Arrestantenabtheilungen.

12) Verwaltung der Etappen- und sonstigen Hallocale, wenn dieselben sich innerhalb des Kreises befinden; Beköstigung und Transport der Arrestanten, und Unterdrückung jeglichen Missbrauchs in dieser Beziehung.

Anmerkung. Hinsichtlich des Aufrufs der bei den Eisenbahnen angestellten Personen zum Erscheinen bei der Untersuchung oder vor Gericht befolgt das Hauptmannsgericht die hierfür festgesetzten besonderen Regeln (vgl. Art. 209, Anmerk., in d. Forts.) (c).

IV. In Beziehung auf das Militärwesen:

1) Mitwirkung und Aufsicht in Betreff ordnungsmässigen Durchzuges von Regimentern und sonstigen Militärcommandos; Aufsicht über Ableistung der bezüglichen Naturalprästationen und Maassregeln zur thatsächlichen Ausführung

derselben nach den dafür festgesetzten Regeln; Maassregeln zur Herbeischaffung der für die erwähnten Commandos bestimmten Erfordernisse; Ausreichung von Preisnotizen über Verpflegungsgegenstände, nach dem Reglement über Volksverpflegung (Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpf., Ausg. 1857); Ausstellung von Quittungen darüber, dass Durchmarsch und Einquartierung der Truppen ohne Anlass zu Beschwerden stattgefunden; Anordnungen zu anstandlosem und ordnungsmässigem Durchmarsch der Commandos beurlaubter und verabschiedeter Untermilitärs des Marineressorts.

Anmerkung. Die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs werden an ihre Bestimmungsorte einzeln abgefertigt, unter persönlicher Verantwortlichkeit eines Jeden derselben, auf Grund besonderer, hierüber erlassener, temporärer Regeln.

2) Requisition von Fuhren in ausserordentlichen Fällen zur Fortschaffung des Militärgepäckes, gemäss den bestehenden Vorschriften des Landesprästandens-Reglements (Reichsgesetzb., Bd. IV, B. II, Regl. üb. Landespräst., Ausg. 1857).

3) Aufsicht über die zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs, nach den hierfür festgesetzten Regeln; Zusammenstellung und Instandhaltung verschiedener Listen und Register über dieselben; Rechenschaftsablegung, sowie Abfertigung der vorgeschriebenen Nachrichten wohin gehörig.

4) Einberufung der zur Reserve der Armee und Flotte beurlaubten Untermilitärs in den activen Dienst, nach den hierfür bestehenden Regeln.

5) Aufsicht über rechtzeitige Zuschreibung der bei unbestimmt beurlaubten und verabschiedeten Untermilitärs oder deren Wittwen, Verwandten, sowie fremden Personen des Civilressorts befindlichen Soldaten- und Matrosenkinder zu einem der abgabepflichtigen Stände, ferner Ausreichung von Pässen an dergleichen Soldaten- und Matrosenkinder bis zur erfolgten Zuschreibung.

6) Beaufsichtigung Dessen, dass die wegen Krankheiten und Wunden vor der Zeit verabschiedeten Untermilitärs, im Fall sie genesen und sich kräftig genug erweisen, um ihre Fristen abzudienen, unter keinem Vorwande ausserhalb Dienstes verbleiben, sondern unverzüglich der nächsten Militärobrigkeit vorgestellt werden.

7) Absendung, wohin gehörig, der Ehrenzeichen und Pässe verstorbener Untermilitärs.

8) Ausstellung von Zeugnissen und Beglaubigungen und Erfüllung sonstiger Verpflichtungen in Sachen betreffend die Ableistung der Militärpflicht.

9) Aufsicht über die Führung der Soldatenweiber aus dem Stande der Kleinbürger und städtischen Handwerker; Benachrichtigung derselben über den Tod ihrer Männer, nach den hierfür festgesetzten Regeln; Ausreichung von Wittwenpässen an solche Soldatenweiber, deren Männer nach der zehnten Revision in den Dienst getreten sind, oder welche, vor der zehnten Revision in Dienst getreten, sich zu einer Stadt- oder Landgemeinde haben verzeichnen lassen.

Anmerkung 1. Die Vorschriften betreffend Anfertigung von Listen über die beurlaubten Untermilitärs finden Anwendung auch auf die Reservisten der Armee und Flotte; die Entlassung der im Folge von Rekrutenaushebungen in den wirklichen Dienst getretenen Untermilitärs auf einseitigen oder unbestimmten Urlaub ist jedoch aufgehoben, wobei die in solchem Urlaube befindlichen Untermilitärs, bis zur Erlangung des Rechtes auf Verabschiedung in Reserveuntermilitärs umbenannt worden sind (d).

Anmerkung 2. Die Bestimmungen dieses (1371) Artikels über die Kompetenzgegenstände der Kreispolizei sind im Allgemeinen auch bezüglich der von dieser getrennten Polizei in den

Städten des Kurländischen Gouvernements in Geltung, unter Anpassung derselben an die besondere Verfassung der betreffenden localen Institutioneu (e).

(a) RGb., Bd. II, Th. I., Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 511, Anm. 1, Beil. (in d. Forts. v. J. 1880); 1323, § I, P. 1, 3, 5—17, 18 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 19—30, 35 (in d. Forts. v. J. 1880); 37—39; 1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., Art. 251, 258, 263, 270 u. and.; Bef. d. Gouv.-Reg. 1818 Jan. 13; 1827 März 4; 1828 Jan. 21; März 5; 1830 Nov. 25; Prozess.-O. (Instruct.), Th. I, Tit. VI; 1837 Febr. 23 (9967); 1877 Mai 20 (57386) §§ 8—14, 23—25, 37, 38, 61; 1879 März 27, Samml. d. Ges. u. Verordn., № 716; RRG., Art. 3; Regl., Art. 1; vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.—(b) RGb. Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § II, P. 1, 5, 6 u. Anm.; 10, 12—14, 15 (in d. Forts. v. J. 1880); III, P. 1, 2, 4—8, 15—17; Bd. VIII, Th. I, Forstregl., Ausg. 1876, Art. 565, Anm.; 566 fgg.; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 152, Anm.; 822, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); Strafstat., Ausg. 1864, Art. 168, Anm. 1 (in d. Forts. v. J. 1876); Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1857, Art. 842 fgg.; 1867 Mai 13 (44587); 1875 Oct. 12 (55630).—(c) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § III, P. 1, 2, 4, 5—8, 15—17; 1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., Art. 279—349.—Vgl. d. unt. Art. 814, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.—(d) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1323, § IV, P. 1 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 2, 3—5 (in d. Forts. v. J. 1880); 6, 7, 9; 10 u. Anm.; Vgl. ebendas., Art. 603, Anm. (in d. Forts. v. J. 1880).—(e) S. d. unt. Art. 1422, P. 9; 1482, cit. Ges.; vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1274, 1275, 1323.

1373.—Die unmittelbare polizeiliche Aufsicht über die Bauerschaften innerhalb der Amtsbezirke der Hauptmannsgerichte in Kurland ist den Guts- und Gemeendepolizeien übertragen. Die gegenseitigen Beziehungen der Hauptmannsgerichte zur Guts- und Gemeendepolizei sind in der Kurländischen Bauerordnung und in den ergänzenden Gesetzen zu derselben, wo gehörig, angegeben.

1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., §§ 215, 271; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32, Anm. 1; 42.—Vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

1374.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1374.—Anmerkung. In Beziehung auf Untersuchung der im Wirkungsbereich der Gensdarmarie-Polizeiverwaltungen der Eisenbahnen verübten Verbrechen und Vergehen ersetzen die Beamten der erwähnten Verwaltungen die allgemeine Polizei vollständig; diesen Beamten werden daher im Hauptmannsgerichtsbezirk alle Rechte der allgemeinen Polizei anheimgestellt und auf sie alle Pflichten derselben übertragen. Wenn indessen die Beamten des Hauptmannsgerichts innerhalb des Wirkungsbereiches der Eisenbahnpolizei Anzeichen einer verbrecherischen Handlung wahrnehmen und Functionäre der Eisenbahnpolizei nicht zur Hand sind, so üben die ersteren alle Rechte bezüglich der Veranstaltung von Voruntersuchungen und unaufschieblichen Untersuchungsmaassregeln aus, welche ihnen nach den bestehenden Vorschriften des Criminalprozesses zuständig sind.

1871 Mai 19 (49615) Regl., Art. 11, 15.

1375

bis

1378.

S. oben, Art. 1 (Anmerk.).

1379.—*S. oben, Art. 418 (Anmerk.).*

1380. }
1381. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1381.—Anmerkung. Der Chef der Localpolizei befolgt in seinen Beziehungen zu den Chefs im Militärressort überall genau die bestehenden besonderen Vorschriften über die gegenseitigen Beziehungen der Civil- und Militärgewalten.

1875 Oct. 3 (55116) Regl., Art. 19—22.

1382.—Anmerkung. Die Beschwerde und der Einspruch gegen Verfügungen und Entscheidungen des Hauptmannsgerichts in Kurland in den in der Anmerkung zum Artikel 418 (in d. Forts.) angegebenen Sachen müssen, wenn dieselben gesetzlich zulässig sind, binnen vierwöchentlicher Frist angebracht werden.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1374.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

1388.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1391. }
1392. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1392.—Anmerkung. Die Amtsentfernung der Hauptmannsgerichtsglieder in Kurland, nach vorgängiger Untersuchung, ist, seit Aufhebung des Generalgouverneursamtes in den Ostseegouvernements im Jahre 1876, dem Gouverneur anheimgestellt.

1876 Jan. 25 (55501); Apr. 28 (55871) Art. 9.

1393.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

1394.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 354 (Anmerk.), 355 (Anmerk.) und 369 (P. 13, Anmerk.).*

1395.—Die Hauptmannsgerichte im Kurländischen Gouvernement senden Befehle an die Guts- und Gemeindepolizeien und an die Gemeindegerichte, sowie an die Fleckenvorsteher (Art. 1400, in d. Forts.), und empfangen von denselben Berichte und Vorstellungen; in ihren Beziehungen zum Gutsherrn persönlich und unabhängig von seiner Amtsfuction als Inhaber der Gutspolizei, nehmen sie dieselben Vorschriften zur Richtschnur, welche die übrigen obrigkeitlichen Behörden in ihren Beziehungen zu Privatpersonen befolgen.

1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., § 203; 1866 Febr. 19 (43034) Regl., §§ 32, Anm. 1; 42.—Vgl. d. unt. Art. 3, Anm. 4 (in d. Forts.) cit. Ges.

1396.—Die Correspondenz mit anderen Behörden und Ressorts wegen in Geschäftssachen nöthiger Nachweisungen und Auskünfte, die einzufordern oder mitzuheilen sind, oder wegen Stellung der Personen selbst, welche bei in Verhandlung stehenden Sachen betheiligt sind, wird von den Hauptmanns-

gerichten im Kurländischen Gouvernement in der Ordnung geführt, die in den Artikeln 209 (in d. Forts.) und 215 (in d. Forts.) festgestellt ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 207, 208, 217.

1397.—Anmerkung. Im Jahre 1851 ist in dem Flecken Polangen das Amt eines Polizeimeistergehülfen errichtet worden.

1839 Jul. 21 (12358); 1851 März 12 (25020).

1398.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1400.—Die Fleckenvorsteher im Kurländischen Gouvernement sind dem örtlichen Hauptmannsgerichte und, in Rechtssachen, dem Bauer-Kreisgerichte unterstellt.

Instr. d. Flecken-Vorst. d. Kurl. Gouv. 1828 März 24, § 3; 1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., § 12; 1821 März 19. (28589).

1401, P. 2.—Anmerkung. In Beziehung auf die Aufsicht über den Getränkeverkauf und die Vorbeugung und Unterdrückung des Schmuggels befolgt der Fleckenvorsteher im Kurländischen Gouvernement die allgemeinen diesbezüglichen Vorschriften.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1401 (P. 3).

RGb., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876; Bd. VI, Zollregl., Ausg. 1857; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866; Strafstat., Ausg. 1864.

1401, P. 3.—*S. oben, Art. 1401 (P. 2, Anmerk.).*

1403.—Anmerkung. In den Städten des Kurländischen Gouvernement ist die Stadtcommunalverwaltung in Gemässheit der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 (in d. Forts.) eingerichtet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1513.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948 fgg.; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1—22.

1410, P. 1 und 2.—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1411, P. 5.—In der Stadt Jacobstadt besteht der Magistrat aus drei Bürgermeistern und drei Rathsherren; einem der letzteren wird das Amt als Gerichtsvogt übertragen.

1817 Dec. 22 (21809).

1415.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1416.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1418.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1419.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 305 (Anmerk.).*

1422.—Anmerkung. Die in diesem (1422) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9 Zus., Beil.: *Art. 2, 55, 72 und Anmerk. 2; 82, 85, 97, 111, 112, in d. Forts.*).

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 2002, 2019, 2029, 2032, 2044, 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 21.

1422, P. 5.—Anmerkung. Einige Competenzgegenstände des Libauschen Magistrats in Sachen der dortigen Sparcasse sind in dem in Geltung befindlichen Reglement über diese Casse angegeben.

1847 Dec. 27 (21824) Regl., §§ 2, 3, 7, 14—16, 30, 31.

1422, P. 8.—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Regl., Art. 1.]

1423.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1425, P. 1.—Anmerkung. Zu den Competenzgegenständen der Magistrate im Kurländischen Gouvernment in Administrativ- und Polizeisachen gehört die in den gesetzlich bestimmten Fällen zu ertheilende Erlaubniss zum Verkauf des unbeweglichen Vermögens, welches den unter Vormundschaft oder Curatel stehenden minderjährigen Personen und Stiftungen mit gemeinnützigen, gottgefälligen oder Wohlthätigkeitszwecken gehört.

Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 271, 382, 493, 2336.

1425, P. 6.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1429.—*S. oben, Art. 418 (Anmerk.).*

1435, P. 10.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1436.—Anmerkung. In Beziehung auf die Ordnung der Unterzeichnung von Ausfertigungen nehmen die Magistrate im Kurländischen Geuernment die allgemeinen diesbezüglichen Vorschriften zur Richtschnur (Art. 184, in d. Forts.).

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

1439, P. 6.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1442.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1443. }
1444. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1445.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 4 (Anmerk. 1, 2), 354 (Anmerk.), und 355 (Anmerk.).*

1446.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 369 (P. 13, Anmerk.).*

1446.—Anmerkung. Die Kurländische Gouvernements-Baucommission ist im Jahre 1861 mit der dortigen Gouvernementsregierung, als besondere Bauabtheilung der letzteren, vereinigt worden.

1849 Apr. 28 (23213); 1861 Jun. 20 (37136) Art. 2.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 678.

1447.—Ergiebt sich die Nothwendigkeit, eine andere höhere oder gleichstehende Behörde an die Erfüllung einer gesetzlich begründeten Requisition zu erinnern oder dazu anzuhalten, so haben die Magistrate im Kurländischen Gouvernement hierin in Grundlage des Artikels 215 (in d. Forts.) zu verfahren.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 207, 217.

1453.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1465.—Anmerkung. Die Minderjährigkeit dauert für beide Geschlechter bis zum vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahre.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikels 1466 (P. 6).

1862 Aug. 17 (38607) Art. 3.—Vgl. Th. III dies. Prov.-R., Privat-R., Art. 269.

1466, P. 6.—*S. oben, Art. 1465 (Anmerk.).*

1470.—Anmerkung 1. Die in diesem (1470) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, 111, 112, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019, 2058, 2059; 1877 März 26 (57101) Regl.

1470.—Anmerkung 2. Da, wo Streitsachen über Seehavarie zwischen der Krone und Privatpersonen vorkommen, steht die anfängliche Verhandlung derselben dem örtlichen Wettgerichte zu, mit Devolvirung an die volle Magistratsversammlung.

1842 Dec. 14 (16331); RGb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857, Art. 1134, Anm.

1473.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 33, Anmerk.):*

1473, P. 3.—Anmerkung. Beschwerden über den Mitauschen Handwerkerverein werden bei dem Amtsgerichte, als der ersten Instanz, angebracht.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel (1473) (P. 4).

1861 Sept. 30 (37449) § 49.

1473, P. 4.—*S. oben, Art. 1473, P. 3 (Anmerk.).*

1476.—Anmerkung. Die Schlichtung von Sachen zwischen dem städtischen Ressort und der Krone über Ländereistreitigkeiten und Servituten ist einem besonderen Schiedsgerichte anheimgestellt (vgl. Art. 339, Anmerk., in d. Forts.; 882, Anmerk. 2, in d. Forts.; 1309, Anmerk. 1, in d. Forts.).

1834 Mai 26 (28297) Art. 39, f.

1479.—Das Polizeiamt in den Städten Mitau und Libau besteht aus dem Polizeimeister und zweien Beisitzern, von denen der eine aus der Zahl der Adeligen, der andere aber durch das örtliche Stadtverordnetencollegium gewählt wird. Die Anstellung des Polizeimeisters erfolgt in Gemässheit der diesbezüglichen allgemeinen Vorschriften; die Beisitzer werden von der Gouvernementsregierung bestätigt.

1810 Nov. 22 (24435); 1860 Apr. 12 (35689) Et.; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f., Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.—Vgl. Art. 550, Anm. (in d. Forts); RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75, 77.

1480.—Anmerkung. Bei dem Mitauschen Polizeiamte besteht ein Polizei- und ein Brandcommando.

1860 Apr. 12 (35689) RRG., Art. 4.

1481.—Anmerkung. Die Besoldung des Mitauschen Polizeimeisters ist seit dem Jahre 1860 auf die Einnahmen der Stadt Mitau angewiesen.

1860 Apr. 12 (35689) RRG., Art. 2.

1482.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1483 bis 1510—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.]

1513.—*S. oben, Art. 1403 (Anmerk.).*

1514.—Die Steuerverwaltungen in den Städten des Kurländischen Gouvernements besorgen die Anfertigung der Jahresbudgets und der Repartition der Steuern, welche von den Gliedern der Steuergemeinden zum Zweck der Verpflegung der zu diesen verzeichneten Armen und zu ärztlicher Behandlung derselben in Krankenhäusern zu erheben sind. Diese Budgets und Repartitionen werden der Gouvernementsregierung zur Bestätigung eingesandt.

1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV.

1515.—Die Steuerverwaltung steht unter der unmittelbaren Leitung des Magistrats.

1824 Febr. 7, Instr. für d. Steuer-Verw. d. Städt. d. Kurl. Gouv.; 1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV.

1516 bis 1526—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 4; 2086, P. 3, 5, 7, 10; Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876, Art. 16, fgg.]

1529.—Zusatz. Ausser den in diesem (1529) Artikel erwähnten Beamten befindet sich beim Narvaschen Magistrate ein aus Stadtmitteln besoldeter Archivar, mit den im allgemeinen diesem Amte obliegenden Pflichten.

1844 Sept. 26 (18249).

1530.—Anmerkung. Der beim Narvaschen Magistrate angestellte Stadtfiscal oder Official ist in Appellationssachen dem Estländischen Gouvernements-procureur untergeordnet, in Beziehung auf Anstellung, Entlassung und Präsentation zu Belohnungen aber der St.-Petersburger Obrigkeit unterstellt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1555 (P. 8).

1842 März 24 (15419); 1869 Apr. 28 (47016) Art. 1.

1531.—Anmerkung. In der Stadt Narva ist die Stadtcommunalverwaltung in Grundlage der Städteordnung vom Jahre 1870 eingerichtet worden. Im Jahre 1880 wurde bestimmt, dass auf diese Stadt die Vorschriften der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 dieses Provinzialrechts (in d. Forts.) Anwendung finden sollen.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1534 (a, P. 1, 3—6), 1535, 1539, 1540, 1542, 1545, 1572, 1573, 1600, 1607, 1612, 1630, 1631, 1633 und 1634.

1870 Jun. 16 (48498) Bef. an d. Sen., Art. 2; 1873 Febr. 11, Mitth. d. Min. d. Inn., № 1531; 1877 März 26 (57101); 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1533, P. 2.—Anmerkung. Dem Narvaschen Magistrate und seiner Polizeibtheilung (Art. 1604) steht, bei bedeutenden Truppendurchmärschen, oder wenn das Militär aus entfernten Gegenden in der Stadt Narva zusammengezogen wird, Mitwirkung und Aufsicht darüber zu, dass die Truppen innerhalb der Grenzen der Stadt und des Landungsplatzes Hungerburg nach vorherigem Benehmen mit dem Polizeichef des Jamburgschen Kreises und dem Hakenrichter des Allentackenschen Districtes im Estländischen Gouvernement, vertheilt werden (vgl. Art. 411, IV, P. 1, in d. Forts.; 975, Anmerk. 2, in d. Forts.; Art. 1533, P. 2; 1535, 1620).

Ununterbr. Gewohnh.; 1820 März 20 (28209).—Vgl. d. unt. Art. 1533 u. 1534 cit. Ges.

1534, a, P. 1.—*S. oben, Art. 1534 (Anmerk.).*

1534, a, P. 3—6.—*S. oben, Art. 1534 (Anmerk.).*

1534, a, P. 8—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2086, P. 5.]

1534, a, P. 9 bis 12—*Ersetzt durch die unten, in den Punkten 2, 3 und 10 des Artikels 2, in den Punkten 1, 2, 9 und 10 des Artikels 103, und im Artikel 111 der Beilage zum Zusatze des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., 1876, Art. 1949, P. 2, 3; 2050, P. 1, 2, 9, 10; 2058; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1, e; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1534, b, P. 14 und 15—*Aufgehoben.*—[1861 Jul. 4 (37197) Art. 1; 1865 Febr. 9 (41779) Art. 10; 1871 Jun. 4 (49702) Regl., Art. 53; 1874 Jan. 1 (52982) Art. 1; Apr. 17 (53379) Regl., Art. 95.]

1534, b, P. 16—*Ersetzt durch die unten, in der Anmerkung 2 zum Artikel 1561 angegebenen Vorschriften.*—[1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1534, b, P. 17.—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52982) Art. 1.]

1534, b, P. 18.—Anmerkung. Den Ortseinwohnern der Stadt Narva, welche nicht verpflichtet sind, Pässe und Aufenthaltsscheine nach den allgemeinen Gesetzen von ständischen Institutionen oder aus den örtlichen Renteien zu nehmen, werden dieselben von den Stadtämtern ertheilt (Art. 9, Zus., Beil.: Art. 72, Anmerk. 1, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5, b; 15; 1877 März 26 (57101) Bef. an. d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 21, 22; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.)]

1534, b, P. 20.—*Ersetzt durch die unten, im Artikel 72 der Beilage zum Zusatz des Artikels 9 angegebenen Vorschriften.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 21; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1534, d, P. 24.—Anmerkung. Die Minderjährigkeit dauert für beide Geschlechter bis zum vollendeten einundzwanzigsten Jahre.—Das Narvasche Waisengericht gestattet den Verkauf unbeweglichen Vermögens, das unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen gehört, in den Fällen, wo der Werth des Immobils nach der zu veranstaltenden Schätzung dreihundert Rubel nicht übersteigt (vgl. Art. 856, 857, P. 6, Zus., in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf die Artikel 1596 (P. 1), 1598 und 1602.

1862 Jul. 2 (38433) Art. 3; Aug. 27 (38607) Art. 3.—Vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 261, 382.

1534, d, P. 32.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1534, d, P. 37.—*S. oben, Art. 458 (VIII, P. 53, Anmerk. 2).*

1535.—*S. oben, Art. 4531 (Anmerk.).*

1537.—*S. oben, Art. 448 (Anmerk.).*

1538.—Anmerkung. Das Jamburgsche Kreisgericht ist aufgehoben worden.

1866 Dec. 10 (43967).

1539. }
1540. } *S. oben, Art. 4531 (Anmerk.).*

1542.—*S. oben, Art. 4531 (Anmerk.).*

1545.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.) und 4531 Anmerk.).*

1550.—Anmerkung. In Beziehung auf Unterzeichnung von Requisitionen über Einsendung von Summen aus den Creditanstalten nimmt der Narvasche Magistrat die betreffenden allgemeinen Regeln zur Richtschnur (Art. 184, Anmerk., in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 187.

1555.—Anmerkung. Die in diesem (1555) Artikel aufgezählten Kompetenzgegenstände gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Narvaschen Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: *Art. 1, 2, 111, 139, P. 5, in d. Forts.*).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948, 1949, 2053, 2086, P. 5.—Vgl. oben, Art. 1531, Anm. (in d. Forts.).

1555, P. 8.—*S. oben, Art. 1530 (Anmerk.).*

1556 bis 1560—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 1, 2; 2002, P. 6—10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1561.—Anmerkung 1. Die Erhebung der Kopfsteuer von den städtischen Einwohnerclassen ist aufgehoben.

1863 Jan. 1 (39119) Bef. an d. Sen., Art. 2.

1561.—Anmerkung 2. Der Narvasche Magistrat besorgt, auf Grundlage dieses (1561) Artikels, die Anfertigung der Jahresbudgets und der Repartition der Steuern, welche von den Gliedern der Steuergemeinden zum Zweck der Versorgung der zu diesen verzeichneten Armen und zu ärztlicher Behandlung derselben in Krankenhäusern zu erheben sind. Die erwähnten Budgets und Repartitionen werden der Gouvernementsregierung zur Bestätigung eingesandt.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1562.

1877 März 26 (57101) RRG., Art. IV; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1562.—*S. oben, Art. 1561 (Anmerk. 2).*

1563—*Aufgehoben.*—[1861 Jul. 4 (37197) Art. 1; 1874 März 15 (53259).]

1564.
1565. } *S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1566 bis 1570—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2075, 2081; 1863 Jul. 4 (37197) Bef. an d. Sen., Art. 4; Verordn., Art. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1571.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 4 (Anmerk. 2).*

1572.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 4 (Anmerk. 2) und 1531 Anmerk.).*

1573.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.), 4 (Anmerk. 2), 554 (Anmerk.) und 1531 (Anmerk.).*

1573.—Anmerkung. Das Amt des Kriegs-Generalgouverneurs von St.-Petersburg und die bei demselben errichtete besondere Verwaltung sind aufgehoben worden.

1866 Mai 4 (43262) Art. 1, 2.

1578, P. 3—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2075, 2081; 1863 Jul. 4 (37197) Bef. an d. Sen., Art. 4; Verordn., Art. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1590 und 1591—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2075, 2081; 1863 Jul. 4 (37197) Bef. an d. Sen., Art. 4; Verordn., Art. 1; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1596, P. 1.—*S. oben, Art. 1554 (d, P. 24, Anmerk.).*

1598.—*S. oben, Art. 1554 (d, P. 24 Anmerk.).*

1600.—*S. oben, Art. 1554 (Anmerk.).*

1602.—*S. oben, Art. 1554 (d, P. 24, Anmerk.).*

1604.—*S. oben, Art. 550 (Anmerk.).*

1606.—Anmerkung 2. Die Pflichten des ehemaligen Corps der inneren Wache, bezüglich des localen inneren Dienstes, werden gegenwärtig von den Localbataillonen und Commandos geübt.

1864 Aug. 6 (41166) Bef. an d. Sen., a, Art. 3, g; 1874 Aug. 26 (53839) Allerh. Bef., Art. II; Verordn., A, B.

1606.—Anmerkung 3. Die Narvasche Festung und die dortige Commandantur sind aufgehoben.

1863 Mai 8 (39598); Jul. 3 (39822).

1607.—*S. oben, Art. 1554 (Anmerk.).*

1611—*Aufgehoben.*—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2019; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1612.—*S. oben, Art. 1554 (Anmerk.).*

1613.—*S. oben, Art. 759 (Anmerk.).*

1615.—*S. oben, Art. 65 (Anmerk.).*

1615.—Anmerkung 1, In Betreff der beurlaubten, zur Reserve der Armee und Flotte entlassenen Untermilitärs befolgt die Polizeiabtheilung des Narvaschen Magistrats die allgemeinen diesbezüglichen Vorschriften (Art. 411, IV, P. 3—6, in d. Forts.).

Vgl. d. unt. Art. 411, IV (in d. Forts.) cit. Ges.

1615.—Anmerkung 2. Die Militärcantonisten sind, behufs Aufnahme in die Steuergemeinden der Städte und des flachen Landes, aus dem Militär- und Marine-Ressort ausgeschlossen, die Militärcantonisten-Anstalten aber zu Militärschulen umgestaltet worden.—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1628.

1856 Dec. 25 (33313); 1858 Dec. 15 (33903); 1859 Oct. 27 (35048).

1620.—*S. oben, Art. 759 (Anmerk.).*

1622.—Anmerkung. Die in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva in Geltung befindlichen Gesetze über die Grenzen der polizeilichen Strafgewalt werden auch von der Polizeiabtheilung des Narvaschen Magistrats zur Richtschnur genommen (vgl. Art. 418, Anmerk., in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1623.

RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess.-Ges. Ausg. 1857, Art. 342 u. flg.—Vgl. d. unt. Art. 418, Anm. (in d. Forts.) cit. Ges.

1623.—*S. oben, Art. 1622 (Anmerk.).*

1626.—Anmerkung. Die in diesem (1626) Artikel aufgezählten Sachen gehören zum Theil in das Amtsgebiet der Narvaschen Stadtcommunalverwaltung (vgl. Art. 9, Zus., Beil.: Art. 2, P. 5, 10; 111, 112, in d. Forts.).—Diese Anmerkung bezieht sich gleichfalls auf den Artikel 1627.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 3; 2058, 2059; 1877-März 26 (37101) Regl., Art. 1, e; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

1627.—*S. oben, Art. 1626 (Anmerk.).*

1628.—*S. oben, Art. 1615 (Anmerk. 2).*

1630. }
1631. } *S. oben, Art. 1551 (Anmerk.).*

1633. }
1634. } *S. oben, Art. 1551 (Anmerk.).*

1637, P. 1—Aufgehoben.—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949, P. 2; 1877 März 26 (37101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1637, P. 3 bis 5—*Aufgehoben*.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2060, 2061, 2069; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1639 bis **1654**—*Aufgehoben*.—[R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2002, P. 9, 10; 2086, P. 5; 1877 März 26 (57101) Regl.; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).]

1655.—Zusatz. Im Livländischen Gouvernement sind Kreisfiscalsgehülfen angestellt, je einer bei jedem Bauer-Kreisgerichte, zur Beaufsichtigung der Geschäftsführung in den Kreis- und Kirchspielsgerichten. Die Ordnung der Anstellung und Entlassung sowohl, als die Rechte und Pflichten dieser Kreisfiscalsgehülfen sind in der Verordnung über die Bauern des Livländischen Gouvernements angegeben.

1847 Sept. 19 (21539); 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 748—756; 1876 Jan. 23 (55501) Bef. an d. Sen., Art. 3; 1877 Mai 19 (57384) Art. I, f.

1655, Anmerk.—Zusatz. Beim Magistrate der Stadt Fellin ist gleichfalls ein Stadtfiscal angestellt (vgl. Art. 826).

1656.—Die Anstellung, Versetzung und Amtsentlassung der Gouvernementsprocureure erfolgt durch den Justizminister.

R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 1223.

1658.—Alle der Aufsicht des Gouvernementsprocureurs unterstellten obrigkeitlichen Behörden sind verpflichtet, an den Unterhaltskosten der Kanzleien der Gouvernementsprocureure in gleichem Maasse Theil zu nehmen, wobei es keinen Unterschied macht, ob diese Behörden die Summen für ihren Unterhalt aus dem Reichsschatze oder aus anderen Quellen empfangen.

1831 März 12 (25021).—Vgl. R.Gb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 1229.

1659. }
1660. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1660.—Anmerkung. Die unmittelbare Aufsicht des Livländischen Gouvernementsprocureurs erstreckt sich bezüglich der Bauerbehörden nur auf das bei dem Livländischen Hofgerichte befindliche Departement für Bauersachen; die bei dem Oeselschen Landrathscollégium bestehende Oberinstanz für Bauersachen unterliegt der Aufsicht des Gehülfen des Oeselschen Kreisfiscals (vgl. Art. 321, in d. Forts.; 1655 Zus., in d. Forts.).

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 747, 754.

1661, P. 1—3.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1661, P. 4.—Zur Amtsthätigkeit des Gouvernementsprocureurs gehören: Besuch der Gefängnisse, Arbeits- und Zuchthäuser; Sorge für Beschaffung der den daselbst Inhaftirten zukommenden Verpflegung; Aufsicht darüber,

dass bei Einsperrung von Arrestanten nicht gesetzlich verbotene Werkzeuge gebraucht werden; Durchsicht und Abfertigung der von den in Haft gehaltenen Personen abgefassten Schriften (a); Theilnahme an der Besichtigung der Kleidung und des Schuhwerks der durchgehenden Arrestanten während des Transportes von Arrestantenpartien durch die Gouvernementsstadt (vgl. d. Regl. üb. d. Arrestant.) (b).—Die Gouvernementsprocureure haben die Verpflichtung, allwöchentlich die Gefängnisslocale zu besuchen und in Gemässheit des Arrestantenreglements über die in Haft Gehaltenen Erkundigungen einzuziehen, über dieselben Vorschläge anzufertigen, letztere zu den festgesetzten Terminen, wohin gehörig, einzusenden und darüber Zeugnisse auszustellen, dass die aus den Correctionsabtheilungen nach Sibirien zu verschickenden Arrestanten den hierfür festgesetzten Kategorien angehören (c).

Anmerkung 1. Die Führung von Vorschlägen über alle in den der Gouvernements- und Kreis- Aufsicht unterstellten Haftanstalten befindlichen Arrestanten ist den Gouvernementsprocureuren und Kreisfiscälen (Art. 1728, P. 7, Anmerk., in d. Forts.) auferlegt, mit der Maassgabe, dass sie unter eigener persönlicher Verantwortlichkeit unausgesetzte Aufsicht über den erfolgreichen Fortgang derjenigen Sachen führen sollen, in welchen die Arrestanten weniger, als ein Jahr lang sich in Haft befinden. Behufs wirksamer Uebung dieser Aufsicht ist es den Procureuren und Fiscälen anheimgestellt, an alle Behörden und Amtspersonen, welche der Fortgang der Arrestantensachen angeht, in der festgesetzten Ordnung Mahnungen zu richten, im Fall der Nichtbefolgung ihrer Aufforderungen aber hierüber denjenigen Institutionen Vorstellung zu machen, von welchen es abhängt, die an Verabsäumungen Schuldigen gesetzlicher Verantwortlichkeit zu unterziehen (d).

Anmerkung 2. Nach Ablauf eines Jahres von der Zeit, wo die Arrestanten bei den Behörden der Gouvernements- und Kreisaufsicht zur Haft gebracht wurden, sind die Gouvernementsprocureure verpflichtet, über jeden solchen Arrestanten dem Justizministerium zu berichten, unter kurzer Auseinandersetzung des Ganges der über dieselben verhandelten Sache, der Verzögerungsursachen und der zur schnelleren Beendigung der Sache ergriffenen Maassregeln. Demnächst sind die Gouvernementsprocureure verpflichtet, über die Lage und den Gang sämtlicher länger, als ein Jahr verhandelter Arrestantensachen dem Justizministerium zum 1 Januar, 1 Mai und 1 September eines jeden Jahres namentliche Vorschläge einzusenden. Nach Entlassung des Arrestanten aus der Haft, oder nach erfolgter Vollstreckung der persönlichen Strafe des Verurtheilten, hört jede Rechenschaftsablegung und Aufsicht über den Gang der bezüglich des Arrestanten verhandelten Sache auf (e).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1233, § I, P. 4.—(b) Ebendas., Art. 1233, § I, P. 5.—(c) Ebendas., Art. 1233, § I, P. 4.—(d) Ebendas., Art. 1241.—(e) Ebendas., Art. 1243, 1244.

1661, P. 5.—*Aufgehoben.*—[1874 Jan. 1 (52983) Regl., Art. 1.]

1661, P. 6 und 7.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1661, P. 7.—Anmerkung. Die Gouvernementsprocureure nehmen an den regelmässigen Revisionen der Renteien nicht Theil, haben indessen das Recht zu jeder Zeit eine plötzliche Revision derselben in ihrer Gegenwart zu verlangen; über das Resultat der letzteren berichten sie ihrer directen Obrigkeit.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1635, Anm.

1661, P. 8 und 9.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1661, P. 10 bis 12.—*Aufgehoben.*—[RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 173, 849, 1635, Anmerk.]

1661, P. 13—16.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1661, P. 17.—Zur Amtswirksamkeit der Gouvernementsprocureure gehört die Abwendung jeder Verzögerung und jeden Verschleppes in der Verhandlung der Sachen und die Mahnung zu unaufhältlicher Entscheidung derselben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1233, § III, P. 15.

1661, P. 18—22.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1662.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1662.—Zusatz. Zu den Verpflichtungen des Gouvernementsprocureurs gehört ferner der Sitz in dem localen Gefängnissfürsorgecomité (in der Eigenschaft eines Directors), in der Gouvernements-Wehrpflichtbehörde und in der Gouvernementsbehörde für städtische Angelegenheiten.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1234, 1958, Anm. 4.—Vgl. ebendas., Art. 521, Beil., Art. 6, Anm.

1663. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
1664. }

1664.—Zusatz. Die Gouvernementsprocureure haben dem Justizminister über aussergewöhnliche Criminalfälle allezeit Anzeige zu machen, vornehmlich über solche, in denen besondere Motive zur Milderung des Schicksals der Angeschuldigten vorliegen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1246.

1665.—Die Gouvernementsprocureure senden dem Justizminister Vorschläge ein: 1) über alle in Verhandlung begriffene Sachen; 2) über Arrestanten, und 3) über Amtsdelict- und Criminalsachen.—Die Formulare zu diesen Vorschlägen werden vom Justizminister festgestellt.

Anmerkung. Von der Aufsicht und Obsorge des Gouvernementsprocureurs sind auch solche Arrestanten des Civilressorts nicht ausgeschlossen, welche aus irgend einem Grunde aus dem Gefängniss in die Militärhauptwache übergeführt worden; wenn indessen gleichzeitig mit einer solchen Ueberführung sie selbst oder die sie betreffenden Sachen an die Militärbrigade abgegeben werden, so hat in solchem Falle die Aufsicht des Gouvernementsprocureurs über diese Arrestanten aufzuhören.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1240, 1242.

1666. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
1667. }

1668.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.) und 354 (Anmerk.).*

1669.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1669.—Anmerkung. Der Gouvernementsprocureur ist nicht berechtigt, durch die Kreisfiscäle von den Kreis- und Stadtbehörden namentliche Vorschläge über unabgemachte Sachen zu begehren.

1852 Jan. 28 (25944) Art. 24, P. 4; 26, P. 7.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 733; 1250, Anm.

1670. }
1671. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1671.—Anmerkung. Von der Amtswirksamkeit des Gouvernements-procureurs werden die Controlhöfe und überhaupt diejenigen Institutionen ausgenommen, deren besondere Verfassungen diese Aufsicht ausdrücklich ausschliessen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1253.

1672.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1674. }
1675. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1675.—Anmerkung. Die besonderen Journäle der Gerichtsbehörden Art. 164, Zus. in d. Forts.) werden von den Gouvernementsprocureuren ohne Aufenthalt durchgesehen und zurückgesandt.

1849 Jan. 3 (22835).

1676 }
 bis } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*
1683. }

1684.—Die Gouverneure können den Gouvernementsprocureuren keinerlei Vorschriften ertheilen.

1864 Mai 25 (40938) Art. 1; Aug. 31 (41241).—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1266.

1685. }
1686. } *S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1690, P. 6.—Der Oberfiscal im Livländischen Gouvernement hat darauf zu sehen, dass zu den Sitzungen des Hofgerichts die Glieder zu den gesetzlich bestimmten Stunden sich einfinden, und dass die zur Sitzung nicht oder spät Erscheinenden hierfür der gesetzlichen Verantwortlichkeit unterzogen werden Art. 32 (in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 37, 38.

1692.—Der Oberfiscal im Livländischen Gouvernement ist in allen Sachen, in welchen er amtlich thätig ist, von der Zahlung der Stempelsteuer, der Kanzleigebühren und des Appellationsschillings befreit.

Kön. Schwed. Res. 1631 Jun. 28, § 2; 1693 Nov. 8.—Vgl. RGb., Bd. X, Th. II, Civilprozess.-Ges., Ausg. 1876, Art. 1024, P. 1, 3; 1025, P. 2.

1695.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1699, P. 4.—Anmerkung. Die im Punkte 4 dieses (1699) Artikels angegebene Vorschrift wird von dem Commissarius fisci im Estländischen Gouvernement, unter gehöriger Berücksichtigung der im Artikel 838 (I, P. 1, Zus. in d. Forts.; 2, Zus., in d. Forts.) enthaltenen Bestimmungen, zur Richtschnur genommen.

Vgl. d. unt. Art. 838, I, P. 1, Zus. (in d. Forts.); 2, Zus. (in d. Forts.) cit. Ges.

1702.—In den vom Commissarius fisci im Estländischen Gouvernement, amtlich verhandelten Sachen ist derselbe von Zahlung der Stempelsteuer befreit.

RGb., Bd. X, Th. II, Civilprozess.-Ges., Ausg. 1876, Art. 1024, P. 1; 1025, P. 2.

1707.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1708.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1714.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*!

1714.—Anmerkung. In den vom Gouvernementsfiscal im Kurländischen Gouvernement amtlich verhandelten Sachen ist derselbe von Zahlung der Stempelsteuer befreit.

RGb., Bd. X, Th. II, Civilprozess.-Ges., Ausg. 1876, Art. 1024, P. 1; 1025, P. 2.

1715.—Bei jedem Landgerichte im Livländischen Gouvernement befindet sich ein Kreisfiscal. Zu diesem Amte wird, auf Vorstellung der Gouvernementsregierung, mit Bestätigung des Justizministers, einer der drei Candidaten angestellt, die von dem Gouvernementsprocureur gewählt worden. Findet die Gouvernementsregierung, bei Prüfung der Würdigkeit der von dem Gouvernementsprocureur vorgestellten Beamten, gesetzliche Hindernisse zu ihrer Anstellung als Fiscäle, so muss dieselbe unverzüglich, vermittelt ihres Journals, den Gouvernementsprocureur hiervon in Kenntniss setzen. Der Gouvernementsprocureur ist in solchem Falle berechtigt, andere Candidaten vorzustellen, und die Gouvernementsregierung verpflichtet, falls keine offenbaren und begründeten Ursachen zur Ablehnung vorliegen, dieselben ohne Zeitverlust dem Justizminister vorzustellen. Dabei ist die in dem Dienstreglement (Reichsgesetzb., Bd. III, Dienstregl., Ausg. 1876) über Besetzung der Aemter vorgeschriebene Ordnung zu beobachten.

Anmerkung. Bei jedem Bauer-Kreisgerichte ist ein Kreisfiscalsgehülfe angestellt (vgl. Art. 1655, Zus., in d. Forts.).

1797 Febr. 26 (17846) Et.; 1847 Aug. 12 (21470) Et.; 1849 März 28 (23133); 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 748.

1716.—*S. oben, Art. 305 (Anmerk.).*

1718.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1718.—Anmerkung. In Fällen der Abwesenheit oder Krankheit der Kreisfiscäle des Livländischen Gouvernements versehen das Amt derselben die bei

den Bauer-Kreisgerichten angestellten Gehülfen dieser Fiscäle, auf der allgemeinen Grundlage.

1847 Sept. 19 (21539); 1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 756.

1720.—*S. oben, Art. 505 (Anmerk.).*

1722—*Aufgehoben.*—[1864 Mai 25 (40938) Art. 1.]

1726.—*S. oben, Art. 1 (Anmerk.).*

1726.—*Anmerkung.* Der Oeselsche Kreisfiscalsgehülfe hat, ausser den den Kreisfiscalsgehülfen des Livländischen Gouvernements gemeinsamen Verpflichtungen, auch noch die Aufsicht über die Verhandlung der Sachen in der höchsten Gerichtsinstanz für Bauersachen auf der Insel Oesel beim dortigen Landrathscollegium (Art. 316).

1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 754.—Vgl. d. unt. Art. 316 cit. Ges.

1728, P. 7.—*Anmerkung.* Den Kreisfiscälen in den Gouvernements Livland und Kurland ist die Führung der Arrestantenverschläge und die Adstringirung der die Arrestantensachen verhandelnden Behörden und Amtspersonen zu rascher Fortführung dieser Sachen auferlegt (vgl. Art. 1661, P. 4, Anmerk. 1, in d. Forts.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1241.

1729.—*Die Kreisfiscäle des Kurländischen Gouvernements sind verpflichtet, bei den Revisionen der Kreisrenteien zugegen zu sein.*

Inst. d. Kurl. Kreisfisc. 1829 Nov. 26, § 12; 1874 Jan. 1 (52982) Regl.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1630.

1730.—*Die in den Artikeln 1803, 1805, 1806, 1808—1810, 1812, 1813; 1815 und 1816 der Allgemeinen Gouvernementsverfassung (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876) angegebenen Vorschriften über das Wesen und die Grenzen der Amtsgewalt der Kreisaufsicht haben gleiche Kraft und Wirksamkeit auch in den Ostseegouvernements, unter Anpassung derselben an die localen Institutionen dieser Gouvernements (a).*

Anmerkung 1. Von Unregelmässigkeiten, welche in den Kreisbehörden sowohl seitens der Behördenglieder, als auch seitens der Parten vorkommen können, hat der Kreisfiscal Act zu nehmen, die Glieder zu erinnern und in passender Form zu warnen, sowie die Parten zur Ruhe zu mahnen (b).

Anmerkung 2. Wesen und Grenzen der Amtsgewalt der Fiscäle oder Officiales bei den Magistraten der Städte Riga, Reval, Fellin und Narva, werden durch die diese Fiscäle betreffenden besonderen Vorschriften bestimmt (c).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1803, 1805, 1806, 1808—1810, 1812, 1813, 1815, 1816.—(b) 1775 Nov. 7 (14392) Art. 410, P. 2.—Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1807.—(c) Vgl. Art. 500 fgg.; 827, 1071 u. flg.; 1555 fgg.

BEILAGEN.

BEILAGEN

zur Fortsetzung vom Jahre 1880 des I Theils des Provinzialrechts
der Ostseegouvernements.

Beilage zum Artikel 1 (Anmerk.).

Concordanztabellen über die unter den Artikeln des I Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements und im Texte derselben allegirten Artikel des Reichsgesetzbuchs, Ausg. v. J. 1842, mit Angabe der denselben entsprechenden Artikel des Reichsgesetzbuchs, Ausg. v. J. 1857, sowie der Artikel der seit dem Jahre 1857 abgesondert und herausgegebenen in Geltung befindlichen Verfassungen und Statuten des letzteren.

I. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetzb., Bd. I, Grundges.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. I, Grundges., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. I, Grundges., Ausg. 1857. |
|----------------------------|--|--|
| 1 | { 47 48 | 47. 48. |

II. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetzb., Bd. II, Allg. Gouv. Verf.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| 5 | 639 (Anm. 1, 2) . . . | 706 | 657. |
| 6 | 3 (Anm. 1) | 4 | 4. |
| 14 | 33 | 32 | 23. |
| 17 | 34 | 61 | 54. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| 19 | 36 | 34 | 25. |
| 21 | 35 | 33 | 24. |
| 22 | 36 | 34 | 25. |
| 23 | 37 | 35 | 26. |
| 24 | 38 | 36 | 27. |
| 25 | 39 | 40 | 31. |
| 26 | 40 | 39 | 30. |
| 27 | 41 | 40 | 31. |
| 28 | 42 | 41 | 32. |
| 29 | 43 | 42 | 33. |
| 30 | 44 | 43 | 35. |
| 31 | 45 | 44 | 36. |
| 34 | 48 | 47 | 39. |
| 35, P. 2 | | | |
| 36 | 50 | 49 | 41. |
| 38 | 52 | 51 | 43. |
| 40 | 54 | 53 | 45. |
| 41 | 55 | 54 | 46. |
| 42 | 56 | 55 | 47. |
| 43 | 57 | 56 | 48. |
| 44 | 58 | 57 | 50. |
| 45 | 59 | 58 | 51. |
| 46 | 60 | 59 | 52. |
| 47 | 61 | 60 | 53. |
| 49 | 62 | 61 | 54. |
| 51 | 64 | 63 | 56. |
| 52 | | | |
| 53 | 65 | 64 | 57. |
| 54 | 66 | 65 | 58. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 55 | 67 | 66 | 59. |
| 56 | 68 | 67 | 60. |
| 58 | 91 | 101 | 103. |
| 67 | 77 | 78 | 70. |
| 68 | 69 | 70 | 62. |
| 69 | 70 | 71 | 63. |
| 71 | 71 | 72 | 64. |
| | 72 | 73 | 65. |
| 73 | 75 | 76 | 68. |
| 74 | 76 | 77 | 69. |
| 84 | 78 | 79 | 71. |
| 85 | 79 | 89 | 93. |
| 86 | 80 | 90 | 94. |
| 87 | 81 | 91 | 95. |
| 88 | 82 | 92 | 96. |
| 89 | 83 | 93 | 97. |
| 90 | 84 | 94 | 98. |
| 91 | 85 | 95 | 99. |
| 92 | 86 | 96 | 100. |
| 93 | 87 | 97 | 101. |
| 94 | 88 | 98 | 102. |
| 95 | 89 | 99 | 103. |
| 96 | 90 | 100 | |
| 97 | 91 | 101 | |
| 98 | 92 | 102 | 104. |
| 99 | 93 | 103 | 105. |
| 123 | 95 | 105 | 107. |
| 124 | 96 | 106 | 108. |
| 125 | 97 | 107 | 109. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| 128 | 98 | 108 | 110. |
| 129 | 99 | 110 | 112. |
| | 100 | | |
| 132 | 101 | 111 | 113. |
| | 111 | 120 | 121. |
| 137 | 112 | 121 | 122. |
| | 113 | 122 | 123. |
| 138 | 113 | 122 | 123. |
| 140 | 134 | 144 | 142. |
| 141 | 114 | 123 | 124. |
| 143 | 132 | 142 | Civilprozess-Ges. |
| 145 | 136 | 146 | 144. |
| 153 | 139 | 149 | 147. |
| 154 | 140 | 150 | 148. |
| 155 | 141 | 151 | 149. |
| 156 | 142 | 152 | 150. |
| 157 | 143 | 153 | 151. |
| 158 | 144 | 154 | 152. |
| 159 | 145 | 155 | 153. |
| 160 | 146 | 156 | 154. |
| 162 | 149 | 159 | 157. |
| 163 | 150 | 160 | 158. |
| 164 | 151 | 161 | 159. |
| 165 | 153 | 164 | 161. |
| 166 | 154 | 165 | 162. |
| 167 | 155 | 166 | 163. |
| 168 | 156 | 167 | 164. |
| 169 | 157 | 168 | 165. |
| 170 | 158 | 169 | 166. |
| 174 | 173 | 184 | 180. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 175 | 174 | 185 | 181. |
| 176 | 175 | 186 | 182. |
| 177 | 176 | 187 | 183. |
| 178 | 177 | 189 | 185. |
| 181 | 178 | 190 | 186. |
| 186 | 181 | 194 | 189. |
| 187 | 182 | 195 | 190. |
| 193 u. Anm. | 187 u. Anm. | 199 u. Anm. | 194 u. Anm. |
| 198 | 191 | 203 | 197. |
| 207 | 194 | 219 | 204. |
| | 195 | 220 | 205. |
| 208 | 196 | 221 | 206. |
| 211 | 201 | 227 | 212. |
| 212 | 203 | 229 | 214. |
| 214 | 205 | 230 | 215. |
| 218 | 209 | 235 | 220. |
| 220 | 210 | 236 | 221. |
| 221 | 211 | 237 | 222. |
| 223 | 212 | 207 | } 200. |
| | | 208 | |
| | | 209 | |
| | | 210 | |
| 224 | 213 | 211 | 202. |
| 225 | 214 | 212 | } Rechnungsregl. |
| | | 213 | |
| | | 214 | |
| | | 215 | |
| 227 | 217 | 218 | Rechnungsregl. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| | 219 | 241 | Rechnungsregl.; Regl. üb. d. indir. Steuern. |
| 229 | 849 | 1086 | } Aufgeh. |
| | 850 | 1087 | |
| 242 | 220 | 242 | 223. |
| 244 | 222 | 244 | 225. |
| 245 | 223 | 245 | 226. |
| 246 | 224 | 246 | 227. |
| 247 | 225 | 247 | 228. |
| 248 | 226 | 248 | 229. |
| 255 | 232 | 256 | 236. |
| 282 | 257 | 276 | 255. |
| | 258 | 277 | 256. |
| 283 | 259 | 278 | 257. |
| 284 | 260 | 279 | 258. |
| 289 | 262 | 281 | 260. |
| 290 | 263 | 282 | 250. |
| 291 | 264 | 283 | 261. |
| 292 | 265 | 284 | 252. |
| 293 | 266 | 285 | 253. |
| | 2240 | 2408 | 1209. 1220. |
| 313 | 2241 | 2409 | 1221. 1210. 1223. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausc. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| | | 267 | 244. |
| 350 | { 248 | 268 | { 245. 246. 247. |
| | 256 | 275 | 249. |
| 352 | 2260 | 2434 | 1214. |
| | { 745 | 894 | 790. |
| 354 | { 2261 | 2435 | 1215. |
| | 2262 | 2436 | 1216. |
| 355 | 2263 | 2437 | 1217. |
| 369 | 3843 | 4027 | 1770. |
| 392 | 604 | 669 | 621. |
| | | 267 | 244. |
| 393 | { 248 | 268 | { 245. 246. 247. |
| | 256 | 275 | 249. |
| | { 746 | 895 | 791. |
| 394 | { 3854 | 4042 | 1776. |
| | 194 | 219 | 204. |
| | 195 | 220 | 205. |
| 395 | { 3856 | 4044 | { 1776. |
| | 3857 | 4045 | |
| 413 | 2381 | 2554 | 1329. |
| 414 | 2363 | 2538 | 1322. |
| 415 | 2365 | 2540 | 1324. |
| 416 | 2366 | 2541 | 1325. |
| 417 | 2367 | 2542 | 1326. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| | 2369 | 2544 | 1328. |
| 418 | 2370 | 2545 | Aufgeh. |
| | 2371 | 2546 | 1328, Anm. 1. |
| | 2368 | 2543 | 1327. |
| 419 | 2371 | 2546 | 1328, Anm. 1. |
| 420 | 2382 | 2555 | 1331. |
| 430 | 604 | 669 | 621. |
| | 248 | 267 | 244. |
| 431 | | 268 | 245. |
| | | | 246. |
| | | | 247. |
| | 256 | 275 | 249. |
| | 746 | 895 | 791. |
| | 2386 | 2559 | 1342. |
| 432 | 2387 | 2560 | 1343. |
| | 2389 | 2562 | 1345. |
| | 2390 | 2563 | |
| 433 | 2391 | 2564 | 1346. |
| 510 — 512 | 194 fgg. | 219 fgg. | 204 fgg. |
| 537 | 604 | 669 | 621. |
| 627 | 3954 | 4121 | 1329. |
| 628 | 3955 | 4122 | 1322. |
| 629 | 3952 | 4119 | 1323. |
| 644 | 2382 | 2553 | 1331. |
| 645 | 2382 | 2555 | 1331. |
| 660 | 604 | 669 | 621. |
| 661 | 256 | 275 | 249. |
| 662 — 664 | 194 fgg. | 219 fgg. | 204 fgg. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. H, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|---|
| | 2240 | 2408 | 1209. |
| | | | 1210. |
| 859 | | | 1220. |
| | | | 1221. |
| | 2241 | 2409 | 1223. |
| | 245 | 269 | 248. |
| | | 267 | 244. |
| 886 | 248 | 268 | 245. |
| | | | 246. |
| | | | 247. |
| 888 | 2260 | 2434 | 1214. |
| | 745 | 894 | 790. |
| 890 | 1803, Anm. 1. | 2017, Anm. 1. | Aufgeh. |
| | 2261 | 2435 | 1215. |
| | 2262 | 2436 | 1216. |
| 891 | 2263 | 2437 | 1217. |
| | 248 | 267 | 244. |
| | | 268 | 245. |
| 955 | | | 246. |
| | | | 247. |
| | 256 | 275 | 249. |
| 956 | 746 | 895 | 791. |
| | 3854 | 4042 | 1776. |
| | 194 | 219 | 204. |
| | 195 | 220 | 205. |
| 957 | 1803, Anm. 1. | 2017, Anm. 1. | Aufgeh. |
| | 3856 | 4044 | 1776. |
| | 3857 | 4045 | |
| 975 | 2381 | 2554 | 1329. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| 976 | 2363 | 2538 | 1322. |
| 977 | 2365 | 2540 | 1324. |
| 978 | 2366 | 2541 | 1325. |
| 979 | 2367 | 2542 | 1326. |
| 980 | 2369 | 2544 | 1328. |
| 981 | 2368 | 2543 | 1327. |
| | 2371 | 2546 | 1328, Anm. 1. |
| 982 | 2382 | 2555 | 1331. |
| 991 | 604 | 669 | 621. |
| | 248 | 267 | 244 |
| 992 | 248 | 268 | 245. |
| | | | 246. |
| | | | 247. |
| | 256 | 275 | 249. |
| | 746 | 895 | 791. |
| 993 | 2386 | 2559 | 1342. |
| | 2387 | 2560 | 1343. |
| | 2390 | 2563 | 1345. |
| 994 u. 995 | 2389 | 2562 | 1344, Anm. 2. |
| | 2391 | 2564 | 1346. |
| 1018 | 2241 — 2257 | 2409 — 2429 | 1210, 1211, 1223. |
| 1085—1087 | 194 fgg. | 219 fgg. | 204 fgg. |
| 1200—1202 | 3952 | 4119 | 1323. |
| 1253 | 604 | 669 | 621. |
| 1254 | 244 fgg. | 267 fgg. | 244 fgg. |
| | | | 244. |
| 1313 | 248 | 268 | 245—248. |
| | | | 249. |
| | 256 | 275 | 249. |
| 1315 | 2260 | 2434 | 1214. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| | 745 | 834 | 790. |
| 1317 | 2260 | 2434 | 1214. |
| | 2261 | 2435 | 1215. |
| | 2262 | 2436 | 1216. |
| 1318 | 2263 | 2437 | 1217. |
| 1355 | 604 | 669 | 621. |
| | 248 | 267 | 244. |
| 1356 | 256 | 268 | 245—248. |
| | | 275 | 249. |
| 1357 | 746 | 895 | 791. |
| | 3854 | 4042 | 1776. |
| 1358 | 3856 | 4044 | 1776. |
| | 3857 | 4045 | |
| 1374 | 2381 | 2554 | 1329. |
| 1375 | 2365 | 2540 | 1324. |
| 1376 | 2363 | 2538 | 1322. |
| 1377 | 2366 | 2541 | 1325. |
| 1378 | 2367 | 2542 | 1326. |
| 1379 | 2369 | 2544 | 1328. |
| | 2371 | 2546 | 1328, Anm. 1. |
| 1380 | 2368 | 2543 | 1327. 1328, Anm. 1. |
| | 2371 | 2546 | |
| 1381 | 2382 | 2555 | 1331. |
| 1391 | 604 | 669 | 621. |
| 1392 | 248 | 267 | 244. |
| | | 268 | 245—248. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|-------------------------------------|---|---|---|
| | 2386 | 2559 | 1342. |
| | 2387 | 2560 | 1343. |
| 1393 | 2389 | 2562 | } 1345. |
| | 2390 | 2563 | |
| 1394 | 2391 | 2564 | 1346. |
| 1423 | 4247 | 4532 | } Aufgeh. |
| | 4247 | 4532 | |
| 1429 | 4234 | 4541 | |
| 1443 | 604 | 669 | 621. |
| | 244 | 267 | 244. |
| 1444 | 245 | 269 | 248. |
| 1445 | } 194 fgg. | 219 fgg. | 204 fgg. |
| 1446 | | | |
| 1482 | 3932 | 4119 | 1323. |
| 1571 | 664 | 787 | 732. |
| 1572 | 256 | 275 | 249. |
| 1573 | 194 fgg. | 219 fgg. | 204 fgg. |
| 1659 | 2292 | 2470 | 1228. |
| 1660 | 2300 | 2473 | 1231. |
| 1661, P. 1—3 | 2301, I, P. 1—3 | 2474, § I, P. 1—3 | 1233, § I, P. 1—3. |
| 1661, P. 6, 7 | 2301, I, P. 7; II, P. 8. | 2474, § I, P. 8; II, P. 9. | 1233, § I, P. 7; II, P. 8. |
| 1661, P. 8, 9, 13 — 16 | 2301, II, P. 9, 10, 14; III, P. 15—17. | 2474, § II, P. 10, 11, 15; III, P. 16—18 | 1233, § II, P. 9—11; III, P. 12—14. |
| 1661, P. 18—22 | 2301, § III, P. 19—23. | 2474, § III, P. 20—24. | 1233, § III, P. 16—20. |
| 1662 | 2302 | 2475 | 1234. |
| 1663 | 2305 | 2478 | 1237. |
| 1664 | 2306 | 2479 | 1239. |
| 1666 | 2308 | 2481 | 1245. |
| 1667 | 2309 | 2483 | 1247. |

| Provinzialrecht. Th. I. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 1668 | 2310 | 2484 | 1248. |
| 1669 | 2311 | 2485 | 1250. |
| 1670 | 2312 | 2486 | 1251. |
| 1671 | 2313 | 2487 | 1253. |
| 1672 | 2314 | {2488 | 1254. |
| | | {2489 | 1255. |
| 1674 | 2315 | 2490 | 1256. |
| 1675 | 2316 | 2491 | 1257. |
| 1676 | 2317 | 2492 | 1258. |
| 1677 | 2318 | 2493 | 1259. |
| 1678 | 2319 | 2494 | 1260. |
| 1679 | 2320 | 2495 | 1261. |
| 1680 | 2321 | 2496 | 1262. |
| 1681 | 2322 | 2497 | 1263. |
| 1682 | 2323 | 2498 | 1264. |
| 1683 | 2325 | 2499 | 1265. |
| 1685 | 2327 | 2502 | 1267. |
| 1686 | 2333 | 2508 | 1273. |
| 1695 | 244 fgg. | 267 fgg. | 245 fgg. |
| 1708 | 244 fgg. | 267 fgg. | 245 fgg. |
| 1726 | 3383 | 3597 | Aufgeh. |

III. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetz., Bd. III,
Staatsdienstregl.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 1314 | {1203 1204 | {1237 | 758. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. III, Staatsdienstregl., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 1326 | 1203 | 1237 | 758. |
| 1368 | 1203 | 1237 | 758. |
| 1416 | { 1203 1204 } | { 1237 } | 758. |
| 1419 | { 1203 1204 } | { 1237 } | 758. |
| 1718 | { 1203 1204 } | { 1237 } | 758. |

IV. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., Ausg. v. d. J. 1842 u. 1857; und Bd. IX, Ständerecht, Ausg. v. J. 1876.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. III, Wahldienstregl., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. IX, Ständerecht, Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|---|
| 249 | 499 | 560 | 817. |
| | { 257 } | 265 | { 249 (Anm. 1, Beil., Art. 17). |
| 279 | { 258 } | 266 | { 249 (Anm. 1, Beil., Art. 18). |
| 280 | 259 | 267 | { 249 (Anm. 1, Beil., Art. 19). |
| 281 | 260 | 268 | { 249 (Anm. 1, Beil., Art. 20). |
| 393 | 256 fgg. | 264 fgg. | 252. |
| 431 | 256 fgg. | 264 fgg. | 252. |
| 509 | 256 fgg. | 264 fgg. | 252. |
| 661 | 256 fgg. | 264 fgg. | 252. |
| 1313 | 256 fgg. | 264 fgg. | 252. |

V. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetzb., Bd. X, Th. II,
Civilprozess-Ges.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. X, Th. II, Civilprozess- Ges., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. X, Th. II. Civilprozess- Ges., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. X, Th. II, Civilprozess- Ges., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 62 | { 3692 | 1726 | 1025. |
| | { 3764 | 1804 | 1029. |
| 130, P. 2. | 2277, P. 6—8 | 267, P. 6—8 | 224, P. 6—8. |
| — — 3. | { — — 3. | — — 3. | { — — 3. |
| | { 2561, — 8. | 563, — 8. | |
| — — 5. | 2277, — 9. | 267, — 9. | — — 9. |
| — — 6. | — — 12 | — — 14 | — — 14. |
| — — 7. | — — 10 | — — 10 | — — 10. |
| 645 | { 2047 | { 24—26 | 21—23. |
| | { 2048 | | |
| 1714 | 3692 | 1726 | 1025. |

VI. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl.
üb. Allgem. Fürs. und Medic.-Regl.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Allgem. Fürs. u. Medic.- Regl., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Allgem. Fürs. u. Medic.- Regl., Ausg. 1857, |
|----------------------------|---|---|
| 227 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 331. | { Regl. üb. Allgem. Fürs.: 72, Anm. 3 (in d. Forts. 1876). |
| 354 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50. | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |
| 355 | Medic.-Regl.: 47. | Medic.-Regl.: 62. |
| 395 | { Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |
| | { Medic.-Regl.: 47. | |
| 432 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 3 . |
| 433 | Medic.-Regl.: 47. | Medic.-Regl.: 62. |
| 890 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |
| 891 | Medic.-Regl.: 47 | Medic.-Regl.: 62. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Allgem. Fürs. u. Medic.- Regl., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. XIII, Regl. üb. Allgem. Fürs. u. Medic.- Regl., Ausg. 1857. |
|----------------------------|---|---|
| 957 | { Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . Medic.-Regl.: 47 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. Medic.-Regl.: 62. |
| 994 | { Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50. | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |
| 995 | | |
| 1317 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50. | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |
| 1318 | Medic.-Regl.: 47 | Medic.-Regl.: 62. |
| 1358 | { Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . Medic.-Regl.: 47 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. Medic.-Regl.: 62. |
| 1393 | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 50 . | Regl. üb. Allgem. Fürs.: 39. |

VII. Artikel des Provinzialr., Th. I, und des Reichsgesetzb., Bd. XV, Th. II,
Criminalprozess-Ges.

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetzb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1842. | Reichsgesetzb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1857. | Reichsgesetzb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1876. |
|----------------------------|--|--|--|
| 62 | 903 | 25 | 22. |
| 312 | 1459 | 630 | 617. |
| 349 | 1476 | 647 | 633. |
| 350 | { 1476 | 647 | 633. |
| | { 1576 | | |
| 393 | { 1476 | 647 | 633. |
| | { 1576 | | |
| 431 | { 1476 | 647 | 633. |
| | { 1576 | | |
| 509 | 1476 | 647 | 633. |
| 661 | 1476 | 647 | 633. |
| 955 | 1476 | 647 | 633. |
| 992 | { 1476 | 647 | 633. |
| | { 1576 | | |
| | | 712 | 687. |

| Provinzialrecht, Th. I. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1842. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1857. | Reichsgesetz., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess- Ges., Ausg. 1876. |
|----------------------------|---|---|---|
| 1254 | 1476 | 647 | 633. |
| 1313 | 1476 | 647 | 633. |
| 1356 | 1476 | 647 | 633. |
| 1572 | 1476 | 647 | 633. |

Beilage zum Artikel 9 (Zus.).

Reglement

betreffend die Stadtcommunalverwaltung und den Stadthaushalt in den Ostseegouvernements und in der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva.

Hauptst. I.—Allgemeine Bestimmungen.

1. Die Sorge für den Haushalt und die Wohlfahrt der Stadt, sowie die darauf bezüglichen Maassnahmen sind der Stadtcommunalverwaltung, die Aufsicht aber über die gesetzmässige Ausführung Dessen dem Gouverneur anheimgestellt, in genauer Grundlage der in den Artikeln 2—161 dieser Beilage angegebenen Vorschriften.

Anmerkung 1. Die Magistrate, die ständischen und anderen, in den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva bestehenden, Institutionen, zu deren Bereich ausser den in den Wirkungskreis der städtischen Communalverwaltung (Art. 1 u. fg. dies. Beil.) fallenden Angelegenheiten noch andere gehören, bleiben auf der seitherigen Grundlage bestehen, wobei von der Verwaltung derselben alle Angelegenheiten, Anstalten und Vermögensobjecte, welche in Gemässheit dieser Beilage zum Bereiche der erwähnten Communalverwaltung gehören sollen, ausgenommen werden.

Anmerkung 2. Die in den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva bestehenden Wohlthätigkeitsanstalten sind nebst den in der vorgeschriebenen Ordnung zu ihrem Unterhalt bestimmten Mitteln der Stadtcommunalverwaltung unterstellt (Art. 1 fgg. dies. Beil.), mit Ausnahme Derer, welche den einzelnen Ständen, den Gilden, Kirchen oder anderen, ausserhalb der Communalverwaltung stehenden, besonderen Institutionen gehören, sowie auch derjenigen Privat-Wohlthätigkeitsanstalten, welche, in Gemässheit der Festsetzungen der Stifter oder Testatoren, der Verwaltung des Magistrats unterliegen sollen (vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 9, P. 4).

Anmerkung 3. Die Theilung der Stadt Reval bezüglich der Angelegenheiten der Communalverwaltung in zwei Theile: den Dom- und die untere Stadt, ist aufgehoben. Beide Theile sind in den erwähnten Angelegenheiten einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt (vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 997, Anmerk., in d. Forts.).

Anmerkung 4. In den Fällen, wo die Städteordnung (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948—2108) die Anwendung von Artikeln der Reichsgesetze über das Civilrecht und den Prozess vorschreibt, hat in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva die Communalverwaltung in ihren Amtsverrichtungen die entsprechenden localen Rechtsbestimmungen zur Richtschnur zu nehmen.

Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1948; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3—6; Regl., Art. 15; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

2. Zu den Competenzgegenständen der Stadtcommunalverwaltung gehören: 1) Angelegenheiten betreffend die Organisation dieser Verwaltung und den städtischen Haushalt auf Grund der Vorschriften dieser Beilage; 2) Angelegenheiten betreffend die äussere Ordnung der Stadt, namentlich: die Sorge für die Einhaltung des bestätigten Planes beim Ausbau der Stadt; die auf Grund der unten (Art. 55, P. 5; 103—108 dies. Beil.) angegebenen Vorschriften zu übende Fürsorge für Anlage und Instandhaltung der Strassen und Plätze, des Strassenpflasters, der Trottoire, der städtischen öffentlichen Gärten, Boulevards, Wasserleitungen, Abzugsröhren, Canäle, Teiche, Gräben und Wasserverbindungen, Brücken, Dämme und Ueberfahrten, desgleichen für die Beleuchtung der Stadt; 3) Angelegenheiten betreffend die Wohlfahrt der städtischen Bevölkerung, wie: Maassregeln zur Sicherung der Volksverpflegung, Einrichtung von Messen und Märkten, ferner inner-

пословица = Mandatpfelle
Сагапра = Knechtstuf.

halb der gesetzlichen Grenzen (Art. 103—108 dies. Beil.; Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Brandregl., Ausg. 1857), Sorge für die Volksgesundheitspflege, für Vorsichtsmaassregeln gegen Feuersbrünste und andere Unglücksfälle und für Sicherstellung gegen daraus entstehenden Schaden; Sorge für Schutz und Förderung des örtlichen Handels und Gewerbfleisses (Art. 111, 112 dies. Beil.), für Errichtung von Landungsplätzen (Art. 115 dies. Beil.), von Börsen und Creditanstalten auf Grund der Vorschriften der Verordnung über städtische Communalbanken vom 6 Februar 1862; 4) Errichtung von Wohlthätigkeitsanstalten und Krankenhäusern auf Kosten der Stadt; Verwaltung derselben auf den für die Landschaftsinstitutionen in Betreff der ihnen unterstellten Anstalten dieser Art vorgeschriebenen Grundlagen (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1818, P. 4); Betheiligung an der Fürsorge für die Volksbildung auf der gleichen Grundlage (vgl. ebendas. Art. 1818, P. 7), desgleichen Errichtung von Theatern, Bibliotheken, Museen und anderen derartigen Anstalten; 5) Vorstellung von Auskünften und Gutachten an die Staatsregierung in Betreff örtlicher Bedürfnisse und Interessen der Stadt, und Petitionen in diesen Angelegenheiten (Art. 54, 55 dies. Beil.); 6) Aufsicht über Wege und Brücken, die von der Stadt ausserhalb der Stadtgrenze zu unterhalten sind; 7) Eröffnung und Schliessung von Messen und Märkten, nach Maassgabe der in dieser Beziehung für die Landschaftsinstitutionen geltenden Bestimmungen (Reichsgesetzb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1878, P. 2; 1880, P. 4; 1906, P. 8); 8) Verwaltung derjenigen, zu wohlthätigen Zwecken bestimmten, Anstalten und Vermögensobjecte, welche der Aufsicht der Stadtcommunalverwaltung unterstellt sind (Art. 1, Anmerk. 1, dies. Beil.), und anderweitige Maassnahmen zur Armenpflege, sowie zur Erforschung der Mittel zur Unterdrückung der Bettelei; 9) Verwaltung der städtischen Poststationen da, wo dieselben der Aufsicht der Stadtverwaltung unterstellt sind; 10) Aufsicht über die Aemter oder Innungen der Fuhrleute, der Ankerneeken und Uebersetzer, der Wraker, Wäger und Messer, über die Makler und anderen Handelsbeamten, soweit es sich um Erfüllung ihrer Berufspflichten oder Ausübung ihres Gewerbes handelt; 11) Zusammenstellung der Preislisten und der Taxen für Lebensbedürfnisse; 12) Anstellung von Schiffstaxatoren in der Stadt Riga, und 13) anderweitige, der Communalverwaltung durch das Gesetz auferlegte, Verpflichtungen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1949 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 2019; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 1.

3. Der Stadtcommunalverwaltung liegt es ob, die gesetzlichen, zum Fortgang der dem Tätigkeitsbereich dieser Verwaltung anheimgestellten Angelegenheiten nothwendigen, Maassnahmen zu berathen, zu beschliessen und ordnungsmässig auszuführen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1950.

4. In den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva ist der Wirkungskreis der Stadtcommunalverwaltung im Allgemeinen auf die Stadtgrenzen und auf die der Stadt zugewiesenen Ländereien beschränkt, erstreckt sich jedoch auch auf das Patrimonialgebiet (wo ein solches vorhanden), mit Ausnahme der zum Areal selbstständiger Bauergemeinden gehörigen Theile desselben, desgleichen auf das der Stadtverwaltung unterstellte Wassergebiet.

Ebendas., Art. 1950 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 2; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

5. Die Stadtcommunalverwaltung handelt innerhalb der Grenzen der ihr anheimgestellten Gewalt selbstständig. Die Fälle und die Ordnung, in welchen die Handlungen und Dispositionen dieser Verwaltung der Bestätigung und Beaufsichtigung seitens der Regierungsgewalten unterliegen, sind in den Artikeln 6, 11, 12, 56, 68, 71, 77, 80, 92, 103—106, 111—113, 121—124, 127, 143, 150—155 und 158 dieser Beilage angegeben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1952.

6. Die Regierungsbehörden, die landschaftlichen und ständischen Institutionen sind verpflichtet, zur Erfüllung gesetzlicher Requisitionen der Stadtcommunalverwaltung Beihilfe zu leisten; eine gleiche Verpflichtung hat diese gegenüber jenen Behörden und Institutionen. Falls gesetzliche Requisitionen von der einen oder andern Seite unerfüllt

bleiben, wendet sich der unzufriedene Theil an den Gouverneur, welcher, nach Einforderung der nöthigen Auskünfte, in dem weiteren Fortgang der Sache nach Vorschrift der Artikel 8 und 151 dieser Beilage verfährt.

Anmerkung. Das Gesetz über die Landschaftsinstitutionen ist in den Ostseegouvernements nicht eingeführt, aber in der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva in Geltung. Ebendas., Art. 1817 u. flg.; 1849, Beil., P. XXIII; 1953; 1864 Jan. 1 (40459) RRG., I, Art. 3; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

7. Ausser den von den competenten landschaftlichen, städtischen oder ständischen Institutionen auf Grund der für sie erlassenen Gesetze angeordneten Steuern, können den Stadteinwohnern keinerlei Abgaben, Leistungen oder Dienste anders, als auf dem Wege der Gesetzgebung auferlegt werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1817 u. flg.; 1849, Beil., P. XXIII; 1954; 1864 Jan. 1 (40459) RRG., I, Art. 3.; vgl. Art. 6, Anm. dies. Beil.

8. Falls der Stadt Abgaben, Leistungen oder Dienste, die nicht auf gesetzliche Vorschrift gegründet sind, auferlegt oder andere unrechtmässige, die Stadt betreffende Verfügungen von Regierungs-, landschaftlichen oder ständischen Behörden getroffen werden, kann die Stadtcommunalverwaltung sich an den Gouverneur wegen Ergreifung der von ihm abhängigen Maassnahmen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung wenden; falls aber ihrem Ansuchen auf diesem Wege nicht genügt werden kann, desgleichen im Falle unrechtmässiger Dispositionen des Gouverneurs oder der höheren Administrativgewalten, steht es ihr frei, unmittelbar bei dem Dirigirenden Senat (I. Departement) Beschwerde zu führen. Die Frist für Erhebung einer solchen Beschwerde ist eine dreimonatliche, gerechnet von dem Tage, an welchem die Benachrichtigung über jene Dispositionen oder über den die Communalverwaltung abweisenden Bescheid auf das dem Gouverneur eingereichte Gesuch bei der erwähnten Verwaltung eingegangen ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1817 u. flg.; 1849, Beil., P. XXIII; 1955; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); vgl. 1864 Jan. 1 (40459) RRG., I, Art. 3; Art. 6, Anm. dies. Beil.

9. Die Stadtcommunalverwaltung darf in ihren Beschlüssen und Dispositionen nicht aus dem Kreise der ihr zugewiesenen Angelegenheiten heraustreten. Jeder Beschluss derselben, welcher dieser Bestimmung zuwider gefasst worden, ist nichtig.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1956.

10. Die Stadtcommunalverwaltung unterliegt der Verantwortlichkeit (Art. 148—161 dies. Beil.) für Ueberschreitung ihrer Competenz, für Nichterfüllung gesetzlicher Requisitionen der örtlichen Gewalten, für Verletzung der gesetzlichen Rechte von Corporationen und einzelnen Personen und überhaupt für alle den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufenden Handlungen.

Ebendas., Art. 1957.

11. Zum Zwecke der in den Artikeln 12, 29, 45, 77, 80, 93, 111 (Anmerk.), 150, 151 und 158 dieser Beilage bezeichneten Fällen zu veranstaltenden Prüfung derjenigen Sachen, welche in Folge von Beschwerden oder Kompetenzstreitigkeiten, oder nach unmittelbarem Ermessen des Gouverneurs anhängig werden und ungesetzliche Beschlüsse der Stadtcommunalverwaltung betreffen, sowie zur Beurtheilung der von den Stadtverordnetencollegien beschlossenen, für die Einwohner verbindlichen Verordnungen in Fällen, wo der Gouverneur gegen Erlass derselben ein Hinderniss findet, oder wo hinsichtlich ihres Erlasses zwischen der Stadtcommunal- und der örtlichen Polizeiverwaltung keine Einigung zu erzielen ist (Art. 105 u. 106 dies. Beil.), wird in jedem Gouvernement unter dem Vorsitze des Gouverneurs eine Gouvernementsbehörde für städtische Sachen niedergesetzt, bestehend aus dem Vicegouverneur, dem Dirigirenden des Kameralhofes, dem Gouvernementsprocureur, einem seitens der Commission für Bauersachen laut Beschluss derselben hierzu bestimmten Gliede und dem Stadthaupt der Gouvernementsstadt. Ausserdem werden bei Prüfung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Stadtverwaltung und einer andern Behörde oder einem andern

Ressort zu der Sitzung mit Stimmrecht hinzugezogen: wenn der Kompetenzstreit das Kron- oder Apanagenressort angeht, der Chef derjenigen besonderen Verwaltung, auf welche sich der Streit seiner Art nach bezieht; wenn der Conflict aber Geldrechnungen betrifft, auch der Dirigirende des Controlhofes. Die Geschäftsführung in dieser Behörde wird dem Stadtsecretär der Gouvernementsstadt übertragen. In Fällen, wo bei der Gouvernementsbehörde für Stadtsachen Fragen über die Verabfolgung von Subventionen zum Unterhalt von Lehranstalten zur Prüfung gelangen, wird ein Repräsentant des Unterrichtsressorts, nach Bestimmung des Curators des Lehrbezirks, zur Sitzung eingeladen.

Anmerkung. In der Stadt Riga sind die Pflichten des Vortrag haltenden Beamten in der Behörde für städtische Sachen, an Stelle des Stadtsecretärs, einer andern Person, nach Ermessen des Gouverneurs, übertragen worden.

Ebendas., Art. 1938 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); Anm. 4; 5 (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 3; 1878 Jun. 27, Allerh. Bef. (in Sach. d. Min. d. Inn.); vgl. Oct. 23 (58943) Art. 1.

12. Wenn seitens der Stadtcommunalverwaltung zur Ausführung derjenigen Leistungen, deren Præstation das Gesetz für die Stadt verbindlich erklärt, keine Verfügungen getroffen werden, so erinnert der Gouverneur die Communalverwaltung daran; bleibt diese Maassregel aber erfolglos, so schreitet er, wenn die Nothwendigkeit dessen von der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen anerkannt ist, zu directen Vollstreckungsanordnungen für Rechnung der Stadt, und berichtet darüber ungesäumt dem Minister des Innern.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf.; Ausg. 1876, Art. 1959; vgl. 1877 Jan. 14 (56837) Art. 3.

13. Die Einsendung von Auskünften, Gutachten und Anträgen Seitens der Stadtcommunalverwaltung an die höhere Regierung in Sachen, welche die örtlichen Interessen und Bedürfnisse der Stadt betreffen, erfolgt durch den Gouverneur, welcher die Anträge des Stadtverordnetencollegiums nebst seinem Gutachten spätestens binnen Monatsfrist der höheren Obrigkeit einzusenden hat.

Anmerkung. Die Anträge der Stadtverordnetencollegien bezüglich der Abänderung von Gesetzen über solche Zwecke der Stadtwohlfahrt, in Ansehung welcher den erwähnten Collegien durch die Artikel 103—110 dieser Beilage das Recht ertheilt ist, für die Stadteinwohner verbindliche Verordnungen zu erlassen, senden die Gouverneure zuvörderst zur Berathung an die Gouvernementsbehörde für städtische Sachen und bringen sie demnächst in der durch diesen (13) Artikel festgesetzten Frist an den Minister des Innern zur weiteren Behandlung gemäss der Gesetzgebungsordnung.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1960 u. Anm.; 1871 Apr. 26 (49512) Art. II.

14. Die Stadt ist befugt ein Siegel mit dem Stadtwappen zu führen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1961.

Hauptst. II.—Von den Institutionen der Stadtcommunalverwaltung.

15. Die Institutionen der Stadtcommunalverwaltung sind: 1) die städtischen Wahlversammlungen, 2) das Stadtverordnetencollegium und 3) das Stadtamt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1962.

Abth. I. Von den städtischen Wahlversammlungen.

16. Die städtischen Wahlversammlungen treten ausschliesslich zum Zweck der Wahl der Stadtverordneten alle vier Jahre zusammen; die Zeit ihrer Zusammenberufung wird von dem Stadtverordnetencollegium bestimmt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1963.

17. Jeder Einwohner der Stadt, welchem Stande er auch angehören mag, hat Stimmrecht bei der Wahl der Stadtverordneten, unter folgenden Bedingungen: 1) wenn er Russischer

Unterthan ist; 2) wenn er mindestens fünfundzwanzig Jahre alt ist; 3) wenn er beim Vorhandensein dieser beiden Bedingungen innerhalb der Stadtgrenzen (Art. 4 dies. Beil.) ein zum Besten der Stadt besteuertes Immobil als Eigenthümer besitzt, oder auf Grund eines Kaufmannsscheines eine Handels- oder Gewerbeanstalt inne hat, oder aber vor der Wahlversammlung zwei Jahre hindurch, sei es auch mit zeitweiliger Abwesenheit, in der Stadt gewohnt hat und zum Besten der Stadt die festgesetzte Steuer von einem Kaufmannsschein, einem Kleinhandelschein oder einem Commisschein erster Klasse, oder von den im Reichsgesetzbuche, Bd. V, im Poschlinreglement (Ausg. 1857) bezeichneten Billeten zum Betriebe von gewerblichen Anstalten zahlt, und 4) wenn er nicht mit städtischen Steuern im Rückstande ist. Ausserdem haben 5) in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva bei den städtischen Wahlen das Stimmrecht alle nach Ortsgewohnheit sogenannten Literaten, wenn sie vor den Wahlen mindestens zwei Jahre, wenn auch mit zeitweiliger Abwesenheit, in der Stadt gewohnt haben, und wenn sie ausserdem den in den Punkten 1, 2 und 4 dieses (17) Artikels angegebenen Bedingungen entsprechen und eine besondere Steuer zum Besten der Stadt in einem von dem Stadtverordnetencollegium festgesetzten Betrage zahlen.

Ebendas., Art. 1964 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 4; 1880 Jän. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.—Vgl. RGb., Bd. V, Poschlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. J. 1876).

18. Unter den das Stimmrecht bei den Wahlen übenden Stadteinwohnern wird dieses Recht Denjenigen entzogen: 1) die wegen Verbrechen oder Vergehen, welche Verlust oder Beschränkung der Standesrechte, oder Ausschliessung aus dem Dienste nach sich ziehen, sowie wegen der in den Artikeln 169—177 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen genannten Vergehen unter Gericht gewesen, falls sie durch gerichtliches Urtheil nicht freigesprochen sind; 2) die ihres Amtes entsetzt worden (für die Zeit von 3 Jahren, gerechnet vom Tage der Entsetzung); 3) die wegen solcher verbrecherischer Handlungen, welche im Punkt 1 dieses (18) Artikels aufgeführt oder mit der im Punkt 2 dieses (18) Artikels erwähnten Strafe bedroht sind, in Untersuchung oder unter Gericht stehen; 4) die für insolvent erklärt worden, so lange die Art der Insolvenz noch nicht festgestellt ist; aus der Zahl der Personen aber, über welche dergleichen Sachen schon beendet worden, alle Insolventen, mit Ausnahme der als unglückliche anerkannten, und 5) die der geistlichen Würde oder des geistlichen Amtes für Laster verlustig erklärt worden, oder die aus Gemeinden und Adelsversammlungen auf Beschluss der Stände, zu denen sie gehören, ausgeschlossen worden sind. Wenn Jemand von den Stadtverordneten oder von den Amtspersonen der Stadtcommunalverwaltung, nach stattgehabter Wahl, sich als des Rechts zur Theilnahme an der Stadtcommunalverwaltung verlustig gegangen erweist, aus den in den Punkten 1, 2, 4 und 5 dieses (18) Artikels angegebenen Gründen, so wird derselbe aus dem Stadtverordnetenbestande ausgeschlossen, oder von dem von ihm bekleideten Communalamte entlassen; die verbrecherischer, im Punkte 3 dieses (18) Artikels bezeichneter, Handlungen Beschuldigten und deshalb in Untersuchung oder unter Gericht Befindlichen aber werden von ihren Aemtern bei der Communalverwaltung einstweilig und bis zur Beendigung der Untersuchung und Gerichtsverhandlung, entfernt. Sowohl die einstweilige Entfernung vom Amte bei der Communalverwaltung, als auch die Ausschliessung aus dem Stadtverordnetenbestande und Entlassung von dem innegehabten Communalamte hängt, bezüglich aller Personen der Stadtcommunalverwaltung, mit einziger Ausnahme des Stadthauptes, dessen Entlassung oder einstweilige Entfernung laut Beschluss der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen erfolgt, von dem Stadtverordnetencollegium ab.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1963; vgl. 1873 Nov. 22 (52812).

19. Der Gouverneur, die Glieder der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen, mit Ausnahme des Stadthauptes (Art. 11 dies. Beil.), die Glieder der Gouvernementsregierung und die Beamten der örtlichen Polizei haben, so lange sie diese Aemter bekleiden, keine Stimme bei den Wahlen, auch wenn sie nach Artikel 17 dieser Beilage dazu berechtigt wären.

Anmerkung. In den städtischen Wahlversammlungen der Ostseegouvernements und der Stadt Narva wird das Stimmrecht den Personen, die in der Ortspolizei Wahlämter bekleiden, nicht entzogen, sofern sie den im Artikel 17 dieser Beilage angegebenen Bedingungen entsprechen und

sofern die im Artikel 18 derselben Beilage angegebenen Hinderungsgründe ihrer Betheiligung an den Wahlen nicht entgegenstehen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1966 u. Anm. 2 (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 5; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

20. Für Personen weiblichen Geschlechts, für Abwesende und für Solche, die zwar die bürgerliche Volljährigkeit (einundzwanzig Jahre), aber nicht das im Artikel 17 dieser Beilage festgesetzte Alter erreicht haben, können mit Vollmachten seitens derselben versehene Personen an den Wahlen Theil nehmen, für Minderjährige aber deren Vormünder, falls sowohl die Bevollmächtigten, als auch die Vormünder oder aber Curatoren, den nach Artikel 17 dieser Beilage für die Theilnahme an den Wahlen festgesetzten Bedingungen entsprechen und falls ihrer Zulassung zu denselben die in den Artikeln 18 und 19 dieser Beilage angegebenen Hinderungsgründe nicht entgegenstehen. Personen weiblichen Geschlechts können zur Theilnahme an den Wahlen ihre Väter, Ehemänner, Söhne, Schwiegersöhne und leiblichen Brüder selbst dann bevollmächtigen, wenn diese den im Punkte 3 des Artikels 17 dieser Beilage angegebenen Bedingungen nicht genügen, wofern nur ihrer Zulassung zu den städtischen Wahlen nach Artikel 18 und 19 derselben Beilage kein Hinderniss entgegensteht. Auf eben dieser Grundlage können auch unabgetheilte Söhne statt ihrer Väter, in deren Vollmacht, an den Wahlen Theil nehmen.

Anmerkung. Die in diesem (20) Artikel erwähnten Vollmachten zur Theilnahme an den städtischen Wahlen unterliegen den Vorschriften über die Stempelsteuer (Reichsgesetz., Bd. V, Poschlinregl., Ausg. 1857). Die Unterschriften der Vollmachtgeber werden, wenn sie dem Stadtamt unbekannt sind, in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva von den localen Justizbehörden gemäss den betreffenden, im I und III Theil des Provinzialrechts angegebenen, Vorschriften beglaubigt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1967 u. Anm.; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 369, P. 7; 458, P. 29; 634, 643, P. 19; 857, P. 7; 1014, G, P. 30; 1230, P. 11; 1268, P. 3; 1333, P. 6; 1425, P. 5; 1534, P. 30; Th. III, Privat.-R., Art. 268, P. 1; 269, 3022; 1874 Apr. 17 (53379) Regl.

21. Die verschiedenen Ressorts, Institutionen, Corporationen, Compagnien und Genossenschaften, sowie Klöster und Kirchen, wenn sie in der Stadt zum Besten derselben besteuerte Immobilien besitzen, oder von Handels- und Gewerbescheinen (Art. 17 dies. Beil.) zum Besten der Stadt die festgesetzte Steuer entrichten, üben bei den städtischen Wahlen das Stimmrecht durch ihre Vertreter aus, die unter Beobachtung der in den Artikeln 17—19 dieser Beilage enthaltenen Bedingungen zu ernennen sind.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1968.

22. Wenn mehrere einzelne Personen in der Stadt ein Immobil ungetheilt als gemeinsames Eigenthum besitzen, so gilt jeder einzelne Theilhaber am Besitzthum als Besitzer der auf seinen Antheil kommenden Parcellen des Immobils und kann, dem entsprechend, sein Stimmrecht bei den städtischen Wahlen in der einen oder andern Wahlversammlung (Art. 24 dies. Beil.) ausüben. Sind aber mehrere Personen auf einem Kaufmannsschein verzeichnet (vgl. Reichsgesetz., Bd. V, Poschlinregl., Ausg. 1857), so kann auf Grund dieses Scheines nur das Familienhaupt, auf dessen Namen der Schein ausgestellt ist, oder kraft seiner Vollmacht eine der in den Schein eingetragenen Personen an den Wahlen Theil nehmen.

Ebendas., Art. 1969.—Vgl. RGb., Bd. V, Poschlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil. (in d. Forts. v. J. 1876).

23. Kein Einwohner der Stadt kann bei den Wahlen mehr, als zwei Stimmen haben: eine für sich und eine laut Vollmacht.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1970.

24. Zur Vornahme der Wahl der Stadtverordneten werden in jeder Stadt aus den Einwohnern, welche ein Stimmrecht bei den Wahlen haben (Art. 17—22 dieser Beil.) drei Wahlversammlungen gebildet, von denen jede ein Drittel der Stadtverordneten wählt

(Art. 48 dies. Beil.) Zu dem Zweck werden die Einwohner in derjenigen Reihenfolge in die Wählerliste eingetragen, in welcher sie nach der Höhe der von Jedem von ihnen zum Besten der Stadt zu zahlenden und sie zur Wahl berechtigenden Steuern (Art. 17 dies. Beil.) aufeinander folgen; wonächst die in die Liste Eingetragenen in drei Classen oder Versammlungen in folgenderweise eingetheilt werden: zur *ersten* Classe gehören Diejenigen der im Anfang der Liste aufgeführten Wähler, welche, indem sie die höchsten Steuerbeträge zahlen, zusammen ein Drittel der von allen Wählern zu zahlenden Gesamtsteuersumme entrichten; zur *zweiten* die nach ihnen in der Liste folgenden Wähler, welche zusammengenommen gleichfalls ein Drittel aller Steuern tragen; zu der *dritten* alle übrigen Wähler. Die nach diesen Grundsätzen angefertigte und nach den Wählerclassen gesonderte Liste wird von dem Stadtverordnetencollegium bestätigt.

Ebendas., Art. 1971.

25. Wenn es in einer der Städte oder einem Flecken (посадъ) wegen der geringen Zahl der Wähler oder wegen der Gleichartigkeit des Wählerbestandes sich als zweckmässiger erweisen sollte, die Wähler statt in drei Classen (Art. 24 dies. Beil.) in zwei Classen zu theilen, so wird über den dahin gehenden Antrag des Stadtverordnetencollegiums vom Minister des Innern Entscheidung getroffen.

Ebendas., Art. 1972.

26. Die Listen der bei den Wahlen stimmberechtigten Personen (Art. 17—22 dies. Beil.) müssen vom Stadtamt beständig in Ordnung gehalten und die im Wählerbestande vorgekommenen Veränderungen darin rechtzeitig vermerkt werden. Vor Beginn der Wahlen werden diese Listen vom Stadtamt durchgesehen und zurechtgestellt, und die Wähler, gemäss Artikel 24 oder 25 dieser Beilage, in Classen getheilt, wonächst die Listen zwei Monate vor der Vornahme der Wahlen in der von dem Stadtverordnetencollegium zu bestimmenden Weise zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden.

Ebendas., Art. 1973.

27. Innerhalb zweier Wochen vom Tage der Veröffentlichung der Wählerlisten (Art. 26 dies. Beil.) sind die Stadteinwohner berechtigt, gegen etwaige Unrichtigkeiten oder Lücken derselben ihre Einwendungen bei dem Stadtamt zu verlautbaren. Nachdem das Stadtamt die Listen gemäss den von ihm für begründet erkannten Einwendungen berichtigt hat, sendet es dieselben nebst seiner Meinungsäusserung über die von ihm unberücksichtigt gelassenen Einwendungen dem Stadtverordnetencollegium zur Prüfung ein.

Ebendas., Art. 1974.

28. Das Stadtverordnetencollegium übergibt die Wählerlisten nach erfolgter Prüfung und Bestätigung, zum Zweck rechtzeitiger Einberufung der Wähler, spätestens einen Monat vor Beginn der Wahlen dem Stadtamt und veröffentlicht gleichzeitig die in den Listen vorgenommenen Veränderungen.

Ebendas., Art. 1975.

29. Wer mit der Verfügung des Stadtverordnetencollegiums (Art. 28 dies. Beil.) unzufrieden ist, kann innerhalb siebentägiger Frist, gerechnet vom Tage der Bekanntmachung jener Verfügung, sich mit einer Beschwerde an den Gouverneur wenden, welcher die Sache der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) zur Prüfung übergibt. Findet letztere nach Prüfung der Beschwerde diese für begründet, so benachrichtigt der Gouverneur von der erfolgten Entscheidung unverzüglich das Stadtamt behufs entsprechender Abänderungen in der Wählerliste.

Anmerkung. Durch Nichterledigung der in diesem (29) Artikel erwähnten Angelegenheiten wird die Vornahme der Wahlen nicht aufgehoben.

Ebendas., Art. 1976 u. Anm.

30. In den Wahlversammlungen präsidiert das Stadthaupt. Zur Beihülfe für letzteres beim Sammeln und Zählen der Stimmen wird jeder Wahlversammlung anheimgestellt, aus ihrer Mitte vor Beginn der Wahlen zwei bis sechs Personen zu ernennen.

Ebendas., Art. 1977.

31. Die Wahlen werden in geheimer Abstimmung, entweder durch Ballotement oder durch Stimmzettel, vollzogen. Die Annahme des einen oder andern Wahlmodus hängt von dem Stadtverordnetencollegium ab.

Ebendas., Art. 1978 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 6.

32. Die Bestimmung der Art und Weise der Vergewisserung über die Identität der Wähler wird dem Ermessen des Stadthauptes anheimgestellt. Bevollmächtigte, die zur Theilnahme an den Wahlversammlungen von ihren Eltern, von Personen weiblichen Geschlechts und von Abwesenden, oder von verschiedenen Ressorts, Institutionen und Genossenschaften (Art. 21 dies. Beil.) ermächtigt sind, werden, nachdem sie dem Stadthaupte die in der Anmerkung zum Artikel 20 dieser Beilage festgesetzten Vollmachten oder Aufträge vorgewiesen haben, Vormünder aber oder Curatoren, nach Vorweis der Verfügungen der Vormundschaftsbehörden über ihre Bestätigung in solchen Aemtern, zur Theilnahme an den Wahlen zugelassen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1979; Prov.-R., Th. III, Privat.-R., Art. 268, P. 1; 269.

33. Ueber das Alter (Art. 17, P. 2 dies. Beil.), sowie über die das Stimmrecht entziehenden Bedingungen (Art. 18 dies. Beil.) wird kein besonderer Nachweis gefordert, jedoch werden vor Beginn der Wahlen der Punkt 2 des Artikels 17 und der Artikel 18 dieser Beilage verlesen und die Wähler darauf hingewiesen, dass Diejenigen, welche sich gesetzwidrig an den Wahlen betheiligen, den im Artikel 1434 des Strafgesetzbuchs (in d. Forts. v. J. 1876) angedrohten Strafen werden unterzogen werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1980.

34. Die Uebertreter der festgesetzten Ordnung bei Vornahme der Wahlen werden für alle von ihnen verübten Ordnungswidrigkeiten und Missbräuche der Bestrafung auf Grund der Artikel 1425 und 1434 des Strafgesetzbuchs (in d. Forts. v. J. 1876), und des Artikels 39 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen unterzogen.

Ebendas., Art. 1981.

35. Wählbar zum Stadtverordneten ist Jeder, der ein Stimmrecht bei den Wahlen hat (Art. 17, P. 1—3; 18, 19 u. 22 dies. Beil.), einschliesslich Derjenigen, welche dieses Recht durch Vollmacht erlangt haben (Art. 20 u. 21 dies. Beil.). Die Zahl der zu Stadtverordneten gewählten Nichtchristen darf ein Drittel der Gesamtzahl der Stadtverordneten nicht übersteigen.

Anmerkung. In den Städten, wo wegen unzureichender Zahl der christlichen Bevölkerung im Vergleich zur nichtchristlichen, die Ausführung der Vorschrift, nach welcher bei Constituirung des Stadtverordnetencollegiums nicht weniger, als zwei Drittel desselben aus Christen bestehen soll, sich als schwierig erweisen sollte, kann, auf Vorstellung der betreffenden Gouvernements-obrigkeit, eine Ausnahme von dieser Regel seitens des Ministers des Innern gestattet werden.

Ebendas., Art. 1982 u. Anm.; vgl. 1873 Nov. 22 (52811).

36. Jeder Wahlversammlung oder Classe steht es frei, die Stadtverordneten sowohl aus ihrer eigenen Mitte, als auch aus den zu anderen Versammlungen oder Classen gehörigen Wählern (Art. 24 dies. Beil.) zu wählen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1983.

37. Jeder, dem gesetzlich das Recht zusteht, zum Stadtverordneten gewählt zu werden (Art. 35 u. 36 dies. Beil.), kann auf die Wahl kommen, wenn er seinen Wunsch hierzu zu erkennen giebt, oder von einem Wähler in Vorschlag gebracht wird.

Ebendas., Art. 1984.

38. Als zu Stadtverordneten gewählt werden Diejenigen angesehen, die in der Wahlversammlung (Art. 24 dies. Beil.) die meisten Stimmen und zugleich mehr, als die Hälfte der Stimmen sämmtlicher anwesenden Wähler erhalten haben. Falls die Zahl der auf diese Weise gewählten Stadtverordneten geringer ist, als die der zu wählenden, so wird zur

Wahl der fehlenden aus den Personen, welche nächst den gewählten die meisten Stimmen hatten, eine Liste von höchstens doppelt soviel Candidaten angefertigt, als noch Stadtverordnete zu wählen sind, und sodann ein neues Ballotement nur über diese Personen vorgenommen, von denen dann Diejenigen als gewählt zu betrachten sind, welche bei letzterem Ballotement die meisten Stimmen erhalten haben, wenngleich deren Zahl die Hälfte aller abgegebenen Stimmen nicht erreichen sollte. Unter Personen, welche eine gleiche Stimmenzahl erhalten haben, wird die Wahl durch das Loos entschieden; die hierbei zu beobachtende Ordnung bestimmt das Stadthaupt.

Ebendas., Art. 1985.

39. Die Ergebnisse der stattgehabten Wahlen werden in einem besonderen Wahlprotocoll verzeichnet, welches nach Beendigung der Wahlen in der Wahlversammlung verlesen und von dem Stadthaupt und den anwesenden Wählern, welche an der Wahl theilgenommen haben, unterschrieben wird.

Ebendas., Art. 1986.

40. Die Wahlversammlungen haben nicht das Recht, den gewählten Stadtverordneten irgend welche Instructionen zu geben.

Ebendas., Art. 1987.

41. Die Versammlung gilt als beschlussfähig, sobald die Zahl der an ihr Theil nehmenden Wähler die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten übersteigt. Wenn zur Versammlung nicht soviel Wähler erschienen sind, so wird eine neue Versammlung, jedoch nicht vor sieben Tagen, anberaumt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der dann erschienenen Wähler zu den Wahlen schreitet. Hierüber werden die zur Theilnahme an den Wahlen Berechtigten bei der Bekanntmachung über die bevorstehende Wahlversammlung in Kenntniss gesetzt.

Ebendas., Art. 1988.

42. Nach Beendigung der Wahlen werden die Wahlversammlungen geschlossen und die Wahlprotocolle (Art. 39 dies. Beil.) im Original innerhalb vierundzwanzig Stunden nach Schluss der Wahlen dem Stadttamt übergeben. Aus den dem Stadttamt übergebenen Wahlprotocollen wird ein besonderes Verzeichniss der gewählten Stadtverordneten zusammengestellt und zur allgemeinen Kenntnissnahme veröffentlicht.

Ebendas., Art. 1989.

43. Beschwerden über Ordnungswidrigkeiten bei den städtischen Wahlen können innerhalb siebentägiger Frist, gerechnet von Beendigung dieser Wahlen, bei dem Stadttamt angebracht werden.

Ebendas., Art. 1990.

44. Beschwerden über ordnungswidrige Wahl einzelner Personen werden von dem neugewählten Stadtverordnetencollegium ohne Betheiligung derjenigen Personen geprüft und endgültig entschieden, bezüglich welcher die Rechtmässigkeit der stattgehabten Wahl zu beurtheilen ist.

Ebendas., Art. 1991.

45. Beschwerden über Verletzung der für die Wahlen im Allgemeinen festgesetzten Ordnung werden nicht später, als sieben Tage nach ihrem Eingange vom Stadthaupt mit seiner Erklärung dem Gouverneur eingesandt, welcher dieselben der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) zur Prüfung übergibt.

Ebendas., Art. 1992.

46. Wenn bei der Prüfung einer Beschwerde es sich herausstellt, dass bei Vornahme der Wahlen thatsächlich einzelne Ordnungswidrigkeiten oder Verletzungen der Wahlordnung im Allgemeinen stattgefunden haben, so trifft das Stadtverordnetencollegium

(Art. 44 dies. Beil.), oder die Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 45 dies. Beil.) Bestimmung über Vornahme neuer Wahlen, an Stelle der für ordnungswidrig erkannten.
Ebendas., Art. 1993.

47. Werden innerhalb sieben Tagen nach Beendigung der Wahlen keine Beschwerden wegen Verletzung der für Vornahme der Wahlen festgesetzten Ordnung im Allgemeinen beim Stadtamt angebracht (Art. 45 dies. Beil.), oder werden die angebrachten Beschwerden von der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen für unbegründet erkannt, so schreiten die gewählten Stadtverordneten zur Ausübung ihrer Amtspflichten.

Ebendas., Art. 1994.

Abth. II. Von dem Stadtverordnetencollegium.

48. Das Stadtverordnetencollegium besteht unter dem Vorsitz des Stadthauptes aus den auf vier Jahre (Art. 16 dies. Beil.) gewählten Stadtverordneten, deren Anzahl zur Zahl der das Stimmrecht bei den Wahlen besitzenden Personen in bestimmtem Verhältniss steht. In den Ortschaften, wo die Zahl der das Stimmrecht übenden Einwohner dreihundert nicht übersteigt, muss die Versammlung aus dreissig Stadtverordneten bestehen; wo aber die Zahl der Wähler mehr, als dreihundert beträgt, werden überdies auf je einhundertundfünfzig Wähler mehr, als jene Zahl, je sechs Stadtverordnete hinzu gewählt, so lange, bis die Gesamtzahl von zweiundsiebenzig Stadtverordneten erreicht ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1995.

49. Falls ein Stadtverordneter aus dem Bestande der Communalverwaltung schon vor Ablauf der Zeit, für welche er gewählt wurde, gänzlich ausscheidet, so tritt an seine Stelle Derjenige, welcher auf derselben Wahlversammlung, die Jenen gewählt, nächst den gewählten Stadtverordneten die meisten Stimmen erhalten hatte, sofern überdies zu Gunsten dieser Person bei den Wahlen nicht weniger, als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Wähler abgegeben war.

Ebendas., Art. 1996.

50. Die Glieder des Stadtamtes haben Sitz in den Versammlungen des Stadtverordnetencollegiums, nehmen an den Berathungen Theil und geben über die in Verhandlung stehenden Angelegenheiten Erläuterungen, haben aber nur dann eine Stimme, wenn sie zugleich Stadtverordnete sind (Art. 86 dies. Beil.).

Ebendas., Art. 1997.

51. Wenn das Stadtverordnetencollegium über die Verantwortlichkeit des Stadthauptes oder der Glieder des Stadtamtes Beschluss zu fassen hat, nehmen an solchem Beschluss diejenigen Personen, bezüglich welcher derselbe gefasst wird, nicht Theil und verlassen die Versammlung.

Ebendas., Art. 1998.

52. Bei Prüfung der Rechenschaftsberichte des Stadtamtes durch das Stadtverordnetencollegium (Art. 53, P. 9 dies. Beil.) und bei Verhandlung von Fragen über Bewilligung oder Festsetzung des Gehaltbetrages für Amtspersonen der Communalverwaltung (Art. 53, P. 2 dies. Beil.) ist das Stadthaupt zwar in dem Stadtverordnetencollegium gegenwärtig, führt aber in demselben nicht den Vorsitz.

Ebendas., Art. 1999.

53. Wenn in den in den Artikeln 51 und 52 dieser Beilage bezeichneten Fällen das Stadthaupt oder Derjenige, der das Stadthaupt auf Grund des Artikels 83 derselben Beilage vertritt, die Verhandlungen des Stadtverordnetencollegiums nicht leiten kann, vertritt ihn der im Collegium anwesende, nach der Zahl der wählenden Stimmen älteste Stadtverordnete unter den durch die erste Versammlung oder Classe der städtischen Wähler (Art. 24 dies. Beil.) gewählten.

Ebendas., Art. 2000.

54. Das Stadtverordnetencollegium vertritt die gesammte Stadtcommune. Demgemäß hat sie alle die ganze Stadtcommune betreffenden Angelegenheiten zu berathen und handelt in deren Namen überall da, wo das Gesetz in diesen Angelegenheiten eine Verfügung oder einen Beschluss der Commune verlangt.

Ebendas., Art. 2001.

55. Dem Stadtverordnetencollegium stehen zu: 1) die Ernennung der Wahlbeamten und die auf die Organisation des Communalwesens sich beziehenden Angelegenheiten, welche durch die Artikel 16, 24—28, 44, 46, 64, 73, 74, 76, 82, 83, 85, 95, 97, 111 u. 112 dieser Beilage dem Stadtverordnetencollegium zugewiesen sind; 2) die Bewilligung des Gehalts für Beamte der Stadtcommunalverwaltung und die Festsetzung der Höhe desselben; 3) die Festsetzung, Erhöhung und Ermässigung der städtischen Steuern und Auflagen innerhalb der in den Artikeln 128—135 und 137 dieser Beilage angegebenen Grenzen; 4) der Erlass rückständiger städtischer Steuern; 5) die Uebertragung der Ausgaben für die Unterhaltung des Strassenpflasters und der Trottoire und für die Strassenreinigung auf die allgemeinen Stadtmittel, und überhaupt die Umwandlung von Naturalleistungen in Geldzahlungen, unter Aufrechterhaltung der allgemeinen Verantwortlichkeit der Stadt für dieselben; 6) die Beschlussfassung über Anträge wegen Aufnahme von Anleihen und Uebernahme anderweitiger Verpflichtungen Namens der Stadt, mit Beobachtung der in den Artikeln 67 und 124 dieser Beilage enthaltenen Vorschriften; 7) die Annahme von Darbringungen zum Besten der Stadt; 8) die Feststellung der städtischen Ausgabeposten, sowie die Prüfung und Bestätigung der städtischen Budgets (Art. 139—142, 144 u. 145 dies. Beil.); 9) die Prüfung und Bestätigung der Rechenschaftsberichte über Erhebung und Verwendung städtischer Gelder, über Verwaltung des Stadtvermögens und überhaupt über die Thätigkeit der Vollzugsgewalt der Stadtcommunalverwaltung; 10) der Erlass von Vorschriften für die Verwaltung der städtischen Besitzlichkeiten und Bauwerke, sowie der unter der Communalverwaltung stehenden Wohlthätigkeits- und anderen gemeinnützigen Anstalten (Art. 2, P. 4 dies. Beil.); 11) die Festsetzung der allgemeinen Geschäftsordnung für die communale Vollzugsgewalt und die Ertheilung von Instructionen an dieselbe über die Leitung der ihr anvertrauten Geschäfte; 12) die Bestätigung der Verordnungen über die im Artikel 103 dieser Beilage angegebenen Gegenstände der städtischen Wohlfahrtspflege; 13) die Vorstellungen behufs Bestätigung von Abänderungen des Stadtplanes (Art. 113 dies. Beil.), und 14) die Beschlussfassung über Anträge Namens der Stadt an die Staatsregierung, in Betreff localer Interessen und Bedürfnisse.

Anmerkung 1. In den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva wird bei Berathungen des Stadtverordnetencollegiums über Sachen, die die Zünfte und Handwerke betreffen, diejenige Person, welcher in der Stadt die Vertretung des Handwerkerstandes zusteht, zu den Sitzungen des Collegiums eingeladen.

Anmerkung 2. Die Vertheilung der Naturalleistungen unter die Einwohner der Städte im Kurländischen Gouvernement, nach der dafür festgesetzten Repartition, steht der Stadtcommunalverwaltung zu.

Ebendas., Art. 2002; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 3, 5, c; 1877 März 26 (37101) Regl., Art. 22; 1880 Jan. 17 Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. Prov.-R., Th. II, Stände-R., Art. 32, P. 5, Anm. 1; RGb., Bd. IV, Regl. üb. Landespräst., Ausg. 1857, Art. 606.

56. Die Sitzungen des Stadtverordnetencollegiums werden anberaumt entweder: 1) nach Ermessen des Stadthauptes, oder 2) auf Verlangen des Gouverneurs, oder endlich 3) auf den dem Stadthaupten erklärten Wunsch von mindestens einem Fünftel der Stadtverordneten. Zur Prüfung der Budgets der städtischen Einnahmen und Ausgaben (Art. 141 dies. Beil.) und der Rechenschaftsberichte des Stadtamtes (Art. 147 dies. Beil.) müssen im Jahre nicht weniger, als zwei Sitzungen in den durch Beschluss des Stadtverordnetencollegiums angesetzten und von dem Gouverneur genehmigten Terminen stattfinden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2003.

57. Die Anordnungen zur Zusammenberufung des Stadtverordnetencollegiums (Art. 56 dies. Beil.) werden unter Angabe der Berathungsgegenstände vom Stadthaupt getroffen,

welches gleichzeitig den Gouverneur sowohl von der Zeit der Sitzung, als auch von den in derselben zur Berathung kommenden Gegenständen in Kenntniss setzt.

Ebendas., Art. 2004.

58. Das Stadtverordnetencollegium schreitet zur Prüfung der demselben zuständigen Angelegenheiten: 1) auf Antrag des Stadthauptes oder der Stadtverordneten, 2) auf Vorstellung des Stadtamtes, 3) auf Antrag oder Requisition der Registrationsinstitutionen, oder 4) auf Gesuch oder Beschwerde von Privatpersonen.

Ebendas., Art. 2005.

59 Die Vorlagen über die zum Vortrage in dem Stadtverordnetencollegium bestimmten Sachen können unter persönlicher Verantwortlichkeit des Stadthauptes gedruckt werden.

Ebendas., Art. 2006.

60. Beabsichtigt ein Stadtverordneter einen Antrag zu stellen (Art. 58, P. 1 dies. Beil.), so ist er verpflichtet, drei Tage vor der Sitzung das Stadthaupt von dem Gegenstande seines Antrages in Kenntniss zu setzen. Anträge, welche ohne Berücksichtigung dieser Vorschrift gestellt werden, können zwar zur Berathung zugelassen werden, die definitive Beschlussfassung aber ist bis auf eine der folgenden Sitzungen zu vertagen.

Ebendas., Art. 2007.

61. Die vorläufige Durchsicht der Budgets, der Rechenschaftsberichte und anderer Sachen kann das Stadtverordnetencollegium besonderen, aus Stadtverordneten nach seiner Wahl zusammengesetzten, vorbereitenden Commissionen überweisen.

Ebendas., Art. 2008.

62. Das Stadtverordnetencollegium kann auch fremde Personen, falls es glaubt, dass von denselben nützliche Erläuterungen erwartet werden können, durch das Stadthaupt zu seinen Sitzungen (jedoch ohne Stimmrecht) einladen.

Ebendas., Art. 2009.

63. Wenn in einer auf gesetzliche Weise zusammenberufenen Sitzung des Stadtverordnetencollegiums mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der Stadtverordneten anwesend ist, so ist dieselbe, mit Ausnahme der im Artikel 67 dieser Beilage vorgesehenen Fälle, beschlussfähig.

Ebendas., Art. 2010.

64. Niemand kann in dem Stadtverordnetencollegium mehr, als eine Stimme haben. Das Stimmrecht in demselben ist ein persönliches und kann nicht auf einen Anderen übertragen werden. Der Modus der Abstimmung wird unter Beobachtung der im Artikel 65 dieser Beilage enthaltenen Vorschrift von dem Stadtverordnetencollegium selbst festgestellt.

Ebendas., Art. 2011.

65. Bei den Wahlen der Beamten und ihrer Suppleanten (Art. 73 u. 82—83 dies. Beil.) und ebenso bei Beschlüssen über ihre Entfernung vom Amt und Uebergabe an das Gericht findet geheime Abstimmung statt. Die Wahlen zu Mitgliedern der vorbereitenden Commissionen (Art. 61 dies. Beil.) können nach Ermessen des Stadtverordnetencollegiums in geheimer oder in offener Abstimmung vorgenommen werden.

Ebendas., Art. 2012.

66. Die Sachen werden, mit Ausnahme der im Artikel 67 dieser Beilage genannten, in dem Stadtverordnetencollegium mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden; bei Stimmgleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Ebendas., Art. 2013.

67. Zur Gültigkeit von Beschlüssen: 1) über den Erwerb von Immobilien für die Stadt oder die Veräußerung derselben; 2) über Anleihen, Bürgschaften oder Garantien Namens der Stadt; 3) über Umwandlung von Naturalleistungen in Geldzahlungen, und 4) über Entfernung von Beamten der Stadtcommunalverwaltung vom Amt und deren Uebergabe an das Gericht, ist die Gegenwart von wenigstens der Hälfte sämtlicher Stadtverordneten und eine Majorität von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Stimmen erforderlich.

Ebendas., Art. 2014.

68. Von allen Beschlüssen des Stadtverordnetencollegiums werden unverzüglich Abschriften durch das Stadthaupt dem Gouverneur vorgestellt, welcher dieselben in der Gouvernementszeitung abdrucken lässt, wenn er in ihnen keine Verletzung der Gesetze bemerkt (Art. 151 dies. Beil.). Unabhängig hiervon werden die Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums auch in besonderer Ausgabe gedruckt, wenn die Communalverwaltung eine solche zu veranstalten für möglich hält und dazu die erforderliche Genehmigung erwirkt.

Ebendas., Art. 2015.

69. Die Geschäftsordnung des Stadtverordnetencollegiums wird von ihm selbst festgestellt, mit Beobachtung des Gesetzes vom 13 Juni 1867 über die Geschäftsordnung in den Landschafts-, den Adels- und den städtischen Communal- und ständischen Versammlungen (Reichsgesetz., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 1900, Anmerk., Beil.).

Ebendas., Art. 2016.

Abth. III. Von dem Stadtamt und den Executivcommissionen.

70. In dem Stadtamt führt das Stadthaupt den Vorsitz. Die Zahl der Glieder des Stadtamtes wird von dem Stadtverordnetencollegium bestimmt und kann von demselben wieder verändert werden, darf aber, den Vorsitzenden ungerechnet, nicht weniger, als zwei betragen. In der Stadt Riga besteht das Amt des Stadthauptcollegen, welches immer mit der Function eines Stadtamtsmitgliedes verbunden ist. Die Vertheilung der Amtspflichten zwischen dem Stadthaupt und seinem Collegen hängt von dem Stadtverordnetencollegium ab.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2017 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 12, 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7, 15.

71. In kleinen Kreis- und Landstädten, sowie in Flecken, wird den Stadtverordnetencollegien anheimgestellt, ein Stadtamt nicht einzusetzen, sondern dessen Obliegenheiten (Art. 72, 114 u. 115 dies. Beil.) dem Stadthaupt als Einzelbeamten zu übertragen. Der hierüber gefasste Beschluss der Stadtverordnetencollegien unterliegt der Bestätigung des Ministers des Innern.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2018.

72. Dem Stadtamt wird die unmittelbare Verwaltung der Angelegenheiten des städtischen Haushaltes und der Communaladministration auf Grund dieser Beilage (Art. 1—161) und in Gemässheit der vom Stadtverordnetencollegium erlassenen Vorschriften und Weisungen übertragen. Das Stadtamt besorgt die laufenden Geschäfte des städtischen Haushaltes, erforscht die Mittel und Wege zu dessen Verbesserung, führt die Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums aus, sammelt die demselben nöthigen Auskünfte, entwirft die städtischen Budgets, erhebt und verwendet die städtischen Steuern und Abgaben nach den vom Stadtverordnetencollegium bestimmten Grundsätzen und legt zu den von diesem Collegium anberaumten Terminen Rechenschaft über seine Geschäftsführung und über den Zustand der ihm unterstellten Verwaltungszweige ab. Die vom Stadtamte angefertigten Rechenschaftsberichte werden mit den über dieselben erfolgten Beschlüssen des Stadtverordnetencollegiums in der im Artikel 68 dieser Beilage angegebenen Ordnung durch den Druck zur öffentlichen Kenntniss gebracht.—Die Stadtämter sammeln die Preisnotizen über Lebensmittel und Baumaterialien und senden dieselben in Fällen, wo bezügliche Requisitionen an sie gelangen, ein, und zwar die über Lebensmittelpreise an die Versorgungscommissionen, die

über Baumaterialienpreise aber an die Bauabtheilungen der Gouvernementsregierungen; desgleichen sammeln die Stadtämter auch über alle sonstigen Gegenstände, die von verschiedenen Institutionen geliefert werden, Preisnotizen ein und versehen diese Institutionen mit solchen Nachrichten, gleichermaßen auf deren bezügliche Requisitionen.

Anmerkung 1. Pässe und Scheine zum Aufenthalt und zur Entfernung werden denjenigen beständigen Einwohnern der Städte der Ostseegouvernements, sowie Narvas, welche dieselben nicht, den allgemeinen Gesetzen, von den betreffenden ständischen Institutionen oder von den örtlichen Renteien erhalten, vom Stadtamt ertheilt.

Anmerkung 2. Die Verwaltung der Korobkasteuer bleibt in den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva auf der seitherigen Grundlage bestehen und wird unter die Aufsicht der Stadtämter gestellt; hierbei sind die in dem Abgabenreglement (Reichsgesetz, Bd. V, Abgabenregl., Ausg. 1857, Art. 281, Beil. B) angegebenen Obliegenheiten, desgleichen auch die Aufsicht über die geistlichen Verwaltungen der Hebräer den städtischen Institutionen (Art. 15 dies. Beil.) nach den allgemeinen Vorschriften überwiesen.

Anmerkung 3. In den städtischen Waldungen des Kurländischen Gouvernements wird die Ausübung der Jagd und des Wild- und Fischfanges nicht anders, als auf Grund besonderer schriftlicher Bewilligung des örtlichen Stadtamtes gestattet.

Ebendas., Art. 2019; 1877 März 26 (57101) RRG., Art. III; Regl., Art. 1, f; 21; Mai 20 (57386) Regl., Art. 5; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.); vgl. 1872 Oct. 26 (51451).

73. Zur Ergreifung entsprechender Maassregeln in ausserordentlichen Fällen, sowie zur Verwaltung einzelner Zweige des städtischen Haushalts und der Communalverwaltung, kann das Stadtverordnetencollegium, auf Vorstellung des Stadtamtes, besondere temporäre oder ständige Executivcommissionen aus mehreren Personen nach seiner Wahl einsetzen.

Anmerkung. Wenn das Stadtverordnetencollegium findet, dass ein besonderer Verwaltungszweig am geeignetsten einer einzelnen Person übertragen werden kann, so ist das Stadtverordnetencollegium befugt, für die Verwaltung dieses Geschäftszweiges, ohne eine Commission einzusetzen, eine einzelne Person zu ernennen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2020 u. Anm.

74. Die im vorstehenden (73) Artikel und in der Anmerkung zu demselben erwähnten Commissionen und Einzelpersonen sind dem Stadtamt untergeordnet und richten sich nach den vom Stadtamt entworfenen und von dem Stadtverordnetencollegium bestätigten Instructionen.

Ebendas., Art. 2021.

75. In den Executivcommissionen (Art. 73 dies. Beil.) führt ein von dem Stadtamt laut Beschluss seines Plenums ernanntes Glied desselben den Vorsitz. Erachtet es das Stadtverordnetencollegium auf Vorstellung des Stadtamtes für zweckmässiger, zum Vorsitzenden einer Commission eine andere Person zu ernennen, so tritt diese gleichzeitig als Glied in das Stadtamt ein.

Ebendas., Art. 2022.

76. Die Festsetzung der Geschäftsordnung des Stadtamtes, sowie die Bezeichnung der Sachen, welche collegialischer Prüfung des Stadtamtes, oder persönlichen Dispositionen des Stadthauptes oder der Stadtamtsmitglieder zu unterliegen haben, erfolgt durch Instructionen seitens des Stadtverordnetencollegiums, die Vertheilung der Sachen unter die Stadtamtsmitglieder aber durch Anordnungen des Stadtamtes selbst.

Ebendas., Art. 2023.

77. Die collegialischer Prüfung seitens des Stadtamtes unterliegenden Sachen (Art. 76 dies. Beil.) werden nach Stimmenmehrheit entschieden. Wenn jedoch das Stadthaupt findet, dass der Beschluss der Majorität den Gesetzen zuwiderläuft, so hemmt es die Ausführung desselben, ist aber dabei verpflichtet, die Sache ungesäumt dem Gouverneur einzusenden, der sie der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Entscheidung übergibt (Art. 11 dies. Beil.).

Ebendas., Art. 2024.

78. In ausserordentlichen und keinen Aufschub leidenden Fällen ist das Stadthaupt befugt, die der collegialischen Prüfung des Stadtamtes vorbehaltenen Maassnahmen (Art. 76 dies. Beil.) von sich aus zu ergreifen, jedoch muss es von seinem Verfahren das Stadtamt in der nächsten Sitzung in Kenntniss setzen.

Ebendas., Art. 2025.

79. Wenn sich bei der Ausführung eines Beschlusses des Stadtverordnetencollegiums Schwierigkeiten oder Unzuträglichkeiten ergeben, so kann das Stadtamt, auf Grund eines Votums der Majorität der Mitglieder seiner Plenarsitzung, die Ausführung jenes Beschlusses beanstanden und dem Stadtverordnetencollegium über die hervorgetretenen Schwierigkeiten Vorstellung machen. Verbleibt das Stadtverordnetencollegium dennoch bei seinem Beschlusse, so ist das Stadtamt denselben auszuführen verpflichtet.

Ebendas., Art. 2026.

80. Wenn das Stadtamt durch Majoritätsvotum der Glieder seiner Plenarsitzung einen Beschluss des Stadtverordnetencollegiums für gesetzwidrig erachtet, so macht es demselben, ohne den Beschluss auszuführen, darüber Vorstellung und bringt sodann, wenn die Meinungsverschiedenheit zwischen jenem Collegium und dem Stadtamt nicht beseitigt wird, die Sache an den Gouverneur, welcher sie der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Entscheidung übergibt (Art. 11 dies. Beil.).

Ebendas., Art. 2027.

81. Der Schriftwechsel der Stadtcommunalverwaltung mit der Gouvernementsobrigkeit findet nicht anders, als durch Vermittelung des Stadthauptes statt, der Schriftwechsel mit anderen Institutionen aber durch Vermittelung entweder des Stadthauptes oder eines Gliedes des Stadtamtes.

Ebendas., Art. 2028.

Abth. IV. Von der Besetzung der städtischen Communalämter und dem städtischen Communaldienstverhältniss.

82. Die Aemter des Stadthauptes, des Stadthauptcollegen in der Stadt Riga (vgl. Art. 70, Anmerk. dies. Beil.), der Glieder des Stadtamtes und des Stadtsecretärs (Secretärs des Stadtverordnetencollegiums) werden durch Wahl des Stadtverordnetencollegiums besetzt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2029; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 12, 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

83. Wenn das Stadthaupt wegen Krankheit oder aus anderen Ursachen sein Amt zu verwalten zeitweilig ausser Stande ist, desgleichen wenn es im Laufe des letzten Dienstjahres sein Amt völlig niederlegt, werden seine Amtspflichten in der Stadt Riga von dem Stadthauptcollegen, in den anderen Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva aber von dem gleich nach vollzogener Wahl des Stadthauptes von dem Stadtverordnetencollegium für diesen Fall ernannten Gliede des Stadtamtes versehen. Von einer solchen zeitweiligen Vertretung des Stadthauptes wird jedesmal der Gouverneur in Kenntniss gesetzt. Tritt das Stadthaupt früher, als ein Jahr vor dem Ablauf seiner Dienstzeit, völlig aus, so wird sein Amt bis zum Ablauf der Zeit, für die das ausgeschiedene Stadthaupt gewählt war, durch Neuwahl besetzt.—In der Stadt Riga ist dem Stadtverordnetencollegium anheimgestellt, eines der Glieder des Stadtamtes zur Ausübung der Function des Stadthauptcollegen für den Fall seiner Abwesenheit oder seiner einstweiligen Verwaltung des Stadthauptamtes zu ernennen.—In denjenigen Städten und Flecken, wo, auf Grund des Artikels 71 dieser Beilage, ein Stadtamt nicht errichtet wird, ernennet das Stadtverordnetencollegium gleich nach erfolgter Wahl des Stadthauptes einen der Stadtverordneten zur einstweiligen Ausübung seiner Functionen in den in diesem (83) Artikel angegebenen Fällen. In diesen Fällen tritt die erwählte Person in die Amtspflichten des Stadthauptes unter Beobachtung der durch diesen (83) Artikel vorgeschriebenen Regel.

Anmerkung. Im Fall gleichzeitiger Krankheit oder Abwesenheit sowohl des Stadthauptes, als auch des auf Grund dieses (83) Artikels zur einstweiligen Amtsvertretung des Stadthauptes

ernannten Stadtamtsgliedes, übernimmt die Verwaltung dieses Amtes das nach der Zahl der wählenden Stimmen älteste der übrigen Stadtamtsglieder, worüber jedes Mal der Gouverneur in Kenntniss gesetzt wird.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2030 u. Anm.; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 12, 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

84. Für die Aemter der Glieder des Stadtamtes werden Suppleanten gewählt, die bei zeitweiliger Abwesenheit oder gänzlichem Rücktritt eines Gliedes vor Ablauf der Dienstzeit dessen Amt versehen. Die Wahl der Suppleanten erfolgt abgesondert, nachdem die Wahl der Beamten stattgefunden hat.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2031.

85. Durch Wahl des Stadtverordnetencollegiums werden auch die Glieder der Handelsdeputation, wo eine solche besteht, sowie der Vorsitzende und die Glieder der Immobilien-Taxationscommission, wo das Stadtverordnetencollegium die Einsetzung einer solchen für nöthig erachtet, ernannt.

Anmerkung 1. Ausser den in den Artikeln 73 und 82—85 dieser Beilage bezeichneten Aemtern werden aus der Zahl der bei den städtischen Wahlen stimmberechtigten Personen (Art. 17 dies. Beil.) noch die folgenden Aemter, wo dieselben bestehen, durch Wahl des Stadtverordnetencollegiums besetzt: 1) die der Deputirten zur Anfertigung der Repartition der Landesteuern in den Städten des Kurländischen Gouvernements; 2) die der Glieder der Collegien der Allgemeinen Fürsorge, wo solche gewählt werden; 3) die der Deputirten zur Rigaschen städtischen Wehrpflichtcommission; 4) die der Directoren und Directorgehilfen der städtischen Communalbanken; 5) die Aemter derjenigen Vorsteher, Aufseher und Oeconomen von Wohlthätigkeitsanstalten, deren Wahl stiftungsgemäss der Stadtcommune obliegt, und 6) die der für dreijährige Fristen zu wählenden Verwalter der Militär-Rosscantone und der Gehülfen derselben (a).

Anmerkung 2. In die in gesetzlicher Ordnung einzusetzenden Commissionen behufs Abschätzung der Immobilien, welche in der Stadt belegen sind und auf Anordnung der Staatsregierung aus dem Privatbesitz ausscheiden, wird das Stadthaupt als Mitglied ernannt (b).

(a) RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2032, Anm.; Zus. 2 u. 3 (in d. Forts. v. J. 1880); Bd. IV, Wehrpflichtregl., Ausg. 1876, Art. 87; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn. Art. 2, f, Beil., Art. 1, b; 1876 Oct. 24 (56487) Verordn., Art. 11; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 13, 20, 22.—(b) 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn. Art. 2, f, Beil., Art. 9; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22; vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 868, P. 6.

86. Zu den in den Artikeln 82—85 dieser Beilage bezeichneten städtischen Communal-ämtern können nicht nur Stadtverordnete, sondern auch andere Personen, die bei den Wahlen persönlich oder als Bevollmächtigte stimmberechtigt sind (Art. 17 dies. Beil.), gewählt werden, jedoch nur unter Beobachtung der in den nachstehenden Artikeln angegebenen Bedingungen und Einschränkungen (Art. 87—90). Zum Amte des Stadtsecretärs können ausserdem auch Personen gewählt werden, die den in den Punkten 2 und 3 des Artikels 17 dieser Beilage festgesetzten Bedingungen zur Stimmberechtigung bei den städtischen Wahlen nicht entsprechen, sofern nur ihrer Betheiligung an der Communalverwaltung die in den Artikeln 18 und 19 dieser Beilage vorgesehenen Hindernisse nicht entgegenstehen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2033; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 2; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 4.

87. Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, sowie leibliche Brüder dürfen nicht gleichzeitig Glieder des Stadtamtes sein.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2034.

88. Hebräer dürfen weder zum Stadthaupt gewählt werden, noch dessen Stelle vertreten. Die Zahl der nichtchristlichen Glieder des Stadtamtes darf ein Drittel seines Gesamtbestandes nicht übersteigen.

Ebendas., Art. 2035.

89. Zu den in den Artikeln 82—85 dieser Beilage bezeichneten Aemtern des städtischen Communaldienstes können nicht gewählt werden: 1) Geistliche; 2) die Gouvernements-

procureure, der Oberfiskal, der Commissarius fisci, der Gouvernementsfiskal, die Kreisfiscäle und die Gehülfen derselben; 3) die Beamten der Renteien.

Anmerkung. In den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva können die Aemter des Stadtcommunaldienstes mit den Aemtern der Vorsitzer und Glieder der Justizbehörden verbunden werden.

Ebendas., Art. 2036 u. Anm. (in d. Forts. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 8, 15; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. Prov.-R., Th. I Art. 8, 10 u. Zus.; (in d. Forts.); 1653 u. Zus. (in d. Forts.).

90. Im Staatsdienste stehende Personen können die in den Artikeln 82—85 dieser Beilage bezeichneten städtischen Communalämter unter Beibehaltung der Aemter, welche sie im Staatsdienste bekleiden, nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten übernehmen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2037.

91. Städtische Communalämter sind mit Aemtern in ständischen Institutionen vereinbar (vgl. Art. 6, Anm. dies. Beil.).

Anmerkung. In der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva sind die Aemter des städtischen Communaldienstes auch mit den Aemtern in den Landschaftsinstitutionen vereinbar.

Ebendas., Art. 1817 fgg.; 1849, Beil., P. XXIII; 2038; 1864 Jan. 1 (40439) RRG., I, Art. 3; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II, Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

92. Die zu dem Amt des Stadthauptes und zur einstweiligen Verwaltung dieses Amtes Gewählten (Art. 83 dies. Beil.) werden in diesen Functionen für die Gouvernementsstädte von dem Minister des Innern, für die übrigen Städte aber vom Gouverneur bestätigt. Die Bestätigung des Stadthauptcollegen in der Stadt Riga und des seine Stelle vertretenden Stadtamtsgliedes ist dem Minister des Innern anheimgestellt (vgl. Art. 70, Anm. dies. Beil.).

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2039; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

93. Zum Amsantritt der zu anderen Aemtern der Stadtkommunalverwaltung, ausser dem des Stadthauptes und in Riga des Stadthauptcollegen, gewählten Personen wird eine Genehmigung nicht eingeholt. Wird von einem Stadtverordneten über die ordnungswidrige Wahl eines Beamten Beschwerde erhoben und letztere bei Prüfung in der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) für begründet erkannt, so erklärt diese Behörde die ordnungswidrige Wahl für nichtig und fasst Beschluss über Vornahme einer Neuwahl. Die Frist zur Erhebung der Beschwerde ist eine-siebtentägige, gerechnet vom Tage der Wahl. Nach Ablauf dieser Frist werden die nicht angefochtenen Wahlen als rechtsgiltig angesehen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2040; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

94. Die Dienstzeit des Stadthauptes und der Glieder des Stadtamtes ist eine vierjährige; alle zwei Jahre tritt die Hälfte der Glieder des Stadtamtes der Reihenfolge nach aus und wird durch Neugewählte ersetzt, welche auch die Ausgeschiedenen sein können.

Anmerkung. Zwei Jahre nach Einführung der Städteordnung (Art. 1—161 dies. Beil.) scheidet die Hälfte der Glieder des Stadtamtes durch das Loos aus. In Riga wird der Colleague des Stadthauptes zunächst gleichzeitig mit dem Stadthaupt auf zwei Jahre gewählt; in der Folge aber wird die Wahl des Stadthauptcollegen alle vier Jahre, zwei Jahre nach des Wahl der Stadthauptes, vorgenommen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2041 u. Anm.; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 14; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

95. Die Dienstzeit des Stadtsecretärs wird von dem Stadtverordnetencollegium bestimmt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2042.

96. Die zum Stadthaupt, zu Stadtverordneten, zu Gliedern des Stadtamtes und zu anderen Aemtern der Communalverwaltung (Art. 73, 82 u. 85 dies. Beil.) Gewählten haben auf

gewissenhafte Erfüllung der ihrerseits übernommenen Pflichten den Eid, nach dem Glauben eines Jeden von ihnen, zu leisten; denjenigen Gewählten, deren Glauben die Eidesleistung nicht gestattet, wird statt des Eides ein bezüglicher Revers abgenommen.

Ebendas., Art. 2043; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 12; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

97. Die Aemter in den Kanzleien des Stadtverordnetencollegiums und des Stadtamtes, mit Ausnahme des Stadtsecretärs, werden miethweise besetzt. Den Modus der Anstellung in diesen Aemtern bestimmt das Stadtverordnetencollegium.

Anmerkung. Die in diesem (97) Artikel erwähnten Kanzleien können zu einer vereinigt werden; in jedem Falle stehen sie unter der Leitung des Stadthauptes.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2044 u. Anm.—Vgl. ebendas., Art. 2044, Zus. (in d. Forts. v. J. 1880).

98. Die Stadthäupter, der Stadthauptcollege in Riga, die Glieder des Stadtamtes, der Executivcommissionen (Art. 73 dies. Beil.), der städtischen Taxationscommissionen und Handelsdeputationen, sowie die Beamten der Handels- und Haushaltspolizei tragen bei Ausübung ihres Amtes und bei feierlichen Gelegenheiten besondere Abzeichen. Ausserdem steht dem Stadthaupt eine Uniform nach besonderem Muster zu.

Ebendas., Art. 2045; 1872 Jun. 20 (51014) Regl., Art. 12; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 7.

99. Die Beamten der Stadtcommunalverwaltung geniessen nicht die Rechte des Staatsdienstes, mit Ausnahme des Stadtsecretärs in den Gouvernementsstädten, in den Fällen, wo er die Pflichten des Referenten in der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) ausübt.

Anmerkung 1. Der Stadtsecretär wird in den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva dem Amte nach der achten Classe, der Uniform nach der achten und der Pension nach der sechsten Kategorie beigezählt.

Anmerkung 2. Die Pensionen und einmaligen Unterstützungen werden den Stadtsecretären, welche die Referentenpflichten in den Gouvernementsbehörden für städtische Sachen ausübten, sowie ihren Familien, mit Ausnahme jedoch der unten (Art. 139, P. 3, Anm. dies. Beil.) bezeichneten Fälle, aus dem Reichsschatze gezahlt. Der Betrag der einmaligen Unterstützungen aus dem Reichsschatze wird den überwähnten Personen entsprechend dem Betrage einer Jahresgabe von siebenhundert Rubeln berechnet.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2046 u. Anm. 1 2; vgl. 1875 Febr. 25 (54436) Art. 1, 2.

100. Das Stadthaupt kann sich auf eine Zeit bis zu zwei Monaten aus der Stadt entfernen und hat nur rechtzeitig dem Gouverneur darüber Anzeige zu machen; zu einer längeren Abwesenheit sucht es die Genehmigung des Gouverneurs nach. In beiden Fällen ist das Stadthaupt nach seiner Rückkehr verpflichtet, von seinem Wiedereintritt in das Amt den Gouverneur zu benachrichtigen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2047.

101. Die Stadtverordneten zeigen, wenn sie sich aus der Stadt entfernen, solches dem Stadthaupt an; die Beamten der Stadtcommunalverwaltung haben hierzu die Genehmigung des Stadthauptes nachzusuchen.

Ebendas., Art. 2048.

102. Dem Stadthaupt und den Gliedern des Stadtamtes ist es untersagt, Arbeiten und Lieferungen für Zwecke des Stadthaushalts zu übernehmen, jedoch dürfen sie sich an Submissionen zur Verpachtung städtischer Vermögensobjecte betheiligen; nur müssen solchenfalls zu den Sitzungen des Stadtamtes an Stelle der Beamten, die sich an der Submission betheiligen wollen, deren Supplicanten hinzugezogen werden.

Ebendas., Art. 2049.

Hauptst. III.—Von der Betheiligung der Stadtcommunalverwaltung an den Angelegenheiten der städtischen Wohlfahrtspflege.

103. Dem Stadtverordnetencollegium ist anheimgestellt, über folgende Gegenstände der städtischen Wohlfahrtspflege in der in den Artikeln 104—106 dieser Beilage angegebenen Ordnung für die Einwohner der Stadt verbindliche Verordnungen zu erlassen, sofern dieselben in keinem Stücke den bestehenden Gesetzen widersprechen, und zwar: 1) über Art und Weise der Instandhaltung und Reinhaltung der Strassen und öffentlichen Plätze, des Strassenpflasters, der Trottoire, Brücken und Dämme, der Abzugsröhren, Canäle, Teiche, Brunnen, Gräben und natürlichen Wasserverbindungen, auch diejenigen nicht ausgenommen, welche sich auf Grundstücken von Privatpersonen, Institutionen oder Behörden befinden; 2) über Maassnahmen, um die der Stadt gehörigen öffentlichen Bauwerke und Denkmäler, sowie die Gärten, Boulevards und anderen öffentlichen Orte unversehrt und rein zu erhalten und vor Beschädigung zu schützen; 3) über Anlage von Landungsplätzen, Ueberfahrten und Fähren, sowie von Pferdeeisenbahnen und anderen Kunststrassen, über deren Unterhaltung und die Ordnung ihrer Benutzung, über den Betrieb des Fuhrgewerbes, die städtischen Omnibus und andere öffentliche Fuhrwerke; 4) über Bereinigung der Höfe, Anlage und Bereinigung der Senkgruben und Abtritte; 5) über Anlage, Instandhaltung und Benutzung von Schlachthäusern; 6) über Maassnahmen zur Aufrechterhaltung der Reinlichkeit in den Localen für den Verkauf von Victualien und Getränken, sowie zur Vergewisserung über die Unschädlichkeit derselben; 7) über Vorsichtsmaassregeln gegen den Verderb des Wassers; 8) über die inneren Einrichtungen auf Messen, Jahrmärkten und Märkten; 9) über Bauart der Dächer und über Anlage, Bereinigung und Besichtigung der Schornsteine und Oefen, sowie überhaupt über Sicherungsmaassregeln gegen Feuerschäden; 10) über die Orte, wo die Lagerung von Brennholz, Heu, Stroh, Oel, Spiritus und von anderen leicht entzündlichen Gegenständen unzulässig ist, und über die Art der Aufbewahrung derselben; über die Einrichtung der Lager und den Verkauf von mineralischem Leuchtöl, Petroleum, Kerosin, Naphta und von anderen ähnlichen Stoffen; 11) über Maassregeln zur Verhütung ansteckender, epidemischer und örtlicher Krankheiten, sowie Viehseuchen; 12) über Ergreifung solcher Maassregeln zur Aufrechterhaltung von Anstand und Ordnung auf öffentlichen Plätzen, welche mit Ausgaben oder Beschränkungen im Handels- und Gewerbebetriebe verknüpft sind; 13) über die Eröffnungs- und Schliessungszeit der Handels- und Gewerbeanstalten an Sonn- und Feiertagen, wobei indessen die im Artikel 354 des Reichsgesetzbuchs, Bd. V, Getränkesteuerreglement (Ausg. 1876) angegebenen Vorschriften zu beobachten sind, und 14) über den höchsten Betrag der Gebühren, welche den in den Hafenstädten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva angestellten Handelsofficianten (wie Wraker, Wäger, Messer, Ligger, Ankerneeken u. s. w.) für ihre Dienstleistungen beim Empfange und bei der Absendung von Waaren und bei der Schifffahrt zu entrichten sind.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2050 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 2050, P. 10, Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 11; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II. Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. 1874 März 19 (53256); Apr. 26 (53436).

104. Die Entwürfe der Verordnungen über die im Artikel 103 dieser Beilage bezeichneten Gegenstände werden vor ihrer endgültigen Bestätigung durch das Stadtverordnetencollegium von dem Stadtmag. dem Chef der örtlichen Polizeiverwaltung mitgetheilt, der sein Gutachten darüber abgibt. Seinerseits ist auch der Chef der örtlichen Polizeiverwaltung berechtigt, der Stadtcommunalverwaltung Entwürfe zu Verordnungen zuzustellen, die seiner Ansicht nach im Interesse der städtischen Wohlfahrtspflege nothwendig sind und auf Grund des vorhergehenden (103) Artikels von dem Stadtverordnetencollegium erlassen werden können. Auf demselben Wege können bereits erlassene Verordnungen abgeändert werden.

Anmerkung. In denjenigen Städten der Ostseegouvernements, wo Polizeiamter bestehen, hat die Stadtcommunalverwaltung beim Erlass für die Ortseinwohner verbindlicher Verordnungen (Art. 103—106 dies. Beil.) sich mit dem Vorsitzenden des Polizeiamtes in Einvernehmen zu setzen.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2051 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 12.

105. Kommt hinsichtlich der von der Communal- oder der Polizeiverwaltung projectirten Verordnungen (Art. 104 dies. Beil.) ein Einverständniss beider Theile nicht zu Stande, so wird, falls ein Theil es verlangt, die Sache in der im Artikel 11 dieser Beilage angegebenen Ordnung zur Entscheidung gebracht.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gou. Verf., Aug. 1876, Art. 2052.

106. Die auf Grund der Artikel 103—105 dieser Beilage festgestellten Verordnungen werden dem Gouverneur mitgetheilt, welcher, falls er gegen ihren Erlass kein Bedenken hat, den Abdruck derselben in der Gouvernementszeitung anordnet, im entgegengesetzten Falle aber sie zuvor der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Prüfung überweist. Die in der Gouvernementszeitung abgedruckten Verordnungen werden in der Stadt in der von dem Stadtverordnetencollegium zu bestimmenden Weise zur allgemeinen Kenntnissnahme veröffentlicht.

Ebendas., Art. 2053.

107. Die Polizeibeamten sind verpflichtet, über die genaue Erfüllung der gemäss den Artikeln 103—106 dieser Beilage erlassenen Verordnungen zu wachen und die ihnen in dieser Beziehung obliegenden Maassregeln zu ergreifen.

Ebendas., Art. 2054.

108. Die Polizei hat über alle von ihr bemerkten Unordnungen in irgend einem unter Aufsicht der Stadtcommunalverwaltung stehenden Zweige der städtischen Wohlfahrtspflege (Art. 103, 114, 139, P. 11 u. 12 dies. Beil.) dieser Verwaltung rechtzeitig Anzeige zu machen.

Ebendas., Art. 2055.

109. Für die Uebertretung der auf Grund der Artikel 103—106 dieser Beilage erlassenen Verordnungen werden die Schuldigen der Bealndung auf Grund des Artikels 29 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen unterzogen, falls nicht im Gesetz für eine derartige Uebertretung eine besondere Strafe bestimmt ist.

Ebendas., Art. 2056.

110. Die Eröffnung gerichtlicher Verfolgung wider die an der Verletzung der nach Artikel 103—106 dieser Beilage erlassenen Verordnungen Schuldigen, sowie die Aufdeckung dieser Schuld vor Gericht, steht der Stadtcommunalverwaltung auf der gleichen Grundlage zu, wie den Administrativgewalten (vgl. Th. V dies. Prov.-R.).

Ebendas., Art. 2057; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15.

111. Die Einrichtung der Handelspolizei und die Regelung ihrer Thätigkeit wird durch das Stadtverordnetencollegium festgesetzt, in den Gouvernementsstädten unter Bestätigung des Ministers des Innern, in den übrigen Städten und Flecken aber unter der des Gouverneurs.

Anmerkung. Die Stadtverordnetencollegien können im Interesse der communalen Wohlfahrt jährlich eine Liste anfertigen über die Anzahl der im Artikel 333 des Getränkesteuerreglements (Reichsgesetz., Bd. V, Aug. 1876) angegebenen Locale zum Einzelverkauf starker Getränke, mit Bezeichnung der Gegenden (ausser den schon durchs Gesetz bestimmten), wo Getränkeanstalten nicht eröffnet werden dürfen. Diese Listen werden der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) eingesandt, zu deren Sitzungen in Angelegenheiten dieser Art der Dirigirende der Accisesteuern mit Stimmrecht eingeladen wird, und treten in Kraft nach Bestätigung durch die erwähnte Behörde. Die von der Behörde bestätigten Listen werden zur allgemeinen Kenntniss veröffentlicht.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2058 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880).—Vgl. 1876 Jan. 1 (55438) Art. 1.

112. Die Ordnung der Geschäftsthätigkeit der Stadtämter und der Handelsdeputationen, wo solche bestehen (Art. 85 dies. Beil.), bei Beaufsichtigung des Handelsbetriebes auf Grund des Poschlinreglements (Reichsgesetz., Bd. V, Poschlinregl., Aug. 1857, Art. 464, Beil., in d. Forts. v. J. 1876), wird durch das Stadtverordnetencollegium bestimmt und von dem Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestätigt.

RGB., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2059.

113. Abänderungen der bestätigten Stadtpläne, sowie neue Pläne für Städte, welche noch keine haben, werden auf Beschluss der Stadtverordnetencollegien für die Gouvernementsstädte vom Minister des Innern, für die übrigen Städte und Flecken aber vom Gouverneur bestätigt.

Ebendas., Art. 2060.

114. Die Bestätigung der Pläne und Façaden für Privatgebäude in der Stadt, die Ertheilung von Concessionen zum Umbau und die Aufsicht über die ordnungsmässige Ausführung der Bauten stehen dem Stadtamt zu (vgl. Art. 97 dies. Beil.). Dasselbe richtet sich in diesen Angelegenheiten nach den Bestimmungen des Baureglements (Reichsgesetz., Bd. XII, Th. I, Baureglement, Ausg. 1857) und der gemäss Artikel 103 dieser Beilage erlassenen Verordnungen.

Anmerkung 1. In den in diesem (114) Artikel erwähnten Sachen hat in den Städten der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva das Stadtamt ausser dem Baureglement (Reichsgesetz., Bd. XII, Th. I, Baureglement, Ausg. 1857) und den gemäss Artikel 103 dieser Beilage erlassenen Verordnungen auch die Bestimmungen des Provinzialrechts (Th. III, Privat-R., Art. 982—995) zur Richtschnur zu nehmen und in der Stadt Riga ferner noch die vom Minister des Innern über das Bauwesen erlassenen provisorischen Bestimmungen.

Anmerkung 2. Die Aemter der Stadtarchitecten, Ingenieure, Landmesser und Agronomen, wo solche bis zur Herausgabe der Regeln vom 26 März 1877 über die Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 in den Ostseegouvernements bestanden haben oder künftig von den Stadtverordnetencollegien werden errichtet werden, gehören zum Personalbestande der Communalverwaltung und werden von den Stadtämtern aus der Zahl der Personen besetzt, welche die festgesetzten Zeugnisse über das Recht zur Ausführung derjenigen Arbeiten besitzen, für welche sie angestellt werden. Die Stadtämter machen über die erfolgte Anstellung in solchen Aemtern, denen nach den bestehenden Vorschriften die Rechte des Staatsdienstes zustehen, der betreffenden Localobrigkeit Mittheilung, zur Aufnahme in den Tagesbefehl für das Ressort des Ministeriums des Innern.

Ebendas., Art. 2044, Zus., (in d. Forts. v. J. 1880), 2061 u. Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 13, 14; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.). Vgl. Rgb., Bd. XII, Th. I, Bauregl., Ausg. 1857, Art. 312, Anm. (in d. Forts. v. J. 1876).

115. Das Stadtamt ist befugt, in der Stadt die Herstellung von Landungsplätzen zum Anlegen von Fahrzeugen und zum Löschen von Waaren, die Errichtung von öffentlichen Badeanstalten und Badstuben, von Theatern und sonstigen Schausstellungen, desgleichen von solchen Fabriken, Werkstätten und anderen Gewerbeanstalten zu genehmigen, welche wegen ihrer Gefahrlosigkeit überall angelegt werden können, sowie die Beleuchtung dieser Anstalten mit Gas, auch wenn die Stadt selbst noch keine Gasbeleuchtung hat. Ein Verzeichniss derjenigen Fabriken, Werkstätten und Gewerbeanstalten, deren Concessionirung gemäss diesem (115) Artikel der Communalverwaltung nicht zusteht, wird alljährlich von dem Minister des Innern, nach stattgehabtem Einvernehmen mit dem Finanzminister, veröffentlicht.

Rgb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2062.

Hauptst. IV.—Von dem Stadtvermögen und den vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Stadt.

116. Die Stadtcommunalverwaltung ist berechtigt: 1) im Namen der Stadt unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräussern, und auf Grund der Civilgesetze und der Gesetze über den Civilprozess in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva (Prov.-R., Th. III u. IV), sowie der Artikel 53, 63, 66, 67, 72, 117 und 119—124 dieser Beilage Verträge abzuschliessen; 2) in Vermögensangelegenheiten der Stadt, in Grundlage der Civilprozessgesetze (Prov.-R., Th. IV) und des Artikels 118 dieser Beilage bei Gericht Klagen anzustellen und sich auf solche einzulassen.

Anmerkung. Das im Artikel 1967 der Civilgesetze (Prov.-R. d. Ostseegouv. Th. III) festgesetzte Recht der Städte auf die Erbfolge in erbloses Vermögen erstreckt sich auf das Vermögen aller

Stadteinwohner ohne Unterschied des Standes und Berufes, ausser in den Fällen, welche von der allgemeinen Regel ausdrücklich ausgenommen sind.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2063; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15, 16.

117. Die von dem Stadtamte auf Grund der Gesetze und innerhalb der Grenzen der ihm von dem Stadtverordnetencollegium erteilten Ermächtigung abgeschlossenen vermögensrechtlichen Verträge sind für die Stadt verbindlich, auf welcher auch die pecuniäre Verantwortlichkeit aus solchen Verträgen ruht.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2064.

118. In vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Stadt klagt und antwortet vor Gericht das Stadtamt, welches hierbei durch einen besonderen Bevollmächtigten vertreten wird, der zugleich Beamter der Communalverwaltung sein kann, ohne hiervon diejenigen Oertlichkeiten auszuschliessen, wo eine genügende Anzahl von Advokaten vorhanden ist (vgl. Art. 100 fgg. d. Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf.).

Ebendas., Art. 2065; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15.

119. Die Wahl der Mittel zur Erzielung von Einkünften aus dem Stadtvermögen hängt von dem Stadtverordnetencollegium ab (Art. 55 P. 10 dies. Beil.). Es darf jedoch die von ihm festzusetzende Abgabe für die Benutzung der öffentlichen Waagen und Maasse nicht mehr als einen Kopeken von jedem Pud, Tschetwerik oder Wedro der zu wägenden oder zu messenden Gegenstände betragen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2066.

120. Die der Stadt gehörigen Grundstücke, welche nach dem Stadtplan zu öffentlichen Plätzen, Strassen, Gassen, Trottoiren, Durchgängen, Brücken, Ueberfahrten und Leinpfaden bestimmt sind, sowie die durch städtische Grundstücke führenden Wasserstrassen bleiben zwar im Eigenthum der Stadt, stehen aber in gemeinsamer Nutzung Aller.

Ebendas., Art. 2067.

121. Die im Artikel 120 dieser Beilage bezeichneten Grundstücke können von der Stadtcommunalverwaltung nicht ohne entsprechende, von der competenten Autorität (Art. 113 dies. Beil.) zu bestätigende Veränderung des Stadtplanes veräussert werden.

Ebendas., Art. 2068.

122. Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums, welchen zufolge 1) zum ersten Mal Parcellen der im Artikel 120 dieser Beilage bezeichneten Grundstücke Jemandem zur ausschliesslichen Benutzung übergeben, oder 2) auf solchen Parcellen Bauten, die den Durchgang oder die Durchfahrt beengen, ausgeführt werden sollen, unterliegen in den Gouvernementsstädten der Bestätigung des Ministers des Innern, in den Kreisstädten aber der des Gouverneurs. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf solche Anordnungen der Stadtcommunalverwaltung, durch welche Theile öffentlicher Plätze und Strassen zur Errichtung beweglicher Verkaufsläden, Zelte, Polizeiwachthäuser, öffentlicher Abtritte und anderer, für die Stadt nothwendiger, öffentlicher Bauten geringen Umfanges angewiesen werden.

Ebendas., Art. 2069.

123. Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums über Einführung und Betrag der Gebühren, welche für Benutzung der auf Kosten der Stadt hergestellten und dem Verkehr innerhalb der Stadt dienenden Anlagen von Fussgängern, Reitern oder Fahrenden, oder für das Anlegen in den durch städtische Grundstücke führenden Wasserstrassen von Fahrzeugen zu erheben sind, treten erst in Wirksamkeit, wenn sie von dem Minister des Innern nach stattgehabtem Einvernehmen mit dem Finanzminister, beziehungsweise dem Minister der Wegcommunicationen bestätigt worden sind.

Anmerkung. Die vor Herausgabe der Regeln vom 26 März 1877 über die Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 in den Ostseegouvernements durch besondere Allerhöchste Befehle zum Besten der Stadt festgesetzten Gebühren für das Anlegen oder Durchfahren von Fahrzeugen in den

durch städtische Grundstücke führenden Wasserstrassen, sowie die seither erhobenen Gebühren für die Benutzung der auf Kosten der Stadt hergestellten Anlagen können von der Stadtcommunalverwaltung auf früherer Grundlage und ohne neue bezügliche Genehmigung erhoben werden.

Ebendas., Art. 2070 u. Anm.

124. Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums über Anleihen, Bürgschaften oder Garantien Namens der Stadt werden in den Fällen, wo die Summe der auf der Stadt ruhenden Verbindlichkeiten entweder die Summe der Stadteinkünfte für die zwei letzten Jahre übersteigt, oder in ihrem Gesamtbetrage mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Verpflichtung übersteigen muss, dem Minister des Innern zur Bestätigung vorgestellt, wobei die Quellen, aus denen die in Folge der übernommenen Verbindlichkeit erforderlichen jährlichen Zahlungen gedeckt werden sollen, ausdrücklich nachzuweisen sind.

Ebendas., Art. 2071.

125. Das Stadtamt kann mit Genehmigung des Stadtverordnetencollegiums die der Stadt gehörigen Capitalien Staats- oder Privatcreditanstalten zur Verzinsung übergeben, oder für diese Capitalien zinstragende Staatspapiere und von der Staatsregierung garantierte Obligationen, sowie Pfandbriefe von städtischen Creditgesellschaften und von Bodencreditbanken erwerben.

Ebendas., Art. 2072.

126. Die der Stadt gehörigen Gelddocumente und baaren Gelder werden von den Stadtämtern nach deren Ermessen und gemäss den von dem Stadtverordnetencollegium ertheilten Instructionen entweder in ihren eigenen Kassen, oder in den Renteien, oder auch in Creditanstalten aufbewahrt.

Ebendas., Art. 2073.

127. Wenn das Stadtverordnetencollegium es für zweckmässig erachtet, die Zahlungen aus den in der Rentei aufbewahrten städtischen Summen und die Rechnungsführung über dieselben durch die Rentei bewerkstelligen zu lassen, so wird der Betrag und die Art der Remuneration der Rentei von dem Stadtverordnetencollegium gemäss den von dem Ministerium des Innern, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, gegebenen Weisungen bestimmt.

Ebendas., Art. 2074.

Hauptst. V.—Von den städtischen Steuern.

128. Dem Stadtverordnetencollegium ist es anheimgestellt, zum Besten der Stadt folgende Steuern festzusetzen: 1) die Schätzungsabgabe von Immobilien; 2) von Scheinen über die Berechtigung zum Handels- und Gewerbebetrieb, und 3) von Tracteuranstalten, Einfahrten und Victualienläden.—Dem Stadtverordnetencollegium wird ferner anheimgestellt, zum Besten der Stadt folgende Steuern einzuführen: 4) vom Gewerbe der Fuhrleute und Uebersetzer; 5) von Pferden und Equipagen, die von Privatpersonen gehalten werden, und 6) von Hunden; jedoch müssen hinsichtlich dieser letzteren (P. 4—6) Steuern die Beschlüsse des Stadtverordnetencollegiums über den Maximalbetrag der Besteuerung, die Exemtionen und den Erhebungsmodus zur Bestätigung auf legislativem Wege vorgestellt werden.

Anmerkung. In denjenigen Städten, wo vor Herausgabe der Regeln vom 26 März 1877 über die Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 in den Ostseegouvernements, auf Grund besonderer Allerhöchst bestätigter Verordnungen, eine Steuer von dem Gewerbe der Fuhrleute erhoben wurde, ist das Stadtverordnetencollegium berechtigt, diese Steuer beizubehalten, jedoch in keinem höheren Betrage, als durch jene Verordnungen genehmigt war.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Aug. 1876, Art. 2075 u. Anm.

129. Der Schätzungsabgabe unterliegen alle im Stadtgebiet (Art. 4 dies. Beil.) befindlichen Immobilien, ausgenommen: 1) die Besitzlichkeiten des Hofressorts (vgl. Reichs-

gesetzb., Bd. X, Th. I, Civilges., Ausg. 1857, Art. 412) mit den dazu gehörigen Gebäuden und anderen Pertinenzien, sowie mit allen Baulichkeiten des Ressorts des Kaiserlichen Hofes, ferner die der Verwaltung des Cabinets Seiner Kaiserlichen Majestät unterstellten Immobilien; 2) diejenigen Theile der Krongebäude, welche von Institutionen der Staatsregierung eingenommen sind; 3) diejenigen Theile der den Wohlthätigkeits- und Lehranstalten, sowie gelehrten Gesellschaften und Institutionen gehörigen Gebäude, in denen diese Anstalten, Gesellschaften oder Institutionen selbst untergebracht sind; 4) die den geistlichen Ressorts (sowohl christlicher, als nichtchristlicher Confession) gehörigen Gebäude, sofern sie keine Revenüen tragen; 5) Grundstücke, die den Eisenbahnen bereits bei ihrer Anlage abgetreten worden, sowie Häuser und Baulichkeiten, die auf diesen Grundstücken aufgeführt sind und nach Ablauf einer bestimmten Frist mit der Bahn selbst in das Eigenthum der Krone übergehen müssen, und 6) diejenigen Immobilien, welche das Stadtverordnetencollegium ihres geringen Werthes wegen von der Steuer zu befreien für billig erachtet.

Anmerkung 1. Die thatsächlich ein Einkommen gewährenden Immobilien der Krone, sowie der in den Punkten 3 und 4 dieses (129) Artikels bezeichneten Anstalten, Gesellschaften, Institutionen und Ressorts, ferner die zu Beamtenwohnungen benutzten Gebäude oder Theile von Gebäuden, welche der Krone oder den im Punkt 3 aufgeführten Anstalten, Gesellschaften oder Institutionen gehören, unterliegen der Schätzungsabgabe in allgemeiner Grundlage.

Anmerkung 2. Dem Minister des Krieges ist es anheimgestellt, vorfallende Zweifel darüber, welche Gebäude des Militärressorts namentlich, oder welche Theile derselben, ihrem Zwecke gemäss, unter die bestehenden Regeln über Exemptionen von den städtischen Abgaben fallen, und welche von diesen Gebäuden oder welche Theile derselben auf Grund der Gesetze den erwähnten Abgaben unterliegen, in der durch die Artikel 150—153 dieser Beilage festgesetzten Ordnung zu entscheiden.

Ebendas., Art. 2076 u. Zus. zu P. 1 (in d. Forts. 1880); Anm. 1, 3 (in d. Forts. v. J. 1880).—Vgl. ebendas., Art. 2242, 2244; 1872 Jun. 7 (50962); 1873 Jan. 23 (31806); 1874 Jan. 18 (54301); Sept. 12 (55072); 1877 Febr. 1 (56900); 1878 Apr. 15 (58404).

130. Der Betrag der Schätzungsabgabe von Immobilien wird von dem Stadtverordnetencollegium in einem Procentsatze entweder des von der Stadtcommunalverwaltung durch Abschätzung festgestellten reinen Einkommens, oder, falls dieses festzustellen unmöglich ist, des Immobilienwerths bestimmt. Der Betrag der Steuer darf zehn Procent des reinen Einkommens, beziehungsweise ein Procent des Immobilienwerths, nicht übersteigen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2077.

131. Die Schätzungsabgabe wird in Grundlage der folgenden Vorschriften erhoben: 1) das Stadtverordnetencollegium bestimmt, indem es die Schätzungsabgabe von Immobilien anordnet, gleichzeitig den Termin, zu welchem dieselbe eingezahlt sein muss. 2) Das Stadtamt bewerkstelligt die erforderlichen Schätzungen, vertheilt auf Grund derselben die festgesetzte Abgabe und bringt diese Repartition spätestens einen Monat vor dem durch das Stadtverordnetencollegium bestimmten Zahlungstermin zur öffentlichen Kenntniss. 3) Die zu dem von dem Stadtverordnetencollegium bestimmten Termin nicht eingezahlte Abgabe gilt als Rückstand und wird mit Zuschlag einer Pön begetrieben, deren Betrag von dem Stadtverordnetencollegium, jedoch nicht höher, als auf ein Procent der rückständigen Summe für jeden versäumten Monat, festgestellt wird. Von der Pön werden diejenigen Zahlungen befreit, die noch im Laufe der ersten Hälfte des Monats (bis zum fünfzehnten Tage incl.) nach Ablauf der zur Einzahlung bestimmten Frist erfolgen. Demnächst wird die Pön für jeden noch nicht abgelaufenen Monat, wie für einen vollen, berechnet und zu den Stadteinnahmen geschlagen. 4) Wenn der Rückstand mit der anhängigen Pön im Laufe von sechs Monaten nach dem von dem Stadtverordnetencollegium bestimmten Termin (P. 1) nicht bezahlt ist, so wird er aus dem beweglichen Vermögen des Restanten in Gemässheit der bestehenden örtlichen Vorschriften des Civilprocesses (Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 3,

P. 4) und mit Beihülfe der Polizei (ebendas., Art. 411, III, P. 3, in d. Forts.; IV, Anmerk. 3, in d. Forts.; 973, III, P. 3, in d. Forts.; Anmerk. 3, in d. Forts.; IV, 1371, III, P. 3, in d. Forts.; IV, Anmerk., 3, in d. Forts.) begetrieben. In Fällen, wo diese Maassregel nicht ausreicht, wird rücksichtlich des Verkaufs städtischen unbeweglichen Vermögens die für die Beitreibung der Kronsteuer von solchen Immobilien festgesetzte Ordnung (Reichsgesetzb., Bd. V, Abgaben-

regl., Ausg. 1857, Art. 2, P. 3, Beil.: Art. 25—27, in d. Forts. v. J. 1876) befolgt, unter Anpassung an die oberwähnten örtlichen Rechtsbestimmungen.

Ebendas., Art. 2078; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15.

132. Steuern von Scheinen über die Berechtigung zum Handels- und Gewerbebetrieb können von dem Stadtverordnetencollegium festgesetzt werden: 1) von allen durch das Poschlinreglement (Reichsgesetz., Bd. V Poschlinregl., Ausg. 1857) angeordneten Kaufmanns- und Gewerbezeugnissen, sowie Billeten zu Handels- und Gewerbeanstalten, und 2) von Patenten aller Art, die auf Grund des Getränkesteuerreglements (Reichsgesetz., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876) zu Getränkebereitungsanstalten und zu Anstalten für Bereitung von Spiritus- und Weinfabrikaten, sowie zu Getränkeverkaufsanstalten ausgereicht werden. Der Betrag dieser Steuern wird vor dem Stadtverordnetencollegium in einem Procentsatze der seitens der Krone davon erhobenen Poschlin festgesetzt.

Anmerkung 1. In Beziehung auf die Belegung der Scheine über die Berechtigung zum Handels- und Gewerbebetrieb mit Steuern zum Besten der Städte werden die folgenden Vorschriften beobachtet: 1) der höchste Betrag der Besteuerung der Kaufmanns- und Gewerbezeugnisse und der Billete zu Handels- und Gewerbeanstalten (Reichsgesetz., Poschlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil., in d. Forts. v. J. 1876), zum Besten der Stadt, wird festgesetzt: für Kaufmannszeugnisse erster und zweiter Gilde auf fünfundzwanzig, und für sämtliche andere Zeugnisse und Billete auf zehn Procent von der Kronposchlin; 2) die vorerwähnten Steuern werden von den sowohl in der Stadt, als im Kreise ausgereichten Handels- und Gewerbezeugnissen, desgleichen von Billeten zu Handels- und Gewerbeanstalten, die in der Stadt gehalten werden, erhoben; die Steuer von den in den Landstädten (безуфизные города) ausgereichten Zeugnissen und Billeten wird den Einnahmen dieser letzteren Städte zugewandt; 3) der höchste Betrag der zu Gunsten der Stadt festzusetzenden Steuern von den auf Grund des Getränkesteuerreglements (Reichsgesetz., Bd. V, Getränkesteuerregl., Ausg. 1876) für in der Stadt bestehende Anstalten zur Bereitung von Getränken und Spiritus- und Weinfabrikaten ausgereichten Patenten, desgleichen für in der Stadt zu haltende Getränkeverkaufsanstalten, wird auf fünfundzwanzig Procent von der zum Besten der Krone erhobenen Patentsteuer festgesetzt; 4) die in den Punkten 1 und 3 dieses (132) Artikels angegebenen Steuern zum Besten der Stadt werden vom Beginn desjenigen Jahres ab festgesetzt, welches nach der Einführung der Städteordnung in der Stadt (Art. 1 fgg. dies. Beil.) folgt.

Anmerkung 2. Die von Handel treibenden Personen, bei Ausreichung der Handelsdocumente an dieselben, zu erhebenden Steuern werden sogleich nach Constituirung der neuen Communalinstitutionen (Art. 15 dies. Beil.) in der Stadt, in die in der Anmerkung 1 zu diesem (132) Artikel bezeichneten Grenzen gebracht.

Anmerkung 3. Mit dem Zeitpunkt, wo die in den Punkten 1 und 3 der Anmerkung 1 zu diesem (132) Artikel erwähnten Steuern in der Stadt thatsächlich festgesetzt worden, werden alle diejenigen, zum Besten der Stadt einflussenden, Steuern von Handel- und Gewerbetreibenden, welche sowohl auf Grund des Reglements über die Stadt- und Landwirthschaft (Reichsgesetz., Bd. XII, Th. II, Ausg. 1857), als auch auf Grund besonderer Bestimmungen erhoben wurden, desgleichen alle Steuern zum Besten der Stadt von Getränkebereitungs- und Getränkeverkaufsanstalten, aufgehoben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2079 u. Anm. 1; 2; 2083, Anm. 2 (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 17; vgl. 1870 Oct. 28 (48857).

133. Die Steuern von den im Artikel 132 dieser Beilage bezeichneten Zeugnissen, Billeten und Patenten zum Besten der Stadt werden in gleicher Weise, wie die Kronposchlinen von denselben und gleichzeitig mit diesen erhoben.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2080.

134. Die Steuer von Tracteuranstalten, Einfahrten und Victualienläden zum Besten der Stadt wird von dem Stadtverordnetencollegium festgesetzt und gemäss der Verordnung über die Tracteuranstalten (Reichsgesetz., Bd. XII, Th. II, Regl. üb. Stadt- und Landwirthsch. Ausg. 1857, Art. 31, Beil., in d. Forts. v. J. 1876) erhoben.

Ebendas., Art. 2081.

135. Ausser den in den Artikeln 128—134 dieser Beilage bezeichneten Steuern wird dem Stadtverordnetencollegium anheimgegeben, in vorgeschriebener Ordnung auf Einführung einer Steuer von Quartieren oder Wohnungen zum Besten der Stadt anzutragen. Den

bezüglichen Vorstellungen des Stadtverordnetencollegiums müssen ausführliche Vorschläge über die Art der Erhebung dieser Steuer, über das Maximum der in einem Procentsatz des Miethwerths der Wohnungen auszudrückenden Besteuerung, sowie über diejenigen Wohnungen, welche, wegen ihres geringen Werthes, von der Steuer zu befreien sind, beigefügt werden. Diese Entwürfe werden durch den Minister des Innern zur Bestätigung auf legislativem Wege vorgestellt.

Ebendas., Art. 2082.

136. Unabhängig von den Steuern, die in der in den Artikeln 128—135 dieser Beilage angegebenen Weise festzusetzen sind, fliessen zu den städtischen Einnahmen: 1) die Abgaben, welche zum Besten der Stadt bei Vollziehung, Beglaubigung und Protestation verschiedener Urkunden, sowie bei Vorstellung derselben zur Beitreibung zu erheben sind (vgl. Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 3012, Anmerk.); 2) die bei der Stempelung von Maassen und Gewichten auf Grund des Artikels 2751 des Handelsreglements (Reichsgesetzb., Bd. XI, Th. II, Handelsregl., Ausg. 1857) zu erhebenden Abgaben; 3) die Abgabe von der durch Beamte der Stadtcommunalverwaltung bewerkstelligten öffentlichen Versteigerung beweglichen Vermögens im Betrage von zwei Procent der beim Verkauf erzielten Summe (abgesehen von den zwei Procent, die dem Auctionator zukommen); 4) die Abgaben, die gemäss besonderen Allerhöchst bestätigten Verordnungen zum Besten einiger Städte von den in die Stadt eingeführten und aus derselben ausgeführten Waaren zu erheben sind; 5) die Subventionen, welche einigen Städten gemäss besonderen Verordnungen aus der Reichsrente und im Kurländischen Gouvernement aus den Landesprästandten gemäss dem Landesprästandtenreglement (Reichsgesetzb., Bd. IV, Ausg. 1857) gezahlt werden.

Anmerkung. Abgesehen von den Steuern und Abgaben, die auf Grund der Anmerkung zum Artikel 123 und der Artikel 128—137 dieser Beilage zum Besten der Stadt angeordnet und erhoben werden dürfen, werden in jeder Stadt der Ostseegouvernements und in der Stadt Narva die auf Grund örtlicher Verordnungen bestehenden Steuern und Einkünfte, welche ihrer Bestimmung nach in die allgemeinen städtischen Mittel zu fliessen haben oder für die allgemeinen Bedürfnisse der Einwohner zu verwenden sind, für die Dauer von drei Jahren, gerechnet von dem Zeitpunkt der Herausgabe der Regeln vom 26 März 1877 über die Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870, beibehalten. Nach Ablauf der dreijährigen Frist bleiben nur diejenigen der erwähnten Steuern und Einnahmen in Kraft, welche mit den Bestimmungen der Städteordnung in Einklang gebracht worden, oder zu deren Beibehaltung die Genehmigung auf legislativem Wege erfolgt ist.

Ebendas., Art. 2083 u. Anm. 2 (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 17; 1880 Jan. 17 Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

137. Die Einführung neuer, in den Artikeln 128—136 dieser Beilage nicht vorgesehener, Steuern oder Auflagen zum Besten der Stadt, sowie die Festsetzung eines Steuerbetrages, welcher das in dieser Beilage (Art. 130 u. 132) bestimmte Maass übersteigt, kann nicht anders erfolgen, als nachdem der dahin gehende Antrag des Stadtverordnetencollegiums auf legislativem Wege genehmigt worden ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2084.

138. Rückstände aller Art von den zum Besten der Stadt angeordneten Steuern und Leistungen werden in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva in gleicher Weise, wie die unstreitigen Forderungen der obrigkeitlichen Behörden und Personen, und in derjenigen Ordnung beigetrieben, welche durch die örtlichen Vorschriften des Processes und Privatrechts festgesetzt ist (Prov.-R., Th. III—V).

Ebendas., Art. 2085; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 15; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II, Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

Hauptst. VI.—Von den städtischen Ausgaben, den Budgets, der Rechnungsführung und Rechenschaftsablegung.

139. Aus städtischen Mitteln sind obligatorisch folgende Ausgaben zu bestreiten:

1) der Unterhalt der Stadtcommunalverwaltung in den von dem Stadtverordnetencollegium festgesetzten Ausgabebeträgen;

2) die Unterhaltung der städtischen öffentlichen Gebäude und Denkmäler;

3) die in Folge städtischer Anleihen zu zahlenden Summen, sowie die Erfüllung der von der Stadt übernommenen Verbindlichkeiten.

Anmerkung. Dieser (3) Punkt findet auch auf Pensionen Anwendung, die aus städtischen Mitteln kraft solcher Rechtsbestimmungen bewilligt worden sind, welche vor der in Grundlage der Regeln vom 26 März 1877 erfolgten Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva in Geltung waren.

4) Die Zahlung von Subventionen an verschiedene Institutionen, Stiftungen und Ressorts zum Unterhalt von Lehr-, Wohlthätigkeits- und anderen gemeinnützigen Anstalten gemäss besonderen, auf legislativem Wege bestätigten, Verfügungen, sowie die in das Reichsbudget aufgenommenen Subventionszahlungen an die Reichsrente.

Anmerkung. Im Laufe dreier Jahre, gerechnet von der in Grundlage der Regeln vom 26 März 1877 erfolgten Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870, werden die Subventionen an die verschiedenen Institutionen, Stiftungen und Ressorts zum Unterhalt von Lehr-, Wohlthätigkeits- und anderen gemeinnützigen Anstalten in den Beträgen verabfolgt, in welchen sie bis dahin von der Stadt geleistet wurden. Nach Ablauf dieser Frist bleiben für die Stadt nur diejenigen dieser Subventionen obligatorisch, welche ihr auf legislativem Wege werden auferlegt werden, oder hinsichtlich deren zwischen der Stadtcommunalverwaltung und den betreffenden Institutionen, Stiftungen und Ressorts eine Vereinbarung zu Stande kommt. Die Subventionen an die Reichscasse sind in den in das Reichsbudget aufgenommenen Beträgen zu leisten.

5) Die Ausgaben für Militär-Einquartierung und andere Bedürfnisse des Militärs, sowie für Beheizung und Beleuchtung der Gefängnisse, soweit diese Ausgaben den Stadtmitteln in gesetzlicher Ordnung auferlegt sind;

6) die Bethheiligung an den Ausgaben zum Unterhalt der Beamten der städtischen Polizei, da, wo solche den Stadtmitteln in gesetzlicher Ordnung auferlegt ist;

7) der Unterhalt der Mannschaften der zum Bestande der städtischen Polizeibehörden gehörigen Feuerlöschcommandos gemäss dem Etat, wie er vor der auf Grund der Regeln vom 26 März 1877 erfolgten Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 bestanden hatte, oder nach Einführung derselben nach vorgängiger Durchsicht seitens des Stadtverordneten-collegiums auf legislativem Wege bestätigt worden;

8) die Herstellung oder Anmietung, sowie die Beheizung und Beleuchtung von Räumlichkeiten für die Stadtpolizeiverwaltung (wo eine solche getrennt von der Kreispolizeiverwaltung besteht) und für das zur Polizei gehörige Feuerlöschcommando, ferner die Zahlung von Quartiergeldern in dem durch den Etat und andere Allerhöchst bestätigte Verordnungen bestimmten Beträge an diejenigen Beamten der Polizei und des Feuerlöschcommandos, welche von der Stadt keine Quartiere angewiesen erhalten;

9) die übrige, den städtischen Polizei- und Feuerlöschcommandos gemäss den festgesetzten Etats und Tabellen zukommende, Naturalverpflegung, namentlich: Vernehmung derselben mit Proviant und Ausrüstung, sowie Behandlung der zu diesen Commandos gehörenden Mannschaften in Krankenhäusern;

10) der Unterhalt der communalen Feuerlöschcommandos, wie sie vor der auf Grund der Regeln vom 26 März 1877 erfolgten Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870 bestanden, oder auf Beschluss des Stadtverordnetencollegiums mit der erforderlichen Genehmigung an Stelle der polizeilichen Feuerlöschcommandos oder zur Verstärkung derselben organisirt worden;

11) die Unterhaltung der unter Obsorge der Stadt stehenden Strassen, Plätze, Wege, Leinpfade, Brücken, Trottoire, Ueberfahrten, Boulevards, Gärten, Canäle, Wasserleitungen, Abflussröhren, Teiche, Gräben, Wasserverbindungen und Dämme, sowie die Beleuchtung der Stadt in einem nicht geringeren Umfange, als zur Zeit vor der auf Grund der Regeln vom 26 März 1877 erfolgten Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870.

Anmerkung. Fahrstrassen, die zum Ressort der Wegecommunication gehören, werden von diesem Ressort unterhalten (Reichsgesetzb., Bd. XII, Th. I, Regl. üb. Wegecomm., Ausg. 1857, Art. 558, in d. Forts. v. J. 1876);

12) die Einweisung von Plätzen zum Abführen des Unraths und zum Verscharren gefallenen Viehs;

13) der Unterhalt derjenigen allgemeinen städtischen Institutionen, welche unter Obsorge der Stadt stehen und die bei Einführung der Städteordnung vom Jahre 1870, auf Grund der Regeln vom 26 März 1877, nicht aufzuheben sind, und zwar in nicht

geringeren Beträgen, als durch die bestehenden Etats und andere, in gesetzlicher Ordnung erlassene, Bestimmungen festgesetzt ist;

14) die Unterhaltung der Poststationen, welche unter Obsorge der Stadt stehen;

15) der Antheil an den Ausgaben für die Unterhaltung des Gefängniswesens, welcher auf die Städte des Liv- und Estländischen Gouvernements entfällt, in demselben Umfange, in welchem dieser Antheil durch die bestehenden Gesetze den städtischen Mitteln auferlegt ist.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2086 u. Anm.; Zus. (in d. Forts. v. J. 1880); 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 18; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).—Vgl. 1848 Sept. 14 (22577); 1875 Febr. 23 (54436).

140. Nach Deckung der im Artikel 139 dieser Beilage bezeichneten Bedürfnisse können die städtischen Mittel nach Ermessen des Stadtverordnetencollegiums zu allen Zwecken verwandt werden, die zum Nutzen der Stadt und der Einwohner gereichen und den Gesetzen nicht widerstreiten.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2087.

141. Zu einem von dem Stadtverordnetencollegium bestimmten Termin fertigt das Stadtamt alljährlich ein Budget der bevorstehenden städtischen Einnahmen und Ausgaben an, welches von dem Stadtverordnetencollegium geprüft und bestätigt, darauf innerhalb zweier Wochen nach der Bestätigung dem Gouverneur übersandt und in der im Artikel 68 dieser Beilage angegebenen Weise zur allgemeinen Kenntnissnahme veröffentlicht wird.

Ebendas., Art. 2088.

142. Dem Stadtverordnetencollegium wird anheimgestellt, gleichzeitig mit der Bestätigung des Budgets auch die Art und Weise zu bestimmen, wie diese oder jene wirthschaftliche Operation auszuführen sei: ob durch Vergebung im öffentlichen Ausbot, oder an dazu erwählte Personen in Commission, oder auf ökonomischen Wege durch das Stadtamt. Hat das Stadtverordnetencollegium eine derartige Weisung nicht gegeben, so bleibt die Bestimmung dem Stadtamt überlassen.

Ebendas., Art. 2089.—Vgl. Art. 1, Anm. 4 dies. Beil.

143. Bei Durchsicht des Budgets der städtischen Einnahmen und Ausgaben hat der Gouverneur darauf zu achten: 1) dass keine gesetzlich unerlaubten Steuern und Abgaben angeordnet und die erlaubten nicht in höheren Beträgen, als den gesetzlich gestatteten, angesetzt werden; 2) dass keine Ungleichmässigkeit in der Besteuerung der der Krone oder den Apanagen gehörigen Gegenstände im Vergleich zu den Privatpersonen gehörigen stattfinde, und 3) dass zur Deckung der durch das Gesetz den städtischen Mitteln obligatorisch auferlegten Bedürfnisse die nöthigen Summen angewiesen werden.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2090.

144. Bei Erhebung der städtischen Steuern und Abgaben, sowie bei Bestreitung der Ausgaben aus den städtischen Mitteln hat das Stadtamt sich nach dem von dem Stadtverordnetencollegium bestätigten Budget zu richten. Falls sich die Nothwendigkeit einer Ausgabe ergibt, die im Budget entweder gar nicht vorgesehen ist, oder deren Betrag den Voranschlag übersteigt, so kann das Stadtamt dieselbe aus den Ueberschüssen der Budgetansätze bestreiten, doch hat es hierzu die besondere Genehmigung des Stadtverordnetencollegiums einzuholen, wenn es nicht bei Bestätigung des Budgets die bezügliche Ermächtigung erhalten hatte. Wenn keine verfügbaren Ueberschüsse der Budgetsummen vorhanden sind, so kann das Stadtamt jederzeit dem Stadtverordnetencollegium ein Ergänzungsbudget zur Bestätigung vorstellen.

Ebendas., Art. 2091.

145. Mit Genehmigung des Stadtverordnetencollegiums darf das Stadtamt jedes der Stadt auferlegte Erforderniss der Militär- oder Civilverwaltung (Art. 139 dies. Beil.), für welches im Budget eine bestimmte Geldsumme ausgesetzt ist, mittelst Auszahlung einer nach Uebereinkunft mit der betreffenden Obrigkeit oder dem betreffenden Ressort festzustellenden Summe, mit Dispositionsstellung an die erwähnte Obrigkeit oder das bezügliche Ressort, befriedigen, jedoch ohne die durch das Budget festgesetzte Summe zu überschreiten;

wonächst die Stadt, indem sie über die Verausgabung der ausgezahlten Summe keine Rechenschaft fordert, auch zu keinen weiteren Zuschlagszahlungen in dieser Beziehung verpflichtet ist.

Ebendas., Art. 2092.

146. Ueber alle Geldsummen, sowohl die einkommenden, als die ausgehenden, muss ordnungsmässige Rechnung geführt werden. Form und Ordnung der Rechnungsführung sind von dem Stadtverordnetencollegium zu bestätigen (Art. 55, P. 11 dies. Beil.).

Ebendas., Art. 2093.

147. Zu einem von dem Stadtverordnetencollegium bestimmten Termin stellt das Stadtamt alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die Bewegung der städtischen Summen zusammen, welcher von dem Stadtverordnetencollegium geprüft und endgültig bestätigt, darnach aber dem Gouverneur zur Kenntnissnahme mitgetheilt und in der im Artikel 68 dieser Beilage angegebenen Ordnung veröffentlicht wird. Die Rechenschaftsablegung der Stadtcommunalverwaltung unterliegt nicht der Revision der allgemeinen Controlbehörden.

Ebendas., Art. 2094.

Hauptst. VII.—Von der Ordnung der Beschwerdeführung über Verfügungen der Stadtcommunalverwaltung und von der Verantwortlichkeit der Beamten derselben.

148. Einzelne Personen, Corporationen und Anstalten haben, falls ihre Privatrechte durch Handlungen der Stadtcommunalverwaltung verletzt werden, das Recht der Klage auf allgemeiner Grundlage.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2095.

149. Beschwerden über Ungesetzlichkeit solcher Beschlüsse und Anordnungen der Stadtverordnetencollegien, die von dem Minister des Innern oder dem Gouverneur bestätigt worden sind (Art. 111—113 u. 122—124 dies. Beil.), werden, wenn nicht dem Wesen der Sache nach die Civilklage gemäss dem vorhergehenden (148) Artikel angestellt werden kann, bei dem Dirigirenden Senat (1. Departement) angebracht.

Ebendas., Art. 2096.

150. Mit Ausnahme der in den Artikeln 148 und 149 dieser Beilage angegebenen Fälle sind Beschwerden über unrechtmässige Anordnungen des Stadtamtes oder des Stadthauptes bei dem Stadtverordnetencollegium, über gesetzwidrige Beschlüsse des letzteren aber bei dem Gouverneur anzubringen, welcher sie der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen (Art. 11 dies. Beil.) zur Entscheidung übergiebt.

Ebendas., Art. 2097.

151. Regierungs- und ständische Institutionen haben bei Conflicten mit der Stadtcommunalverwaltung über Kompetenzgrenzen, Machtbefugnisse und Pflichten ihre Beschwerden und Anzeigen gleichfalls an den Gouverneur zu richten, welcher sie der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Entscheidung übergiebt. Ebenso verfährt der Gouverneur in den Fällen, wo er unmittelbar die Ungesetzlichkeit eines Beschlusses oder einer Anordnung der Stadtcommunalverwaltung wahrnimmt (vgl. Art. 6, Anmerk. dies. Beil.).

Anmerkung. In der zum Gouvernement St.-Petersburg gehörigen Stadt Narva werden auf Grund dieses (151) Artikels an den Gouverneur auch Beschwerden über die Landschaftsinstitutionen bezüglich der Conflicten derselben mit der Stadtcommunalverwaltung gerichtet.

Ebendas., Art. 1817 fgg.; 1849, Beil., P. XXIII; 2098; 1864 Jan. 1 (40459) RRG., I, Art. 3; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

152. Die Gouvernementsbehörde für städtische Sachen entscheidet die ihr zur Prüfung übergebenen Sachen mit einfacher Stimmenmehrheit. Ihre Entscheidungen werden, wenn in denselben nicht das Gegentheil angeordnet ist, unverzüglich in Erfüllung gesetzt.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2099.

153. Sowohl die Stadtcommunalverwaltung, als auch alle Ressorts und Institutionen, gleichwie Privatpersonen, die mit der Entscheidung der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen nicht zufrieden sind, können über dieselbe innerhalb sechs Wochen bei dem Dirigirenden Senat (1. Departement) Beschwerde führen. Ebenso kann der Gouverneur, wenn er die Entscheidung der Gouvernementsbehörde für unrechtmässig erachtet, in derselben sechswöchentlichen Frist die Sache dem Dirigirenden Senat (1. Departement) zur Entscheidung vorstellen.

Anmerkung. Beschwerden an den Dirigirenden Senat über Verfügungen der Behörde für städtische Sachen werden dem Gouverneur eingereicht, welcher dieselben, mit den nach dem Inhalt dieser Beschwerden erforderlichen thatsächlichen und erläuternden Auskünften der Behörde, dem Ersten Departement des Dirigirenden Senates, im Laufe eines Monats vom Tage des Empfanges der Beschwerde unterlegt.

Ebendas., Art. 2100 u. Anm.; vgl. 1872 Oct. 31 (51469).

154. Die im Artikel 153 dieser Beilage angegebene sechswöchentliche Frist wird gerechnet: 1) für Privatpersonen von dem Tage, an welchem ihnen die Entscheidung der Behörde eröffnet worden; 2) für die Communalverwaltungen und andere Institutionen von dem Tage, an dem sie die Abschrift der Entscheidung erhalten haben; 3) für den Gouverneur von dem Tage der Unterzeichnung der Entscheidung.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2101.

155. Wenn der Gouverneur einen Beschluss des Stadtverordnetencollegiums der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Entscheidung übergibt (Art. 150 u. 151 dies. Beil.), kann er die Vollstreckung beanstanden, jedoch auf nicht länger, als einen Monat, gerechnet von dem Tage, an welchem er den Beschluss empfangen hat.

Ebendas., Art. 2102.

156. Die Beamten der Stadtcommunalverwaltung (Art. 73, 82—85 dies. Beil.) werden für Amtsverbrechen nicht anders, als auf gerichtlichem Wege zur Verantwortung gezogen.

Ebendas., Art. 2103.

157. Die Gerichtsübergabe der im Artikel 156 dieser Beilage bezeichneten Beamten, mit Ausnahme des Stadthauptes (Art. 159 dies. Beil.), mit oder ohne Entfernung vom Amte, kann auf Beschluss des Stadtverordnetencollegiums erfolgen.

Ebendas., Art. 2104.

158. Wenn der Gouverneur von gesetzwidrigen Handlungen der Stadtcommunalbeamten Kenntniss erhält, so überweist er die Sache der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen zur Beurtheilung. Die Verfügung dieser Behörde über die Gerichtsübergabe von Beamten der Stadtcommunalverwaltung ist vor ihrer Ausführung dem Stadtverordnetencollegium mitzutheilen, welches, wenn es mit derselben nicht einverstanden ist, innerhalb sechs Wochen vom Tage des Empfanges der Verfügung, bei dem Dirigirenden Senat (1. Departement) Beschwerde erheben kann.

Ebendas., Art. 2105.

159. Das Stadthaupt kann nicht anders, als mittelst eines auf einen Beschluss des Stadtverordnetencollegiums oder der Gouvernementsbehörde für städtische Sachen gegründeten Verfügens des Ersten Departements des Dirigirenden Senats dem Gerichte übergeben werden.

Ebendas., Art. 2106.

160. Das Stadthaupt und die Glieder des Stadtamtes haben in den Ostseegouvernements und in der Stadt Narva in Sachen betreffend Amtsverbrechen ihren Gerichtsstand vor den betreffenden Gerichten zweiter Instanz (vgl. Prov.-R., Th. I Behörd.-Verf., Art. 312, P. 2, Zus., in d. Forts.; 858, P. 2, Zus., in d. Forts.).

Ebendas., Art. 2107 u. Anm. (in d. Forts. v. J. 1880; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 19; 1880 Jan. 17, Allerh. Bef. (in Sach. d. II Abth. S. K. M. Eig. Kanzl.).

161. Die im Dienst der Stadtcommunalverwaltung stehenden Personen, auch die miethweise Angestellten nicht ausgenommen, unterliegen für Amtsverbrechen den in den Artikeln 329—387 des Strafgesetzbuchs festgesetzten Strafen.

RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 2108.

Beilage zum Artikel 192 (Anmerk.).

Schema für amtliche Eröffnungen.

N^o { Von der Estländischen Gouvernementsregierung wird dem Bauer *Peter Parz* auf dessen Gesuch, in Sachen betreffend : , hiermit eröffnet, dass dies Gesuch auf Grund des Artikels des Reichsgesetzbuches, Bd. (oder des Provinzialrechts, Th.) unberücksichtigt geblieben ist. Jan. 18

(Unterschrift und Contrasignatur).

An die Libausche Polizeiverwaltung zur Behändigung an den Bittsteller, wohnhaft in Libau, in der und der Strasse, Haus Glasow.

Vgl. RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 188, Beil.

NACHWEIS

derjenigen Artikel des I Theils des Provinzialrechts der Ostseegouvernements,
bei welchen die Quellencitate in der Fortsetzung ergänzt worden sind.

- Bei Art. 5 ist zum Quellencitat hinzugesetzt:* 1848 Jan. 27 (21946).
- Bei Art. 121, Anm. 1—*1847 Jul. 23 (21434).
- Bei Art. 176—*1852 Jun. 4¹(26339).
- Bei Art. 293—*1845 Jan. 2 (18530) Art 30; 1852 Mai 13 (26269).
- Bei Art. 294 —* 1849 Jun. 28 (23359); 1850 Oct. 24 (24569); 1851 Jun. 28²(25349); 1861 Oct. 31 (37579) Et.; 1865 Jan. 29 (41738).
- Bei Art. 304—*1865 Febr. 19 (41820).
- Bei Art. 306—*1861 Oct. 31 (37579) Et.
- Bei Art. 311, P. 5—*1859 März 13 (34243) Regl., §§ 14, 18.
- Bei Art. 311, P. 7—*1870 Dec. 15, Sen.-Bef.
- Bei Art. 311, P. 9—*1854 Mai 26 (28297) Art. 17.
- Bei Art. 312, P. 1—*RGb., Bd. XV, Th. II, Criminalprozess-Ges., Ausg. 1876, Art. 579, P. 1; 582.
- Bei Art. 314, P. 6—*1870 Dec. 15, Sen.-Bef.
- Bei Art. 315—*1852 Jan. 28 (25944) Art. 83.
- Bei Art. 316—*1860 Nov. 13 (36312) Art. 757, 762, 763.
- Bei Art. 317—*1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 646, 736, 757, 816; 1876 Jan. 25 (55301).
- Bei Art. 357—*1852 Jun. 17 (26384); 1859 Oct. 27 (35040).
- Bei Art. 358—*1849 Oct. 11 (23565).
- Bei Art. 368—*Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. IV.
- Bei Art. 369, P. 2—*Prov.-R., Th. I, Behörd.-Verf., Art. 117 (in d. Forts.).
- Bei Art. 369, P. 4—*Prov.-R., Th. III, Privat-R., Art. 271, 382, 495, 2356.
- Bei Art. 369, P. 10—*1870 Dec. 15, Sen.-Bef.
- Bei Art. 374—*1864 Dec. 4 (45239).
- Bei Art. 372, P. 1—*1870 Dec. 15, Sen.-Bef.; 1874 Oct. 20 (53966).
- Bei Art. 375—*1852 März 31 (26118).
- Bei Art. 398—*1859 März 31 (34315) Et.; 1860 Nov. 15 (36322) Et.
- Bei Art. 436—*1854 Apr. 19 (28174) III.
- Bei Art. 451—*1860 Nov. 13 (36312) B.-Verordn., Art. 763.
- Bei Art. 452—*1877 März 26 (57101) Regl., Art. 18.
- Bei Art. 457—*1856 Jul. 27 (30769) Allerh. Gnad.-Urk. (30773) Allerh.-Bef.
- Bei Art. 458—*1834 Jul. 16, Sen. Bef.; 1848 Sept. 14 (22577); 1860 Mai 17 (35302) Art. 2, 3; Sept. 23, Allerh. Bef.; 1861 Oct. 10 (37478) II; 1864 Jun. 23 (40998) b; 1871 Apr. 28 (49524) Regl., Art. 1—3, 8, 10, 101.
- Bei Art. 458, I, P. 1—*1856 Jul. 27 (30769) Allerh. Gnad.-Urk.; (30773) Allerh. Bef.
- Bei Art. 458, I, P. 4—*1864 Oct. 27 (41387) Regl., §§ 11, 21; 1868 Jun. 26 (46041) Regl., § 9.
- Bei Art. 458, VII, P. 30—*1838 Jun. 14 (11329).
- Bei Art. 458, VIII, P. 35—*1854 Jun. 21 (28353); 1858 Mai 12 (33148).
- Bei Art. 458, VIII, P. 34—*1872 März 3, Min.-Com.-Beschl.
- Bei Art. 507—*RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 621.
- Bei Art. 537—*RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 621.
- Bei Art. 550—*1858 März 11 (32852); 1859 Jun. 19 (34643).
- Bei Art. 557 P. 6—*1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 8; 139, e; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.
- Bei Art. 567—*1852 Mai 24 (26305); RGb., Bd. XI, Th. II, Probirregl., Ausg. 1879, Art. 112, 132, 134, 135; Bd. XIII, Regl. üb. Volksverpfleg., Ausg. 1857, Art. 272, 273; Bd. XV, Th. I, Strafgesetzb., Ausg. 1866, Art. 1184; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5, k, l; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, f; 11, 22.
- Bei Art. 571—*1864 Apr. 6 (40768); 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5, b, h, m; 6; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 13, 22.
- Bei Art. 572—*1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 1, e, f; 11, 22.

Bei Art. 586—1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 5, b; 1877 März 26 (57101) Bef. an d. Sen., Art. 3, 4; Regl., Art. 22; RGb., Bd. IV, Wehrpflichtsregl., Ausg. 1876, Art. 1; Bd. V, Abgabenregl., Ausg. 1857, Art. 12, P. 21 (in d. Forts.; v. J. 1876); Poschlinregl., Ausg. 1857, Art. 464, Beil., Art. 92 (in d. Forts. v. J. 1876).

Bei Art. 594—1873 Mai 1 (52196) Art. VI; 1874 Jan. 9 (53015) Art. 1, 4; Febr. 13, Regl. d. Rig. Stadt-Gymn., § 13; Oct. 20 (53963) I, Art. 1.

Bei Art. 601—1735 Nov. 25, Allerh. Bef.

Bei Art. 625—1850 Mai 31 (24192) Et.; 1862 Febr. 12 (37969).

Bei Art. 643—1836 Dec. 6 (9763); 1853 Dec. 28 (27810); 1854 Mai 26 (28297) Art. 39; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 7; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.

Bei Art. 720—1856 Jul. 27 (30772) Allerh. Gnad.-Urk.

Bei Art. 850—1867 Febr. 11 (44235) Art. 1.

Bei Art. 934, P. 2—1828 Nov. 28 (2462); 1856 Jul. 5 (30693); 1869 Mai 30 (47152).

Bei Art. 1014 1856 Jul. 27 (30770) Allerh. Gnad.-Urk.

Bei Art. 1193—1855 Jan. 3 (28899) Et.; 1870 Jun. 16 (48498) Städteordn., Art. 2, f, Beil., Art. 1, a; 1877 März 26 (57101) Regl., Art. 22.

Bei Art. 1282—1861 Oct. 31 (37579) Et.

Bei Art. 1287—1864 Jun. 29 (41013).

Bei Art. 1290—1837 Nov. 2 (10639); 1861 Oct. 31 (37579) Et.; 1865 Aug. 13 (42395) Art. 1, 2, C, P. 1—7.

Bei Art. 1293—1861 Oct. 31 (37579) Et.

Bei Art. 1296, I—1874 Mai 18 (53540) Regl., § 2; Oct. 20 (53966).

Bei Art. 1296, I, P. 1—1874 Mai 18 (53540) Regl., § 2.

Bei Art. 1296, II—1821 März 19 (28589).

Bei Art. 1301—1840 Apr. 1 (13321).

Bei Art. 1310, P. 6—1861 Oct. 31 (37579) Et.
Bei Art. 1327—1837 Nov. 2 (10639); 1865 Aug. 13 (42395) Art. 1, 2, C, P. 8—12.

Bei Art. 1331, P. 1—1874 Oct. 20 (53966).
Bei Art. 1333, P. 2—1874 Mai 18 (53540) Regl., § 179.

Bei Art. 1344—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl. üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 650.

Bei Art. 1346—1838 Nov. 20 (11797).

Bei Art. 1369—1837 Nov. 2 (10639); 1865 Aug. 13 (42395) Art. 1, 2, C, P. 14—23.

Bei Art. 1372—RGb., Bd. XI, Th. I, Regl., üb. fremd. Conf., Ausg. 1857, Art. 650.

Bei Art. 1397—1861 März 27 (36779); 1862 März 5 (38033).

Bei Art. 1413—1851 Mai 8 (25190).

Bei Art. 1424, P. 1—1817 Aug. 25 (27024) B.-Verordn., §§ 350, 360; 1847 Jan. 8 (20781) § 121.

Bei Art. 1425, P. 6—1861 Sept. 30 (37449) § 24.

Bei Art. 1480—1860 Apr. 12 (35689) Et.; RGb., Bd. II, Th. I, Allg. Gouv. Verf., Ausg. 1876, Art. 75.

Bei Art. 1527—1842 Oct. 20 (16105).

Bei Art. 1530—1866 Jul. 4 (43455).

Bei Art. 1531—1842 Oct. 20 (16105); 1845 Jun. 21 (19119).

Bei Art. 1533—1842 Oct. 20 (16105).

Bei Art. 1534, a, P. 4—1844 Febr. 22 (17647).

Bei Art. 1604 bis 1607—1842 Oct. 20 (16105).

Bei Art. 1662—1851 Jul. 13 (25398) Art. 33; 1874 Dec. 10 (54144) I, Art. 13.

Bei Art. 1678—1843 Dec. 20 (17429) Art. 2.

Bei Art. 1688—1847 Aug. 12 (21470); 1856 Dec. 11 (31247).

Bei Art. 1697—1847 Aug. 12 (21470).

Bei Art. 1710—1837 Nov. 2 (10639); 1847 Aug. 12 (21470); 1856 Dec. 11 (31247).

Bei Art. 1716—1847 Aug. 12 (21470).